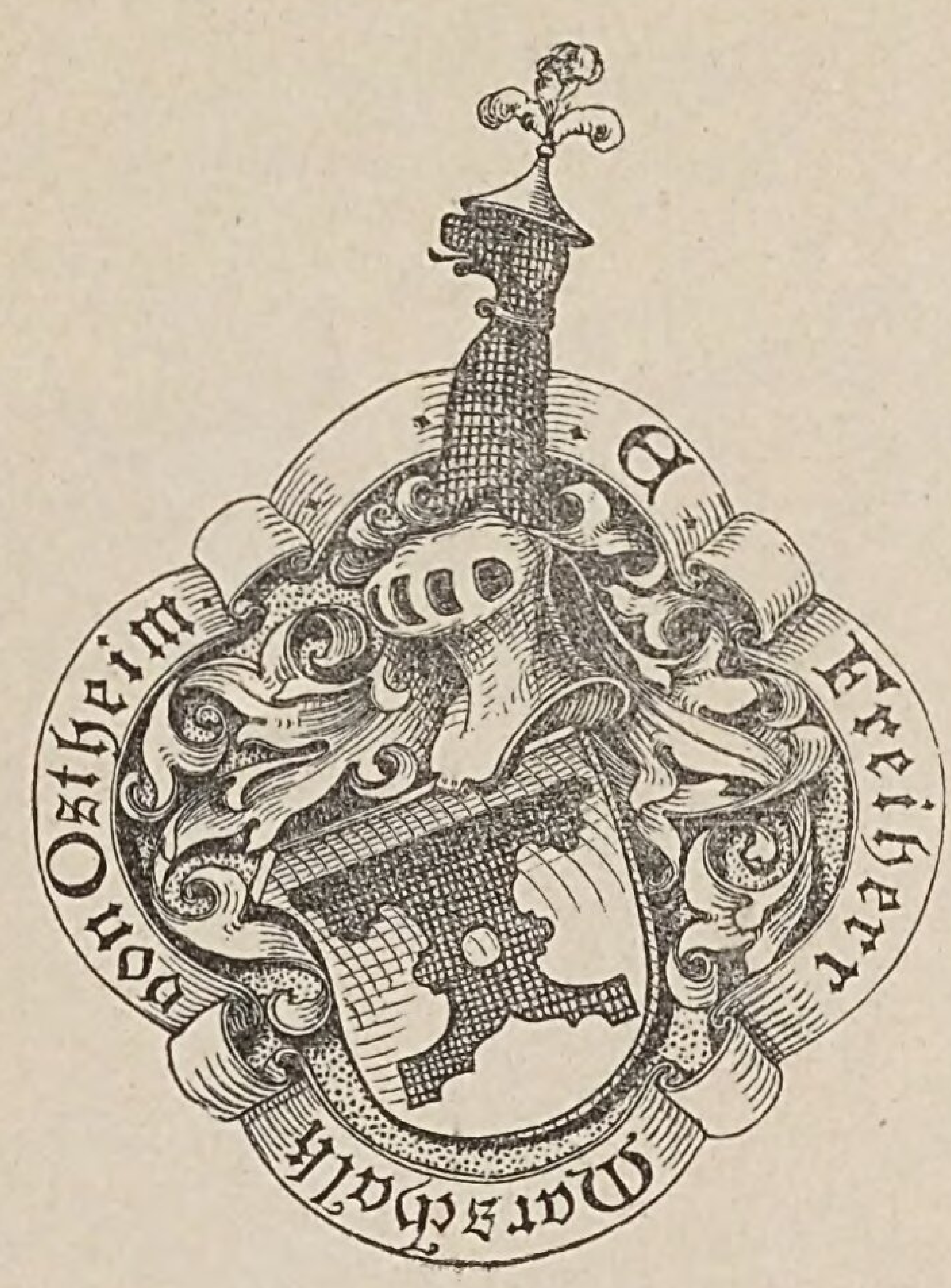

Freiherr
Marschalk
von Ostheim

Carl Mathy,

Großherzoglich Badischer Staatsminister der Finanzen und Präsident des Staats- & Handelsministeriums.

Ein Lebensbild.

Zugleich

Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Bewegungsjahre.

Von

Dr. C. H. Th. Huhn.

Tauberbischofsheim.

Druck und Verlag von J. Lang.

1868.

Druckfehler:

Es ist zu lesen: Seite 30, Z. 10, von unten: schilderte (statt schildert), S. 78, Z. 16, von oben: Oberlande (statt Oberwalde), S. 89, Z. 13, Beseler (statt Beßler), S. 96, Z. 8, Berufung (statt Berathung), S. 65, Z. 8, von unten: Unterdrückten (statt Unterdrückung).

Carl Mathy,

Großherzoglich Badischer Staatsminister der Finanzen und Präsident des Staats- und Handelsministeriums.

Ein Lebensbild.

Von

Dr. E. H. Th. Huhn.

Tauberbischofsheim.
Druck und Verlag von J. Lang.
1868.

Vorwort.

Von Freunden und dem Verleger aufgefordert, übergibt der Verfasser dieses seinen Landsleuten hiermit die biographische Skizze des vor Kurzem verstorbenen Staatsministers Karl Mathy, um ihnen nochmals das ganze Bild des Hingeschiedenen und seines langen und schicksalsreichen Lebens vorzuführen und in ihren Herzen aufzufrischen.

Die Aufgabe war keine leichte, denn Mathy's Leben und Thätigkeit war so mannigfaltig und reich an Wendungen, sein Wirken ragte in so viele Gebiete hinein und es entfaltete sich an so vielen Orten, daß schon die Gewinnung des nothwendigen Materials als eine schwierige erscheinen mußte. Der Verfasser hätte sich dieser Aufgabe auch nicht unterzogen, wenn er nicht seit mehr denn fünf und zwanzig Jahren mit dem Verstorbenen näher bekannt gewesen und in fast ununterbrochener Verbindung gestanden wäre und nicht längst Alles gesammelt und geordnet gehabt hätte, was Mathy geschrieben und in seiner öffentlichen Thätigkeit gesprochen hat, so daß ihm allerdings ein Material zu Gebote stand, das anderwärts schwerlich mehr gefunden wird. Dasselbe erhielt seine Ergänzung durch eigene Mittheilungen des Hingeschiedenen, Briefe desselben und Mittheilungen von Freunden und es wird in dem Gesammtbilde schwerlich Jemand etwas vermissen, was für diesen engen Rahmen von Wesentlichkeit ist.

Ohne irgend etwas Erhebliches zu übersehen, hat der Verfasser doch bei blos Aeußerlichem und Nebendingen nicht mehr als nothwendig verweilt; seine Hauptaufgabe lag vielmehr darin, das Wirken und die Thätigkeit Mathy's auf den verschiedenen Gebieten, besonders aber in so weit, als es Baden selbst betrifft, Schritt für Schritt zu verfolgen und auf jedem Stadium zu zeigen, was er that, welches seine Ansichten waren und wie sie sich weiter

ausbildeten und vervollkommneten von seiner ersten Thätigkeit bis auf seinen Höhepunkt, wo er an der Spitze des Ministeriums stand. Da seine öffentliche Wirksamkeit sich nicht in ausführlicheren und größeren Werken offenbarte, sondern in einer Reihe von Journalartikeln, Brochuren und Kammerreden, so ist daraus jedesmal das Bezeichnendste hervorgehoben und mitgetheilt und die Leser empfangen daher Mathy's Ansichten und Aeußerungen nicht aus dritter Hand, sondern unmittelbar aus der reinsten und klarsten Quelle. Aehnlich verhält es sich mit den übrigen Angaben und Mittheilungen, die einen oft nicht minder unmittelbaren Ursprung haben.

Der Verfasser hatte nicht die Absicht, eine Lobrede auf Mathy zu schreiben. Es ist ihm nur um die wahre und richtige Darstellung und die lebensgetreue Zeichnung zu thun, welche weit entfernt ist von Uebertriebenheit und Schmeichelei und so auch am Besten dem Charakter des Verstorbenen entspricht. Niemand hatte weniger das offene und unparteiische Urtheil der Welt zu scheuen, als er und das Urtheil eines treuen Freundes kann auch kein unrechtes sein, sondern sucht ebenfalls überall Maß zu halten, wie er es von dem Dahingeschiedenen gelernt hat. Eine belletristische Biographie oder einen biographischen Roman zu schreiben, lag dem Verfasser gleich fern.

Im Interesse der Leser folgen im Anhange ein Journalartikel und drei Reden Mathy's aus den Parlamentsdebatten, um ihnen die Art des Schreibens und der Rede Mathy's vorzuführen. Sie sind aber auch schon wegen ihres Inhalts bemerkenswerth.

Möge denn diese schlichte und einfache Darstellung als ein treues Bild des großen und edlen Mannes erkannt werden und sie dazu beitragen, sein Andenken in den Herzen aller Edlen zu befestigen und der Zukunft aufzubewahren.

Mitte Mai 1868.

Der Verfasser.

I.

Das badische Land hat noch keine bedeutenden Dichter hervorgebracht, so schön es sich auch, wie ein Garten, über das obere Rheinthal hinbreitet und östlich beschattet wird von den tannenreichen Höhen des Schwarzwalds und den dunkeln Wäldern des Odenwalds, so wenig hat hier die schwungvolle Fantasie erhebliche Kunstgebilde geschaffen. Aber um so mehr zeichnete sich das Land schon seit langer Zeit aus durch Männer des praktischen Lebens und klaren, scharfen Verstands; und wie kein anderes Land ihm gleichkommt an Zahl der alten Weisthümer, Ortsrechte und ehemals reichsunmittelbarer Gemeinwesen, ebenso ragte dies Land hervor durch zahlreichere parlamentarische und politische Größen, denen zu der vollen Entwickelung ihrer Befähigung und praktischen Thätigkeit nur der größere Boden und bedeutendere Machtverhältnisse des Staats fehlten, oder denen es nicht mehr vergönnt war, die Zeit der neueren Umgestaltungen zu erleben, wo die Staatsdienerlaufbahn sich nicht mehr an den alten bureaukratischen Schranken festhält, sondern in freierer Weise dem Talente und der Tüchtigkeit geöffnet ist.

Wir brauchen nur an die Namen Winter, Nebenius, K. v. Rotteck, Duttlinger und Sander zu erinnern, um unseren Landesgenossen und dem deutschen Vaterlande Männer in's Gedächtniß zurückzurufen, welche durch ihr Wirken sich ein bleibendes, ehrenhaftes Andenken hinterlassen haben und weit über die Gränzmarken Deutschlands hinaus bekannt wurden, und eine größere Anzahl gleicher Gesinnungsgenossen voll Eifer für die constitutionelle und freiheitliche Entwickelung Badens und Deutschlands reihte sich diesen an. Zu den jüngsten Männern jener schönen Periode vor 1848 gehörten auch Friedrich Bassermann und Karl Mathy, jener, der schon in den fünfziger Jahren den Folgen der Ueberanstrengung in den Kämpfen von 1848—49 erlag, dieser, welcher die höchste und ehrenvollste Stufe in unserem Staate erreichte und vor wenigen Wochen uns entrissen wurde, beide geboren zu Mannheim, der ersten Handelsstadt Badens, beide fast zu gleicher Zeit ein=

getreten in die badische Kammer, beide vereint durch mehr als ein Jahrzehnt in der politischen und bürgerlichen Wirksamkeit und beide schon einmal in den Tagen des deutschen Parlaments auf gleiche politische Höhe gestellt, um bald darauf mit um so tieferem Schmerze die Reaction wieder hereinbrechen und die Schöpfungen jener Zeit überfluthen zu sehen. Aber Bassermann starb enttäuscht und niedergedrückt von dieser traurigen Zeitgestaltung und das Besserwerden kaum noch in fernliegender Zeit erwartend; Mathy dagegen warf sich in das praktische Leben, entfaltete eine erneuerte Thätigkeit und Energie auf dem Gebiete des Bankwesens und der industriellen Entwickelung und hatte das Glück, zu erleben, daß fast unerwartet im Kleinen, dann auch im Großen jener mächtige Umschwung im gesammten Staatsleben Deutschlands eintrat, welcher die alten, halbvergessenen Träume von der Freiheit, Größe und Machtentfaltung des deutschen Vaterlands wieder wach rief, in wundervoller Weise zu erfüllen begann und ihn selbst im badischen Staate auf die erste Stufe erhob, welche bürgerlicher Ehrgeiz zu erreichen vermag.

Von diesem bunten Wechsel der Geschicke ward wohl keine Ahnung in die Wiege gelegt, als Karl Mathy am 17. März 1807 zu Mannheim geboren wurde, in jener traurigen Zeit der tiefsten Erniedrigung Deutschlands. Sein Vater, Johann Arnold Mathy, entstammte einer katholischen Familie der Rheinlande und war in einem Dorfe bei Boppard auf pfälzischem Gebiete geboren. Als schwächlicher Junge von den Jesuiten zum Studium der Theologie vorbereitet, widmete er sich dieser in Heidelberg, trat dann als Hofmeister in das Haus eines Grafen daselbst, betrieb daneben das Studium der Mathematik und kantischen Philosophie und wurde dann als Prediger angestellt, als welcher er sich bald beliebt machte, da er zu den eifrigen Gegnern der jesuitischen Umtriebe jener Jahre gehörte. Nach der Aufhebung des Jesuitenordens kam er als Lehrer an die lateinische Schule, wurde aber bald von den unter Churfürst Karl Theodor eingeführten französischen Lazaristen aus dieser Stellung verdrängt und überhaupt so heftig angefeindet, daß Mathy im Jahre 1789 nach Mannheim zog, zum Protestantismus übertrat und im Jahre 1800 ein Privatlehrinstitut gründete, welches er bis 1807 leitete, wo er als Professor der Mathematik und der lateinischen Sprache an dem aus dem evangelischen und katholischen Gymnasium gebildeten Lyzeum angestellt wurde. Kurz vorher, im Jahre 1806 und schon im zweiundfünfzigsten Jahre stehend, verheirathete er sich mit Marie, geborene Jörg, und der erste Sohn dieser Ehe, aus welcher sechs Kinder entsprossen, war Karl Mathy.

Der Vater erzog seine Kinder streng und wie er die Söhne vorzugs-

weise in der Mathematik unterrichtete, so prägte er ihnen auch einen ebenso geraden, nur auf das wahre und ächte Wesen gerichteten Sinn ein, welcher für das praktische Leben von so großem Erfolge war. Nachdem der Vater das sechszigste Jahr überschritten und öfters leidend war, ließ er sich pensioniren, jedoch nöthigte ihn die kleine Pension und die Erziehung seiner Kinder, auch fortan Privatunterricht zu geben und auch sein ältester Sohn Karl gab von seinem vierzehnten Lebensjahre an in seinen Nebenstunden Unterricht an jüngere Mitschüler, wodurch er die Last der Eltern erleichterte. Im Spätjahr 1824, ein Jahr vor dem Tode des Vaters, beendigte Karl Mathy seine Lyzealstudien als Sextaner und hielt der Sitte gemäß bei der öffentlichen Preisaustheilung eine Rede und zwar über „das Lob der Dummheit" und wenn er auch dafür die bekannte Schrift von Erasmus zum Vorbilde nahm, so war doch seine Rede so originell und waltete darin ein so eigenthümlicher, köstlicher Humor, daß ihn überlebende Mitschüler von damals bereits in dieser Rede dieselbe launige und ironische Weise erkennen wollten, welche auch dem späteren Deputirten und Staatsmann eigen war. Hierauf besuchte er die Universität Heidelberg, um unter dem rühmlich bekannt gewordenen Rau die Kameralwissenschaften zu studieren und daneben auch seine Studien in der Mathematik und neueren Sprachen fortzusetzen, denn gerade letztere wurden für ihn von besonderer Bedeutung, weil sie ihm erlaubten, an Ausländer, welche sich ziemlich zahlreich in Heidelberg aufhielten, Privatunterricht zu ertheilen und so nicht blos für seine eigenen Bedürfnisse zu sorgen, sondern auch Mutter und Geschwister noch zu unterstützen. Er selbst, welcher seine Schüler deutsch zu sprechen und zu schreiben lehrte, übte sich dadurch mehr in der französischen Sprache und lernte zuletzt auch englisch und dabei vernachlässigte er auch weder seine Fachstudien, noch die Freuden des Universitätslebens, indem er an einer Burschenschaft Theil nahm. Unter seinen Freunden war er ein fester, treuer und fröhlicher Genosse; er übte sich im Reiten und Fechten und hatte sogar mehrere Duelle, aber noch mehr wirkten auf ihn der patriotische Geist, der unter diesen Jünglingen herrschte, die Traditionen der alten Burschenschaft, die er bei sich pflegte und fortsetzte, wie er auch während der allgemeinen politischen Stagnation die Hoffnung auf ein Wiederaufleben des großen, einigen und freien Vaterlands erhielt und neu anfachte.

Seine Fachstudien beendigte er zwar schon im Frühjahre 1827, aber er verweilte auch noch den übrigen Theil dieses Jahres in Heidelberg, wo er eine größere Anzahl von Bekannten nicht blos unter den Deutschen, sondern auch unter Franzosen und Engländern hatte, sich in der französischen und

englischen Sprache noch mehr vervollkommnete und durch Unterrichtsstunden ein Erkleckliches verdiente, mehr als er für seine eigenen, sparsamen Bedürfnisse brauchte. Daneben bereitete er sich auch zum Staatsexamen vor, das er im nächsten Jahre zu machen gedachte. Aber da rissen ihn die Nachrichten vom Befreiungskampfe der heldenmüthigen Griechen aus seiner stillen Thätigkeit, es erwachte in ihm die Begeisterung für diesen überall mit höchster Theilnahme verfolgten Befreiungskrieg und unter dem Vorgeben einer Erholungsreise ging er nach Paris, um sich dem Comite der Philhellenen zur Verfügung zu stellen und selbst an dem Kampfe Theil zu nehmen. Es war aber dies Comite schon zu häufig von Abenteuerern mißbraucht worden und da nach der Seeschlacht von Navarin sichere Hoffnung vorhanden war, dem Kampfe durch Vermittelung der Großmächte ein Ende zu machen, so erhielt er vom Grafen Harcourt, an den er sich brieflich wandte, eine höfliche aber ablehnende Antwort. Mathy bestand aber auf seinem Vorhaben und reichte noch drei weitere Gesuche ein, mußte sich aber dann bei einer persönlichen Unterredung mit den Mitgliedern des Comite's überzeugen, daß dieselben Recht hatten und in der That neuer Zuzug von Kämpfern nicht mehr nöthig war. Da er nun aber doch einmal in Paris war, so blieb er auch noch länger daselbst und erwarb sich seinen Unterhalt durch Unterricht, wofür es ihm an Gelegenheit nicht mangelte. Dies währte jedoch der besorgten Mutter zu lange, sie befürchtete auf den Rath von Freunden, daß er bei der längern Abwesenheit zu Paris, wo er sich seinen Studien leicht entfremden konnte, sich von seinem eigentlichen Lebensberufe entferne, und bat ihn daher dringend um die Rückkehr, um noch das Herbstexamen des Jahres 1828 mitzumachen. Mathy verließ daher Paris, kehrte, meistens zu Fuß, nach der Heimath zurück und kam gerade daselbst an, als bald darauf das Examen schon beginnen sollte und die Anmeldungszeit längst vorüber war. Doch nahm man ihn noch nachträglich an und er bestand sein Examen so gut, daß er die Note sehr gut befähigt erhielt und unter den sechs (von sieben Angemeldeten) als Kameralpraktikanten Recipirten die erste Stelle einnahm. Das so günstige Resultat seines Examens machte auch sofort die obersten Beamten des Finanzdepartements auf den jungen Mann aufmerksam und es währte nicht lange, bis er im Frühjahre 1829 als Praktikant im Finanzministerium theils im Steuerfach, theils in Secretariatsgeschäften mit einem Gehalte von vierhundert Gulden beschäftigt wurde, wo er sich bald durch seine Kenntnisse, wie seine Arbeitstüchtigkeit das Vertrauen seiner Vorgesetzten erwarb, die sofort auch schon große Hoffnungen auf ihn setzten.

Mathy verwendete nun seine Zeit nicht blos den laufenden Dienst-

geschäften, sondern er suchte sich auch näher mit dem Steuerwesen nach allen Seiten hin vertraut zu machen und studierte eifrig alle Vorarbeiten und Materialien, die für diesen Zweig des Staatsfinanzwesens ziemlich reichlich vorhanden waren. Daraus lernte er sehr Vieles, was in Büchern nicht zu finden war und besonders die praktischen Schwierigkeiten bei der Veranlegung und Erhebung der Steuern darlegte. Dies weckte sein eigenes Nachdenken über diesen Gegenstand in hohem Grade und hauptsächlich war es ein dem Staatsministerium einst vorgelegter Gesetzentwurf des Finanzministers v. Boeckh aus dem Jahre 1821, der ihn anspornte, sich eingehender mit der Frage der Einführung einer Vermögenssteuer zu beschäftigen und darüber eigene Anschauungen zu gewinnen. Hierdurch entstand sodann seine erste selbstständige literarische Arbeit, nämlich die 60 Seiten umfassende Broschüre: „Vorschläge über die Einführung einer Vermögensteuer in Baden. Von Karl Mathy, Kameralpraktikant. Karlsruhe, bei Müller 1831". Schon das Motto, nämlich der Newton'sche Ausspruch: vitia non sunt artis, sed artificum, weist darauf hin, wie es ihm weniger um die strenge Theorie, als um die praktische Ausführung zu thun war, und darum handelte der Haupttheil der Schrift auch vorzugsweise von der Einrichtung der Vermögenssteuer. Die Einleitung, welche eine kurze Geschichte des Besteuerungswesens enthält, zeigt vielen Humor und er faßte Alles so klar und logisch auf, daß dieser Theil auch heute noch mit Interesse gelesen werden dürfte. Als obersten Grundsatz stellte er auf, daß eine allgemeine Vermögenssteuer eingeführt werden solle, daß blos das reine Vermögen Gegenstand der Steuer sein könne und daß sie nicht einzig die direkte Steuer sein dürfe. In letzterer Hinsicht verlangte er nämlich neben der Vermögenssteuer noch die Beibehaltung der Grund-, Häuser- und Gefällsteuer, der Gewerbsteuer und der Klassensteuer, und seine Vermögenssteuer sollte folgende Theile in sich fassen: Das Grund-, Häuser- und Gefällkapital zu 75 Prozent seines Steueranschlags (weil sich damals der wirkliche Werth gegenüber diesem Anschlage vermindert hatte), die Aktivkapitalien und Forderungen mit dem zwanzigfachen Betrag der zu beziehenden Jahresrenten, das Betriebskapital der Landwirthe, das Mobiliarvermögen, soweit es nicht zu dem Betriebskapital der Landwirthe, Gewerbs- und Handelsleute gehört, und als negativen Bestandtheil die Schulden und den zwanzigfachen Betrag der zu zahlenden Jahresrenten, welche von den Gegenständen abgezogen werden, auf welchen sie ruhen. Die Vermögenssteuer sollte endlich nicht durch Repartition erhoben werden, denn er sagte darüber: „Die Fehler der Einkommensteuer, welche als Beweis der Nothwendigkeit

einer Repartition angeführt werden, finde ich nicht in der Art, wie sie erhoben wurde, sondern in ihrem Wesen. Sie war eine partielle Vermögensteuer, die Belastung eines Vermögenstheils und darum taugte sie nicht. Ihr zahlreiches Gefolge von Mängeln verdankt sie der Einseitigkeit, einer fruchtbaren Mutter von Mißgeburten." Die Repartition war im Vorschlage des Finanzministers enthalten und Mathy erklärte sich nicht nur gegen dieselbe, sondern erhob auch gegen noch andere Ansichten in dem Gesetzentwurfe Bedenken. Zur Einschätzung der Vermögenssteuer wünschte er vorzüglich das Herbeiziehen der bürgerlichen Elemente und er legte besonderen Werth darauf. Er sagte hierüber: „Entwickelung des Nationalehrgefühls und eines stolzen, auf das Bewußtsein der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gegründeten Gemeindebürgersinns sind die Säulen, die auf der Grundlage einer guten Gemeindeordnung und eines zeit- und zweckgemäßen Volksunterrichts sich erheben können. Die Regierung würde sich freuen, auf diese unerschütterlichen Grundpfeiler des Staatsgebäudes Manches mit Vertrauen niederlegen zu können, was bisher ihrer Sorge und Obhut allein anvertraut werden mußte." — Um überhaupt zu zeigen, in welchem Geiste diese Erstlingsarbeit geschrieben war, theilen wir hier noch die Schlußbetrachtung mit, die also lautete:

„Erzeugnisse der Industrie und Geld zirkuliren in der Gesellschaft, wie das Blut im menschlichen Körper. Wie dieses, findet ihr Umlauf in entgegengesetzten Richtungen statt. Das Geld kommt den Produkten der Arbeit, diese kommen jenem entgegen."

„Zu Scarrons Zeiten glaubte man, daß jeder Thaler einmal wenigstens in die Börse des Königs gelange, und der witzige Kranke bat Seine Majestät, Acht zu geben auf die Ankunft der Thaler, die ihm gestohlen worden waren, um sie ihm sodann zurück zu erstatten."

„Die Zeiten haben sich auch in dieser Hinsicht geändert. Die Höfe der Fürsten bieten nicht mehr das Schauspiel einer unsinnigen Verschwendung."

„Das Licht der Wissenschaft, das fruchtbare sich immer mehr erweiternde Feld der Erfahrung, übten den mächtigsten Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse, sowohl der Einzelnen zu einander, als zum Ganzen."

„Es ist nicht mehr die Willkür, welche dem Unrecht Schutz gewährt gegen die Gesetze, sondern die Gesetze sind es, welche das Recht schützen gegen die Willkür."

„Die Religion, welche in Verfall gerathen war durch die Schuld ihrer Diener, gewinnt neue Kraft und schlägt tiefe Wurzeln in den Herzen der Menschen."

„Man hört oft die Ansicht aussprechen, daß Schriftsteller, wie Voltaire, durch irreligiöse Schriften, durch Verspottung des Christenthums das Verderbniß der Zeit herbeigeführt hätten. — Dieß ist ein großer Irrthum. Nicht die Schriftsteller bilden die Zeit, sondern die Zeit bildet die Schriftsteller. Schon Augustinus beklagt sich über die Prachtliebe der Priester und ihre Sittenlosigkeit als Ursache des Verfalls der Religion: Cum lignei essent calices, aurei erant sacerdotes; postquam vero calices aurei redditi, sacerdotes e contra lignei effecti sunt. Et religio peperit quidem ecclesiae divitias, filia vero devoravit matrem!«

„Daß Staaten zu unserer Zeit eines hohen Grades der Entwickelung und Verbesserung ihrer inneren Verhältnisse fähig sind, davon sehen wir in diesem Augenblick in Baden den erfreulichen Beweis.“

„Ein Hinderniß aber tritt dem Fortschreiten auf der Bahn der Vervollkommnung hemmend entgegen, ein Hinderniß, welches der einzelne Staat nicht beseitigen kann.“

„Ich meine damit die Beziehungen der Staaten zu einander, ihre wechselseitigen Wirkungen und Gegenwirkungen. Gerne würde ich den freundlichen Leser einladen, mich zu begleiten auf einem kurzen Ausfluge in das Gebiet der frommen Wünsche, aber die Reise dahin ist untersagt und ob wir gleich nicht mit dem schwedischen Kanzler Boguslaw Philipp von Chemnitz die exstirpatio domus Austriacae unter unsere Wünsche zählen, würden wir doch zurückgewiesen werden an der Grenze von einem Wächter, der sein Dasein eben jenen politischen Beziehungen verdankt — der Censur!“

„Ich begnüge mich also damit, diese Betrachtung als Maaßstab zu gebrauchen für den Kreis der Hoffnungen, die aus der Verwirklichung der Vorschläge zu Einführung einer Vermögensteuer hervorgehen können.“

„Die Vermögensteuer ist keine Panazee für jede von Abgaben wundgedrückte Stelle des Staatskörpers. Sie beseitigt keines der Hindernisse des Verkehrs und der Industrie, deren Grund außerhalb des Bereichs der Steuern zu suchen ist.“

„Innerhalb dieses Bereichs aber zeigen sich ihre wohlthätigen Wirkungen. Hier soll sie ausgleichen die Mißverhältnisse — nicht zwischen Glück und Werth, sondern zwischen Kraft und Last.“

„Wir dürfen hoffen durch sie, als einziges Mittel, jener Ausgleichung am nächsten zu kommen.“

„Ist es mir gelungen, den geneigten Leser davon zu überzeugen, hat er eingesehen, daß alle anderen zu diesem Behufe vorgeschlagenen Mittel, welche

nur einzelne Vermögenstheile, wie Kapitalien und Luxusgegenstände besteuern wollen, unzureichend sind, weil sie das Gepräge der Einseitigkeit an sich tragen, daß sie gerade da schaden, wo sie nützen sollen, dann ist mein Wunsch erfüllt."

„Gerne will ich, von Erfahrung und Vernunftgründen belehrt, mich zu Mängeln in den Einzelnheiten der gemachten Vorschläge bekennen, wenn nur die Wahrheit der Grundidee anschaulich geworden ist und erkannt wird."

Während es so schien, als ob der junge Praktikant ganz allein seinem Fache lebte, war er nach und nach auch zu politischer Thätigkeit und publicistischem Wirken hingerissen worden und zwar zunächst mit Beiträgen in das bei Müller erschienene Karlsruher Unterhaltungsblatt, dem er kleine Skizzen und Aphorismen lieferte, und dann mit Korrespondenzen in mehrere Lokalblätter des Landes. Während seiner Studienzeit in Heidelberg hatte er schon an einer studentischen Verbindung Theil genommen, der es nicht allein um das Commersleben zu thun war, sondern die auch einen patriotischen Geist in sich pflegte, die Tendenzen der Burschenschaft bei sich fortsetzte und auch in jener traurigen Reactionszeit nicht an dem Besserwerden im Vaterlande verzweifelte. Als daher die Julirevolution von 1830 in Frankreich ausbrach und die Erhebungen in Belgien und Polen nachfolgten und als auch in Baden eine liberalere Richtung mit Großherzog Leopold an's Ruder kam und die am 17. März 1831 eröffneten Kammern ein frisches Leben entwickelten, sowie durch alle Schichten der Bevölkerung eine steigende Theilnahme an ihren Verhandlungen sich zeigte, da zog es auch Mathy mächtig an, die alten Ideen von Freiheit und einem großen republikanischen Deutschland wurden wieder lebendiger und er betrat den Boden, auf dem er später so erfolgreich gewirkt hat.

Er suchte sich den hervorragenderen Mitgliedern dieser Kammer anzuschließen, trat mit seinen Gesinnungsgenossen und Freunden von der Universität her in erneute Verbindung und regen Verkehr und nahm alsbald auch Antheil an dem von Stromeyer in Mannheim redigirten „Wächter am Rhein", der in seiner ersten Nummer vom 1. April 1832 als das zu erstrebende Ziel aufstellte: Freiheit, Herrschaft der Gesetze, Verbannung des Absolutismus und der Willkür, welche ihm höher gingen, als die um jeden Preis zu erringende Einheit des Vaterlands. Aber er fügte auch bei, daß diese dauerhafte Befreiung von der Willkürherrschaft nur dann bestehe, wenn alle deutschen Volksstämme sich zum gemeinsamen Schutz ihrer errungenen und noch zu erringenden Gesetzesherrschaft, zu gemeinsamem Widerstand gegen die Willkür ver-

einigen, und der republikanische Hintergedanke schaute klar aus dem Satze im Anfange des Programms hervor, wornach die Freiheit keinem andern Willen, als dem der Gesammtheit eine Herrschaft über die Einzelnen wie über die Masse der Bürger gestatte und nur der Ausspruch der Gesammtheit das Gesetz heiße. In dem Blatte wehte ein frischer, freier und sogar oft kecker Ton; es machte sich besonders mit den reactionären Tendenzen des Bundestags und seinen Zeitungsverboten, mit der Fügsamkeit des badischen Ministeriums gegen denselben und der allgemeinen politischen Lage zu schaffen und gab zu gleicher Zeit eine tägliche Blumenlese aus den entschiedensten Blättern; aber so schrecklich gefährlich war es doch nicht, als man es später machte, denn wenn es z. B. auch in seiner Nummer 62 unter dem Titel: „Deutschlands Rettung" das Vaterland in Gefahr und die Krisis als nahe erklärte und unter Anderem sagte: „Es ist unmöglich im Wege gütlicher Uebereinkunft die Gestattung bürgerlicher Freiheit von den Großen zu erhandeln" und weiter fortfuhr: „wir müssen durch ernste, nachdrückliche und gewaltige Forderung uns verschaffen, was wir auf dem Wege der Uebereinkunft nimmer erreichen würden; schrecket nicht zurück vor den Folgen einer solchen Forderung: ertragen muß man, was der Himmel sendet; Unbilliges erträgt kein redlich Herz", so waren denn doch die Regierungen zu stark, als daß sie solche Worte nicht hätten ruhig verhallen lassen sollen.

Die Begeisterung für die Freiheit war in den Herzen der Jugend so allgemein, daß man sie nur auf ein gutes Ziel zu richten brauchte, um daraus Nutzen für das Vaterland zu ziehen, und die eigentlichen Wünsche, die zum Ausdruck kamen, waren nur solche, welche heute Jedermann billigen muß. Uebrigens fand wegen der Menge gleichgesinnter Blätter der „Wächter am Rhein" seinen eigentlichen Boden mehr in der Pfalz und in der Stadt Mannheim, wo einmal eine Anzahl Bürger den gerade auf dem Redactionslokale neben der Stadt Lück befindlichen Hauptmitarbeitern — ihres Alters unter 30 Jahren wegen mußte der Strohmann Fr. Schlund als verantwortlicher Redacteur unterzeichnen — ein Ständchen bringen wollten und durch hoch zu Roß ansprengende Dragoner daran verhindert wurden.

Mathy nahm außerdem auch Antheil an politischen Versammlungen, wie am Feste der badischen freien Presse, das am 1. April 1832 zu Weinheim gehalten wurde und wobei nicht blos Itzstein und Mittermaier, sondern unter Andern auch Rheinganum von Frankfurt, Student Brüggemann aus Heidelberg, Dr. Schulz, Strecker aus Mainz, einige Polen und sogar ein Grieche feurige und begeisterte Worte sprachen. Als sodann auch eine Anzahl Bürger

aus der Pfalz zu einer Versammlung auf dem Schlosse Hambach bei Neustadt a. d. H. am 27. Mai (Sonntag) einluden, um „der Deutschen Mai“ zu feiern, da fehlte natürlich auch Mathy mit seinen Freunden nicht, während er auf dem am Pfingstmontag in Badenweiler abgehaltenen Feste der gemäßigten Liberalen nicht erschien und der Wächter sogar in diesem Letzteren nur den Versuch der Spaltung in der liberalen Partei erkennen wollte. Der Wächter wurde übrigens mehrmals hinter einander mit Preßprozessen verfolgt, die meistens mit Freisprechung endigten, und namentlich machte sich die Stuttgarter Zeitung mit ihm zu thun, welche seine Tendenz geradezu eine wahnsinnige nannte. Es war daher auch nicht unerwartet, daß auch der Bundestag sich mit dem Blatte beschäftigte und es am 19. Juli gemeinschaftlich mit dem „Freisinnigen“ verbot, wobei auch der komische Anhang nicht fehlte, daß der Strohmann Schlund innerhalb fünf Jahren keine Redaction mehr führen dürfe. Der Wächter hegte zwar noch am 22. Juli die Hoffnung, daß ihn die badische Regierung schützen werde, aber er mußte mit der Nummer 114 drei Tage darauf zu erscheinen aufhören.

Mathy hatte sich schon mehrere Wochen vorher von der Betheiligung am Wächter zurückgezogen gehabt, weil ihm der Ton zu radikal erschienen war; um aber nicht auch die publicistische Thätigkeit aufgeben zu müssen, gründete er den „Zeitgeist. Ein Volksblatt für Deutschland“, wovon am 4. Juli die erste Nummer zu Karlsruhe bei Hasper erschien und wofür zuerst der Buchdrucker unterzeichnete. Als für die vierte Nummer, worin Mathy das Bundesprotokoll vom 28. Juni abdrucken und das er mit schwarzem Rande umgeben ließ, Hasper die Verantwortlichkeit nicht übernehmen wollte, trat D. Haffner für ihn ein, und von der sechsten Nummer, 21. Juli an, unterzeichnete als Strohmann der Taglöhner Erasmus Bartlin*) bis zum Ende, am 27. September 1834.

Es gibt Wenige mehr, welche sich dieses Blattes genau erinnern können, das zur Zeit seines Erscheinens eine ziemlich starke Verbreitung erlangte, mit vielem Beifalle gelesen wurde und sich nur durch seine Mäßigung in jenen

---

*) Mathy erzählte uns später einmal von einem dieser Strohmänner — es ist uns nicht mehr recht erinnerlich, ob es der Mannheimer oder Karlsruher war — folgendes interessante Geschichtchen. Wegen eines Preßprozesses vor das Stadtamt vorgeladen, bekannte er sich als Verfasser des fraglichen Artikels; als er nun das Protokoll unterzeichnen sollte und, weil er nicht schreiben konnte, die üblichen Kreuze darunter setzte, fuhr ihn der Stadtdirektor heftig darüber an, wie er denn behaupten könne, er habe den Artikel verfaßt, da er doch nicht schreiben könne; der Strohmann ward aber nicht verlegen darüber und antwortete naiv: „Ich mache es, wie der Herr Stadtdirektor, ich gehe im Zimmer auf und ab und diktire.“

verfolgungsreichen Jahren so lange erhalten konnte. Nur mit der größten Mühe vermochte der Verfasser im Verlaufe längerer Zeit sich ein vollständiges Exemplar davon zu verschaffen, denn wenn auch Gratisexemplare an die Hofbibliothek und beide Universitätsbibliotheken gegeben werden mußten, so war doch auf Ersterer keine Spur mehr davon aufzufinden und die Exemplare der Universitätsbibliotheken zeigten sich unvollständig und verstümmelt.

So jung Mathy damals noch war, so wußte er doch dem Blatte eine sehr besonnene und sich mäßigende Haltung zu geben und während der ersten Zeit dessen Bestehens und des über ihm schwebenden Damoklesschwerts der Bundesbeschlüsse wurde doch nur eine einzige Nummer unter der Geltung der Preßfreiheit mit Beschlag belegt und auch dies nur wegen eines Artikels aus dem Freisinnigen in Freiburg, der dort unbehelligt erschienen war. Als Ende Juli 1832 die Preßfreiheit in Baden unterdrückt wurde, fragte sich Mathy zwar, ob er unter der Censur das Blatt fortsetzen solle, aber er gab es nicht auf, weil er hoffte, daß dennoch eine freie Erörterung der vaterländischen Angelegenheiten in so weit möglich sei, daß er nützlich wirken könne. Leider aber zeigte die Censur eine Willkür ohne Gleichen, denn sie strich ihm Vieles, was in anderen Blättern frei passirt war, ja Aufsätze ganz unschuldiger Art, wie z. B. über die Gallas, das Leben des Grafen Pozzo di Borgo, Stücke aus Reden französischer Deputirten, Aphorismen und dergl., worüber er auf erhobenen Recurs einmal nach zwanzig Monaten noch keine Entscheidung erhielt, so daß ihm die Stelle als Redacteur gründlich genug verleitet werden konnte und nur sein Vertrauen auf Besserwerden ihn ausharren ließ.

Im ersten Halbjahre beschäftigten ihn besonders die Folgen der Bundesbeschlüsse und zwar zuerst in den Artikeln: Wie soll der Bürger seine Theilnahme an dem öffentlichen Leben kundgeben, in deren drittem er nachzuweisen suchte, daß, wenn die Bitten und Beschwerden des Volkes von einer Regierung zurückgewiesen würden, dann die nächste verfassungsmäßige Maßregel die Steuerverweigerung sei, die zwar als eine bedenkliche Sache erscheine, aber doch zur unbedingten Nothwendigkeit werden könne. Von der Karlsruher Zeitung deshalb angegriffen, rechtfertigte er seine Ansicht sehr klar durch Hinweisung auf die Verfassungsbestimmungen und er ging sogar noch weiter und zeigte in einigen weiteren Artikeln, daß überhaupt Artikel 2 der Bundesbeschlüsse mit der badischen Verfassung im Widerspruch stehe und seine Fassung zu den willkürlichsten Auslegungen Anlaß geben könne. Weitere Artikel behandelten die Partei der Schwankenden, die Pedanten und Heuchler, die römische Politik in Deutschland, den Kampf des Absolutismus und Liberalismus und dergl. Wäh-

rend ein Artikel: „Menschen und Uhren“ voll Humor geschrieben war, zeigte er in einem andern unter der Aufschrift: „Eintracht und Einmuth“ den einzigen Weg, auf welchem die friedliche Entwickelung der deutschen Verhältnisse denkbar erschien, und dieser Weg war dem jungen Mann schon damals die nähere Vereinigung der constitutionellen Staaten und die Gründung eines Parlaments. „In dieser Vereinigung“, sagte er, „liegt die Reform des deutschen Bundes, der in seiner jetzigen Gestalt nichts Anderes ist, als eine Verbindung von Königen, angeknüpft an zwei europäische Mächte, aber ohne Einfluß auf die europäischen Verhältnisse. Ihm werde, als einer ersten Kammer, eine zweite Kammer aus gewählten Abgeordneten der einzelnen Staaten beigeordnet; beide vereint, werden die allgemeinen Verhältnisse des Ganzen regeln und wahren. Geschieht dies nicht, dann fällt der Bund unter den Streichen der Machthaber oder er wird zerrissen durch gewaltsam hervorgerufene Revolution.“ — Man sollte meinen, Mathy habe schon damals die späteren Ereignisse vorausgesehen, denn 1848 brach der Bund vor der Volksbewegung zusammen und wieder gewaltsam aufgerichtet von den Machthabern, fiel er 1866 unter den Streichen der Letzteren, weil man das einzige Mittel der Reform, eben dieses Parlament, nicht zugestehen wollte.

Aber in jenem Vorschlage des Jahres 1832 war doch noch die Hauptsache übersehen, daß nämlich zum staatlichen Organismus der Kopf fehlte, welcher zwischen der ersten Kammer der Fürsten und der zweiten Kammer der Volksvertreter die Entscheidung gab.

Auch den inneren Angelegenheiten und den da und dort auftauchenden Mißständen öffnete er sein Blatt zur Besprechung und die ärmliche Lage des Lehrerstandes wurde nirgends so schlagend und scharf gezeichnet und erwiesen, als in diesem Blatte. Eine sehr gründliche Nachweisung war gegen die Karlsruher Zeitung und indirekt gegen den Finanzminister Böckh selbst gerichtet, indem von Seiten der Regierung behauptet wurde, es sei das Volk seit 1816 durch Aufhebung von Lasten und Verminderung der Steuern bedeutend erleichtert worden, während Mathy mit Zahlen schlagend bewies, daß dies gänzlich Täuschung und Unwahrheit sei. Neben diesen Artikeln brachte er zahlreiche Mittheilungen über politische Prozesse, eine ausgezeichnete Auswahl von Aphorismen und Mittheilungen aus verschiedenen gleichgesinnten Blättern, sowie vergleichende Schilderungen aus anderen Ländern, z. B. aus Nordamerika. Daß übrigens die Censur doch vieles stehen ließ, was eine sehr starke Geiselung der badischen Zustände enthielt, beweisen die Nummern 17 und 30. Die erstere enthielt eine „Stufenleiter des constitutionellen Lebens in Baden“, auf deren

aufsteigender Reihe die freisinnigen Gesetze und Beschlüsse der Jahre 1830 und 1831 erscheinen, während die absteigende Reihe sieben Verbote, die Aufhebung des Preßgesetzes und die Bundesbeschlüsse vom 28. Juni zeigt. Bei dem zweiten Artikel muß die Censur vollständig geschlafen haben, denn „der Kalife Achmet. Eine wahre Geschichte“ ist eine prächtige, aber auch bitterböse Persiflage der badischen Minister, indem in der nach der Türkei verlegten Geschichte das Andrängen der benachbarten Großstaaten auf die Zurücknahme beschworener Gesetze von Seiten des Padischah die Einwirkung des Bundestags auf Baden darstellt, wo sodann die Minister Charielithos (v. Reizenstein) und Boreas (Winter) dem Padischah die Zurücknahme unter allerlei sophistischen Gründen anrathen, dann denselben im Lande herumführen, ihm einen künstlich gemachten Enthusiasmus des Volks heucheln lassen und so ihn von der Richtigkeit ihres Raths überzeugen, was alles der Hofgeschichtsschreiber, der weise Enom (Mone, Redacteur der Karlsruher Zeitung), mit prangenden Farben in die Jahrbücher des Reichs einträgt. — Wir bezweifeln, daß eine solche Darstellung heute unter der Preßfreiheit ungeahndet veröffentlicht werden dürfte und auch damals bekam der Censor wegen seines Versehens einen derben Verweis, was ihn nun veranlaßte, um so schonungsloser zu streichen und auch das Harmloseste nicht mehr passiren zu lassen, selbst als ihn Mathy persönlich darauf aufmerksam gemacht hatte, daß dies die Censurordnung überschreite, wenngleich es eine Gesetzwidrigkeit nicht sein konnte, da die Censur gesetzlich nicht geregelt war.

Der zweite Jahrgang, 1833, in welchem der Zeitgeist dreimal wöchentlich erschien, widmete sich weniger den allgemeinen politischen Fragen, als den inneren Interessen des Landes und enthält eine Reihe ausgezeichneter Aufsätze, wobei Mathy nun auch mehr Mitarbeiter erhielt. Mathy selbst war übrigens eine Zeit lang an der Selbstredaction verhindert und übernahm sie erst am 18. Juni wieder, wo dann auch richtig sein erster Aufsatz „Ueber die feindseligen Elemente im Staatsorganismus“ gestrichen wurde, weil der Censor ihn für zu persönlich erklärte, da er sich mit einer Aeußerung des Ministers Böckh beschäftigte. Dies machte ihn jedoch eben so wenig irre, als die dringende Mahnung desselben Beamten, die Herausgabe des Zeitgeistes aufzugeben, denn Mathy gab allerdings etwas auf, aber nicht die Redaction, sondern seine Stellung am Finanzministerium und unter der Reihe der Kameralpraktikanten.

In diesem Jahrgange beschäftigte er sich unter Anderem mit einer Vergleichung des württembergischen und badischen Budgets, der Frage des Eintritts in den Zollverein, dem Einflusse guter Straßen auf die Wohlfahrt des Staats, den Wahlen zum Landtage und den Aufgaben desselben, der neueren

Kolonialpolitik und dergl. und es wurden von Anderen nicht weniger wichtige Verhältnisse besprochen. Auch lieferte er kurze, aber gute Referate über die Landtagsverhandlungen in einem besonderen Beiblatte. In Bezug auf diese richtete er in Nr. 28 vom 3. September ein sehr launiges „offenes Sendschreiben an den Herrn Abgeordneten Knapp", der sich unpassender Weise in der Kammer darüber beschwert hatte, daß seine Reden nicht so vollständig gegeben seien, und daher von Mathy köstlich persiflirt wurde, und worunter unter Anderem auch die auch heute noch auf solche Tadler anzuwendende Stelle vorkommt: „Wollten Sie einmal sich herablassen, das Geschäft eines Redacteurs bezüglich auf die Verhandlungen der Kammer nur oberflächlich kennen zu lernen, so würden Sie einsehen, daß dasselbe nicht so leicht ist, als die Kammer und die Gallerien durch Späße zu ergötzen oder zu langweilen." Knapp trug diesen Spott Mathy jedoch noch sehr lange nach, denn wir werden zum Jahre 1846 sehen, daß er ihm denselben Vorwurf wiederholte, wo er aber auch in der Kammer selbst mit nicht minderer Persiflage von Mathy bedient wurde. Weiter heben wir noch aus diesem Jahrgange (Nr. 30 vom 7. September) einen ungemein launigen Aufsatz voll Ironie und Humor hervor, den gewisse Aeußerungen der Regierung in der Kammer hervorriefen, der die Aufschrift: „Von Ladenhütern, Kochlöffeln, rußigen Kesseln und vom rechten Ton" trug und die Censur kostbar persiflirte, so daß wir nicht umhin können, ihn in der Anmerkung wieder abzudrucken*). Vielleicht

*) Der Aufsatz lautet also: Unter anderen Blüthen und Früchten, welche die Diskussion über den Zustand der Presse in Baden der 51. Sitzung der zweiten Kammer entlockte, befinden sich auch die Obengenannten. Der geneigte Leser wird ihren vollen Werth erst dann würdigen können, wenn er die Verhandlungen der gedachten Sitzung liest und daraus erfährt, daß dieselben nicht aus der Mitte der Kammer, sondern von der Regierungsbank hervorwuchsen. Da sich übrigens schon mannigfaltige Gerüchte über ihr Dasein im Publikum verbreitet und die Begriffe, welche bisher mit diesen gewöhnlichen Worten verbunden wurden, wankend gemacht haben, so wollen wir eine kurze Definition der alten und neuen Theorie versuchen. — Ladenhüter nannten die Buchhändler und andere Leute bisher solche Werke, welche keinen Absatz finden, z. B. Predigten und Betrachtungen über die Verbesserung der Welt. Nach der neueren Theorie werden aber unter Ladenhüter verstanden: Das badische Volksblatt, die beiden Schwarzwälder und — der Zeitgeist. Wahrscheinlich wäre auch der badische Merkur dabei, wenn er noch lebte, allein der ist bekanntlich an der Preßfreiheit gestorben, an der Preßfreiheit, der Mutter von uns übrigen armen Waisen, der Preßfreiheit, welche eines gewaltsamen Todes starb. — Kochlöffel und rußige Kessel waren bisher Küchengeräthschaften; die ersten von Holz, die letzten von Metall und am Feuer erprobt. Jetzt sind sie zu musikalischen Instrumenten emporgestiegen, deren sich die Schriftsteller bedienen, für welche die Censur eine Wohlthat ist. Darunter werden jene Schriftsteller verstanden, welche — den rechten Ton nicht treffen. Der rechte Ton aber war bisher die Sprache der Wahrheit, jetzt, nach der neuen Theorie, ist es der Ton, welcher dem Censor gefällt, welcher die Censur passirt, und dieser Ton ist bekanntlich nicht die Sprache der Wahrheit; seht nur hin auf den rechten Ton der Mann-

hat der Censor sogar selbst Vergnügen an dem Artikel gehabt, daß ihn seine Scheere verschonte. — Endlich wollen wir noch einer kleinen Anmerkung gedenken, die Mathy zu dem Artikel eines Bremers machte, der die Erbauung einer Eisenbahn von Bremen nach München und über die Alpen durch Betheiligung der Bürger selbst, also durch eine Aktiengesellschaft, wie in England und Amerika vorschlug. Mathy meinte dazu: „Der Weg zu der deutschen Eisenbahn geht entweder durch den Bundestag, oder durch die diplomatischen Verhandlungen der einzelnen Regierungen. Von dem Ersteren sagen wir nichts; der diplomatische Weg aber ist viel zu uneben für Eisenbahnen. Wenn jedoch der Verfasser glaubt, daß durch einen Verein von Bürgern jene große Nationalunternehmung zu Stande kommen werde, so hat er im Hinblick auf England und Amerika den Zustand Deutschlands aus dem Auge verloren." Mathy sah eben damals zu schwarz und die Zukunft zeigte bald, daß auch hierin Deutschland etwas leisten könne.

Während er diesen zweiten Jahrgang erscheinen ließ, ging auch in Mathy's äußerer Stellung eine wesentliche Aenderung vor. Er war mit einem Gehalt von vierhundert Gulden am Finanzministerium als Praktikant beschäftigt und seine Oberen wollten ihm anfangs wohl, so daß sie ihm noch Nebenarbeiten übertrugen, die besonders bezahlt wurden, was für Mathy um so erwünschter war, als er im Juli 1833, als er gerade aus dem Gefängniß kam, nach fast 3jähriger Brautschaft sich mit Anna Stromeyer, Tochter des kurz zuvor verstorbenen Physikus von Tauberbischofsheim und Schwester seines oben genannten Freundes Stromeyer, in Schwetzingen verheirathet und in der kleinen Herrenstraße (Nr. 20 in Karlsruhe) seinen kleinen Haushalt eingerichtet hatte. Da man das Talent des jungen Mannes wohl zu würdigen wußte, so suchte man ihn von der journalistischen Laufbahn abzuhalten und überhäufte ihn mit Arbeiten. Aber Mathy überwältigte sie durch seine große Arbeitslust und Thatkraft und verwandte die Abende und Nächte dazu, um den Zeitgeist zu schreiben und in

---

heimer Zeitung. — Armer Censor, geplagter Mann! sonst vernahm das ganze Publikum die Musik der Kochlöffel und rußigen Kessel, es verlangte darnach, es fand sogar darin den rechten Ton und griff nach uns Ladenhütern; jetzt dringt die Musik allein zu deinem Ohr, du stimmst daran, du flickst die rußigen Kessel, machst Löcher hinein, bis der Ton herauskommt, den du für den rechten hältst. Das Publikum ist leider anderer Meinung, es will selbst hören und urtheilen, und weil es dies nicht darf, hüten wir den Laden, doch, Gott Lob! noch einen ziemlich besuchten Laden! — Laßt uns, bitte ich, und bittet gewiß auch Ihr, Mitbrüder, Kinder einer Mutter und Leidensgenossen, — laßt uns Musik machen in dem Haus, das wir gemeinschaftlich bewohnen, und laßt die Hörer entscheiden, ob wir fortspielen oder schweigen sollen; dies wird uns trösten, und wir wollen verstummen vor den Thüren der Kabinete und den Ohren der Gewaltigen, die eine andere Musik mit niegehörtem Tone — die Posaune des Weltgerichts — einst überraschen wird.

andere Blätter, selbst in die Allgemeine Zeitung, Artikel zu liefern. Da ließ ihn endlich der Finanzminister v. Böckh selbst zu sich rufen und stellte ihm vor, daß er eine Carriere machen könne, wie kaum ein Anderer in Baden, wenn er sich zu entschließen vermöge, seine ganze Kraft der Regierung zu Gebot zu stellen. Als Mathy darauf meinte, dies heiße wohl, er solle fortan für die Regierung schreiben, und Böckh dies bejahte, da meinte Mathy, wie er selbst erzählte: „Nun, Excellenz, mit Ihnen wollte ich's wagen, wir Beide würden mit einander fertig werden, aber Ihre Herren Kollegen?“ und der Minister erklärte ihm sodann rund heraus, er habe nun nur die Wahl, den Zeitgeist oder seine Stellung und weitere Carriere aufzugeben. Es währte auch nicht lange, so wurde Mathy aus seiner Stellung entlassen und dieser selbst verlangte bald darauf auch, daß er aus der Liste der Kameralpraktikanten gestrichen werde, um ohne alle weitere Rücksichten sich allein der journalistischen Thätigkeit widmen zu können.

Auch der Jahrgang 1834 enthielt einige vortreffliche Artikel, z. B. über das Zehntablösungsgesetz, die Gründung einer badischen Versorgungsanstalt, den Zollverein und die Bezirksforsteien, und Mathy regte auch schon die große Bedeutung an, welche eine gute Ueberbrückung des Rheins bei Knielingen für die Stadt Karlsruhe haben werde. In diesem Jahre fügte er auch wöchentlich „Blätter für Unterhaltung“ bei, die sich durch die Theaterkritiken auszeichneten; doch ließ er dieselben mit Ende des ersten Halbjahres wieder fallen, um einen billigeren Preis des Blattes zu ermöglichen, und fügte dem Zeitgeist den weiteren Titel „Neue Karlsruher Volkszeitung“ bei. Als aber der Schluß des dritten Quartals kam, brach er plötzlich mit der Nummer 101 und folgender Erklärung ab: „Da wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht für angemessen halten, die Censurbehörde länger zu incommodiren, auch unseren Lesern nicht zumuthen können, sich mit dem zu begnügen, was ihnen die Censur übrig läßt, so werden wir den Zeitgeist nicht länger erscheinen lassen. Unsere heutige Nummer ist die letzte.“

Die Censur war drückend und hart und das Geschäft des Redacteurs eines freisinnigen Blattes sehr mühesam und ärgerlich; jedoch war dies nicht der einzige Grund, welcher Mathy zur Aufgabe des Zeitgeists veranlaßte, denn bei seinen volkswirthschaftlichen Kenntnissen hätte er auch unter der Censur noch ein reiches Feld für die Besprechung gehabt und hätte er sich auch nach und nach über Manches mit dem Censor verständigen können. Allein Mathy war wegen seiner politischen Wirksamkeit und seines Verkehrs mit verschiedenen Gleichgesinnten, welche in politische Untersuchungen gezogen wurden, nicht blos

verdächtigt, sondern auch selbst in diese Untersuchungen gezogen worden und deshalb verfuhr auch die Censur strenger gegen ihn, als es vielleicht sonst geschehen wäre.

Schon die erwähnte Weinheimer Versammlung, die zu gleicher Zeit mit ähnlichen in Bergen', Butzbach, Wetter, Spaichingen und Hanau gehalten wurde, galt dem Bundestage als gefährliche Demonstration; das Hambacher Fest mit seinen unvorsichtigen Reden und Ausschreitungen schreckte ihn aber vollends aus seiner Ruhe und wer daran Theil genommen, wurde fortan als ein Verschwörer angesehen. Da nun Mathy vollends in den Wächter am Rhein schrieb, der verboten wurde, während dessen Herausgeber Stromeyer wegen einer Verurtheilung flüchtig werden mußte, und bei einigen der schon damals, besonders aber nach dem Frankfurter Sturm auf die Constablerwache in Untersuchung Gezogenen und Verhafteten auch Briefe unseres Mathy erwähnten, und da Mathy ferner mit den Liberalen Badens und der Pfalz in regem Verkehre stand, auch einmal in der römischen Brauerei neben der Karlsruher Infanteriekaserne politische Lieder vertheilte und auf erfolgte Denunciation eine Nacht hindurch verhaftet worden war, so vermuthete man in ihm ebenfalls einen Theilnehmer an der großen, zum Umsturz der monarchischen Regierungen bestimmten Verschwörung, zu deren Aufsuchung und Untersuchung der Bundestag am 20. Juni 1833 eine eigene Centraluntersuchungsbehörde niedersetzte, welche ihre Thätigkeit im darauf folgenden August in Mainz eröffnete. Es wurde also auch gegen Mathy eine Untersuchung eingeleitet, welche an anderthalb Jahre dauerte und alle möglichen Indizien gegen ihn geltend zu machen suchte, und er war sogar eine Zeit lang verhaftet. Im Bewußtsein des Rechts und der Nichttheilnahme an irgend einer Verschwörung oder geheimen Verbindung ging Mathy dieser Untersuchung auch nicht aus dem Wege, sondern betrieb seine Vertheidigung ernstlich und eifrig, welche Hofgerichtsadvokat Becker in Rastadt voll innigster Theilnahme führte, und Mathy gelang es sodann auch, die richterlichen Aussprüche der Hofgerichte zu Rastatt und Mannheim zu erlangen, welche ihn vollständig von allen vorgebrachten Anschuldigungen freisprachen. Die Hauptanklagen waren dahin gerichtet, daß Mathy von dem Frankfurter Unternehmen gewußt und mit den Theilnehmern daran eine Correspondenz geführt, daß er an mehreren Versammlungen Theil genommen und einige Flüchtlinge, die bei ihm Schutz suchten, über die Gränze nach Frankreich geschafft habe, wie er sich denn auch der durch Karlsruhe kommenden Polen eifrig annahm. Er hätte daher auch ruhig in Baden bleiben und seine publizistische Thätigkeit wieder auf-

nehmen können; allein die Mainzer Centraluntersuchungscommission hatte auch seine Akten reclamirt und da diese mehr als einmal sich über solche Freisprechungen der Landesgerichte hinwegsetzte und ungeachtet derselben solche Freigesprochene in ihre Gewalt zu bekommen suchte, ja sogar die Verhaftung Mathy's verlangte, welche auch im besten Falle eine Menge von Leiden und Gefahren mit sich gebracht hätte,*) so zog es Mathy vor, im Jahre 1835 Baden ganz zu verlassen und nach der Schweiz zu gehen, nicht aber als Flüchtling, sondern mit einem obrigkeitlichen Passe aus seiner Vaterstadt Mannheim, der ihm nach Constatirung der freisprechenden Urtheile auch nicht versagt werden konnte.

Für Mathy, der über nicht viele Mittel gebot, war dies ein ebenso harter, als muthiger Schritt, denn er stand nicht mehr allein, war verheirathet und hatte Familie, und wenn ihm auch Empfehlungen und jede Art Unterstützung von Seiten seiner zahlreichen politischen Freunde zu Gebot standen, so betrat er doch nun ein ihm fremdes Land und mußte er erst streben, sich wieder einen neuen Berufskreis und ein ausreichendes Einkommen zu erwerben, was in der Schweiz damals nicht so leicht war und sich auch nicht rasch verwirklichen ließ. Den muthig-entschlossenen Mann schreckte dies aber nicht, weil ihm eine Fülle von Kenntnissen und die Entschlossenheit nicht fehlte, auch einen andern Wirkungskreis zu wählen, wenn seine Arbeiten in Zeitungen und Tagesblätter nicht genug Verdienst bieten sollten, und so ging er denn im Jahre 1835 zuerst allein nach Biel und nahm dann in Bern Aufenthalt, wohin er Frau und Kind nachkommen ließ, weil er daselbst ein genügendes Auskommen zu finden hoffte.

Ohne große Schwierigkeiten sollte er aber auch dies nicht erlangen. Die Schweiz, namentlich aber die Kantone Bern und Solothurn, wimmelte damals voll politischer Flüchtlinge aus Deutschland, Polen, Italien und Frankreich und es war ganz natürlich, daß Mathy mit vielen derselben bekannt wurde und theilweise auch regen Umgang pflog, der zur Folge hatte, daß ihn dieselben für das zu Biel in der von Gemeindevorstehern errichteten Buchdruckerei erscheinende und auf Aktien gegründete Journal la jeune Suisse, in französischer und deutscher Sprache, gewannen, wo er sodann nicht blos

*) Der Verfasser dieses hatte Gelegenheit die Akten jener Centraluntersuchungscommission, soweit sie im Bundesarchive lagen, im Jahre 1863 durchzusehen und fand den Namen Mathy's nur einige Male gelegentlich erwähnt, so daß er glaubt, Mathy's Befürchtungen waren nicht ganz begründet. In der an den Bundestag erstatteten Darlegung der Hauptresultate aus diesen Untersuchungen vom August 1838 ist Mathy's Namen auch nicht einmal genannt.

die französischen Artikel in's Deutsche übersetzte, sondern auch sonst an der Redaktion und dem Betriebe Theil nahm. Ein Theil dieser Leute gehörte aber der exaltirten Partei an, welche glaubte von der Schweiz aus ganz Europa revolutioniren zu können, sich mit den in der Schweiz sich aufhaltenden deutschen Handwerksburschen verbrüderte, die Verbindungen das junge Deutschland, junge Italien und junge Europa schloß, Kränzchen, Lesevereine und Gesellschaften bildete und sich in förmliche Conspirationen einließ. Zu Ende des Jahres 1835 suchte sie sogar einen bewaffneten Einfall in den Schwarzwald zu organisiren, Mazzini drängte zum Losschlagen, es wurden die Leute schon förmlich einexerzirt und Ende Mai 1836 Alles zum wirklichen Ergreifen der That vorbereitet. Dies konnte nun natürlich nicht lange dauern, ohne die Einsprache der Großmächte hervorzurufen und so sahen sich denn die Schweizer Behörden genöthigt, selbst einzuschreiten, das Journal zu unterdrücken, Verhaftungen vorzunehmen und eine förmliche Untersuchung, auch gegen Mathy, einzuleiten. Das Resultat derselben war die Ausweisung zahlreicher Flüchtlinge und da der Untersuchungsrichter Roschi auch Mathy unter der Zahl der conspirirenden Flüchtlinge aufführte, so wurde auch er unter die Zahl der Auszuweisenden gesetzt. Mathy aber, der sich von den argen Ausschreitungen fern gehalten hatte, konnte nur dadurch seinen Aufenthalt in der Schweiz fortsetzen, daß einzelne Kantone ihm einen stillen Aufenthalt erlaubten, wo er dann genöthigt war, sich wieder mehr national-ökonomischen Arbeiten hinzugeben, Artikel in das Staatslexicon von Rotteck und Welcker schrieb und die in Bern gestellte Preisfrage: „der Zehent“ löste.

Nachdem Mathy sich in die Verhältnisse der Schweiz nach und nach mehr eingelebt hatte und das wirre Treiben der deutschen Flüchtlinge ihm gänzlich verleidet war, sehnte er sich nach einer festen Lebensbasis, zumal er nun auch eine kleine Familie um sich hatte, und die Freundschaft mit mehreren der leitenden freisinnigen Persönlichkeiten des Kantons Solothurn brachte ihn dahin, daß er sich mit dem Beginne des Jahres 1838 um die Lehrerstelle an der eben im Entstehen begriffenen Bezirksschule von Grenchen bewarb. Dies hatte aber seine großen Schwierigkeiten, denn er mußte dafür zuerst vor einem Schweizer Schulrathe die Staatsprüfung ablegen und dies konnte er in seinem Aufenthaltsorte nicht, weil er dort nicht öffentlich erscheinen durfte, ohne verhaftet und ausgewiesen zu werden. Man schaffte aber Rath, wandte sich in der Sache an den liberalen Schulrath des Kantons Aarau und er ging heimlich dahin, wo er denn sofort im Schulgebäude die Prüfung bestand und die Probelehrstunde abhielt. Die Behörden waren jedoch

von Mathy's Ankunft benachrichtigt worden und die Polizei stationirte sich vor das Schulgebäude, um Mathy beim Herausgehen zu fassen; dieser aber hatte inzwischen auch die Gefahr bemerkt, ging mit dem erhaltenen Prüfungszeugniß durch eine Hintertreppe aus dem Hause und fuhr sofort in einem bereit gehaltenen Wagen nach dem Vororte Luzern, wo er beim Bundesrath Rekurs gegen die Ausweisung erhob, das Zeugniß des Untersuchungsrichters Roschi beilegte, worin derselbe bestätigte, Mathy mit Unrecht der Theilnahme an geheimen Verbindungen beschuldigt zu haben, und alsbald die Aufhebung der Ausweisung erlangte, wobei der Bundesrath noch dazu erklärte, daß das Berner Erkenntniß auf groben Unwahrheiten beruht habe. Nun erst konnte er frei und offen zurückkehren und sich persönlich zu Grenchen als Bewerber um die Schulstelle zeigen. Grenchen ist ein ansehnlicher Ort westlich von Solothurn, am Abhange des Gebirges, in schöner Gegend mit weiter Fernsicht, das eigentlich nur aus einzelnen Häusergruppen besteht, aber die Bewohner desselben waren streng katholisch, mehr dem Ackerbau und der Sennwirthschaft sich widmend, von starkem, kräftigem Schlag und dazu noch wegen ihrer derben Wildheit und ziemlich ursprünglichen Sitten bekannt, so daß man im Orte nicht daran dachte, die Thore und Thüren zu verschließen, und ein Diebstahl zu etwas Unerhörtem gehörte. Wohl mancher Andere hätte sich dadurch abhalten lassen, hier als Bewerber aufzutreten, aber Mathy war den tüchtigsten Leuten des Ortes empfohlen und auch persönlich bekannt und so wurde er denn auch, obschon er Protestant war, von einer großen Mehrheit erwählt und am Ostermontage in sein Amt eingeführt.

Es war natürlich, daß er auch alsbald auf zahlreiche Gegner stieß und die ultramontan-reactionäre Presse ihn angriff, war er doch vom Landamann Munzinger empfohlen, gegen den sie hauptsächlich deshalb einen unversöhnlichen Groll hatte, weil er das Geschlechterregiment im Kanton zerstört, die Rechtspflege reformirt und Schulen selbst zwangsweise eingeführt hatte. Glücklicherweise waren Pfarrer und Kaplan, die von ihren geistlichen Oberen besonders angewiesen waren, gegen den neuen Lehrer zu wirken, etwas indolent und gingen lieber ihren Privatliebhabereien nach, und da sich Mathy wohl hütete, in irgend etwas das religiöse Gebiet zu betreten und Anstoß zu erregen, ja sogar mit den in der Nachbarschaft wohnenden Franziskanern, die recht fleißige und gelehrte Leute waren, sich auf gutem Fuße zu halten verstand, so reducirte sich die Zahl seiner Gegner auf wenige Bürger und einen Theil der Frauen, die aber allerdings sich alle Mühe gaben, ihm sein Amt zu verleiden, wie denn auch der Milchlieferant Mathy's ihm einmal aus

Bosheit Milch von einer kranken Kuh gab, wovon seine Kinder erkrankten.

Ungeachtet Grenchen einige Tausend Bewohner zählte und die Nachbardörfer von der Schule Gebrauch machen durften, so begann Mathy's Schule doch nur mit einem Dutzend Kinder, bis das benachbarte reformirte Dorf Lengenau um Erlaubniß bat, seine Kinder ebenfalls in diese Schule schicken zu dürfen und deren auch alsbald zehn sandte, und dann dies Beispiel auch noch einige andere Orte zur Nachfolge bewog, so daß die ganze südwestliche Ecke des Kantons die Schule benutzte. Dies wirkte nach und nach auf die Stimmung der Bürger überhaupt, deren Ehrgeiz es reizte, ihre Schule von einer ziemlich ausgedehnten Gegend beachtet zu sehen, und Mathy verstand es auch, den Lehrplan, der von Solothurn aus vorgeschrieben war, in der Weise umzugestalten, daß er den Bedürfnissen und Wünschen der Einwohner Rechnung trug, sowohl was die Unterrichtszeit, als die Unterrichtsgegenstände betraf. In ersterer Hinsicht war es Mathy's Sorge, die Kinder im Sommer nicht von der Theilnahme an den gewohnten Feld- und Hausarbeiten abzuhalten und daher verlegte er die Unterrichtsstunden in die Zeit von sechs bis zehn Uhr, worauf die Kinder ihre Zeit völlig frei hatten. Was den Unterricht im Besonderen betraf, so lehrte er die Kinder Deutsch und Französisch, Geographie, Geschichte, Arithmetik und Geometrie, und zwar in einfacher, von aller Pedanterie freien Weise, was bei den Kindern die Lust zum Lernen weckte und steigerte und auch von schönen Erfolgen gekrönt war. Einzelnen Schülern, welche eine größere Befähigung und mehr Lerntrieb zeigten, gab er noch besondere Stunden im Lateinischen und brachte sie später dahin, daß sie den Cornelius Nepos und Cäsar lesen konnten; die Meisten verstanden es schon nach einem Jahre, deutsche und französische Briefe zu schreiben und die gewöhnlichen Geschäftsrechnungen zu besorgen, und dadurch wurde die Schule auch im Dorfe beliebter, weil nun die Eltern von den Kenntnissen der Kinder für sich praktischen Gebrauch machen konnten und sie ihnen damit sehr nützlich wurden, denn Grenchen liegt fast auf der Gränzscheide des deutschen und französischen Jura und diese sprachliche Vermittelung hatte dadurch für das Dorf eine größere Bedeutung. Auch im Feldmessen und Reden wurden die Knaben geübt und Mathy selbst führt in der Darstellung dieses seines Schulmeistertrienniums (in Gustav Freitags Bildern aus der deutschen Vergangenheit 1862 erschienen) einen Fall auf, wo ein Knabe von fünfzehn Jahren, dessen Vater in Gant gerathen war, vor der versammelten Gemeinde für seinen Vater mit solchem Ausdrucke und Geschicke und mit sol-

cher Wärme sprach, daß auch die härtesten Männer darüber bis zu Thränen gerührt wurden. Als dann endlich im zweiten Jahre der Landamman selbst nebst einigen Mitgliedern des Regierungsraths eine Prüfung in der Schule vornahm, sich mit den Resultaten auf das Beste zufrieden erklärte und den Grenchenern sein Lob über ihre Schule spendete, da brach denn auch der Widerstand gegen dieselbe vollends zusammen und versagte ihr fast Niemand mehr seine Anerkennung.

Mathy war ferner auch bemüht, den republikanischen Geist der Jugend zu wecken und zu stärken und sie besser mit ihrer vaterländischen Geschichte vertraut zu machen, denn bisher waren ihr nur die schweizerischen Großthaten auf den berühmten Schlachtfeldern in's Gedächtniß geprägt worden, aber sie kannten nicht die inneren Kämpfe zur Erringung der politischen Freiheit, nicht die Zeiten der Unterdrückung des Gemeingeistes und der Verläugnung des Patriotismus und die traurigen Dienste, welche die Schweizer außerhalb ihres Vaterlandes der Reaction und Knechtung der Völker geleistet hatten. Darauf wies er sie ebenso hin, wie auf die großartigen Fortschritte der neuesten Erfindungen und Entdeckungen, und erweckte dadurch in der nachwachsenden jüngeren Generation einen ganz anderen Geist, als ihn ihre Vorfahren eingesogen hatten. Er unternahm es sodann auch, das in der Gegend ganz in Abgang gerathene Volksschauspiel wieder in's Leben zu rufen und vermochte die Schüler, auf Ostern 1840 das vaterländische Trauerspiel „Hans Waldmann" zur Aufführung vorzubereiten, wozu man in Solothurn sogar die nöthigen Rüstungen und Waffen und selbst eine alte burgundische Feldschlange aus dem Zeughause borgte, so daß die sorgsam eingeübte Vorstellung am 15. März nach einem glänzenden Zuge nach dem Badehause, wo sie stattfand, mit dem größten Erfolge vorüberging und noch zweimal wiederholt werden mußte.

Diese Bemühungen Mathy's erwarben ihm die Zuneigung und Liebe der Schüler in hohem Grade und sie beeiferten sich, ihm überall zu Gefallen zu leben. Sie brachten ihm die ersten Früchte des Waldes, mähten und führten ihm das Heu für seine zwei Ziegen heim, bestellten ihm den Garten und auch die Bürger ließen es an nichts fehlen, um ihrem Lehrer gefällig zu sein. Dieser sorgte dagegen auch wieder für das Weiterkommen solcher Schüler, welche für die Kantonsschule reif wurden und selbst keine Mittel besaßen, sie zu besuchen. Für einen Theil derselben konnte er Unterstützungen von Seiten des Erziehungsraths erlangen, Andere erhielten auf seinen Rath Wohnung und Kost bei den Kapuzinern in Solothurn, die dazu verpflichtet

waren, und er wußte in Bezug auf Letztere selbst die Solothurner Beamten zu beruhigen, welche von den Kapuzinern besorgten, sie möchten die von Mathy gelegte gute Saat wieder zerstören. Mathy erzählte uns selbst die treffende Antwort, die er darauf gegeben; in seiner ironischen Weise meinte er, er wisse wohl, daß die Kapuziner andere Grundsätze, als er, lehrten, aber er wisse noch mehr: einmal, daß Schüler leben müssen, wenn sie lernen sollen, dann daß Knaben, welche zwei Jahre bei ihm gewesen, so verdorben seien, daß ihnen kein Kapuziner mehr helfe.

Das Stillleben in Grenchen war übrigens kein so einsames. In seinen freien Stunden widmete er sich publicistischen Arbeiten, wozu seine zwei in Rau's Archiv für politische Oekonomie, Band 4, 5 und 7 erschienenen Aufsätze „Ueber die Finanzen des Kantons Bern", sowie eine Anzahl Artikel im Staatslexicon von Rotteck und Welcker gehörten*); an rauhen Winterabenden las er seiner Gattin deutsche und andere Dichter vor, an Sonn- und Feiertagen kamen Besuche von Freunden aus Solothurn und Aarau oder wurden auch solche erwiedert und so oft Mathy in der Stadt war, brachte er seiner Frau etwas Gutes und Nützliches für den Haushalt mit und er hat noch in seinen letzten Lebensjahren mit Vergnügen von einer solchen Rückkehr erzählt, wo er ein Paket Kaffee mit sich trug, aber vom Gewitter überrascht und betäubt zu Boden fiel, und dann unter strömendem

---

*) In das Staatslexicon schrieb er gleich bei dessen Beginne; bei der späteren Umarbeitung nach Rotteck's Tod übernahm er sodann auch die Durchsicht der national-ökonomischen und finanziellen Artikel. Von Mathy sind in diesem Werke nachfolgende Artikel verfaßt: Abandon, — Abgaben, Auflagen u. Steuern, — Abholzen, — Ablösungsarten, — Ablösungskapital, — Abmachung, — Abrechnen, — Absatz, — Acceptation, — Accise, — Ackerbau, — Actienhandel, — Activhandel, — Admodation, — Aerarium, — Agiotage, — Alleinhandel, — Amortisation, — Anweisungen, — Arbitrage, — Assignaten, — Aufkauf, — Aufschlag, — Ausgleichungsabgaben, — Bank, — Einkommen und Einkommensteuer, — Englisches Bank- und Creditsystem, — Fruchtsperre im Jahre 1846, — Geldumlauf, — Handel, — Nationalökonomie, — Octroi, — Organisation der Finanzverwaltung, — Papiergeld, — Regie, — Rheinoctroi, — Schifffahrtsgesetze, — Sperre, — Stempel, — Theuerung, — Zehnt, — Zoll, — Zollverein. — Zusätze machte er ferner später zu den Artikeln: Ackerbauinstitute, — Actiengesellschaften, — Eisenbahn, — Finanzoperationen, — Geld, — Gewerb- und Fabrikwesen, — Glücksspiele, — Grundsteuer, Gefällesteuer, Häusersteuer. — Man ersieht aus dieser Zusammenstellung, daß seine Thätigkeit für das Staatslexicon während seines Aufenthaltes in der Schweiz am stärksten war, mit seinem Eintritte in die Kammer aber geringer werden mußte. Um den Hauptgrundsatz zu bezeichnen, von welchem er bei solchen Arbeiten ausging, heben wir aus dem Artikel „Nationalökonomie" folgende Stelle hervor: „Man darf überhaupt von der strengen Durchführung von Theorien und Systemen in der Anwendung auf wirkliche Verhältnisse nicht zu viel erwarten." In der Nationalökonomie war und blieb er ein Eklektiker, wie es bei dem damaligen Kampfe zwischen dem Schutzzoll- und Freihandelssysteme nicht anders zu erwarten war; eigentlicher Freihändler ist er nie geworden.

Regen die in der Finsterniß aus der geborstenen Düte auf den Boden gefallenen Kaffeebohnen sorgsam wieder zusammenlas und heimtrug.

Während dieses Stilllebens Mathy's, an das er bis an sein Ende immer nur mit Vergnügen zurückdachte, starb der König von Preußen im Juni 1840, worauf sein Sohn nachfolgte, auf den man für die freiheitliche Entwickelung Deutschlands so große Hoffnungen setzte, und regten die kriegerischen Gelüste Frankreichs unter dem Ministerium Thiers den patriotischen Geist Deutschlands wieder mächtig an, so daß man nun den baldigen Bruch der Reaction und eine bessere politische Entwickelung erhoffte. Auch in Baden schöpfte man neue Hoffnung, denn die Blittersdorf'sche Richtung war noch nicht offen hervorgetreten und da Mathy mit den Vertretern der liberalen Richtung in Baden fortwährend in Verkehr gestanden war, sie seine frische Kraft wieder in der Heimath wirken sehen wollten und man es unternahm, eine liberale Zeitung bei Groos in Karlsruhe zu gründen, so wurde er dringend eingeladen, nach Baden zurückzukehren und die Redaction des neuen Blattes zu übernehmen. Mathy sagte selbst, daß es ihn einen längeren inneren Kampf gekostet habe, bis er sich entschied; aber die Hoffnung, der Sache der Freiheit nützen zu können, bewog ihn, um seine Entlassung einzukommen, und an Weihnachten 1840 schied er aus Grenchen, bis zum letzten Augenblicke mit den Zeichen der höchsten Achtung und Liebe bedacht und unter dem tiefen Bedauern der Bewohner, die seinen Weggang innigst betrauerten und ihm von da an auch ferner ihre große Anhänglichkeit bewahrten, wie Mathy gegen Grenchen, das er noch öfters besuchte, um sich an der Stätte wieder umzusehen, wo er im einfachen Schulhause fast drei Jahre eines stillen Glücks verlebt und allerseits das praktisch-nüchterne, aber ebenso besonnene als entschiedene Wesen der Schweizer und ihres Schaltens in Gemeinde und Staat kennen gelernt hatte und daraus auch für sich selbst ein tüchtiges Vorbild gewann, das seinem eigenen Geiste so sehr entsprach. Ja als er als Bankdirektor einmal seine Frau erkranken sah und ihr der Aufenthalt in reiner Gebirgsluft angerathen wurde, besuchte Mathy mit ihr das Bad Grenchen und seine dankbaren Schüler und Freunde brachten ihm dort eine Ovation durch einen Zug mit Musik vor seine Wohnung, welche die Erinnerung an die längst vergangene Zeit wieder frisch in ihren Herzen wach rief und das Band neu schlang, welches Mathy bis an sein Ende zu dem traulichen Orte hinzog.

II.

Mit Neujahr 1841 übernahm Mathy in Gemeinschaft mit dem Schriftsteller W. Fischer die Redaction der Badischen Zeitung, welche der ihm befreundete Buchhändler K. Th. Groos in Karlsruhe gründete. Groos war selbst zu Mathy deshalb nach Grenchen gereist und in dem Blatte gab Mathy später die Gründe an, weshalb er sich zur Annahme des Antrages bewegen ließ. Er hoffte nämlich, daß die Verhältnisse der Tagespresse seit der Kriegsgefahr besser geworden seien und es bewog ihn auch die damals Deutschland drohende Gefahr, welche Ereignisse herbeiführen könnte, „wo auch die mißhandelten Söhne dem Vaterlande nicht fehlen dürfen," und Familienrücksichten. Sein Programm war einfach; er wollte für das constitutionelle Princip einstehen, wie es in der Landesverfassung ausgesprochen ist, nicht mehr und nicht weniger, Erörterungen darüber nur dann das Blatt öffnen, wenn es mit Aussicht auf Erfolg geschehen könne, und sich vorzugsweise auf dem wirthschaftlichen Gebiete und mit dem geistigen Leben des Volkes und seinen Wechselbeziehungen zu anderen Nationen beschäftigen.

Das Blatt mußte sich bescheidene Grenzen ziehen und daher waren die Leitartikel, welche ohnehin nur spärlich erschienen, meist den wirthschaftlichen Interessen und besonders den Zollvereinsfragen gewidmet. Aber die Auswahl des Stoffs und die Korrespondenzen waren mit Sorgfalt gewählt, Alles von freisinnigem Geiste durchdrungen und dabei eine so ruhige Besonnenheit und Mäßigung, wie es von einem bisher Verfolgten kaum zu erwarten war. In den ersten Wochen gab es auch schon wegen der Verantwortlichkeit Anstand. Beide Redacteure wollten sie gemeinschaftlich tragen, es war aber für drei Wochen nur dem Mitredacteur Fischer gestattet und erst am 20. Januar wurde auch Mathy förmlich dazu zugelassen, worauf er auch die Oberleitung übernahm. Bald zeigte sich das Verhältniß mit Fischer als unhaltbar und dieser trat mit Ende März aus, worauf Mathy die ganze Last allein übernehmen mußte, die er sich auch noch dadurch mehrte, daß er von Mitte April an die Mittheilung der Landtagsverhandlungen übernahm. Der Verleger Groos that das Möglichste,

ihn zu unterstützen, allein seine Gesundheit wurde in Folge des Todes seiner Frau schwankend und er ohnehin durch Geschäfte viel abgehalten. Abgesehen von den Plackereien der Censur, welche oft das Unschuldigste strich, sogar Artikel aus anderen Blättern und selbst dem Frankfurter Journal, suchte das Ministerium auch noch einen anderen Grund, um dem Blatte zu schaden, und in der ersten Hälfte des Juni hatte es sogar Anstand am Titel der Zeitung, weil derselbe angeblich „zu irrigen, der Großherzoglichen Regierung nachtheiligen Unterstellungen“ geführt habe, so daß für das zweite Halbjahr der Titel Nationalzeitung gewählt wurde. Ungeachtet dessen war die Zeitung recht in die Höhe gekommen, der Kreis der Mitarbeiter hatte sich vermehrt und der Verleger hatte auch vor seiner Abreise nach der Leipziger Messe mit dem Verfasser dieses Unterhandlungen wegen Uebernahme der Mitredaction gepflogen; kaum war Groos aber von Leipzig zurück, so erkrankte er am 24. Juni und erlag schon am 5. Juli seinem Leiden. Da er nur unmündige Kinder hinterließ, so trat eine Vormundschaft für dieselben ein und da das Blatt der Regierung mißliebig genug war, so erfolgte alsbald der Beschluß der Vormundschaftsbehörde, daß die Zeitung nicht über das laufende Halbjahr im Groos'schen Verlage erscheinen dürfe. Dennoch wäre es möglich geworden, die Zeitung weiter fortzusetzen, da Freunde der Sache die nothwendigen Mittel beischießen wollten; allein die Schwierigkeiten mit der zuletzt noch drückender gewordenen Censur waren zu groß, die Censurlücken mußten oft sogar mit dem Frankfurter Kurs ausgefüllt werden oder Fortsetzungen eines übersetzten Romans an ihre Stelle treten und daher war die Sache Mathy verleidet und er ergriff freudig die Gelegenheit, als ihm am 19. Dezember aus der Schweiz das Anerbieten gemacht wurde, eine Lehrstelle in Büren zu übernehmen, welche ihm eine sicherere Stellung versprach. Es erfolgte also am 27. Dezember die Ankündigung vom Aufhören des Blattes an die Leser und in Nummer 362/63 nahm Mathy in einer Motivirung seines Schrittes von denselben Abschied, in der Erwartung, nach Erledigung mehrerer nothwendiger Vorbereitungen das Vaterland wieder zu verlassen.

Das Reactionssystem, welches unter Blittersdorf im Jahre 1841 seine Trümpfe ausspielte und dem Landtage sogar mit Hohn entgegentrat, hatte Mathy den Aufenthalt in Baden nicht sehr angenehm gemacht und in seiner trüben Anschauung von den Zuständen des Landes sehnte er sich wieder zurück nach seinem stillen, aber erfreulichen Wirken in der Schweiz. Er bewarb sich daher um eine Stelle an der Schule zu Büren im Kanton

Solothurn, wo man seine segensreiche Thätigkeit als Lehrer freudig anerkannt hatte, zu welchem Zwecke er das dortige Bürgerrecht zu erwerben suchte und sich dafür am 3. Januar 1842 von der Karlsruher Polizeibehörde ein Zeugniß ausstellen ließ. Sein Bürgerrechtsgesuch schien aber auf verzögernde Hindernisse zu stoßen und um diese zu beseitigen, beschloß die Gemeinde Grenchen, ihm als Ehrengabe ihr Bürgerrecht zu ertheilen, welcher Beschluß aber allerdings erst noch der Bestätigung der oberen Behörden bedurft hätte. Aber Mathy kam inzwischen selbst von dieser Idee zurück und unternahm in Verbindung mit einer Anzahl freisinniger Kammermitglieder die Herausgabe eines Landtagsblattes, das vom Wiederzusammentritt der Kammern, am 10. Januar, bis zum 19. Februar erschien, wo die Kammern, wegen des Beschlusses der zweiten Kammer über das ohne Contrasignatur eines Ministers erschienene Manifest des Großherzogs, aufgelöst wurden. Diese Berufung auf das Volk fiel jedoch schlimm für die Regierung aus, die Opposition vermehrte und verstärkte ihre Kräfte, da sie in der letzten Zeit einige tüchtige Mitglieder verloren hatte, und es kam nun auch Mathy in Vorschlag für eine Abgeordnetenstelle. Dem mithelfenden Einfluß von Itzstein, Fickler, Huetlin und anderer Gesinnungsgenossen war es zu verdanken, daß die Stadt Constanz, nachdem Bissing am 18. April einer Wahl daselbst entsagt, und Mathy sich persönlich eingefunden und sein politisches Glaubensbekenntniß mitgetheilt hatte, am 24. Mai Mathy mit 25 Stimmen von 32 zu ihrem Abgeordneten erwählte, wozu er sich, wie so viele andere Kammermitglieder, durch Lösung eines Weinhandlungspatents legitimirte.

Am 23. Mai wurde der Landtag eröffnet, womit Mathy sein Landtagsblatt wieder fortzusetzen begann, und nach erfolgter Wahl trat er auch in die Kammer ein, die schon am 7. Juni zur Prüfung seiner Wahl schritt, worüber Itzstein Bericht erstattete. Schon einige Tage zuvor verlautete vertraulich, daß die Regierung alle Hebel in Bewegung zu setzen gedenke, um Mathy's Wahl umzustoßen, und da man sich auch schon die Gründe und Personen nannte, welche dabei den Feldzugsplan der Regierung unterstützen sollten, so waren an diesem schönen Tage auch die Tribünen vollständig besetzt. Itzstein setzte in seiner Berichterstattung klar auseinander, was von der Regierung in der Kommission gegen die Gültigkeit der Wahl vorgebracht wurde, und es bestand dies wesentlich in Folgendem. Mathy habe zwar seit 1½ Jahren in Karlsruhe und Schwetzingen gewohnt, aber es sei ein Zweifel darüber erhoben worden, ob Mathy noch das badische Bürgerrecht

besitze, denn er habe Anfangs Januar in Karlsruhe ein Leumundszeugniß erhoben, zum Zwecke das Bürgerrecht in der Schweiz zu erlangen, und der Seeländer Anzeiger habe die Nachricht gebracht, die Gemeinde Grenchen habe Mathy das Bürgerrecht ertheilt; ferner habe man seine Wahl deshalb angegriffen, weil Mathy in politischen Untersuchungen gestanden. Die Kommission habe jedoch den ersten Einwand für unstichhaltig erklärt, weil die badische Regierung selbst, als sie Mathy zur Herausgabe der National-Zeitung und neuerdings des Landtagsblattes zuließ, anerkannt habe, daß Mathy das badische Bürgerrecht noch besitze, weil die Erwerbung des Schweizer Bürgerrechts nur zeitweise in der Absicht Mathy's lag und nicht weiter betrieben wurde und weil die Ertheilung des Bürgerrechts von Seiten der Gemeinde Grenchen, die ohnehin noch gar nicht zu Recht bestehen könnte, bevor sie die oberen Instanzen durchschritten habe, noch nicht voraussetze, daß Mathy dies Bürgerrecht auch angenommen und das badische dafür aufgegeben habe, wogegen ohnehin der Umstand spreche, daß Mathy sich in Baden um eine Deputirtenstelle beworben habe. Was aber den zweiten Einwand betreffe, so sei er entschieden noch weniger stichhaltig, denn wenn Mathy auch einmal in politischer Untersuchung gestanden war, so haben ihn die Hofgerichte zu Rastatt und Mannheim vollständig freigesprochen, ja als Mathy vor einiger Zeit einen Heimathsschein verlangte, habe das Ministerium des Innern beide Gerichtshöfe nochmals um Aussprüche angegangen und diese hätten wiederholt dahin entschieden, daß kein Grund zu einer Untersuchung vorhanden sei. Die Kommission trage daher einfach auf Gültigerklärung der Wahl Mathy's an.

Nun folgte denn der wohlorganisirte Angriff der Regierung auf Mathy's Wahl und wir verweilen besonders deshalb dabei länger, damit der Nachwelt auch das verwerfliche Verfahren und die Namen der würdigen Regierungsvorkämpfer nicht vorbehalten bleiben. Den Reigen eröffnete Goll und dann führte Trefurt aus, auf Mathy's politischem Charakter hafte ein Flecken, denn er sei in politischer Untersuchung gestanden wegen Theilnahme an geheimen Verbindungen, sei dem Verhaftsbefehle der Centraluntersuchungskommission nur durch die Flucht in die Schweiz entgangen, ein Bericht des Schweizer Untersuchungsrichters Roschi von Bern über die politischen Umtriebe im Kanton Bern führe unter den im Jahre 1836 wegen Theilnahme am jungen Deutschland und jungen Europa aus der Schweiz Ausgewiesenen auch Mathy auf und einen solchen Mann könne man unmöglich in diese Kammer wählen. Nachdem Trefurt von Regenauer unterstützt worden, wiesen

Bassermann und Sander schlagend die Einwendungen wegen des Schweizer Bürgerrechts zurück und Itzstein verlangte von Mathy eine Erklärung darüber, ob er das badische Bürgerrecht aufgegeben und das schweizerische angenommen habe, worauf Mathy eben so ruhig als lakonisch nur antwortete: „Keines von Beiden, weder das Eine nach das Andere.“

Hierauf führten die Regierungsmänner weiteres Geschütz in's Feld und Wagner griff die Wahl deshalb an, weil Mathy sich durch ein Weinhandlungspatent legitimirt habe, worauf ihm aber der Kammerpräsident Bekk einfach erwiderte, dies sei ein althergebrachter und noch nie angegriffener Gebrauch und wenn darin ein Grund zur Wahlungültigkeit liege, so müßte man noch ein halbes Dutzend anderer Wahlen umwerfen. Junghanns griff sodann den Einwand wegen der Theilnahme an den Schweizer Verbindungen wieder auf und verstieg sich sogar so weit, wörtlich zu sagen: „ich glaube es nicht verantworten zu können zuzugeben, daß wir in dieser Kammer ein Mitglied besitzen, das wegen Theilnahme an hochverrätherischer Verbindung für verdächtig erkannt und deshalb aus einem fremden Staate ausgewiesen worden ist,“ worauf Regenauer das Weinhandlungspatent wieder aufgriff und zwar dies selbst nicht anfassen wollte, aber meinte, dazu müsse man doch notorisch noch einen weiteren Erwerb und ein Einkommen besitzen, das Mathy nicht habe.*) Endlich machte Welcker diesem unwürdigen, heut zu Tage rein lächerlich und kindisch erscheinenden Gebahren damit ein Ende, daß er an Mathy die Aufforderung richtete, sich der Kammer gegenüber zu erklären, wie es sich mit diesen Untersuchungen und der Ausweisung verhalte. Auf dieses erhob sich Mathy und unter lautloser Stille im ganzen Hause sprach er Folgendes:

„Recht gern bin ich dazu bereit und ich hoffe der Kammer zu beweisen, daß es mir an der nöthigen Ruhe nicht fehlt. Der Abgeordnete Trefurt hat den Bericht des Untersuchungsrichters Roschi vom Jahre 1836 in Händen, aber er hatte nicht, oder wollte vielleicht nicht haben, ein Zeugniß desselben Untersuchungsrichters, der nach dem Schluß der Untersuchung bescheinigt, es habe sich herausgestellt, daß ich nicht an diesen Verbindungen Theil genommen. Der Abgeordnete Trefurt hat auch nicht gesagt, daß auf erhobenen Recurs gegen den Berner Ausweisungsbeschluß der Vorort Luzern wegen der groben Unwahrheit im Urtheile dasselbe wieder aufgehoben habe

*) Um das Verwerfliche dieses Angriffes in das rechte Licht zu setzen, erwähnen wir nur, daß Mathy schon vom 10. Januar bis 19. Februar und dann wieder seit dem 23. Mai die Landtagszeitung herausgab und daraus ein notorisches Einkommen bezog.

und daß gerade über diese angeblichen aber erlogenen Umtriebe in der Schweiz die Urtheile der Hofgerichte von Rastatt und Mannheim verlangt wurden und das Erkenntniß derselben den erwähnten Bericht als ein Machwerk bezeichneten, das keinen Glauben verdiene. Nur noch eine Erklärung will ich Ihnen geben, eine Erklärung, womit ich Ihr Urtheil nicht bestechen will, aber eine Erklärung, welche ich meinen Wählern und mir selbst schuldig bin: Die Hand auf dem Herzen erkläre ich, daß ich, außer der Theilnahme an einer Studentenverbindung — und wenn dies eine Sünde ist, dann sitzen noch viele Sünder in diesem Saale — in meinem ganzen Leben an keiner Verbindung Theil genommen habe, weder an einer politischen, noch an einer nichtpolitischen, weder an einer geheimen, noch an einer öffentlichen. Dieses, meine Herren, ist meine offene Erklärung; wer es anders weiß, der trete auf, hier in diesem Saale oder im ganzen Lande, wo er will, und beschuldige mich der Lüge."

Kammer und Gallerie nahmen diese einfache und würdige, mit Ruhe, aber auch mit Ironie gesprochene Erklärung freudig auf und waren allgemein entrüstet darüber, daß der Angreifer seine Angriffe aus einem Buche herausgelesen, auf dessen letzter Seite ausdrücklich die Erklärung stand, daß alles vorher auf Mathy Bezügliche unbegründet und erlogen war, und die Kammer genehmigte sodann mit 35 gegen 12 Stimmen die Wahl. Mathy erhob sich nun wieder und recapitulirte die gegen ihn vorgebrachten Anklagen: „Der Pfad in diese Kammer, sagte er, ist mir nicht mit Rosen bestreut worden; er gleicht in meinem Falle dem Pfade der Tugend, der steil, enge, voll Dornen, aber doch zu wandeln ist." Nach der Erwähnung der Zweifel an seinem Bürgerrechte, fuhr er fort: „Das also ist die Maus, welche den Berg von Anklagen, der mich erdrücken sollte, zur Welt gebracht hat? Und meine Wahl zum Deputirten wollte man benützen, um mich heimathlos zu machen." In fast erhebender Weise schildert er nun, wie die streng katholische Gemeinde Grenchen einem Protestanten das Bürgerrecht ertheilen wollte, während das protestantische Zürich es dem katholischen Schönlein verweigerte; wie es gar nicht einmal dazu kam, daß dies Bürgerrecht ihm nur angeboten werden konnte, und übergehend auf den Vorwurf, daß er sich vor der Untersuchung in die Schweiz geflüchtet habe, schloß er mit den Worten: „Bin ich etwa einer Untersuchung aus dem Wege gegangen? O nein; ich blieb, so lange die Untersuchung dauerte und sie dauerte lange. Habe ich mich einem Richterspruche entzogen? Noch weniger, denn — ich wußte es zum Voraus und so geschah es auch — die Gerichte haben ihre

Pflicht gethan und mich freigesprochen. Meine Herren, ich bin einer Gewaltthat aus dem Wege gegangen; ich wollte der Regierung einen jener Gräuel ersparen, an denen die Geschichte unserer Justiz nur zu reich ist. Leid thut es mir, daß die ersten Worte, die ich an diese Versammlung reden mußte, meine Person betrafen. Ich hätte vorgezogen zu schweigen, bis Gegenstände hier zur Sprache kommen, welche das wahre Wohl des Landes und seine Interessen näher berühren. Dann wenn einmal die Kammer ihre eigentliche Wirksamkeit beginnen, an die Lösung ihrer schweren, aber schönen Aufgabe schreiten wird — dann, meine Herren, hoffe ich Ihnen Stoff zu geben, aus welchem Sie ein richtigeres Urtheil über mich gewinnen können."

Ministerialpräsident v. Rüdt schloß hierauf die Discussion mit der Hinweisung, in Betreff des Staatsbürgerrechts sei es der Regierung als Pflicht erschienen, die Sache der Kammer zu unterbreiten; es sollte kein Vorwurf sein, welcher eine persönliche Beziehung gegen Mathy hätte, und auch in der Erwähnung der politischen Untersuchungen sollte kein Vorwurf liegen. — Der Verfasser dieses, welcher wenige Tage nach diesem Vorfalle den Ministerialpräsidenten über denselben sprach, kann übrigens heute nicht umhin beizufügen, daß derselbe sehr ärgerlich darüber war, daß man die Regierung zu diesen Schritten durch halbe und falsche Mittheilungen veranlaßt hatte, sowie daß er aus anderen guten Quellen die Versicherung erhielt, jener Bericht des Untersuchungsrichters Roschi sei keinem der anderen Ministerien bekannt gewesen, außer dem des Aeußern, das ihn seiner Zeit von der Gesandtschaft in der Schweiz erhielt und an Trefurt mittheilte.

Auf diese Wahlanfechtung hin sandten sofort die 23 Wahlmänner von Constanz eine Erklärung an die Kammer, worin sie dagegen sich verwahrten, daß Mathy allein durch Itzsteins Einfluß gewählt worden sei, denn auf sein persönliches Erscheinen und sein Programm hin hätten sie ihn wegen seiner Kenntnisse und Verdienste gewählt, und sei der geschehene Angriff zurückzuweisen. Jedoch ehe noch diese Eingabe in der Sitzung vom 8. Juli verlesen wurde, gab Junghanns am 5. Juli die Erklärung ab, er habe auf dem Secretariate die von Mathy niedergelegten obrigkeitlichen Zeugnisse eingesehen, wonach derselbe nicht Mitglied einer geheimen Verbindung war, deshalb seine Ausweisung wieder zurückgenommen wurde und er auch nicht ein Schweizer Bürgerrecht erhalten habe, weshalb er erklären müsse, daß er keinen Anstand mehr bei dieser Wahl habe.

So begann Mathy's Wirken auf dem Felde des Parlamentarismus und schon wenige Tage darauf wurde er in die Budgetkommission und die

Kommission für die Eisenbahnschuldentilgung und das Anlehen gewählt. Im Namen der ersteren erstattete er am 17. Juni Bericht über den Gesetzentwurf, das Ausschreiben der direkten Steuern für die zweite Hälfte des Kalenderjahres von 1842 betreffend, und nach dem Beschlusse der Kommission beantragte er, daß man in der sicheren Voraussicht, mit dem Budget schon in ganz kurzer Zeit fertig werden zu können, die Steuerbewilligung blos auf die Monate Juli und August erstrecke und in dieselbe auch die indirekten Steuern einschließe, was allerdings gegen den bisher meistens geübten Gebrauch war, aber um so strenger sich der Verfassung anschloß, die man nun weit vorsichtiger zu wahren hinlänglich Veranlassung hatte. Bei der Berathung dieses Kommissionsvorschlags konnte der Finanzminister ihm zwar die rechtliche Begründung nicht absprechen, aber er meinte, es beeinträchtige die Steuerzahler, welche gerne ihre Beträge vorauszahlen wollen, sei nicht zweckmäßig und auch nicht nothwendig, wenn auch der Antrag sehr einfach sei, worauf Mathy dem Finanzminister entgegnete, man könnte es ja noch einfacher machen und die Steuern gleich provisorisch auf zwei Jahre bewilligen, denn dann könne man auch die Verhandlungen über das Budget ersparen. Als ferner der Minister sich gegen die bisher nicht gewohnte Hereinziehung der indirekten Abgaben erklärte, erwiderte Mathy einfach: „Ich bin weit entfernt von der Absicht, die indirekten Steuern zu verweigern; wir achten die Verträge und ich gehe noch weiter als der Finanzminister, indem ich den Wunsch ausspreche, daß die indirekten Abgaben in ganz Deutschland gleichförmig und dadurch unserer unmittelbaren Einwirkung noch weiter entrückt werden", und als derselbe Minister endlich den Vorwurf der Neuerungen, wodurch nichts gebessert werde, zu Hülfe rief, schloß Mathy die Discussion mit der Erklärung: „Nein, meine Herren, so verhält sich die Sache nicht. Wir wollen etwas Rechtes machen. Ist das Alte recht, so nehmen wir es gern an, ist es aber nicht recht, so ändern wir. Dies geschieht aber nicht aus Neuerungssucht, sondern weil wir, ich wiederhole es, etwas Rechtes machen wollen."

Schon in den ersten Tagen des Juli ergab sich für Mathy die Gelegenheit, wenn auch nur kurz, über einige wichtige Fragen seine Anschauungen laut werden zu lassen. Bei Einbringung der Motion Bassermanns auf theilweise Aenderung des bestehenden Steuersystems erklärte er dasselbe für sehr revisionsbedürftig, denn die Grund- und Häusersteuerkapitalien seien an vielen Orten ungleich angelegt, die Termine zum Anbringen von Beschwerden gegen die Steuerperäquation würden nicht eingehalten, die Förm-

lichkeiten seien zu lästig und verwickelt, die Gewerbsteuer passe nicht mehr ganz auf die neuen Verhältnisse der Industrie und die Revision verlasse sich zu viel auf das mechanische Fehlersuchen. Bezüglich der Gewerbeordnung meinte er, es solle nicht eine Auflösung der Gewerbsgenossen in vereinzelte Individuen erfolgen, sondern es sollten Korporationen bestehen, die sich ihre Verfassung nicht von oben erbitten, sondern selbst machen, vorbehaltlich der Genehmigung des Staats, so weit diese nach den Gesetzen erforderlich sei. Endlich bei Gelegenheit der Berichterstattung über die Petition für Erhöhung des Zolles auf Baumwollgarne erhob er sich gegen den vom Berichterstatter Sander der Handelsfreiheit gemachten Vorwurf, sie sei eine hohle und verderbliche Theorie, indem er erklärte, gerade die Ansicht, daß diese Theorie an allem Unglück der Industrie Schuld sein solle, müsse selbst als ziemlich hohl erklärt werden.

Die bei dieser Gelegenheit von Mathy geäußerten Ansichten über das schutzzöllnerische System List's und seiner Schüler sind für die ganze volkswirthschaftliche Richtung Mathy's zu bezeichnend, als daß wir sie nicht ganz mittheilen sollten. Er sagte darüber Folgendes: „Glauben Sie, meine Herren, daß Zollschutz und Prohibitivmaßregeln allein eine Industrie groß ziehen? Nein, denn überall sehen wir, daß die eigene Thatkraft der Nation, daß öffentliche Freiheit und Nationalsinn die Grundbedingungen dafür sind. Das laute Geschrei gegen die Handelsfreiheit rührt übrigens von einem neuen Heiland der Nationalökonomie her oder vielmehr von seinen fanatischen Schülern. Der Meister erkennt doch noch die Handelsfreiheit als das Ziel des Strebens, er beschränkt sein Schutzsystem auf eine Uebergangsperiode, läßt dem System des (Zoll-) Vereins Gerechtigkeit widerfahren und verkündet manche wahre Lehre. Allein sein heiliger Eifer und die Art, wie er die Sache zu Markte bringt, hat Manchen irre geleitet. Er deklamirt gegen die Schule, an deren Busen er doch seine Weisheit gesogen hat; er schildert verdienstvolle Männer, deren Lehren er falsch darstellt, als Unwissende, als Dummköpfe. Kein Wunder, daß Schüler, die außer ihres Meisters Stimme keine andere gehört haben, ihm Glauben beimessen: daß sie ihn für den Urquell der neuen Lehre halten und durch seinen apostolischen Eifer fanatisirt ein Anathema gegen Alles schleudern, was sie kennen zu lernen sich nicht bemühen wollen. Wenn nun der Meister selbst in seiner Bescheidenheit so weit geht, sich für den Erfinder der von ihm zu Markt gebrachten Lehre, ja sogar, wie er nicht undeutlich zu verstehen gibt, für den Gründer des Zollvereins auszugeben, wer sollte ihm dann, neben so hohen Verdiensten,

nicht kleine Verstöße zu gut halten und ihn entschuldigen, wenn er z. B. den Hansestädten vorwirft, daß sie ihre eigene Agrikultur vernachlässigt hätten? Wenn er die Erfindung der Buchdruckerkunst und des Pulvers nebst der Reformation als die Ursache des Unterganges der deutschen Industrie bezeichnet und wenn er durch Gewürz und Tabak die Menschen zu geistiger und körperlicher Thätigkeit anspornen will. Nein, meine Herren, die Schule wird mit Unrecht verunglimpft; sie verlangt nicht Zollfreiheit quand même; der Verein wird mit Unrecht beschuldigt, daß er der Industrie keinen Schutz gewähre. Er selbst wird beweisen, daß man ihm Unrecht that, indem er gerechten Beschwerden abhilft, aber auf dem Princip eines mäßigen Schutzes beharret."

Wer bedenkt, wie damals von allen Seiten das Heil der deutschen Fabrikation wie der gesammten materiellen Interessen in ganz Süddeutschland und auch sonst in einem Zollschutzsystem mit hohen Eingangszöllen gesucht, fortwährend auf Zollerhöhungen hingearbeitet und sogar in Karlsruhe selbst von Fabrikbesitzern und Aktionären für diesen Zweck ein eigenes Organ in der Oberdeutschen Zeitung von Giehne und Andree gegründet worden war und auch die Matadoren der zweiten Kammer diese Anschauungen mehr oder weniger theilten, der konnte es nur als eine muthige That Mathy's ansehen, daß er diesen Uebertreibungen so entschieden entgegentrat und die große, heut zu Tage nirgends mehr verkannte Theorie von Adam Smith gegen die erfolgten Anschuldigungen in Schutz nahm.

Auf diesem ersten Landtage, dem Mathy angehörte, nahm er nur sehr sparsam das Wort und entfaltete dafür eine desto größere Thätigkeit in den Kommissionen; auch suchte er sich mit den seit seinem Abgange nach der Schweiz erfolgten Fortschritten in der Gesetzgebung des gesammten Finanzfaches wieder vertraut zu machen und scheute sich nicht, ganze Bände von Gesetzen und Verordnungen durchzulesen. Er erstattete auch zwei Berichte, über das Militärbudget und die Verlängerung der provisorischen Erhebung der Steuern für den Monat November, da es sich um die Mitte August gezeigt hatte, daß das Finanzgesetz nicht mehr ganz rechtzeitig zur Publikation in diesem Monat fertig werden könne. Sonst brachte er einen eigenthümlichen Censurstrich in seinem Landtagsblatte zur Sprache, wo der Censor und Regierungskommissär einander corrigirten, so daß zuletzt reiner Unsinn herauskam; als bezüglich der Branntweinsteuer der eine Theil dem übermäßigen Branntweintrinken durch höhere Besteuerung und der andere durch Belehrung entgegen zu wirken vermeinte, hielt er das praktische Beispiel aus

der Schweiz entgegen, wo beides nichts half und erst dann etwas erzielt wurde, als Pfarrer, Lehrer und Ortsvorgesetzte mit gutem Beispiele vorangingen, und als die Forstverwaltung bei der Budgetberathung zur Sprache kam, mahnte er ernstlich daran, beide obere Stellen zu vereinigen, denn für den Fortbestand der Forstpolizeidirektion wisse er keinen andern Grund, als daß 1834 darin drei bürgerliche und ein adeliger Rath, nun aber ein bürgerlicher und drei adelige Räthe säßen. Ein anderes Mal bezeugte er seine Theilnahme an der Förderung aller humanen Zwecke, namentlich der Erziehung, damit, daß er die Bitte an die Regierung richtete, der Rettungsanstalt für verwahrloste Kinder in Durlach den Pachtzins von 360 Gulden nachzulassen und für Privatlehrer und Lehranstalten, nach erfüllter Vorbedingung der Prüfung im Lehrfache, keine andere Bedingungen zur Ausübung ihrer Berufszwecke zu verlangen, als welche das Gesetz vorschreibe. Im Interesse der Stadt Constanz verwendete er sich für baldige Vollendung des dortigen Hafenbaues und für die Weinbauern der Bezirke Ueberlingen und Markdorf empfahl er die Gestattung des Selbstausschanks der selbstgezogenen Weine. Als bemerkenswerth heben wir übrigens aus diesem ersten Jahre seiner Kammerthätigkeit noch hervor, daß er, der aus Mannheim stammte und für Constanz gewählt war, von den Bürgermeistern und Wahlmännern der Bezirke Tauberbischofsheim, Gerlachsheim und Boxberg beauftragt wurde, ihre Petition wegen Herabsetzung der Lasten auf die Weinproduction der Kammer zu überreichen, denn es zeigte dies, daß schon damals die beiden erstgenannten Bezirke ein hohes Vertrauen auf Mathy setzten, der sie noch zuletzt, fünf und zwanzig Jahre später, bis zu seinem Tode als Abgeordneter vertrat.

Nachdem endlich der Landtag vier und einen halben Monat versammelt war, auf welchem Blittersdorf nicht mehr persönlich erschien, erfolgte sein Schluß am 9. September und die Regierung wie das Land konnten sich nun aus Mathy's Thätigkeit in demselben hinlänglich überzeugen, daß er ruhig, besonnen und praktisch blos dann das Wort nahm, wenn es sich wirklich um das materielle und geistige Wohl des Volkes handelte, daß er aber sich von der politischen Phrasendreherei vollständig fern hielt und überhaupt nur dann an eigentlichen politischen Debatten Antheil nahm, wenn er sich davon auch einen praktischen Erfolg versprach. Mathy war eben nicht der Mann, der einreißen und zerstören wollte, wie man anfänglich von ihm befürchtet hatte, sondern sein Hauptstreben ging dahin, wirksame und nützliche Reformen zu fördern, das gesammte Staatswesen auf einen durchaus gesetz-

lichen Boden zu stellen und weiter aufzubauen an dem Staate im Sinne des ächten constitutionellen Systems. — Mit dem Landtagsschluß legte Mathy übrigens die Selbstredaction des ihm als Eigenthum verbleibenden Landtagsblattes nieder und gab sie in andere Hände, nachdem er die Erfahrung gemacht, daß man es damit eigentlich Niemanden recht machen könne, und er verlegte auch seinen Wohnsitz, den er bisher in Schwetzingen genommen hatte, von da nach Mannheim, wo er sich einem größeren Kreise politischer Freunde näher befand.

Der Mangel eines Organs zur freimüthigen Besprechung der Landesangelegenheiten hatte schon während des Landtags einen Theil der freisinnigen Mitglieder der zweiten Kammer auf die Idee gebracht, ein solches zu gründen; da man aber unter der Blittersdorf'schen Verwaltung auf unübersteigliche Hindernisse bei der Censur zu stoßen glaubte, so beschloß man, im letzten Quartal des Jahres einen Band von 20—24 Bogen erscheinen zu lassen, der somit der Censur nicht unterlag, und in demselben, etwa 5—6 Lieferungen enthaltend, die wichtigsten Fragen eingehender zu besprechen. Hieraus entstanden sodann die Vaterländischen Hefte, 6 Lieferungen, welche Aufsätze von Bassermann, Bekk, Bissing, Grether, Dr. Ladenburg, Mathy, Sander, Welcker und Zittel brachten, wovon aber der größere Theil — über ein Dritttheil — von Mathy herrührte.

In dem ersten dieser Aufsätze: „Die Verfassung und die zweite Kammer von 1842 mit Beziehung auf einige gegen die Mehrheit der Kammer gerichtete Schriften" suchte Mathy das Verhalten dieser Kammermehrheit gegen die erfolgten Angriffe und Verdächtigungen als ein wohlbegründetes und berechtigtes darzulegen, die Pflicht der Kammer zur Abwehr von Uebergriffen nachzuweisen und die Ansicht zu widerlegen, daß die Umtriebe der Opposition, durch das Wahlgesetz unterstützt, das Volk verblendet und die Wahlen veranlaßt haben. Es war daher dieser Aufsatz vorzugsweise gegen das System Blittersdorf gerichtet, aber überall auch der Wunsch ausgesprochen, daß der Frieden wiederkehre auf der Grundlage gegenseitiger Rechtsachtung und daß kleine Bitterkeiten und persönliche Gereiztheiten allerseits schwinden möchten im Hinblick auf die großen Interessen des Vaterlandes.

Der zweite Aufsatz wurde veranlaßt durch einen auf dem letzten Landtage gestellten, aber von der ersten Kammer abgelehnten Antrag, zur Aufbringung der Eisenbahnbaukapitalien neben einer Anleihe von 12 Millionen noch unverzinsliche Kassenanweisungen im Betrage von 2 Millionen auszu=

geben. Unter der Aufschrift: „Ueber die Ausgabe von Papiergeld zur Unterstützung des Eisenbahnunternehmens" behandelte nun Mathy nicht blos das ganze Wesen des Papiergelds und seines Umlaufs, sondern erörterte auch die Frage, ob es nicht erwünscht sei, zu dem gegebenen Zweck badisches Papiergeld auszugeben. Er meinte dabei, nachdem Deutschland Papiergeld habe und man dies auch in Baden von anderen Staaten abnehme, so müßte man Thoren sein, wenn man nicht ebenfalls zur rechten Zeit und unter Bedingungen, welche Nutzen bringen und Schaden verhüten, Gebrauch davon machte, zumal man ja nicht einmal einen Tilgungsfonds brauchte, da die Summe von zwei Millionen nur etwa den fünften Theil der reinen Einnahmen und nicht mehr als die durchschnittlichen Kassenvorräthe ausmache. Demnach schlug er eine solche Ausgabe in Stücken von 10, 20, 50 und 100 Gulden vor und schloß mit den Worten: „Wenn nun alles Sträuben doch nichts hilft, wenn dennoch fremdes Papiergeld auf unsern Markt kommt, falls wir ihm kein eigenes bieten, so sollte hierin doch wohl ein entscheidender Bestimmungsgrund liegen, um jetzt, wo der Staat es mit Nutzen thun kann, guten Gebrauch davon zu machen. Die Eisenbahn wird uns unter Andern auch Papier bringen; begleiten wir ihren Bau zur Erleichterung des Aufwands mit eigenem, damit sie uns nicht ausschließlich fremdes zuführe!"

Ein dritter Aufsatz Mathy's enthält „Vorschläge zur Erhaltung und Förderung der Buchdruckerei und des Buchhandels in Baden" und schildert die denselben entgegenstehenden Uebelstände und Hemmnisse. Als Resultat seiner Erörterungen stellte er zu diesem Zwecke folgende Bedingungen auf: Leichtere Ertheilung von Concessionen für Buchhandlungen und Buchdruckereien; einstweilen und bis zur Herstellung unbedingter Preßfreiheit alsbaldige Aufhebung der Censur für Landesangelegenheiten und im Uebrigen Beschränkung ihrer Thätigkeit auf gesetzlich strafbare Verbrechen oder Vergehen mit dem Recurs an die Gerichte; keine polizeilichen Verbote von Druckschriften ohne gerichtliche Bestätigung. Natürlich waren dies aber für das Jahr 1842 und das Blittersdorf'sche Regime nichts als fromme Wünsche.

Die Verkündigung des Zolltarifs für 1843—45 gab ihm Veranlassung zu dem größeren Aufsatze: „Der neue Zolltarif. Finanzen, Handelspolitik und Industrie, mit besonderer Beziehung auf Baden." Hier geht nun Mathy auf die Entwickelung des Zollvereins ein, streitet gegen die Differenzial- und Werthzölle, wünscht die Ausdehnung des

Zollvereins auf die Hansestädte, verlangt Schutz für die Leinenindustrie, Baumwollspinnerei und Eisenproduktion und bespricht die neue Ausdehnung des Zollvereins auf Braunschweig, Lippe, Pyrmont und Luxemburg. Er will zwar einem Schutzsystem das Wort nicht reden, sobald es über das Nothwendige hinausgeht, verharrt aber dabei, wie wohl die meisten Süddeutschen in jener Zeit, das Maß des Nothwendigen finden zu wollen, und geräth dadurch unwillkürlich unter dieselben Schutzzöllner, welche fortwährend die deutsche Industrie bedroht sahen, während die betreffenden Fabrikanten doch nur aus Mangel gleicher Fortschritte und gleicher Anstrengungen wie die Ausländer nicht recht vorankommen wollten oder gar die Zolldifferenz als besonderen Gewinn auf Kosten der Gesammtheit in die eigene Tasche steckten. Mathy sah deren Verlangen als einen Kampf für die gerechte Sache an, die am Ende durch die Kraft der öffentlichen Meinung siegen werde; glücklicher Weise hat sich aber nach und nach die öffentliche Meinung eines Anderen besonnen, unsere gesunde Fabrikation erstarkte durch sich selbst und der Zollverein hat die Zölle nicht erhöht, sondern ist sogar zu einer fortschreitenden Ermäßigung derselben übergegangen, die nach allen Seiten hin wohlthätig wirkte; was denn auch Mathy in späteren Jahren vollkommen anerkannt hat, nachdem er noch im Jahre 1854 bedenklich über die Bestrebungen des Hamburger Freihandelsvereins den Kopf geschüttelt hatte.

Eine sehr gründliche Widerlegung der Schrift: „Freundesworte eines deutschen Mannes an das badische Volk“ gab Mathy in einem folgenden Hefte. Der Verfasser war der damalige oldenburgische Staatsrath Hannibal Fischer, der spätere „Flottenfischer“, welcher in früheren Jahren zu der freisinnigen Parthei zählte und die Hildburghauser Dorfzeitung gründen half, seit einer Reihe von Jahren aber in das Lager der Reaction übergegangen war und nun das badische Volk zu Gunsten des Blittersdorf'schen Systems irre zu führen suchte. Mathy ging nur zu gnädig mit diesem sauberen Machwerke um, denn dieser Mann verdiente die stärkste Abfertigung; aber freilich kannte man ihn damals in Baden nicht so genau und wußte man nicht, daß in dieser Familie die politische Apostasie zum Familienerbstückchen geworden war, denn sein Sohn, der bekannte Dr. Fischer-Goullet, der zuerst für das preußische Preßbureau schrieb und dann im österreichischen Sinne die Frankfurter Postzeitung leitete, war es auch, der zu Anfang der sechsziger Jahre die giftigen Artikel und Denunciationen gegen das Ministerium Roggenbach in jenem Blatte schrieb.

In einem andern Artikel stellte Mathy als „Beiträge zu den Verhältnissen der Volksschullehrer“ die ihm zugekommenen Mittheilungen zusammen und sprach warme Worte zu Gunsten der Besserstellung der Lehrer, deren Leiden und Freuden er hinlänglich aus eigener Anschauung kennen gelernt hatte. Diese Besterstellung fand er aber nicht blos in höheren Gehaltsbezügen, sondern auch in einer zugleich mit größeren Kosten verbundenen besseren Vorbildung und in der Entfernung von manchen Nebenbeschäftigungen, die ihren Dienst beschränken. Dagegen war er gegen den Vorschlag, die Mittel zur Besserstellung in einer Erhöhung der direkten Steuer oder Einführung einer Kapitalsteuer zu suchen, denn er glaubte, dies würde ihre Stellung unter dem Volke, mit welchem sie leben müssen, nicht angenehm machen. Mathy hat sich auch wiederholt in der Kammer für eine solche Besserstellung ausgesprochen und es hat ihn noch im letzten Monate seines Lebens ungemein gefreut, daß er endlich nach einem Vierteljahrhundert diesen Wunsch in Erfüllung gehen sah.

Nach dem Landtagsschluß zeigten sich einige Symptome dafür, daß die Regierung von ihrem schroffen Wesen abzugehen begann und vielleicht ein System- oder doch Personenwechsel zu den Möglichkeiten gehöre. Mathy faßte daher den Entschluß, für die von Karl Weil in Stuttgart gegründeten Constitutionellen Jahrbücher, welche in Heften von mehr als 20 Bogen erscheinen und so die Censur umgehen sollten, in einem größeren Artikel die „Badischen Zustände“ zu schildern und einer Kritik zu unterwerfen. Er hob darin nachdrücklich hervor, welchen traurigen Erfolg Blittersdorf damit erzielt habe, daß er eine Verfassung untergraben wollte, welche das historische Recht ersetzt und die Integrität des Staats gegen mächtige Ansprüche gesichert hatte, würdigte scharf dessen Streben und Thätigkeit, wies aber auch ebenso auf die Anzeigen hin, welche andeuteten, daß Blittersdorf, „dessen Austritt aus dem Kabinet als der Vorbote schönerer Tage im ganzen Lande mit Jubel aufgenommen werden würde“, nicht mehr Alles durchsetzen könne und sein Einfluß Grenzen gefunden habe. Die Absicht dieses Aufsatzes, der 66 Seiten füllte, war offenbar nur die, durch ruhige Betrachtung der Sachlage als einzige Möglichkeit der Beruhigung des Landes den Wechsel des Systems zu bezeichnen und darauf zu dringen, und der Verfasser dieses weiß es aus den leitenden Kreisen selbst, daß dieser Aufsatz nicht ohne Wirkung in denselben geblieben ist und auch mit half, den Umschwung hervorzubringen, in Folge dessen Blittersdorf kurz vor Eröffnung des nächsten Landtags zurücktrat und wieder nach Frankfurt ging. Im Uebrigen verbreitete sich Mathy

über die Arbeiten des letzten Landtags, eingehend über die zu wählende Richtung der Main-Neckarbahn, das Finanzwesen, die Domainenfrage und die Lage der Presse und es kann uns heute daraus nur etwa noch das interessiren, was seine damaligen volkswirthschaftlichen Anschauungen betrifft. So meinte er z. B. durch die eingetretene Vermehrung der Truppencontingente einiger kleineren deutschen Staaten werde Deutschland gegen jeden Angriff von Außen nicht vollkommen gerüstet sein und der jährliche Mehraufwand von 300,000 Gulden für das Militär beeinträchtige wichtige andere Interessen des Staats; er befürwortete dringend den Zollschutz für die Baumwollspinnerei und die Leinenindustrie, billigte das Verbot an fremde Handelsreisende, Privaten Muster anzubieten, tadelte die Kaufaccise als schädlich und die Bieraccise als lästig und hemmend und verlangte die Ausgebung von Papiergeld zur Unterstützung des Eisenbahnunternehmens. Zur Würdigung des Geistes dieses Aufsatzes heben wir nur noch folgende Stelle aus: „Es ist eine Zeit der Krisis; die Reaction scheint um die Erhaltung ihres Einflusses in der Regierung zu kämpfen, um dann mit größerer Anstrengung den Kampf zu erneuern; einzelne, obgleich noch sehr schwache Anzeigen deuten darauf hin, daß sie auch dort unterliegen werden, möge die nächste Zukunft die freudige Gewißheit bringen! Noch gibt es in Baden erleuchtete und volksthümliche Staatsmänner. Ihnen kann nicht entgehen, was das Wohl des Fürsten, der nur das Gute will, und des Landes, das mit Liebe an ihm hängt, erheischt. Auf der einen Seite liegt der Rückschritt und in seinem Gefolge Zerwürfniß, Parteikampf, Unsegen; auf der andern Seite winkt Karl Friedrichs Beispiel, die Verfassung und die Geschichte ihres Wirkens, und zeigen den Weg zum Frieden, zum Vertrauen, den Weg der Eintracht und des Segens. Wohl dem Lande, wenn die Hoffnung nicht täuscht, daß vor Badens gutem Stern auch diesmal wieder die Mächte weichen müssen, die des schönen Landes Zukunft trüben."

Im Frühjahr 1845 suchte Mathy auch das gegen ihn gebrauchte Wort Regenauers, er sei ohne notorischen Erwerb und Einkommen, zu Schanden zu machen, was übrigens die Steuerbehörde selbst schon lange zuvor gethan hatte, indem sie ihn auf die Steuerliste mit einem Einkommen setzte. Es reifte nämlich zwischen seinem Freunde Fr. Bassermann und Mathy der Plan, eine Verlagsbuchhandlung zu gründen und zwar mit dem Grundsatz, nur Vortreffliches zu veröffentlichen, und im Märzmonat wurde dies zur That und durch ein Circular angezeigt. Wir brauchen nicht in das Detail der nun nach und nach unternommenen Verlagsgeschäfte einzugehen, um den

Geist zu bezeichnen, der sie dabei leitete, und erwähnen nur aus der größeren Reihe von Schriften jene über den Prozeß gegen Professor Jordan in Marburg, die ausgezeichneten Werke des berühmten Karlsruher Maschinenbaulehrers Redtenbacher, die philosophischen Schriften von Roth und Kuno Fischer in Heidelberg und der Dorfgeschichten von Berthold Auerbach und man wird erkennen, welche großen Dienste die Verleger damit der deutschen Wissenschaft und Kunst geleistet haben. — Im Sommer dieses Jahres erlebte die badische Verfassung ihr fünf und zwanzigstes Lebensjahr und da das Ministerium Blittersdorf seine Hauptangriffe vorzugsweise gegen das ächte und wahre Verfassungsleben in Baden gerichtet hatte, so lag es bei der immer gleich, ja noch stärker erregten Stimmung in Baden nahe, die Verfassungsfeier am 22. August zu benützen, um der wahren Stimmung des Landes vollständigen Ausdruck zu geben. Das Verfassungsfest wurde daher im ganzen Lande mit Jubel gefeiert, es war auch durch besonderes Rescript den Beamten gestattet, sich bei den Festlichkeiten zu betheiligen, und die allgemein würdig und besonnen durchgeführte Demonstration des ganzen Landes konnte nicht verfehlen, auch bis zu den Stufen des Thrones tiefen Eindruck zu machen und die Einsicht zu verbreiten, daß man sich habe viel weiter hinreißen lassen, als nur der so sehr als unconstitutionell verschrieene Großherzog Ludwig, welcher in der Verfassung doch noch das moderne Repräsentativsystem anerkannte und achtete, während Blittersdorf die Verfassung im Geiste des früheren ständischen Wesens aufgefaßt wissen wollte. Mathy betheiligte sich auch bei dieser Feier in bemerkenswerther Weise und seine kleine Schrift: „Die Verfassungsfeier in Baden“ trug nicht wenig dazu bei, daß diese Feier überall richtig gefeiert und im wahren Lichte betrachtet wurde.

Dies Alles neben der steigenden Zunahme der freisinnigen Parthei erschütterte denn doch nach und nach die Stellung Blittersdorfs, seine Anträge fanden im Ministerium keine Mehrheit mehr, der Großherzog vernahm auch sonst warnende Stimmen, welche zum Einlenken riethen, die gemeinen Karlsruher Excesse gegen ein hochgeachtetes israelitisches Bankhaus in Folge der Gölerschen Raufhändel am 15. September, die dabei hervorgetretene Schwäche und Zerfahrenheit der Behörden, unter deren Augen die zum Voraus angezeigten Excesse ohne Widerstand vor sich gingen, und die darüber durch ganz Baden und Deutschland gehende Entrüstung, welche den Minister des Innern sogar zu dem unklugen Schritte veranlaßte, gar keinem Worte darüber in Baden mehr die Druckerlaubniß zu ertheilen und selbst fremden Blättern,

wie der Allgemeinen und Kölner Zeitung den Eingang in das Land zu verbieten, machten es endlich unmöglich einem Mann ferner die Leitung der Staatsgeschäfte zu überlassen, welcher so viel Unheil im Lande angestiftet hatte und die Hauptursache wurde, daß das Mißtrauen sich nicht mehr legte, die radikale Partei einen fruchtbaren Boden fand und dann die Dinge jenen traurigen Weg von 1848 und 1849 gingen. Als daher der zwölfte Landtag auf den 21. November ausgeschrieben wurde, stand auch schon der Rücktritt Blittersdorf's fest und während er wieder als Bundestagsgesandter nach Frankfurt ging, nahm sein dortiger Vorgänger v. Dusch seine Stelle im Ministerium ein.

Es war dies allerdings kein Wechsel des Systems, sondern nur ein solcher der Personen; aber immerhin durfte man jetzt nicht mehr den Befürchtungen wie unter Blittersdorf sich hingeben, von dem man sogar einen Staatsstreich gegen die Verfassung selbst hätte erwarten können. Neben dem geraden und ehrlichen, aber etwas pedantischen Rüdt erschien nicht mehr der starre und unbeugsame Charakter von Blittersdorf, sondern der ruhige und besonnene Dusch und diesem Letzteren ist es wohl vorzugsweise zuzuschreiben gewesen, daß später noch mehrere Personalveränderungen im versöhnlichen Sinne erfolgten.

Als der auf den 21. November und zwei Tage später eröffnete Landtag begann, tauchte auch in Mathy die Hoffnung auf eine Besserung der politischen Verhältnisse Badens auf und in der Ueberzeugung davon zeigte er in der elften Sitzung vom 15. December eine Motion auf Herstellung des freien Gebrauchs der Presse an, die er fünf Tage darauf begründete. Vor ihm ist schon zu wiederholten Malen ein gleicher Antrag gestellt worden und seine Motion führte alle diese Versuche und Anläufe auf und schilderte drastisch den Zustand der badischen Presse; allein Keiner hat so eindringend und so ergreifend die Sache dargestellt und damit die Zuhörer ergriffen, und noch heute wird man mit großem Interesse nachfolgende Worte lesen, die er unmittelbar an die Formulirung seines Antrags anreihte: „Meine Herren,“ rief er aus, „ein Antrag auf Herstellung des freien Gebrauchs der Presse wird in Deutschland, in unserer rathlosen Zeit, selbst von Vielen, welche aufrichtig den Sieg des Rechts wünschen, nicht gern vernommen, weil man doch keine Hoffnung habe, das Ziel zu erreichen. Allein selbst wenn dem so wäre, wir dürften nicht schweigen; wir müßten die Pflicht erfüllen, die Ehrenpflicht, unablässig unsere Stimme zu erheben und vereint mit allen gesetzlichen Organen des Volkswillens in Deutschland zu beweisen,

daß der Deutsche, wenn er auch das Unrecht geduldig erträgt, doch auf das Recht nicht verzichtet. Wir haben aber auch triftige Gründe nicht kleingläubig zu sein, sondern zu hoffen, um so eher, wenn wir den Kampf nicht aufgeben, sondern ihn kräftig fortführen mit allen Mitteln, die uns gesetzlich zur Verfügung stehen. Meine Herren! Mächtiger als das Gebot der Gewalt, mächtiger selbst als das politische Gesetz ist die Sitte, ist die Moralität des Volks. Was vor ihrem Ausspruche nicht bestehen kann, das ist durchaus unhaltbar und muß verschwinden aus der Erscheinung. Die Censur aber ist gerichtet von der Moral. Tief und immer tiefer empört sich gegen sie das Sittlichkeitsgefühl der Nation. Was früher nur der Gelehrte, der Gebildete anerkannte, das hat eine lange Erfahrung jetzt auch dem schlichten Bürger, dem einfachen Landmann nahe gelegt. Je mehr er sich kümmert um die Angelegenheiten der Gemeinde, des Bezirks, des Staats, je mehr er sich gewöhnt Befriedigung zu suchen in den Organen der Presse, desto empfindlicher fühlt er sich verletzt durch einen im Dunkeln um sich fressenden Krebsschaden. Es wird ihm klar, daß die deutsch-politische Presse nur darum so ungenügend und schaal ist, weil einerseits bessere Kräfte ihre Erzeugnisse der Scheere eines oft beschränkten Dieners nicht preisgeben wollen, andererseits weil sich die unter dem Drucke der Censur vegetirenden Schriftsteller gewöhnen, den Ausdruck ihrer Gedanken zu bemänteln, zu umschreiben, in allerlei Windungen und Wendungen zu verbergen, jämmerliche Kunstgriffe anzuwenden, die selbst den Styl verderben. Sie schreiben ja nicht für das Publikum, sondern für den Censor. Beim Volke aber verkörpert sich die Idee, jedes Gefühl in einer Persönlichkeit. Der sittliche Abscheu vor der Censur geht über auf die Censoren; sie werden anrüchig, weil der einfache Verstand nicht begreifen kann, daß ein unbescholtener Mann sich hergebe zu einem schändlichen Geschäft. Was gewinnen die Regierungen durch die Censur? Wahrlich nichts. Auch sie bleiben nicht frei von dem Makel, womit die Volksmoral die Censur unauslöschlich gebrandmarkt hat. Sie mögen die Klagen und unangenehmen Erörterungen ersticken in der Presse des Landes, so tauchen sie anderswo auf und dringen von Außen herein, oft mit schädlicher Beimischung. Verbote hinken nach und werden zum Gespötte. Die strafende Gerechtigkeit erlahmt, denn ihr Arm ereilt den Schuldigen nicht, während bei dem freien Gebrauche der heimischen Presse nicht nur das wahrhaft Gute durch seine innere Kraft siegen würde, sondern auch für jedes Vergehen ein Thäter zum V o r a u s bezeichnet wird, sei es der Verfasser, Verleger oder Verbreiter, eine Garantie, welche nur für die

Presse, sonst für kein anderes Instrument dem öffentlichen Interesse geboten wird."

Diese Motion veranlaßte eine Menge Zuschriften und Petitionen im gleichen Sinne aus allen Theilen des Landes und selbst aus Neiße in Schlesien lief eine Zustimmungsadresse ein. Die Berichterstattung durch den Abgeordneten Itzstein erfolgte aber erst am 7. Mai, somit fünf Monate später und zwar ganz im Sinne des Mathy'schen Antrages, und die Discussion darüber erst in der 134. Sitzung, wo natürlich viel darüber hin und her gesprochen wurde, ohne daß aber, wie vorauszusehen war, der Antrag selbst etwas gefruchtet hätte, denn die Censur wurde nur noch schlimmer gehandhabt und zwar in einer Weise, von der jetzt Lebende sich kaum mehr eine rechte Vorstellung machen können. Es war eben damals die Zeit der tiefsten Erniedrigung unseres Verfassungslebens und die Regierungsvertreter vertheidigten Maßregeln und Einrichtungen, die selbst das heutige Napoleonische Regiment tief unter seiner Würde gehalten, ja die sogar ein Großherzog Ludwig schwerlich geduldet hätte. Die badische Geschichte wird daher die Pflicht haben, auch der Nachwelt die Namen solcher Männer nicht vorzuenthalten, welche zu dieser Zeit und noch ein Jahr darauf an der Spitze dieser sogenannten conservativen Partei standen.

Während der ersten Monate dieser Kammersession war Mathy sehr sparsam an der Antheilnahme an der Discussion und auch seine Berichte über Finanzgegenstände, z. B. die Rechnungsnachweisungen der Amortisations-, Zehntschuldentilgungs-, Eisenbahnbaukasse und des Grundstückvermögens und über ähnliche Gegenstände waren kurz und bündig gefaßt. Nur als dem Geistlichen Kuenzer von Konstanz von der erzbischöflichen Kurie der Urlaub für die Kammer verweigert wurde, nahm er Gelegenheit sich etwas ausführlicher auszulassen und streng zu betonen, daß alle Klagen und Einwendungen nicht gegen die katholische Kirche, sondern lediglich gegen das Verfahren dieser Kurie gerichtet seien, welche den Streit hervorgehoben habe. „Diese Erscheinung," sagt er, „fordert uns auf die Regierung zu bitten, mit uns dem Mißbrauche der geistlichen Gewalt entgegen zu treten; zugleich wollen wir den Verletzten einladen, durch sein Erscheinen in unserer Mitte jenen Mißbrauch wirkungslos zu machen. Wir müssen dies thun, um ein Uebel im Keime zu ersticken, das in vergangenen Zeiten des Unheils Ueberfülle über unser deutsches Vaterland gebracht hat und das heute noch den Frieden der Gemüther, die Wohlfahrt der Gesellschaft zu stören vermag." Ferner: „Sind etwa die Ultramontanen, sind die Jesuiten zu schützen in ihren unablässigen

Bemühungen, fanatische Gährung und Unzufriedenheit in den Gemüthern zu nähren, und sollen ihrer Verfolgungswuth diejenigen Katholiken preisgegeben werden, welche zugleich gute Staatsbürger sind, die — ich darf es kühn behaupten — in Baden die große Mehrzahl bilden, sowohl Geistliche, als Laien! — Es ist traurig, daß man in unserer Zeit einer ephemeren Politik an Wahrheiten erinnern muß, welche, theuer bezahlt mit Geld und Blut, fast wieder vergessen, ja sogar von denen unterdrückt werden, welche Grund genug hätten, die Erfahrung zu beachten, daß der Jesuitismus um so frecher vorgeht, je ängstlicher und nachgiebiger man sich gegen ihn verhält. — Wenn die Staatsgewalt in das Gebiet der Religion eindringen will, dann steht überall das denkende und fühlende Volk auf Seiten der Kirche. Es schützt seine einzige, seine letzte Zufluchtsstätte, das Asyl seines Gewissens, gegen die Gefahr der Entweihung durch den weltlichen Arm. Suchen aber umgekehrt verblendete Kirchenobere in die Sphäre des Staates hinüber zu greifen, dann schaden sie ihrer wahren, gedeihlichen Wirksamkeit, dann bedrohen sie den Frieden und die Wohlfahrt der Gesellschaft. Solche unselige Wirren zu schlichten ist Niemand mehr berufen und geeignet, als die Volksrepräsentation. In ihr lebt der vernünftige Wille der Gesammtheit und macht sich geltend auf gesetzlichem Wege. Die von jenseits der Alpen heraufbeschworenen Wolken mögen zündende Blitze senden und verheerende Flammen anfachen unter rechtlosen, gedrückten Massen; sie entladen sich ungefährlich in Verfassungsstaaten. Darum wird aber auch eine constitutionelle Regierung, welche Einsicht mit redlichem Willen paart, der Mahnung der Volksrepräsentation zum Schutz ihrer Rechte gegen Verletzung von Seiten der Kirchengewalt Gehör und Nachdruck verleihen. Sie wird selbst den leisesten Schein vermeiden, als ob eine Schmälerung der Volksrechte ihr angenehm sei oder als ob sie sich eines hierzu stets willfährigen Werkzeuges bediene und sie gerne gewähren lasse. Ein solcher Fehlgriff wäre die schlimmste aller Verirrungen, in unseren Verhältnissen wäre er rein unbegreiflich, er wäre von Seiten unserer Regierung ein moralischer Selbstmord."

Auch heute noch wird es interessiren, daß bei der Frage, wer zum Zutritt zu den Sitzungen der Geschworenengerichte erhalten solle, Mathy sich für die volle Oeffentlichkeit aussprach und namentlich mit beredten Worten gegen den Ausschluß der Frauen erklärte, denn wenn er seine Zustimmung zu einer Gesetzesstelle geben könnte, die da erklärt, die Frauen seien von den öffentlichen Gerichtssitzungen ausgeschlossen, so würde er glauben, sich einer Rohheit schuldig gemacht zu haben.

Mit den übertriebenen Anhängern des Zollschutzes hatte es Mathy auch auf diesem Landtage zu thun, als eine Petition auf Freigebung des Bohnerzgrabens besprochen wurde und man eine Zollerhöhung für Roherz verlangte. Mit Recht fragte Mathy dabei, warum man sich um einen Punkt streite, der in der vorliegenden Frage ganz unerheblich sei, und beantwortete dies dahin: „Dies kommt daher, daß man sich zu einer Lehre bekennt, welche den Satz an die Spitze stellt: Rohstoffe einführen, Fabrikate ausführen! Mit diesem Satze kommt man bei dem Zoll auf Roheisen in Verlegenheit und um sich daraus zu retten, wird man genöthigt, dem Roheisen die Eigenschaft eines Rohstoffes wegzuläugnen und dessen Bereitung eine junge Industrie zu nennen. Die Schule, zu der ich mich bekenne, kommt in solche Verlegenheit nicht. Sie fragt, wenn es sich um Zollschutz handelt, ob der Gewerbszweig, welcher ihn anspricht, ihn auch verdiene und ob nicht Nachtheile damit verbunden sind, welche die Vortheile überwiegen. Verdient die Industrie den Schutz und sind die Opfer der Gesammtheit geringer, als die Vortheile, dann gewährt ihn die Schule und es ist ihr gleichgültig, ob ein Rohstoff oder ein Fabrikat, eine alte oder junge Industrie ihn erhalten. Sie gewährt den Schutz, aber im rechten Maße, das heißt, so weit es nöthig ist, ihre natürliche Entwickelung zu sichern."

Außer einigen argen Polizeiüberschreitungen im Amte Schwetzingen und dem Kriege zwischen den Bodensee-Dampfschifffahrtsgesellschaften gab ihm im Juni besonders die Motion Bassermanns auf Einführung einer Kapitalsteuer, worüber er Berichterstatter war, Veranlassung zum weiteren Eingreifen in die Debatte. Indem er sich für dieselbe aussprach, waren es jedoch überall Grundsätze weiser Mäßigung, die ihn leiteten, denn er hielt auch hier dafür, daß bei der Anwendung auf einen bestimmten Staat und gegebene Verhältnisse jedes abstrakte System seine Schwächen und Lücken herauskehren werde. Wenn man aber sage, die Steuer sei nicht gerecht und auch nicht wohl ausführbar, so hielt er einfach dagegen: „Ungerecht sind alle Steuern in einem Staate, der sie schlecht verwendet. Wo dagegen der Volkshaushalt öffentlich ist, die Verwendung der Mittel unter den Augen, unter der Mitwirkung des Volks geschieht, wo die bürgerliche Freiheit so besteht, daß sich Jeder mit Stolz als Glied des Ganzen fühlt, wo dieses Ganze etwas taugt und gilt in der Welt, da wird weniger über Ungerechtigkeit und Druck der Steuern geklagt. Ist dies vielleicht der wahre Grund, warum man in Deutschland so viele ungerechte Steuern findet?"

Am Meisten beschäftigten ihn die verschiedenen Budgetfragen, bei welchen

er überall eine sehr gründliche Kenntniß unseres Finanzwesens zeigte und wo er die Sparsamkeit stets im Auge hatte. Gab er aber dabei in manchen Einzelnheiten seine Zustimmung, so war er doch schließlich in der Lage, dem Budget als Ganzes im Verein mit seinen Freunden Bassermann, Gerbel, Itzstein, Hecker, Richter und Sander seine Zustimmung zu versagen, weil der Finanzminister und seine Räthe überall betonten, daß sie wohl so viel als möglich den Vereinbarungen der Kammer Rechnung tragen würden, aber dabei doch wieder erklärten, als solche Vereinbarungen sähen sie blos solche Positionen an, bei deren Feststellung Ministerium und Kammer einig waren, bei allen übrigen Positionen, denen sie nicht zugestimmt, müßten sie dagegen sich weitere Entschließung vorbehalten, ein Vorbehalt, der allerdings dem verfassungsmäßigen Budgetrecht des Landtags arg vor den Kopf stieß.

Bezüglich der Anlehen für den Eisenbahnbau gerieth Mathy als Berichterstatter für das neue Anlehen mit dem Finanzminister Böckh und seinem Stellvertreter Regenauer öfters in starken Widerspruch, denn Mathy verstand des Ersteren Zahlengruppirungen zu gut, löste dieselben in ihre richtigen Ziffernstellungen auf und berührte, wiewohl mild genug, manche wunde Punkte desselben. Anstatt eines Anlehens von dreizehn Millionen Gulden wurde sodann nach längeren Verhandlungen ein solches von vierzehn Millionen bewilligt, weil die weitere Million für ein neues Schienengeleise bestimmt wurde, dagegen wurde die damit beabsichtigt gewesene Ausgabe von drei Millionen Gulden Papiergeld nicht genehmigt und verfuhr man dabei allerdings etwas zu sehr ängstlich, wie man denn auch später doch zu dieser Ausgabe schreiten mußte. — Als bemerkenswerth aus diesem Landtage heben wir nur noch hervor, daß Mathy wiederholt die Errichtung einer Landwehr in Erinnerung brachte und für das achte Armeekorps einige Einrichtungen verlangte, welche alle Anerkennung verdient hätten, da sie die wahren Gesichtspunkte erfaßten. Er wollte nämlich das badische Armeekorps nicht für sich allein betrachtet wissen, sondern nur in der Einheit mit dem ganzen achten Armeekorps und verlangte für dasselbe nicht blos Einheit der Waffen und Organisation, sondern auch Wechsel der Garnisonen und Avancements durch dies gesammte Armeekorps. Auch in den letzten Monaten vor seinem Tode hätte er dem Landtage mit Recht sagen können, was er am 20. Januar 1845 aussprach: „Man klagt über den Aufwand des Militärs, aber er ist nicht sowohl zu hoch aus dem Grunde, weil er an sich zu hoch sei, sondern zu hoch für das, was damit erreicht wird.“ Bald nach diesen Verhand-

lungen wurde die sehr lange Session des zwölften Landtags geschlossen und Mathy kehrte wieder nach Mannheim zurück, um sich von den Mühen desselben zu erholen.

Welche Bedeutung Mathy durch sein noch so kurzes Wirken nicht blos bei seinen Gesinnungsgenossen, sondern wohl auch bei allen Unparteiischen im ganzen Lande gewonnen hatte, können wir nicht besser darstellen, als wenn wir aus den in den Seeblättern erschienenen Schilderungen der Kammermitglieder folgendes über Mathy (1844 Nr. 38 vom 17. März) Gesagte wiedergeben, denn es enthält die volle Wahrheit. Es heißt da am Eingange: „Stolz erfüllt uns bei dem Gedanken, daß dieser vortreffliche Vaterlandsfreund der Abgeordnete unserer Vaterstadt ist und daß Constanz vielleicht allein im Lande den Muth hatte, dem inneren Werthe dieses wackern Mannes diejenige äußere Anerkennung zu geben, die er so sehr verdient und welche ihm Gelegenheit gibt, an der besten Stelle die Wohlfahrt des Landes fördern zu helfen.“ Nachdem dies Blatt dann die Angriffe bei seinem Eintritt in die Kammer wieder erwähnt und hinzugefügt, welche vortreffliche Berichte er daselbst erstattet habe, fährt es also fort: „Wir kannten ihn als Financier, als Publicisten, als Schulmeister in Grenchen, wieder als Zeitungsschreiber, als Redacteur der Landtagszeitung und der Vaterländischen Hefte, als Budgetmann, zuletzt als Begründer der Motion auf Herstellung des freien Gebrauchs der Presse, überall Ausgezeichnetes leistend, in Grundsätzen und Entschiedenheit unwandelbar, an Arbeitslust unübertrefflich, in Allem wohlbedacht und sachkundig. Es ist zweifellos, daß Hoffmann, ehedem das finanzielle Auge der Kammer, nur durch Mathy ersetzt werden konnte und durch ihn auch ersetzt worden ist. Sein Vortrag im Ständesaal ist sanft fließend und angenehm, zugleich aber auch inhaltschwer und scharf eindringend; stets beurkundet sich darin des Mannes Gediegenheit und Entschiedenheit. Mathy nimmt in der Kammer sehr sparsam das Wort und verstärkt dadurch noch den Eindruck, welcher schon durch dessen Inhalt bedingt ist; ohne Zweifel steht er heute schon ebenbürtig mit den tüchtigsten und besten der badischen — der deutschen Volksrepräsentanten; unsere Kammer gewann an ihm eine wahre Zierde; nicht nur sein Wahlort, sondern das Land blickt auf ihn mit Stolz und Freude und alle gutgesinnten Deutschen erblicken in ihm eine Hoffnung für die Zukunft des Gesammtvaterlands, denn sein vaterländisches Gefühl überragt weit die Marken des engen badischen Landes und seine Preßmotion hat Aufsehen erregt und Beistimmung gefunden, so weit man deutsch versteht. Vorzüglich verdient

Mathy die ihm zu Theil werdende Anerkennung auch der großen geistigen und materiellen Opfer wegen, die er der Sache seiner Ueberzeugung gebracht, und um der harten Entbehrungen willen, die er erduldet hat; auch darin ist er von Keinem übertroffen. Engherzige Seelen haben sie ihm vielleicht zum Vorwurf gemacht; bei Männern, welche von edlerem Gesichtspunkte aus urtheilen, erhöhen sie seinen Werth. Wenn etwa eine Schattenlinie in seinem Bilde sich befindet, so ist es ein Zug bitterer Ironie, der zuweilen darüber hingleitet; auch dieser ist wohl dem Gefühle über die Zustände unseres Vaterlands und der Erkenntniß entsprossen, daß so viele der Edelsten und Besten fast vergeblich ihr Leben daran abmühen."

Während dieses langen Landtags waren im Ministerium einige nicht unwichtige Personalveränderungen erfolgt. Der pedantische Rüdt trat ab und Eichrodt an seine Stelle, einige Monate nach dessen Tod aber Nebenius und Finanzminister Böckh überließ sein Departement an Regenauer, um das Präsidium des Staatsministeriums zu übernehmen. Ein Systemwechsel lag darin jedoch nicht und Nebenius vermochte nicht gegen Böckh und die übrigen Genossen durchzudringen. Als daher am 25. November 1845 der dreizehnte Landtag eröffnet wurde, war die Lage nicht gebessert, vielmehr wesentlich verschlimmert durch das Gebahren des Regierungsdirektors Schaaf und des Stadtdirektors Riegel, welche den zur Berathung und Unterzeichnung einer Petition an den Großherzog berufenen Gemeinderath von Mannheim gewaltsam und gegen die klaren Bestimmungen der Gemeindeverfassung an ihrer Versammlung verhinderten und so im ganzen Lande die Aufregung steigerten, zumal die Censur alle Nachrichten darüber schonungslos strich und man diesen Vorfall eigentlich erst aus fremden Blättern erfahren mußte. Auch Mathy gehörte zu den 86 Mannheimer Bürgern, welche den Gemeinderath um Abhaltung dieser Versammlung gebeten hatten. Auf diesem Landtage fehlten der inzwischen gestorbene Sander und Gerbel, welcher freiwillig ausschied; die Opposition wurde dagegen verstärkt durch Soiron, Brentano und Peter, und es wurde damit der Grund gelegt zu der äußersten Linken und der sich später vollzogenen Scheidung der Opposition in zwei Gruppen. Auch riß auf diesem Landtage ein Unfug ein, welcher der Würde der Kammer zu nahe trat und viel zu der spätern Leidenschaftlichkeit mancher Redner beitrug; man begnügte sich nämlich nicht blos dem Publikum die Gallerien zu überlassen, sondern wenn ein zu großer Andrang erfolgte, öffnete man ihm auch die Saalthüren des Sitzungslokals selbst und das Publikum drang auch da hinein und lagerte sich auf der Estrade. Zu diesem kamen aber noch zwei

bedeutsame Ereignisse. Als die Abgeordneten Itzstein und Hecker ihren Freund Hoffmann in Stettin besuchen wollten und sich einige Tage in Berlin aufhielten, wurden sie von dort und aus Preußen ausgewiesen und der badische Gesandte schützte sie nicht wirksam, was überall die größte Entrüstung hervorrief, da man allgemein annahm, die badische Regierung habe dabei mit unter der Decke gespielt. Sodann war die deutsch-katholische Bewegung ausgebrochen und fand Anhang und Nahrung auch am Rheine, besonders in Mannheim, wo sich eine eigene deutsch-katholische Gemeinde bildete und von der liberalen Partei lebhaft unterstützt und gefördert wurde. Ronge selbst und Dowiat kamen in's Badische, reisten im Lande umher und die Regierung wußte nicht recht, wie sie sich dagegen verhalten sollte, und gab der Gährung noch einen Stoff, indem sie gegen die neue Sekte nicht tolerant genug war. Mathy theilte damals mit seinen Freunden Bassermann, Gervinus und Anderen die falsche Ansicht von der Entwickelungsfähigkeit des Deutschkatholicismus und sie übersahen einestheils, daß die Zeit gar nicht angethan war zu einer neuen Religionsbildung, andererseits daß im Christenthum überhaupt nur zwei principielle Gegensätze möglich seien, wenn man nicht dieselben blos in Aeußerlichkeiten suchen wolle. Doch war dieser Irrthum ein so allgemeiner, daß er wohl verzeihlich erschien in einer Zeit, wo der Ultramontanismus und Pietismus sich so gewaltig regten, trotzig jeder freien Richtung entgegen traten, der Reaction dienstbar waren und die Einführung der Barmherzigen Schwestern in Baden allgemein als die Vorläuferin auch der Jesuiten und eines jesuitischen Regiments angesehen wurde. Mathy war übrigens nachher auch einer der Ersten, der von diesem Irrthum zurückkam und nicht Anstand nahm, ihn offen zu bekennen.

Gleich in einer der ersten Sitzungen hatte Mathy die unangenehme Aufgabe, Namens der Druckkommission auf einen Akt der Willkür aufmerksam machen zu müssen, den die Regierung dadurch beging, daß sie im Mai dem Archivariate der zweiten Kammer verbot, den Antrag Welcker's in Betreff der Wiener Conferenzbeschlüsse von 1834, die Discussion und den Kammerbeschluß darüber in den Protokollen abdrucken zu lassen, denn einerseits mußte die Kammer ihr desfallsiges Recht wahren und andererseits hatte auch Präsident Nebenius schon bei jener Interpellation Welcker's erklärt gehabt, daß die Regierung so verfahren werde. Die Angelegenheit wurde auch in die Abtheilungen verwiesen, erzielte aber keine praktischen Erfolge, da die spätere Kammerauflösung die Sache kurz abbrach.

Von ungemein großer Tragweite war dagegen die am 15. December

vom Abgeordneten Zittel begründete Motion für Religionsfreiheit, da sie der Ausgangspunkt einer rasch in's Werk gesetzten Agitation und gewaltiger Gährung unter den Katholiken des Landes wurde. Die Motion war in würdiger und edler Weise begründet worden und ihr nächster Zweck ging offenbar dahin, den jüngst entstandenen deutsch-katholischen Religionsgemeinden die staatliche Anerkennung und Gleichberechtigung zu verschaffen; aber es muß heute ebenso anerkannt werden, daß sie unzeitgemäß war, da den Deutschkatholiken in anderer Weise ihr Recht verschafft werden konnte, und daß es unklug war, dem Treiben eines blinden Fanatismus durch diese Motion Vorschub zu leisten. Man überschätzte aber die deutsch-katholische Bewegung und erhoffte von ihr eine wirkliche Reformation der katholischen Kirche und deshalb trat die gesammte liberale Partei für die Motion ein. Mathy gehörte ebenfalls zu denjenigen, welche die Motion sofort unterstützten; aber seine Unterstützung unterschied sich von den übrigen durch richtiges Maßhalten und die Empfehlung von möglichster Schonung und Rücksicht. Als das zu erstrebende Ziel erschien ihm einfach: „ein freies kirchliches Vereinsrecht, unbeschadet der staatsbürgerlichen Rechte, unter dem Schutze und unter der Aufsicht des Staates" und deshalb wünschte er auch, daß die von Zittel noch beibehaltene Ausnahme von der staatsbürgerlichen Vollberechtigung bezüglich der Israeliten ebenfalls in Wegfall komme. Auf denselben Gegenstand kam er in der Folge noch zweimal zurück, als er eine Constanzer Petition um Gewährung der Religionsfreiheit übergab und sich kurz über das Entstehen einiger Petitionen der entgegenstehenden Richtung aussprach; aber an den wiederholt bei Uebergabe ähnlicher Petitionen entstandenen, zum Theil etwas leidenschaftlichen und heftigen Debatten nahm er nicht Antheil, denn er hielt es überhaupt nicht für gerathen, „den Gegnern Waffen in die Hände zu geben, mit denen sie die heilige Einfalt und die blinde Schwärmerei auszurüsten pflegen."

Mit mehr Vorliebe beschäftigte sich Mathy mit denjenigen Gegenständen, welche für ihn als Finanzmann und Publicisten näher lagen. So mahnte er bei der Berathung über das Budget des Ministeriums des Innern, in welchem Einnahmen und Ausgaben ohne besonderen Budgetsatz vorkamen, daran, daß alle regelmäßig wiederkehrenden Einnahmen und Ausgaben von allgemeinen Rubriken ausgeschieden werden und besondere Budgetsätze erhalten, damit in den Etatsrechnungen nichts erscheine, was im Budget nicht vorgesehen war; und beim Militärbudget rügte er die unnöthige rasche Wiederbesetzung der Stelle eines Divisionärs, wodurch eine Etatsüberschreitung her-

vorgerufen wurde, die um so mehr hätte vermieden werden können, weil diese Stelle überhaupt nur unter dem vorübergehenden Aufwand stand und der Fortbestand derselben mit den Ständen nicht vereinbart war. Diese Bemerkungen erfolgten aber nicht aus Oppositionsmacherei, sondern um das Budget um so durchsichtiger zu machen und das Budgetrecht der Kammer zu wahren. Er selbst erstattete auf diesem Landtage die Berichte über das Budget des Finanzministeriums, betheiligte sich aber auch an der Discussion über das des Aeußeren, wo der Regierungskommissär durch Zahlengruppirungen eine Ueberschreitung durch Blittersdorf zu verdecken suchte. Letzterer hatte nämlich unmittelbar nach der Landtagssession eine nicht bewilligte Stelle besetzt und kurz vor dem Beginne des Landtags Zulagen ertheilt, die nicht geeilt hätten, und die Kammer beschloß deshalb, die zu viel verausgabte Summe von Blittersdorf zu reclamiren, weil man annahm, daß es des Ministers Absicht gewesen sei, der Kammer geradezu zu zeigen, daß man sich nicht um sie kümmere. Ueber dieses Vorgehen war denn auch besonders Regenauer sehr ärgerlich und er warf der Kammer sogar vor, daß er es dabei nicht mit den würdigen Vertretern eines einsichtsvollen deutschen Volksstammes, sondern mit rabulistischen Chikaneurs zu thun habe, wofür ihn aber Mathy wieder gehörig bediente und den beschränkten Horizont desselben klar machte. Auch Böckh äußerte sich etwas verbissen darüber gegen Mathy, brachte aber zum Schluß nur allgemeine Heiterkeit hervor, als er aus Aerger über das Resultat ausrief: „die Herren von der Opposition haben durch ihre Mehrheit gesiegt“, denn Hecker erwiederte nur einfach darauf: „das versteht sich von selbst; wenn wir mit der Minorität siegen könnten, so wäre auf dem letzten Landtage Manches anders gegangen.“ Aus dem erwähnten Budgetbericht über das Finanzministerium, welcher eine der gründlichsten Arbeiten Mathy's war, heben wir nur folgende Stelle hervor, weil sie den klaren Vorausblick desselben beurkundete. Bei den Rheinbrückengefällen fügte er nämlich bei: „Wenn einmal die Eisenbahnen aus dem Innern von Frankreich in Straßburg und Ludwigshafen, von Norden und Osten her in Kehl und Mannheim ausmünden, dann wird der Verkehr zwischen beiden Ufern an diesen Punkten nicht mehr den Unterbrechungen, welche Schiffbrücken durch Eis und Hochgewässer leiden, ausgesetzt bleiben dürfen; es werden, eher vielleicht als wir glauben, steinerne oder Hängebrücken gebaut werden müssen.“

Endlich betheiligte sich Mathy mehrmals an der Debatte, als vom Censurunfug Belege vorgebracht wurden und Platz seine Motion auf Preß=

[illegible]heit stellte, die Mathy lediglich für eine Stylübung erklärte und mit ziemlich viel Spott übergoß, zumal der Motionssteller ein Hauptmitarbeiter an dem schmutzigen Morgenblatte war, das nur dazu bestimmt war, die Opposition mit Koth zu bewerfen. Die Censur strich nachher den größten Theil dieser Rede Mathy's, der seinen Gegner ziemlich schonungslos behandelte, dabei aber doch seinen guten Humor auch da walten ließ, wo ihm Gelegenheit gegeben war, z. B. als Platz gerügt hatte, daß das badische Preßgesetz das Vorschieben von Strohmännern hervorgerufen habe, womit er offenbar darauf hinweisen wollte, daß Mathy bei der Herausgabe seines Zeitgeistes dasselbe gethan habe. Mathy meinte darauf: „der Grund zum Vorschieben eines Strohmanns sei eben der Mangel des dreißigsten Lebensjahres gewesen, das sei aber ein Fehler, den er seither abgelegt habe und den er sich auch nie mehr angewöhnen werde.“ — Wer übrigens den damaligen traurigen Zustand der Censur in Baden recht genau kennen lernen will, darf nur die betreffende Rede Mathy's vom 20. Januar 1846 lesen und er wird heute staunen, daß derartige Dinge in Baden damals nur möglich waren und zwar selbst unter einem Ministerium Nebenius, welcher badische Staatsmann doch sonst so gerühmt wird.

Dieser Landtag nahm übrigens ein rasches Ende, denn das Ministerium wollte die Berathung der Zittel'schen Motion verhindern und sah dazu kein anderes Mittel in der am 8. Februar gehaltenen Staatsministerialsitzung, als die Kammerauflösung, die daher auch am 9. verkündet wurde, zum großen Erstaunen der Kammer und des ganzen Landes, denen sie so gänzlich unerwartet kam, daß der Kammerpräsident Bekk selbst, der diesen Schritt abgerathen hatte, die Deputirten gegen die Gewohnheit nur mit einem einfachen Lebewohl entließ.

Die Regierung hoffte jedenfalls durch die Auflösung des Landtags eine gefügigere Kammer zu erhalten, denn man hatte es ihr von verschiedenen Seiten nahe gelegt, daß die Aufregung, welche man künstlich unter der katholischen Bevölkerung erzeugt und gesteigert hatte, bei den Wahlen gegen die liberalen Kandidaten und bisherigen Oppositionsmitglieder mit großem Erfolg benützt werden könne, während allerdings von anderer Seite geradezu eine Verschärfung und Verstärkung der Opposition vorausgesetzt wurde. Die liberale Partei war daher bemüht, sich auch während der Zwischenzeit bis zum neuen Landtage mit dem Volke durch die Presse in Verbindung zu setzen und deshalb entschloß sich Mathy in dieser Zeit, sein Landtagsblatt als Wochenblatt fortzuführen. Dies konnte er auch um so mehr und mit um

so größerem Erfolge, als auf sein ungemein stark verbreitetes Landtagsblatt von vornherein ein Abonnement von 150 Nummern — so viel berechnete man für die muthmaßliche Dauer des Landtags — eröffnet worden war, davon bisher nur 69 erschienen waren und somit für die weiteren drei Monate noch 80 Nummern zur Verfügung standen, die bereits ihre Abonnenten besaßen. Mathy unterzog sich von Mannheim aus dieser Arbeit mit besonderer Vorliebe und eröffnete in dem Blatte eine ungemein schlagfertige, bald launige, bald ironische und sarkastische Polemik gegen die ultramontanen, conservativen und reactionären Blätter, wie die süddeutsche Zeitung und besonders das Mannheimer Morgenblatt, das zwar ebenfalls schlagfertig und zäh, aber auch erbittert, verbissen und gemein den Kampf gegen die Opposition führte und mit Recht die Verachtung verdiente, mit welcher Mathy ihm gegenüber trat. Diese Nummern des Wochenblatts sind offenbar das Beste und Schärfste, was Mathy geschrieben hat, und er ging darin mit seinen Gegnern so gottesjämmerlich um, daß sie unter seinen Keulenschlägen sich krümmten wie die Würmer und sie für mehrere derselben wahre Todesstöße waren, besonders für die Hauptfederhelden des Morgenblatts, welches der ultramontane Pfarrer Winterer am katholischen Bürgerhospitale zu Mannheim, der Wertheimer Gymnasialprofessor Platz und der pietistische Pfarrer Eberlin in Wiesloch waren, welche die Zielscheiben für die reiche Fülle von Ironie und Spott bildeten, die Mathy fast täglich über sie ergoß.

Unmittelbar nach der Auflösung des Landtags suchten die Bürger der Stadt Mannheim den Mitgliedern der Kammermehrheit ein Zeichen der Achtung und Zustimmung zu ihrem Wirken zu geben und es ward zu diesem Behufe im Saale des europäischen Hofes ein Festessen veranstaltet, wozu zehn in Mannheim und der Nähe wohnende Deputirte eingeladen wurden und außer den Theilnehmern an der Festtafel noch sehr viele Zuhörer sich einfanden, so daß der Platz kaum ausreichte. Es fehlte natürlich nicht an Trinksprüchen, die mit Begeisterung aufgenommen wurden; allein die Censur ließ sie nicht zum Abdruck in badischen Blättern zu und so mußten sie ihren Weg durch die Ulmer Kronik wählen und erst später durch ein Flugblatt im Lande verbreitet werden. Mathy brachte bei dieser Gelegenheit dem deutschen Städtebund seine Huldigung, „dem Bunde, der zu allen Zeiten des Vaterlandes Kraft, des Geistes Hort, der Freiheit Schild, der Heimathliebe Heerd, der Feinde Schrecken war," und indem er in kurzen Zügen die Geschichte des deutschen Städtebundes zeichnete, ging seine Mahnung an die badischen Städte, „den gesetzlich geregelten Fortschritt zu retten und zu schützen

und zu retten gegen die Verführer des guten Volkes und dieses liebreich aufzuklären über die sündhafte Täuschung, die man mit frechem Mißbrauche der heiligsten Namen ihm bereiten wollte."

Die erwähnten polemischen Artikel sind zwar nur in Vergleichung mit den betreffenden gegnerischen Blättern und Artikeln richtig zu würdigen. Wir theilen aber doch einige derselben hier mit, welche auch für sich allein dem Leser Vergnügen machen werden. Vorerst lassen wir einige folgen, welche gegen das Mannheimer Morgenblatt gerichtet sind.

In Nr. 99 vom 13. März heißt es: Das Morgenblatt ist mit der heutigen Nr. 59 in ein neues Stadium der Krankheit getreten, an der es seit vielen Tagen leidet und die immer bedenklicher wird. Seit wir es mit unserer Aufmerksamkeit beehrt, ist ihm nicht mehr wohl. Anfänglich verfiel es in ein leises Irrereden, dann in fixe Ideen, unter deren Einfluß es sich bald für das Vaterland, bald für die Regierung hielt, heute fängt es gar an zu toben und wir können wenig Hoffnung auf Wiederherstellung mehr geben. Ach, „die schönen Tage von Aranjuez sind nun vorüber" — für das Morgenblatt; die Tage, wo es Jahr aus Jahr ein über Ehrenmänner schimpfte und log, ohne daß ihm ein Mensch erwiderte, wo es sich einer Censur erfreute, die ihm nichts, den Anderen Alles strich, wo es leitende Artikel in Menge und Fortsetzungen von Herrn Hofrath Platz in Hülle und Fülle bekam, während es heute wieder dem Heidelberger Journal den Aufruf der 42 Bürger abdrucken muß, um nur einen leitenden Artikel zu haben.

Drei Tage später brachte Nr. 102 Folgendes: Unseren Lesern haben wir die traurige Anzeige zu machen, daß das Mannheimer Morgenblatt gestern, 11. März, gegen 10 Uhr Vormittags, mit Nr. 60 den Geist vollends aufgegeben hat, aus dem irdischen Jammerthal, in welchem seines Bleibens nicht mehr war, geschieden ist und in Zukunft nur noch als Gespenst umgeht. Der sorgfältigen Behandlung ungeachtet, die wir ihm seit drei Wochen nach allen Regeln der Kunst angedeihen ließen, konnte es uns nicht gelingen, dasselbe zu retten, da ihm alle Lebensfähigkeit entschwand, alle Kräfte es verließen. Seit beinahe 14 Tagen versagten dem Morgenblatt alle diejenigen Mitarbeiter den Dienst, die ihm seit Jahren leitende Artikel geliefert hatten; sie versagten ihm den Dienst, weil das Morgenblatt seine Verpflichtung, jede Erwiderung von der Censur streichen zu lassen, nicht mehr erfüllen konnte und weil die Redaction in ihren eigenen Artikeln sich eine Aufführung zu Schulden kommen ließ, die jeden anständigen Menschen

aus ihrer Nähe vertrieb. Geistesnacht hatte das Morgenblatt umhüllt, bevor sein leibliches Dasein endete; es ging also bewußtlos, ohne besondere Leiden in das Reich der Gespenster hinüber. In seiner Todesnummer rief es noch zehnmal — wir bitten nachzuzählen — Pater Mathias; aber wir konnten ihm nicht mehr helfen; das Uebel hatte, in Ermangelung edler Theile, sämmtliche Artikel von Winterer, Eberlin und Comp. ergriffen — der Hülferuf kam zu spät. Hätte es uns früher gefolgt und sich diät gehalten, so hätten wir ihm, auch ohne die Fortsetzungen des Herrn Hofrath Platz, wenigstens noch vierzehn Tage sein elendes Leben fristen können. Seine letzten, kaum mehr verständlichen Aeußerungen hatten weder Sinn noch Verstand. Im ersten Artikel verwechselte es beständig die Begriffe von constitutionell und communistisch, in deren Gebrauch es in besseren Tagen große Fertigkeit erlangt hatte. Es sagte „juveniel" statt „juvenil" und behauptete, die Wahrheit zu reden, was ihm in seinem ganzen Leben nie begegnet war. Vergebens bemühten sich einige untergeordnete Zuträger, dem sterbenden Morgenblatt starkriechende Wahlartikel unter die Nase zu halten; weder Eppingen, noch Lahr, weder Schönau, noch Bühl, noch Ueberlingen konnten helfen, selbst der Einzug der Russen in Krakau blieb ohne Wirkung. Nach einmal, — es war zum Letztenmal, — flackerte das Morgenblatt auf wie ein erlöschendes Lämpchen und rief: Ach, was haben wir denn verschuldet, daß wir schon sterben müssen; wir haben ja nichts gewollt, als die Aufrechterhaltung unserer „kirchlichen und staatlichen Verhältnisse." Hierauf beichtete es, daß Spitalpfarrer Winterer nur eine jesuitische Flugschrift geschrieben; dann wiederholte es Stellen aus dem Wochenblatt der Landtagszeitung, welches sonach der „letzte Gedanke" des Morgenblattes war. „Die Kapuze wurde ihm abgezogen," „das Gesicht, das er macht, nimmt sich komisch genug aus" — das waren die Stellen des Wochenblattes der Landtagszeitung, die das Morgenblatt zuletzt noch mit ziemlich vernehmlichem Aechzen nachsprach. Ein Wärter flüsterte ihm in das Ohr: Herrn Regierungsrath v. Uria sei das verdrießliche Geschäft der Censur abgenommen — da war es mit dem Morgenblatt vorbei. Das Gespenst können wir nicht in der Rundschau unter Lebenden herumgehen lassen. Sollten wir jemals wieder veranlaßt sein, auf den Umgang des Gespenstes acht zu geben, so werden wir ihm eine besondere: Leichenschau — anweisen. Es ruhe in Frieden, bis es als Phönix aus der Asche ersteht.

Nr. 106 enthielt sodann folgende Leichenschau:

Nr. 61: Das Gespenst des Morgenblattes bringt drei Unwahrheiten

über den Turnverein. Es kann nicht mehr richtig schreiben und schreibt „Canditat“ von Constanz. Einen früheren Abgeordneten der Linken hat ein großes Familienunglück getroffen. Das Gespenst grinst.

Nr. 62. Die Abendzeitung ist durch falsche Berichte mit nachgemachten Handschriften von den Jesuiten getäuscht worden. Das Gespenst grinst.

Nr. 63. Verzweifelter Versuch einen leitenden Artikel hervorzubringen. Frühere Kammern hätten die Rechnungsnachweisungen schneller erledigt, als die letzte; — unwahr. Die Majorität hätte die Sitzungen umgangen; — unwahr, denn alsdann hätte die Minorität freies Spiel gehabt und Beschlüsse nach Herzenslust fassen können. Die Budgetkommission hätte den Abgeordneten Speyerer seinen Bericht über das Kriegsministerium nicht vortragen lassen; — unwahr. Er hat den Bericht vorgetragen. — Schimpft über die Opposition. Hilft nichts, wird doch wieder gewählt. Droht dem Volk mit einer französischen Revolution; hat dem Dekan Eberlin in seiner protestantischen Flugschrift auch nichts geholfen. — Spricht von Bösewichtern und raubgierigen Horden — alles vergebens. Druckt der Freiburger Zeitung einen Artikel aus Heidelberg nach (welchen diese der Oberrheinischen entwendet hatte), dann der Süddeutschen den Artikel wegen der zwei einfältigen Spitalfragen an Mathy, beide ohne Angabe der Quelle. Kann das Stehlen immer noch nicht lassen.

Nr. 64. Das Gespenst will wieder nicht zu uns kommen, wie schon mehrmals. Wir haben es aber holen lassen. Es hat Ketten an und rasselt merkwürdig; wir fürchten uns aber nicht und betrachten es. Wieder ein unglücklicher Versuch, einen leitenden Artikel selbst zu machen. Das Gespenst nennt sich „die wirkliche Regierungszeitung in Mannheim,“ nachdem es vor nicht vielen Wochen das Ministerium hat stürzen wollen. Jetzt wird es zahm. Es ärgert sich, daß die Auszüge aus unserm Blatte in den Mannheimer Zeitungen nicht ganz gestrichen werden. Es schmeichelt dem Herrn Präsidenten des Ministeriums des Innern und will den Bürgern weiß machen, es gebe keine Centralkomite's und keine Jesuiten, keine Flugschriften von Winterer, Eberlin und Comp. und kein Morgenblatt. Letzteres ist gewissermaßen richtig. Ein Artikel von der Bergstraße weiß nicht, ob es über die Wahlen weinen oder lachen soll. Aus Bruchsal wird ihm berichtet, daß nicht Alles Gold ist, was glänzt, und nicht alle Wahlmänner dort ihre Seele dem Morgenblatt verschreiben.

Spitalpfarrer Winterer geht anderthalb Spalten weit gegen unser Blatt um. Er sucht unseren Styl nachzuahmen, kann aber nur schimpfen. Es

ginge wohl, aber es geht nicht, weil Schimpfworte kein Salz sind. Er fährt in einem fort retour, obgleich wir die Eisenbahn haben. Dabei sagt er wörtlich: „Wir wünschen von Herzen, der treffliche Platz möchte seinen Berufspflichten mehr Zeit für Arbeiten in das Morgenblatt abgewinnen können.“ So wie das geschieht, kommt das Gespenst wieder in die Rundschau. Mit Vergnügen ersehen wir aus dem Rufe nach Platz, daß der Herr Hofrath sich seinen Berufsgeschäften widmet, woran ihn die Wahlmänner von Wertheim nicht mehr stören mögen. Spitalpfarrer Winterer sollte dem Beispiel folgen und seine Berufsgeschäfte fernerhin nicht vernachlässigen. Er erklärt ohnehin das Gespenst des Morgenblattes für unnöthig, indem er sagt, die Sache des Thrones und der Kirche (nicht der Hospitalkirche), für welche er kämpft (und wie?), können durch nichts besser unterstützt werden, als durch — das Wochenblatt der Landtagszeitung. Er möchte gerne scherzen, aber der Zorn ist zu groß. Am Ende droht er dem Herausgeber des Wochenblattes mit Entziehung seiner Besoldung (!) aus dem Hospital.*) Wie grausam! — Endlich muß er die Berichtigung seiner Verdächtigung des Turnvereins aufnehmen.

Wenn das Gespenst fortfährt, so jammervoll umzugehen, wie diese vier Tage, kann es nicht mehr lebendig werden. Die letzten der Mitarbeiter ergreifen die Flucht. Spitalpfarrer Winterer kann unser Blatt kaum mehr lesen. Und er hat die Todesanzeige des Morgenblattes, die wir gratis aufgenommen, noch nicht einmal gelesen. — Armes Gespenst.

In Nr. 116 vom 25. März gab Mathy seiner Rundschau folgende Nachschrift: Im heutigen Morgenblatt zeigt Herr Hofrath Platz an, daß er jede Hoffnung auf Wiedererwählung in Wertheim verloren habe, weil ihn selbst Diejenigen nicht mehr mögen, die seine politischen Ansichten theilen. Er spricht von Dolchstichen, die in seiner Abwesenheit in seinen Rücken geführt worden seien (ein Attentat, dessen Möglichkeit schwer zu begreifen ist), und von dem persönlichen Grolle Mächtiger, die ihn gestürzt hätten. Sodann droht er ein Buch zu schreiben, schlimmer als die versprochene Fortsetzung.

Nr. 142 vom 11. April beschäftigt sich sodann nochmals mit Platz. „Oculi, da kommen sie! — die Fortsetzungen des Herrn Hofrath Platz im seligen Morgenblatte. Zwar nicht die Fortsetzungen des Rückblicks auf die letzte Kammer — leider scheint es, daß wir auf diese verzichten müssen, —

*) Mathy lieferte gegen ein bestimmtes Honorar kurze Kammerberichte an das Mannheimer Journal, was vor ihm Trefurt gethan hatte.

aber doch die Fortsetzungen der Sendschreiben an Ihn, — an den Beleuchter der berühmten Motion des Herrn Hofraths im Mannheimer Journal. Den Reigen eröffnet ein zweites Sendschreiben als Erstling der Osterferien. Ach, wie wohl thut es, nach langer Entbehrung wieder einmal eine Vorlesung des Herrn Hofrath Platz zu hören! Sie sind so schön! — ihnen wird Boxberg und Mosbach nicht widerstehen; Einer von beiden Bezirken wird wieder gut machen, was das böse Wertheim verschuldet, an dem Herr Hofrath deutlich gesehen, daß der Prophet nichts gilt in seinem Vaterlande! — Der Herr Hofrath sagt uns zunächst, daß er den Eckel überwinde, in das selige Morgenblatt zu schreiben, und zwar um eines Artikels willen, „in dem wissenschaftliche Seichtigkeit und rabulistische Verdrehungs- und Verfälschungskünste die Grundlage des ganzen Räsonnements bilden.“ Es bleibt ungewiß, ob mit dieser Arbeit das eigene Sendschreiben oder die Kritik der früheren hofräthlichen Aufsätze gemeint sei; dem Inhalt nach ist das Erstere, nach der Absicht des Herrn Hofraths aber das Zweite wahrscheinlicher. Wir entscheiden uns für das Sendschreiben. Nach überwundenem Eckel gegen das selige Morgenblatt kommt der zweite Grund für das Sendschreiben, der uns unendlich wohlgefällt, nämlich, „die dringende Mahnung, welche der geistreiche Musterredacteur (o, gehen Sie doch, Sie — Schmeichler) des als Fortsetzung der verderblichen Landtagszeitung fortspuckenden Wochenblattes mir zukommen läßt, das selige Morgenblatt nicht so stiefmütterlich zu behandeln, sondern die schuldigen Fortsetzungen zu liefern (damit waren aber die Fortsetzungen des Rückblicks gemeint, auf deren dritten Gesang über die Heldenthaten der radikalen Mehrheit wir uns besonders gefreut hatten). Was nun kommt, ist zu köstlich, um nicht im vollen Glanze seiner Herrlichkeit hier zu stehen. Nun theilt das Wochenblatt eine längere Stelle aus dem Morgenblatte mit, die wir in der Anmerkung abdrucken*), und führt dann fort:

*) „Dabei drohte er (nicht Er im Mannheimer Journal, sondern er im Wochenblatt) mir, sowie ich den Mund aufthue, alsbald mich todt zu machen, denn wen er anhaucht, der ist vergiftet. So hat er das Morgenblatt vom Leben zum Tode gebracht, wie er sagt, macht sich aber doch fast täglich mit demselben zu schaffen und scheint fast eine Art von Gespensterfurcht vor demselben zu haben, die er auf die possierlichste Weise durch gezwungene Späße zu verbergen sucht. Seit Wochen zehrt er von diesem harmlosen Witz und unterwirft sich einer wahren geistigen Hungerkur; sein armes Blatt wird dabei freilich immer magerer und zehrt sich ab. Das arme Blatt wird zu einer wahren Mißgestalt. Der Kopf schwindet zu einem mathematischen Punkte zusammen, verkörpert im Witz des Musterredacteurs, der demüthig seine Stelle hinter dem ungeheuren Bauch einnimmt, den das Blatt vor sich herträgt und der die sichtbarsten Zeichen unheilbarer Wassersucht an sich trägt. In einer affentheuerlichen und raupengeheuerlichen Geschichtsklitterung erzählt uns der große Gargantua in wassersüchtiger, keuchender Advokatenprosa die Thaten der Oppo-

„Da haben wir die Bescheerung. Wenn unser Blatt sonst nichts bewirkt hätte, als daß es den Herrn Hofrath Platz zu vorstehendem Muster erhebender Beredtsamkeit begeisterte, so würde es sich dadurch allein schon gerechten Anspruch auf den Dank der Mit- und Nachwelt erworben haben. Wann hat je ein Demosthenes zu den Männern von Athen, ein Cicero zu seinen Römern, ein Pitt im britischen Parlamente, ein Mirabeau zu der französischen Nationalversammlung mit solcher Fülle von Gedanken, in so gewählter Form, so reich an schönen Bildern gesprochen, wie Herr Hofrath Platz in obiger Stelle zu Deutschland spricht? — Ihn erreicht kein Sterblicher; von allen Rednern der Jetztzeit kommt ihm keiner gleich, am nächsten ihm, wie Sachverständige behaupten, nur einige Damen, weiter unten am Main, in einem Orte, Frankfurt gegenüber. Allein, Herr Hofrath, — wo viel Licht ist, da ist viel Schatten. Dies beweist nicht nur Wertheim, das Ihr Licht nicht mehr im Ständesaale leuchten lassen wollte, sondern auch die oben bemerkte klassische Stelle Ihres Sendschreibens. Wir wollen Sie nur auf einen Verstoß aufmerksam machen. Sie sagen, das Wochenblatt beschäftige sich fast täglich mit dem seligen Morgenblatte und unterwerfe sich damit einer geistigen Hungerkur. Sie sagen ferner, das Wochenblatt „lebt, wie gewisse Raubthiere, am liebsten vom Aas; das Morgenblatt ist sein liebstes Futter." Wen nennen Sie also hier ein Aas? Nehmen Sie sich vor dem Spitalpfarrer Winterer in Acht, er könnte Ihnen die Ehrenkränkungsklage anhängen, die er uns angedroht hat, in ohnmächtigem Grimme. Sie setzen endlich Ihre Fortsetzungen als kräftige Nahrung, als frisches Fleisch in Gegensatz mit der mageren Kost des seligen Morgenblattes. Das ist Selbstlob, welches keinen ganz frischen Geruch hat und zugleich wieder eine Be-

---

sition; dann kommt in der Mitte der edeln Gestalt das Cyklopenauge und wirft schielende Blicke in die Runde. Vorn wassersüchtig, hinten witzsüchtig, schleppt sich das edle Blatt hin, umwindet seine Gegner wie eine Schlange, um sie zu erdrücken! Es rühmt sich das Morgenblatt erdrückt zu haben, allein vor der Hand ist's beim guten Willen geblieben; das edle Wochenblatt ist nicht ganz eine Schlange, es hat wohl ihre Klugheit und ihren Geifer, aber nicht ihre Kraft; es umwindet seine Gegner und begeifert sie, aber es zermalmt sie nicht; es lebt wie gewisse Raubthiere am liebsten vom Aas; das Morgenblatt ist sein liebstes Futter, aber vor Lebendigen hat es einen Widerwillen; es macht sich also weiß, das Morgenblatt sei eine Leiche, damit es sich selbst ermuthige, an ihm seinen Appetit zu befriedigen und mäßig und frugal ist es auch; an einem einzigen Witz, einer einzigen Fiction zehrt es nun Wochen lang in geistigem Schlaf wie der Dachs an seiner Pfote. Es scheint aber doch, daß diese Kost ihm zu mager ist, es sehnt sich nach kräftigerer Nahrung, es sehnt sich nach frischem Fleische, um als Fliege seine Eier darauf zu legen. Es fordert mich zu Fortsetzungen auf, hier sind sie, mögen sie ihm wohl bekommen." — Vorstehende Probe wird ganz dazu geeignet sein, nicht blos den ministeriellen Artikelschreiber, sondern auch das damalige Ministerium selbst genügend zu kennzeichnen.

leidigung der Redaktion des Morgenblattes. Sehen Sie, so geht es, wenn man zu viel auf die Stylübung und zu wenig auf die Verstandesübung hält. Sie können aus diesen Verstößen zugleich abnehmen, wie leicht man anstößt, wenn man jetzt noch in das selige Morgenblatt schreibt, nachdem es, wie ein sinkendes Schiff, von allen übrigen Ratten verlassen ist, die sich in die Karlsruher Zeitung geflüchtet haben, wie diese selbst in ihrer gestrigen Nummer klagt.

Dem Kritiker seiner Motion in dem Mannheimer Journal erwiedert Hofrath Platz, er (Platz) habe in seiner Antwort auf die Kritik gezeigt, wer der seichte Raisonneur sei. Zum Ueberfluß werden noch weitere Sendschreiben folgen. Niemand hat mehr Ursache, mit der Kammerauflösung zufrieden zu sein, als Herr Hofrath Platz. Nicht darum, weil er nicht wieder gewählt worden ist, denn das war ihm nicht angenehm, sondern weil er dem Bericht und der Discussion über seine Censurmotion entgangen ist. Er wird jetzt als Lieferant vom frischen Fleische für das selige Morgenblatt um so bessere Geschäfte machen, da er keine Concurrenten hat und das selige Morgenblatt Alles, was er liefert, als frisches Fleisch annehmen muß.

Als Probe seiner Polemik gegen die Süddeutsche Zeitung geben wir folgende Stelle aus Nr. 114: Die Süddeutsche gibt endlich eine Einladung zur Theilnahme an ihr, worin sie sich damit empfiehlt, daß das hochwürdigste Episcopat der oberrheinischen Kirchenprovinz sie empfohlen hat und daß sie von ihren Feinden so viel leiden muß. Ihre Pflicht sei, die Flamme der Verwüstung mit ihrem Blatte zu löschen, welches sonach ein Löschblatt ist. Ihre Tendenzartikel zu lesen, gilt als Buße für alle sieben Todsünden. Sie kostet halbjährlich 2 fl. 48 kr., die Jeder sparen wird, der sie nicht aus Rücksichten oder, wie wir, Berufshalber ausgeben muß. Wir warnen alle gute Deutschen vor dem Ankauf der Süddeutschen Zeitung und empfehlen dafür die Oberrheinische, die auch in Freiburg erscheint und viel größer und schöner ist.

Gegen die Karlsruher Zeitung, welche noch am Anständigsten die Opposition angriff, schrieb Mathy in der Regel in derselben Weise; jedoch konnte er es nicht über sich gewinnen, gelegentlich auch sie mit Spott zu übergießen, wie z. B. in folgendem Worte in Nr. 142: Die Karlsuher Zeitung (Nr. 95) bringt, in Ermangelung leitender Artikel, eine äußerst anziehende Mittheilung aus Bretten, das Ueberhandnehmen der R a t t e n betreffend, Unthiere, welche nur mit ausdauernder Verfolgung zu vertilgen seien. Sie bemerkt, daß es zur Zeit der kurpfälzischen Regierung gesetzlich war, jährlich eine be=

stimmte Anzahl Sperlingsköpfe zu liefern und schlägt vor, in ähnlicher Weise den Hauseigenthümern einen Tribut von Rattenköpfen aufzulegen. Die Karlsruher Zeitung fängt sonach ernstlich an, der vermittelnden Richtung zu huldigen, welche die wahren Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen strebt und sich nicht mehr mit utopischen Wahlartikeln befaßt. Alle wohlgesinnten Parteien werden sich beeilen, ihr für dieses gemeinnützige Streben die wohlverdiente Anerkennung zu zollen. Die Uebelgesinnten dagegen wollen aus dem Artikel entnehmen, daß die Karlsruher Zeitung sich zum „Rattikalismus" hinneige; ihre Anspielung auf die Sperlingsköpfe und Rattenköpfe haben eine versteckte Beziehung und erinnern, wie die Flugschriften des Dekan Eberlin, an alle Gräuel der Schreckenszeit von 1793. Allein — so sagen nur wenige böswillige Wühler; das Publikum im Allgemeinen weiß, daß die Karlsruher Zeitung die besten Gesinnungen hat. — Die Nr. 96 der Karlsruher Zeitung (vom 8. April) enthält außer dem neuesten Stande der Hinterlegungskasse und dem Verzeichniß der Vorlesungen der Universität Freiburg für das Sommerhalbjahr — gar nichts aus Baden. Die Ratten scheinen alles Uebrige aufgefressen zu haben.

Außer dieser Polemik war Mathy besonders bemüht, dem Volke die wahren Gründe der Kammerauflösung darzulegen, es über seine Aufgaben aufzuklären, auf die Wahlen der neuen Kammer zu wirken und den oft schamlosen Flugblättern entgegen zu wirken, welche gegen die bisherige Kammeropposition geschleudert wurden und wofür sich in Mannheim ein geheimes Komite gebildet hatte. Die hauptsächlichsten Flugblätter dieser Sorte hatten folgende Titel: Ueber die Stellung der vier größern Städte des Großherzogthums bei den Wahlen von 1846. — Ermahnung an das badische Volk im Augenblick seiner Wahlen. — Evangelische Geistliche! Evangelische Kirchenälteste! Evangelische Gemeinden! (Vom Pfarrer Eberlin.) — Die Stände in ihrer Selbstauflösung. — Es versteht sich von selbst, daß alle mögliche Sophistik angewandt wurde, um die Regierung zu vertheidigen und die Kammermehrheit zu verdächtigen und zu verläumden. Dagegen zu wirken bei der maßlos geübten Censur war schwer, aber es ging doch. Die Ulmer Kronik und andere Blätter mußten bringen, was in Baden zu drucken nicht erlaubt war, und dann griff man auch zu Flugblättern, die theilweise in der Schweiz und auch in Freiburg gedruckt wurden und an deren Abfassung auch Mathy manchmal mitwirkte. Die hauptsächlichsten waren: Worte der Beruhigung an das katholische Christenvolk in Baden. — Ermahnung an das badische Volk im Augenblick der neuen Wahlen. — Warum

sind die Landstände aufgelöst? — Warnung vor Volksbetrug. — Der Wahlkampf des badischen Volkes im Jahre 1846. — Es blieb jedoch nicht allein dabei, sondern auch in Versen sprach sich die Volksstimme aus, z. B. des badischen Volkes Rosenkranz nach der Kammerauflösung 1846 von Schultheiß, wo von Mathy gesagt ist: „Des Mathy's Geistesfülle ist ein röthlichblauer Amethyst", ja ein Gedicht: Die neue Wahl 1846 wurde sogar in Musik gesetzt und lautet darin der zweite Vers über Mathy: „Wer zeigt hinfort noch die Censur in ihrer Schlechtigkeit? Wer schwingt der Wahrheit Banner kühn im Kampf für Preßfreiheit? Mathy! He! Holla! Mathy." Ja wir haben aus diesem Wahlkampf noch einen köstlichen „Preiscourant von Urias Centurian und Konsorten in Finsterwinkel. Empfehlen ihr Lager lichtscheuende Finsterniß verbreitenwollender Artikel" vor uns liegen, worin die Anhänger der Reaction prächtig persiflirt sind.

Bei dem Wahlkampfe erklärte sich Mathy entschieden für die Wahl nur ehrlicher Waffen und eines offenen Vorgehens und als das Morgenblatt es Anfangs März tadelte, daß einzelne Berichterstatter in liberalen Blättern etwa nur einen liberalen Wahlmann nannten und die mehreren, welche die Gegenpartei durchgesetzt hat, verschwiegen, erklärte er dies ausdrücklich für Unrecht, denn er sagte: „Man muß die ganze Wahrheit sagen, wenn man sie weiß, auch wenn sie uns nicht gefällt. Was hilft es, wenn man sich und Andere auf kurze Zeit täuscht? Wir schmeicheln uns nicht mit der Hoffnung auf einen leichten Sieg des guten Rechts der Bürger über die vielen Kräfte, welche vereint gegen sie wirken." Gegen Mathy's Wahl in Constanz wurde auch alles Mögliche aufgeboten und in der Constanzer Zeitung ein Aufsatz eingerückt und in tausend Sonderabdrücken verbreitet, worin scheinheilig genug gesagt war, gegen das Ministerium Blittersdorf sei Mathy als unbedingter Oppositionsmann recht gewesen, aber unter dem Ministerium Nebenius sollte Constanz um so eher einen Andern wählen, als Mathy doch in die Kammer gelangen und aus seiner Nichtwahl für die Stadt großer Vortheil erwachsen werde. Mathy hatte übrigens seinen Wählern in Constanz persönlich auseinandergesetzt, er verstehe unter Opposition die Mitglieder der Kammer, welche nicht unbedingt zu Allem ja sagen, sondern zuerst prüfen und dann nach ihrer eigenen Ueberzeugung mit einverstanden oder nicht einverstanden abstimmen, wie er es bei seinem Wirken oft genug bewiesen hat, als er für verschiedene Vorlagen stimmte, die er für nützlich erachtete. Obgleich daher auch die Süddeutsche Zeitung Mathy zuletzt noch dahin zu verläumden suchte, daß sie den Lehrern die Lüge aufband, er habe erklärt, es sei nunmehr an

der Zeit, das Christenthum abzuschaffen, so ging doch seine Wahl siegreich durch, denn als die ultramontane Partei es noch mit einer Wahlversammlung gegen ihn probiren wollte, so erschien doch die Gegenpartei so zahlreich und stark, daß sie sich von selbst zurückzog. Ueberhaupt hatte sich bis daher Mathy schon eine solche Bedeutung unter der ganzen liberalen Partei verschafft, daß er als deren wahrer Führer gelten konnte, was sogar die Deutsche Allgemeine Zeitung Mitte April anerkannte, indem sie in ihrer Bosheit Mathy an die Spitze der 31 Radicalen stellte, Hecker und Bassermann seine Adjutanten und Welcker seinen Helfer nannte und Itzstein blos nur noch den Ehrenvorsitz vorbehielt.

Die fremden Rathgeber der Krone und selbst Herr v. Blittersdorf sahen alsbald nach der Auflösung des Landtags ein, daß in der bisherigen Weise für die Regierung eine Majorität nicht mehr gewonnen werden könne und daher eine Aenderung im Ministerium vorgenommen werden müsse. Minister v. Böckh, der schon zwei Jahre zuvor das Finanzministerium abgegeben hatte, mußte nun auch von der Leitung des Staatsministeriums abtreten und wurde pensionirt, Nebenius nahm seine Stelle ein und Bekk, der bisherige beliebte Kammerpräsident, trat in's Ministerium ein, freilich vorerst noch ohne den entsprechenden maßgebenden Einfluß. Doch wußte er denselben nach und nach zu gewinnen und es zeigte sich dies zunächst daran, daß gegen die Zeit der Landtagseröffnung die Censur milder wurde und die Beamten von ihrer strengen Bevormundung des Volks etwas nachließen, denn was man auch über Bekk's politische Richtung denken mochte, so stand doch seine strenge Rechtlichkeit und Gesetzlichkeit überall fest.

Der Landtag wurde am 4. Mai eröffnet und es kamen auf demselben von wichtigeren Gegenständen eigentlich nur wenige vor. Dahin gehörte die Motion von Peter auf Preßfreiheit, die Petitionen der Deutschkatholiken und ein Gesetz über den Bau einer Kinzigthalbahn, neben einer Anzahl geringerer Vorlagen und Berichte, wie z. B. über die Gründung einer Credit- und Girobank, worüber die erste Kammer bereits in der letzten Session berathen und Nebenius Bericht erstattet hatte. Peters Motion auf Preßfreiheit wurde nicht mehr bekämpft, sondern Alles war einig über die Verderblichkeit der Censur und das Ministerium versprach Alles aufzubieten, um hier eine Aenderung hervorzubringen. Doch blieben die Verhandlungen nicht ohne einen unangenehmen Zwischenfall. Mathy brachte nämlich zur Sprache, wie Welckers Bericht über die Motion überall sonst die Censur passirte, aber in Karlsruhe von ihr arg zerfetzt wurde, und er war darüber so entrüstet, daß

er seine Rede mit den Worten schloß: „Ich will mich auf die Thatsachen nicht einlassen; wir wollen keine Olozagascenen aufführen. Ich sage, es ist eine Büberei, wenn man etwas streicht, was in Tausenden von Exemplaren verbreitet ist.“ Nebenius ließ sich darüber zu dem Ausrufe verleiten: „Das ist eine schamlose Rede“ und darüber entstand zwischen beiden und dem Präsidenten ein heftiger Wortwechsel, den der Letztere damit beendigte, daß er die Aeußerungen auf beiden Seiten für zu stark erklärte. Auch gegen den alten Abgeordneten Knapp, der sich beklagte, daß das Landtagsblatt seine Reden nicht ausführlich genug bringe, gab Mathy die mehr als ironische Antwort: „Der Abgeordnete Knapp wird doch nicht glauben, daß ich dem Publikum zumuthen kann, seine Reden zu lesen. Es hat kein Verbrechen begangen, wofür es solche Strafe verdient hätte.“

Die längste und berühmteste Sitzung wurde am 13. August den Debatten über die Petitionen der Deutschkatholiken gewidmet, denn sie dauerte von Vormittags 9 Uhr bis tief in die Nacht hinein und die Gallerie war zum Erdrücken voll. Mathy nahm auch hierbei das Wort, zumal gegen die Expectorationen von Buß, dessen Widersprüche er nachwies; aber es waren blos Worte der Milde und Versöhnung, wenn er unter Anderem sagte: „Wo liegt nun das wahre Christenthum? Ich kann es nicht entscheiden, aber ich bekenne mich mit den Gleichgesinnten aller Confessionen zu dem Gedanken der Liebe und darum will ich nicht, daß irgend Jemand um des öffentlichen Bekenntnisses seiner religiösen Ueberzeugung willen in seinen Rechten verkürzt, bedrückt oder verfolgt, daß ihm die Ausübung seiner Weise, Gott zu dienen, verkümmert oder verboten werde. — Ich bin überzeugt, die große Mehrzahl der Bürger, Katholiken wie Protestanten, will nicht, daß Mitbürger um des Glaubens willen in ihren Rechten gekränkt werden; in dem Commissionsantrage erblicke ich zugleich den Ausspruch der wahren öffentlichen Meinung. Herr Regierungscommissär Bekk sagte, es ist schön und lohnend für die Freiheit zu sprechen; ich sage, es kann zwar minder schön, doch lohnender sein, für die Unterdrückung zu sprechen und zu handeln. Ich verschmähe den Lohn und bleibe beim Recht.“

Als das Gesetz über die Erbauung einer Kinzigthalbahn zur Berathung kam, hob er besonders die Wichtigkeit von Constanz in dieser Linie hervor und verwahrte sich gegen die Begünstigung der Schweiz zum Nachtheile unseres Landes und er hatte damit auch das Rechte getroffen, denn hätte man zuerst die Kinzigthalbahn in Angriff genommen, so hätte Baden einen sehr erheblichen Vorsprung erhalten, welchen die Bahn über Waldshut und Schaff=

hausen nicht gewähren kann. — Noch kam auf diesem Landtage am 10. September und kurz vor dem Schluß eine prächtige Scene zwischen Mathy und dem ultramontanen Buß vor, welche dem Letzteren in der öffentlichen Achtung den Todesstoß zu geben geeignet war. Buß, der sich während obiger Debatte bezüglich der Deutschkatholiken schon ganz ungebärdig benommen hatte, ließ sich ungeachtet des Rathes seiner Freunde doch hinreißen, an diesem Tage eine Motion „auf Befreiung der katholischen Kirche aus den Banden des Staats“ in seiner bekannten Manier zu begründen und es handelte sich nun darum, ob sie von der Kammer in Berathung zu ziehen sei. Die liberalen Deputirten erhoben sich nun nach einander, um Buß nachzuweisen, wie er mit seinen früheren eigenen Aeußerungen und Aussprüchen im schneidendsten Widerspruche stehe, und Brentano bewies ihm sogar, daß er einst selbst die Unsterblichkeit der Seele geläugnet habe. Darüber ward natürlich Buß auf das Höchste erbittert und erlaubte sich Aeußerungen, welche hier wieder zu geben man sich schämen müßte. Als daher auch die Reihe an Mathy kam, so begründete er seine Abstimmung gegen die Inbetrachtnahme der Motion als Deutscher sowohl, wie als Vertreter für Constanz. Letztere Stadt nämlich, in welcher Huß und Hieronymus von Prag verbrannt wurden, habe ihre ganze Blüthe durch das Treiben des Ultramontanismus verloren und deshalb sei daselbst auch schon im Jahre 1834 ein Aufruf ergangen, um Huß einen Denkstein zu setzen, und in diesem Aufruf sei, wie er aus den Seeblättern vorlas, folgender Ausspruch, der heute seine Abstimmung leite, enthalten: „Die Flammen des Ketzergerichts haben zwar den Leib dieser Märtyrer zerstört, nicht aber ihren Geist, den die Nachwelt zu dem ihrigen machte. Die Geschichte, ernst und leidenschaftslos, nennt Huß und Hieronymus als die ersten Vertheidiger der religiösen Freiheit, als Vorkämpfer der großen kirchlichen Reformation. Wir genießen der Ernte, gedenken wir dankbar der Saat, gereift im Blute ihrer Säer.“ Nach Verlesung dieser Stelle fuhr Mathy fort: „Diese Worte schrieb kein Protestant; es hat sie ein Katholik, es hat sie — der Abgeordnete Buß geschrieben!“ Darauf hin brachen Kammer und Gallerie in allgemeines Erstaunen aus und wurde die Verhandlung einige Augenblicke unterbrochen, während Buß eine verneinende Bewegung machte. Sobald wieder etwas Ruhe herrschte, begann dann folgende Scene. Mathy: Es ist doch richtig? Sie haben diese Worte geschrieben! — Buß: Ich werde dem Abgeordneten Mathy antworten. Es war eine gewisse Versammlung . . . Mathy (einfallend): Sie haben diese Worte geschrieben! — Buß: Nein! — Mathy: Sie haben diese Worte

nicht geschrieben? — Buß: Nein! — Mathy: Wohlan denn — hier ist Ihre Handschrift! Bei diesen Worten zog Mathy aus seiner Tasche das Papier, worauf Buß die fraglichen Worte als Zusatz zu Satz 2 des Entwurfs zur Einladung nebst andern Zusätzen geschrieben, hielt es dem Abgeordneten Buß entgegen und zeigte es sodann den neben ihm sitzenden und anderen von allen Seiten näher herankommenden Mitgliedern. — Buß: Ich sage dem Abgeordneten Mathy: Ja ich habe es geschrieben. (Tiefer Eindruck und allgemeine Unterbrechung.) — Präsident: Es geschieht Ihnen recht, Herr Abgeordneter Buß. Sie haben sich das selbst zuzuschreiben. Sie sind genug gebeten worden, die Begründung der Motion zu unterlassen. — Mathy: Ich schließe mit der Erklärung: als Deutscher, als Abgeordneter der Stadt Constanz widersetze ich mich der Motion, wie allen Bestrebungen, die Herrschaft im Staat oder in der Kirche in die Hände einer Partei zu spielen, als deren Vertreter ein Abgeordneter Buß sich darstellt.

Dieser Vorfall war so drastisch und komisch zugleich, daß Erstaunen und Gelächter mit einander abwechselten und man noch lange davon sprach. Buß selbst suchte sich fünf Tage später dadurch zu rechtfertigen, daß er behauptete, er habe an ein Aktenstück oder an einen Brief gedacht und blos die Form in Abrede gestellt, seines Gesinnungswechsels aber rühme er sich, worauf Mathy ihn einfach darauf hinwies, daß er klar genug gesprochen, den Aufruf deutlich genannt und sogar wörtlich aus den Seeblättern vorgelesen habe, und mit den Worten schloß: „Ich überlasse nun der öffentlichen Meinung das Urtheil darüber, was die heutige Berichtigung des Abgeordneten Buß werth ist."

Am 17. September wurde sodann der Landtag geschlossen, aber unter ganz anderen Ansichten und Hoffnungen als bisher, und als Mathy das Erscheinen einer zwei Mal in der Woche auszugebenden „Rundschau" für den Anfang October ankündigte, konnte er aussprechen, daß künftighin die Censur in würdigerer Weise werde gehandhabt werden und der anständigen Besprechung der öffentlichen Zustände nicht mehr die bisherigen Hindernisse entgegenstehen, wofür übrigens die Regierung selbst bündige Versicherungen um so mehr ertheilte, als ihr die vorgebrachten Uebelstände bei Berathung der Peter'schen Motion und der Mannheimer Vorfälle vom November 1845 Aerger genug gebracht hatten. Auch dauerte es nicht lange, bis eine noch größere Aenderung sich zeigte, denn schon am 19. December wurde das Ministerium von den bisherigen reactionären Elementen gereinigt, Nebenius übernahm das Präsidium des Staatsministeriums, Bekk das Innere, Mini-

sterialdirektor Rettig und die Ministerialräthe Christ und Föhrenbach wurden daraus entfernt und dafür Brunner, Fröhlich und Nüßlin berufen und auch entsprechende Aenderungen im evangelischen Oberkirchenrath und Oberschulrath getroffen, nachdem sich Bekk davon versichert hatte, daß er auf diese Weise auch die Unterstützung des gemäßigteren Theiles der liberalen Partei erlangen werde.

In dieser war nämlich inzwischen eine erhebliche Veränderung erfolgt, die sich bereits bei verschiedenen Abstimmungen des letzten Landtags, besonders über das Budget, angekündigt und vorbereitet hatte. Die alte Zusammengeschlossenheit der Liberalen oder der Opposition nahm um so mehr ab, als das Ministerium in bessere Wege einlenkte, und besonders waren es einige neu eingetretene Abgeordnete, welche hartnäckig auf dem alten Widerspruche beharrten und anders stimmten, als die größere Zahl ihrer Partei. Letzteres geschah allerdings auch früher bei Fragen, die nicht principieller Natur waren, aber nun schied sich auch die liberale Presse in zwei Lager, indem die Mannheimer Abendzeitung, die Seeblätter und die Oberrheinische Zeitung, wozu später noch der Deutsche Zuschauer kam, die Socialradicalen oder Republikaner, das Mannheimer Journal, die Rundschau und später auch der Tagesherold die altliberale Partei vertraten, und die Trennung gab sich sogar schon öffentlich kund, indem die erstgenannten Blätter die Mitglieder des anderen Theils der Liberalen angriffen oder doch bekrittelten und ihnen oft nicht einmal Raum zu Entgegnungen gestatteten. Aeußerlich suchte man nun allerdings diesen Zwiespalt zu verdecken, aber er ließ sich doch erkennen und daher wurde auf den 29. November eine Versammlung der liberalen Partei nach Durlach anberaumt, die sonst erst im darauf folgenden Mai hätte stattfinden sollen. Es erschienen dabei 27 Abgeordnete, bei welchen jedoch schon Hecker fehlte, und es wurden eingehends die Angelegenheiten des Tages besprochen, sowie auseinander gehende Meinungen ausgeglichen. Letzteres gelang jedoch nur mehr äußerlich und es machten sich auch nur die Rundschau und das Mannheimer Journal verbindlich, Mittheilungen von Abgeordneten der Linken aufzunehmen, ohne daran etwas zu ändern. Dagegen erfolgte ein anderer Beschluß, der auf einer kurz vorher in Frankfurt stattgehabten Versammlung von Mitgliedern deutscher Kammern von mehreren Seiten und auch von Mathy angeregt worden war, nämlich eine große Zeitung zu gründen, welche der liberalen Partei von ganz Deutschland als Gesammtorgan dienen sollte. Mathy selbst berichtete über diese Versammlung in seiner Rundschau, aber sein eifriges Bemühen, dabei nachzuweisen, daß

der Zweck der Versammlung nicht Versöhnung sein konnte, weil kein Zwiespalt vorausgegangen war, und daß deshalb auch keine Erklärung in Bezug auf die Presse nothwendig wurde, ließ offen durchschimmern, wie es sich eigentlich damit verhielt. Die Gemäßigteren unter den Liberalen, worunter auch Mathy gehörte, wenn er damals auch noch mehr in der Mitte zwischen beiden Theilen stand, schlossen sich dagegen in Durlach näher an einander und sie zeigten der Regierung, daß sie in denselben eine wesentliche Stütze finden könne, wenn das Ministerium entsprechend umgebildet werde und eine freiere Richtung einschlage, und die Folge davon war dann diese Umbildung, welche am 19. December, nicht ganz drei Wochen darauf, erfolgte.

Das Ministerium hätte diesen Zweck wohl erreicht, wenn es sofort mit einem vollständigen Programm hervorgetreten wäre, dem Censurunwesen gesteuert und mit freisinnigeren Maßregeln begonnen hätte. So aber ging die Maschine noch lange im alten Gange fort, die sogenannten conservativen Blätter, welche mit dem neuen Ministerium nur halb zufrieden waren und schmollten, discreditirten es durch ihren fortgesetzten läppischen Gang und so kam es, daß es sich nicht sofort auf einen geschlossenen Anhang stützen konnte und, als es mit seiner freisinnigeren Richtung Ernst machte, dies zu spät war. Mathy, welcher in den letzten Monaten des Jahres 1846, als Struve plötzlich von der Redaction des Mannheimer Journals abgetreten und sein Nachfolger noch nicht eingetreten war, provisorisch diese Redaction bis zum Jahresschlusse übernahm, setzte in der Rundschau alsbald den Kampf mit diesen Blättern fort und griff ohne Schonung die Süddeutsche Zeitung, die Freiburger Zeitung und das Morgenblatt an, in welch' Letzterem wiederholt Platz die Zielscheibe seiner launigen und witzigen, ja oft vernichtenden Angriffe wurde. Sonst aber war die Rundschau vorzugsweise ernsteren Arbeiten und Besprechungen gewidmet. So würdigte er ausführlich das neue Finanzgesetz und befürwortete er die Erbauung der Kinzigthalbahn und die Errichtung einer Bank in Mannheim; mit Sorgfalt verfolgte er das Steigen der Fruchtpreise, die Theuerung und Noth und nachdrücklich warnte er vor Ausfuhrverboten und anderen hemmenden Maßregeln bezüglich des Fruchthandels, indem er den wahren Charakter desselben zeigte und nachwies, daß nur durch Freigebung des Getreidehandels er am Besten und Raschesten für die Befriedigung des Marktes sorge und ein übermäßiges Steigen der Preise verhindere. Sehr oft kam er darauf zurück und wenn er auch einige Mißgriffe der Regierung und einzelner Gemeinden nicht verhindern konnte, so wirkte er doch im Allgemeinen beruhigend auf das Publikum. Daneben be-

sprach er eingehend das Steuerwesen, den neuen Zolltarif und die Nothwendigkeit eines deutschen Schifffahrtsgesetzes und verfolgte er sehr aufmerksam die Vorgänge in Preußen, wo ihm die Einberufung des vereinigten Landtags als der erste und sicherste Schritt zur Einführung des wahren constitutionellen Lebens erschien, obschon die meisten Zeitungen sich nicht von der Ansicht trennen konnten, daß ein weiterer Schritt über diesen Landtag nach altem Schnitt nicht mehr erfolgen werde. Er vertraute dabei mit Sicherheit auf die drängende Kraft des deutschen Geistes und erblickte in Hunderten der kleinsten Vorgänge die Zeichen des nahenden Sieges.

Neben seiner angestrengten Thätigkeit behielt er die Nothwendigkeit immer im Auge, daß die Männer der freien Richtung zusammenhielten und in lebendigem Verkehre blieben, und als am 6. Januar der Sinsheimer Wahlkreis seinem Abgeordneten Bassermann ein Fest gab, war es Mathy, der dabei nachdrücklich die Nothwendigkeit besprach, daß das Volk eine stets wachsame Aufmerksamkeit auf die Leitung seiner Angelegenheiten unterhalten müsse. Zugleich widmete er sich als Gemeinderath der Stadt Mannheim auch ihren städtischen Interessen und nahm an allen politischen Zusammenkünften und Berathungen Antheil. Besonders war er bedacht, für die kommenden Deputirtenwahlen ein gemeinsames Wirken zu erzielen und es wurde am 15. August zu Freiburg eine Versammlung von zwanzig Deputirten gehalten, um sich über die Wahlen zu besprechen und durch vereinigte Bemühungen einige Mitglieder der Partei, welche der Mühen und schweren Opfer ihres ständischen Berufs überdrüssig ihr Mandat niederlegen wollten, davon abzuhalten. Auch hier sprach Mathy über die drängende Nothwendigkeit der Vereinigung aller Kräfte, um dem Krieg gegen alle Feinde des Vaterlands, kommen sie in Waffen gegen die Grenzen, oder mit übermächtigem Kapital gegen deutsche Arbeit, oder mit dem Löschhorn gegen den Geist, oder mit Pergamenten gegen die Volksrechte, gehörig gerüstet die Spitze bieten zu können. Man bemerkte übrigens hier schon deutlicher die Spaltung in der liberalen Partei, welche schon am 6. März 1847 Hecker selbst durch seine Mandatsniederlegung angekündigt hatte, denn er erklärte seinen Wählern rundweg, er thue diesen Schritt lediglich deshalb, weil man ihm daraus, daß er wegen abweichender Meinungen bisherigen Parteigenossen gegenübertrat, den Vorwurf gemacht habe, er unterhalte und fördere dadurch Spaltung unter denen, welche ein gleiches Ziel verfolgten.

Bei diesen Verhältnissen lag Mathy viel daran, daß nicht der größere Theil der liberalen Presse Badens in den Händen der radicalen Partei blieb,

sondern auch die besonneneren Liberalen sich eigene Organe bewahrten. Er betrieb daher nachdrücklich die Gründung der Deutschen Zeitung in Heidelberg, zu deren Redactionsausschuß er gehörte, während die Zeitung selbst von Gervinus geleitet wurde, und da die Redaction des Mannheimer Journals unter Obermüller nicht nach Wunsch ausfiel, so entschloß er sich, auch im zweiten Semester 1847 die Rundschau fortzuführen, ungeachtet vieler anderen Geschäfte, die ihn in Anspruch nahmen. Er kündigte dies gegen die Mitte des Monats Juni an und motivirte es mit den Worten: „Wenn unser Blatt aufhörte, so käme Herr Hofrath Platz in Verlegenheit und die Welt würde seine Anti-Rundschau schmerzlich vermissen. Grund genug für uns, die Rundschau fortzusetzen. Unsern Lesern könnte es auffallen, daß wir zu den Bemühungen des göttlichen Hofraths bisher standhaft geschwiegen und seine Widerlegungen nicht der geringsten Aufmerksamkeit gewürdigt haben. Allein sie mögen bedenken, daß ein beständiger Umgang mit Herrn Hofrath Platz keineswegs vortheilhaft auf die Rundschau hätte wirken können. Wollten wir uns das ganze Jahr hindurch mit Herrn Platz abgeben, so kämen wir in Gefahr, am Ende selber zu ver-platzen. Da wir aber Aussicht haben, ihn bei den nächsten Wahlen als Bewerber um eine Abgeordnetenstelle außerhalb Wertheim anzutreffen, so werden wir Gelegenheit finden, manches Versäumte nachzuholen. Dies gilt auch von unserem Verhalten gegenüber der schlechten Presse überhaupt, die wir in der letzten Zeit weniger beachteten, weil wir Besseres zu thun hatten. Gegen die Fehler der Freunde werden wir nachsichtig sein; wir verwerfen Niemanden, der sonst eine gute Gesinnung hat, wenn er von seinem Bischen Freiheit nicht immer den besten Gebrauch macht. Menschen und Völker müssen dies erst lernen, wenn sie wahrhaft frei geworden sind, frei, nicht nur von äußerem Drucke, sondern von eigenem Dünkel und von der Herrschaft niedriger Leidenschaften. Für Deutschland aber naht die Stunde der Entscheidung zwischen Freiheit und Unterdrückung, Recht und Willkür, Gesetz und Gnade, Wahrheit und Lüge. Darum sollte Jeder wach auf seinem Posten sein."

Auch in Mannheim fand am Abend des 1. September unter Mathy's Vorsitz eine Versammlung wegen der Wahlen in den Bürgerausschuß statt, wobei die Rückschrittspartei das Feld räumen mußte. Dagegen berief die radicale Partei auf den 12. September eine Versammlung nach Offenburg, wo Hecker und Struve aufregende Reden hielten und die Forderungen des Volkes in Baden in einer Reihe von Sätzen aufstellten, von denen manche recht gute und begründete waren, manche aber mehr utopischer Natur, wie

die Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital, und wieder andere dem zur Zeit Möglichen vorausschritten, wie z. B. die Abschaffung der Karlsbader und Wiener Beschlüsse, die Beeidigung des Militärs auf die Verfassung und die Vertretung des Volkes beim deutschen Bunde. Mathy nahm anfangs diese Parteiversammlung gegen die Angriffe des Beobachters in Schutz und behauptete, daß sie sich bei aller Entschiedenheit der ausgesprochenen Ansichten und Grundsätze durchaus würdig und gesetzlich gehalten habe, die Regierungsblätter schoben ihr aber zu, daß Aufruhr und Umsturz gepredigt wurde, und da man in Offenburg beschlossen hatte, an vier darauf folgenden Sonntagen Kreisversammlungen in Donaueschingen, Freiburg, Mannheim und Tauberbischofsheim zu halten, wogegen man in diesen Orten selbst abmahnte, so verbot die Regierung deren Abhaltung, stellte aber in der Karlsruher Zeitung in vierzehn Artikeln ein zeitgemäßes Regierungsprogramm auf, das auch sofort den Beifall Mathy's erhielt, aber natürlich die Radicalen nicht befriedigen konnte, weil es die Grundlagen des Staats nicht erschütterte und umgestaltete, sondern blos praktische Verbesserungen und Aenderungen beabsichtigte. Doch hatte Mathy schon Ende Juli in der Rundschau die Stellung der Opposition gegenüber der Regierung dahin dargelegt, daß in Baden wohl eine Opposition gegen ein System, welches die Verfassung anfeindet, aber keine systematische Opposition gegen Alles bestehe, was von der Regierung ausgeht; zum Ueberstürzen habe sie seither noch keine Gelegenheit gehabt; diejenigen aber, die sich seit dem letzten Landtage überstürzt hätten, seien nicht für die Opposition, sondern gegen sie aufgetreten, von der rechten wie von der linken Seite.

Hatte Mathy schon beim Beginne des Jahres sich mehrmals gegen die Seeblätter wenden müssen und an Fickler erklärt, es gebe „für seine Thätigkeit bessere Felder, als das betretene, wo er nur Unkraut unter den Weizen säe, ohne es zu beabsichtigen, aber in unbewußtem Bunde mit den Feinden eines freien, selbstständigen Bürgerthums," so gaben ihm diese und die Abendzeitung bereits Seitenhiebe, als es sich nach und nach herausstellte, daß Mathy der Führer der besonneneren Liberalen geworden war und darum die Spannung mit den Radicalen unter Hecker und Struve zunahm, was namentlich gegen das Spätjahr 1847 und nach Beendigung der Wahlen geschah. Doch wurde wenigstens der Schein des Zusammengehens noch erhalten und daher von Mathy in der Rundschau nichts vorgebracht, was dagegen sprechen konnte. Die letzten Nummern derselben widmeten sich hauptsächlich dem Sonderbundscoup in der Schweiz und finanziellen Dingen, wo

Mathy namentlich gegen die Vielschreiberei zu Felde zog und das System der gelehrten Theorie in der badischen Finanzverwaltung einer scharfen Kritik unterwarf, woran freilich die Censur das Beste gestrichen hatte. In der letzten Nummer brachte er sodann noch als Erwiderung gegen die Karlsruher Zeitung einen Aufsatz über das Finanzsystem und die Armen, dessen zweite Hälfte wir im Anhange abdrucken lassen, weil sie auch heute noch ein schönes Zeugniß von Mathy's Gesinnung bildet.

Wenige Wochen nach der Offenburger Versammlung fand eine Versammlung deutscher Abgeordneter, achtzehn an der Zahl, am 10. October zu Heppenheim statt, wobei vorzugsweise Baden, dann aber auch Hessen, Württemberg, Nassau und Preußen vertreten waren. Derartige Zusammenkünfte waren schon seit einigen Jahren im Stillen gehalten worden, aber nun hielt man sie nicht mehr im geheimnißvollen Dunkel, sondern man erstattete sogar in der Deutschen Zeitung Bericht darüber. Der Zweck dieser Versammlung war die Besprechung über eine beim Bundestage oder auch für den Zollverein herzustellende Vertretung des Volkes und die lange Reihe der Volkswünsche überhaupt und es wurde beschlossen, daß in den einzelnen Ständeversammlungen gleichmäßige Anträge gestellt würden und die Versammlung sich öfters wiederhole, sowie schließlich eine Commission gebildet, wozu auch Mathy gehörte, welche Materialien behufs gerechterer Vertheilung der öffentlichen Lasten zur Erleichterung des kleineren Mittelstandes und der Arbeiter sammeln sollte. Wie hieran Mathy einen hervorragenden Antheil nahm, so gehörte er auch zu denjenigen, welche in Süddeutschland Sammlungen für Beseler anregten, und hält man dazu seine Bearbeitung der Rundschau und seine Theilnahme an der Deutschen Zeitung, so war in der That nur eine Arbeitskraft und Arbeitslust, wie sie Mathy besaß, dafür ausreichend.

Am 9. December wurde der badische Landtag wieder eröffnet und zwar unter sehr günstigen Aussichten, da das Ministerium den besten Willen zeigte und sogar auch von Preußen am Bundestage freisinnigere Anträge zu Gunsten der Presse gestellt wurden. Alsbald wurden Anträge auf Preßfreiheit und Einführung von Geschworenengerichten gestellt, welchen die Regierung wohlwollend entgegen kam; aber die Zeit war eine ziemlich schlimme, denn überall brachen große Bankhäuser zusammen und am Jahresschlusse fielen auch die Karlsruher Häuser Haber und Kusel, welche besonders stark bei industriellen Etablissements betheiligt waren. Dadurch geriethen sofort die drei größten Fabriken des Landes, nämlich die Keßler'sche Maschinenfabrik in Karlsruhe,

die Zuckerfabrik Waghäusel und die Baumwollspinnerei in Ettlingen in's Stocken, da diese nur mit theuerem fremdem Kapitale gearbeitet hatten, das Aktienkapital aufgezehrt war und sie mit bedeutenden Schulden belastet waren. Schon am Tage nach der Zahlungseinstellung des ersteren Hauses, am 30. December, trat der Staatsrath zusammen, um über die Mittel zu berathen, wie diesen Etablissements zu Hülfe zu kommen sei, da sie über drei Tausend Arbeiter beschäftigten und nur ihr Fortbetrieb diesen die Arbeit erhalten und ihnen nach und nach über die großen Schwierigkeiten hinaushelfen konnte. Das Ministerium ließ die Sachlage dieser Fabriken erheben und machte den Vorschlag, zwar nicht dem Wunsche derselben auf einen Vorschuß von je einer halben Million zu entsprechen, aber für die Wechsel- und Contocorrentschulden eine vierprocentige Verzinsung auf zehn Jahre zu garantiren. Die Presse war darüber sehr getheilter Meinung und dasselbe war auch in der Kammer und im Lande der Fall und es wurde namentlich hervorgehoben, daß eine solche Staatshülfe zu bedenklichen Consequenzen führen könne, die Sachlage der Fabriken viel schlimmer sei, als der Status angebe, und daß jedenfalls ein Borgvergleich zuvor abgeschlossen werden müsse, wogegen andererseits entgegengehalten wurde, daß die gerichtliche Auseinandersetzung bei vier Gerichten erfolgen müsse und sich daher lange hinausziehe, daß beim Verkaufe sich schwerlich andere Unternehmer fänden, die den Betrieb fortsetzen, und daß bei der Vermittelung des Staats die Gläubiger mehr erhielten, als wenn sie die Vorräthe, Maschineneinrichtung und Gebäude in dieser creditlosen Zeit zum sofortigen Verkaufe brächten. Mitte Januar erfolgte daher die Vorlage an die Kammern und wurde beschlossen, darüber nicht in geheimer, sondern in öffentlicher Sitzung zu berichten, und Mathy wurde mit der Berichterstattung von der Commission beauftragt.

Der Bericht Mathy's setzte die Sachlage klar auseinander, hob alle Gründe dafür und dagegen hervor und empfahl seine Anträge, indem er besonders darauf hinwies, daß eine Ablehnung, wenn sie erfolgen sollte, sogleich vom Ministerium hätte geschehen müssen, denn wenn jetzt hintennach die Kammer solche ausspreche, so erkläre sie die Sache der Fabriken geradezu für verloren und würden die Fabriken vollends ruinirt, während die Annahme drei wichtige Industrien erhalte und letztere sich dadurch selbst wieder heben könnten. Bevor jedoch dieser Bericht zur Debatte kam, hatten die Haber'schen Gläubiger eine Versammlung gehalten, sich gegen die gestellten Anträge erklärt und dafür andere und bessere befürwortet und andererseits waren auch Petitionen dafür und dagegen eingelaufen. Es wurden daher

die Anträge nach den neueren Wünschen umgeändert. Die Debatte über den Bericht war eine bis in die späte Nacht dauernde, erregte und theilweise sogar heftige und die Mitglieder der liberalen Seite traten sich entschieden gegenüber. Gegen die Anträge sprachen vorzugsweise Bassermann, Soiron, Hecker, Brentano und Junghanns, für dieselben, außer den Regierungsvertretern, Kapp, Christ, Welcker, Weizel, Metz und Weller, und endlich errangen die Anträge den Sieg mit 36 gegen 19 Stimmen. Dabei traten die social-demokratischen Ansichten Heckers schon deutlicher hervor und die Spaltung in der Partei wurde unheilbar. Der Kammerbeschluß fand auch den einstimmigen Beitritt der ersten Kammer; er kam aber nicht mehr zur Ausführung, weil unter den Gläubigern selbst Uneinigkeit herrschte und die Zeitverhältnisse ihn unpraktisch machten; die Angelegenheiten der Fabriken wurden dagegen von den Gläubigern dadurch geordnet, daß sie die Unternehmungen als Aktiengeschäfte fortführten, wo sie dann schon nach wenigen Jahren sich wieder erholten und zur Blüthe kamen, ohne daß ein Zollschutz für sie nothwendig wurde.

Am 12. Februar begründete Bassermann seine Motion auf Herstellung einer Volksvertretung am Bundestage zur Anbahnung einer gemeinschaftlichen Gesetzgebung und einheitlicher Nationaleinrichtungen. Sie war mäßig und in edler Weise gehalten und fand allseitige Unterstützung, obgleich die Regierung sich der Antheilnahme an der Debatte aus Rücksicht auf den Bundestag enthalten zu müssen glaubte, und so wurde in wahrhaft vorahnender Weise in der badischen Kammer, zwar noch ohne Aussicht auf nahen Erfolg, zuerst jenes deutsche Parlament beantragt, welches kaum drei Wochen darauf die Parole von ganz Deutschland wurde. Uebrigens kamen auch sonst noch einige gute und zeitgemäße Motionen und Anträge vor und die Kammer war auf dem besten Wege, in wohlthätigster Weise ihre Wirksamkeit zu entfalten, als — vier Tage nach einer Mannheimer Versammlung zu Gunsten Schleswig-Holsteins — am 26. Februar die Nachricht von der zwei Tage zuvor in Paris vorgefallenen Februar-Revolution eintraf und urplötzlich wie ein Blitz durch die Bevölkerung von Baden und ganz Deutschland fuhr.

Damit begann ein Wendepunkt in der Geschichte von Baden und Deutschland, aber auch im Leben und Wirken von Karl Mathy, der prophetisch in der Kammersitzung vom 23. Februar, als man noch nichts von den Pariser Vorgängen wußte und gerade von der Censur die Rede war, ausrief: „Mit der Zahmheit haben wir nichts erreicht; wir

müssen es einmal mit der Wildheit versuchen; aber es ist auch Wildheit außerhalb der Kammer nöthig. — Mißbilligt der Herr Minister, was in Italien und in München geschehen? Ich mißbillige es nicht!" —

III.

Kaum war die sichere Nachricht von der Proklamirung der französischen Republik eingetroffen, so wurde in Mannheim, das in politischer Hinsicht in Baden immer voranstand, eine Volksversammlung anberaumt und es versammelten sich an 1500 Männer, die unter Mathy's Vorsitz nach verschiedenen Ansprachen beschlossen, eine Petition an den Landtag um allgemeine Volksbewaffnung mit Wahl der Offiziere, unbedingte Preßfreiheit, Einführung von Schwurgerichten wie in England und sofortige Herstellung des deutschen Parlaments zu richten, welche Struve entwarf. Dieselbe wurde sofort gedruckt und im ganzen Lande verbreitet und gebeten, gleichlautende Petitionen am 1. März der zweiten Kammer zu übergeben. Das Ministerium selbst suchte der Bewegung die Spitze dadurch abzubrechen, daß es sich sofort zu einigen Zugeständnissen entschloß, dieselben nach Frankfurt und Stuttgart mittheilte und der zweiten Kammer schon am 29. Februar eröffnete, daß sie Volksbewaffnung und Schwurgerichte einführen und sogleich die Preßfreiheit wieder herstellen werde. Schon in dieser Kammersitzung fielen zweifelnde und bedenkliche Reden, aber die besonneneren Mitglieder traten ihnen entgegen und Mathy erklärte: „In Augenblicken, wie dieser, habe ich nur einen Gedanken, der ist das Vaterland. Unser erstes Bedürfniß ist Einigkeit, sie ist nur möglich, wenn unsere viel vertheidigten Grundsätze verwirklicht werden. Der Weg dazu ist angebahnt, die Regierung ist uns entgegengekommen mit drei großen Principien. Wenn es der Regierung nicht Ernst wäre, uns ist es Ernst. Wir nehmen die Waffen in die Hand für die Vertheidigung nach Außen und zur Vertheidigung unserer Rechte. Wir müssen auf uns selbst vertrauen. Die Reihe der Bedürfnisse ist eine unendliche; wir wissen, welche Wünsche die dringendsten sind. Zwietracht wird nur unsere Feinde, die Feinde Deutschlands freuen."

Als am 1. März von der Regierung angezeigt wurde, daß das vom Bundestage unterdrückte badische Preßgesetz von 1833 wieder hergestellt sei, waren wohl so ziemlich die ersten Hauptforderungen erfüllt; aber es fand

sich doch zu dieser Sitzung eine Menge Volks aus allen Landestheilen ein, das Ständehaus war gedrängt voll und die Mannheimer Deputation, Struve an der Spitze, hatte sogar die Absicht, durch die Ständekammer zu ziehen und dem Präsidenten selbst die Petition mit einer Ansprache zu übergeben. Aber das war denn doch den meisten Kammermitgliedern zu stark und man bewog Hecker, die Petition am Eingange abzunehmen. Derselbe wollte nun mit der Petition die Tribüne besteigen und die Kammer ersuchen, dieselbe sofort an das Staatsministerium zu übergeben, aber hiergegen erhob sich nicht blos das Ministerium, sondern ganz besonders auch die Kammer, und als nachher Hecker ein von acht Abgeordneten unterschriebenes Programm mit noch weiteren Forderungen vorlegte und sogleich durch die Kammer an das Ministerium überwiesen wissen wollte, da war es vor Allen Mathy, der entschieden die Wahrung der Geschäftsordnung und Verweisung der Petition in die Abtheilungen verlangte, weil es sonst den Anschein erhielte, man habe die Sache der Kammer abgerungen. So ward das Aergste abgewendet, allein das Publikum war während der ganzen Sitzung höchst erregt und brach bei den Reden von Hecker und Brentano in donnernden Beifall aus, während Struve im Hofe des Ständehauses von einem Fasse herab an die Menge redete und sie vom Gange der Verhandlungen unterrichtete.

Es waren damals die schwierigsten Tage in Mathy's Leben. Der lange darnieder gehaltene Unwille über die schmähliche Wirthschaft in Deutschland brach in hellen Flammen aus, ein Theil der badischen Wortführer, wie Hecker, Struve, Hoff, Fickler, Brentano u. A., die schon vorher für die Republik schwärmten, drängte das Volk darauf hin, sich für dieselbe zu erheben, und wiesen auf den zu erwartenden Beistand aus Frankreich und der Schweiz hin, auf der andern Seite thaten jetzt auch die bisherigen Speichellecker der Reaction höchst liberal und da Alles stürmisch und überstürzend vorandrängte und sich an keine ruhige Ueberlegung und besonnene Behandlung mehr hielt, so war es gerade für diejenigen Männer am schwierigsten, welche die Freiheit mit gesetzlichem Fortschreiten und eine gesunde Entwickelung des Staatslebens wollten und daher ebenso gegen die Partei des Ueberstürzens, wie gegen die in heuchlerischen Masken einher gehenden Reactionäre Front machen mußten. In diesen Tagen haben sich denn auch Bassermann, Mathy und Welcker bewährt, indem sie fest und treu an ihrer Ueberzeugung hielten und für die Ordnung einstanden, mochten sie nun auch von der Umsturzpartei und den von ihr Verführten noch so sehr als Abtrünnige und Reactionäre verschrieen werden, und indem sie bei diesem Fest-

halten an Recht und Gesetz sich dennoch auch nicht von dem Wege zur wahren Freiheit in die Bahnen der Reaction hinüber lenken ließen.

Die Ereignisse vom März 1848 bis Juni 1849 gehören der Geschichte an und werden von ihr bis in das Einzelne geschildert. Wir können es unterlassen, sie hier wieder zu skizziren, und haben blos den Antheil hervorzuheben, welchen Mathy daran nahm. Er gehörte zu denjenigen, welche in der badischen Kammer für Alles stimmten, was der Freiheit dienlich und förderlich war; er trat aber auch gegen alle Auswüchse auf, die sich daran gezeigt hatten und der guten Sache und Ordnung nur zu schaden drohten. Die ersten tumultuarischen Auftritte galten den Juden, die besonders auf dem Lande sich einer bittern Verfolgung ausgesetzt sahen, wogegen am 8. März Mathy mit noch sieben anderen Männern eine entschiedene Abmahnung ergehen ließ; dann machte sich der Haß gegen die Feudalherren Luft und wurden besonders im Odenwald manche Beschädigungen und Zerstörung von Eigenthum der Grundherren Ursache zur Absendung von Truppen dahin. Am Schlimmsten gestaltete es sich aber im Oberwalde, von wo man täglich mehr Kunde davon erhielt, daß daselbst laut und offen für die Republik agitirt wurde. Die anderen Landestheile blieben ruhiger und es wurden zur Erhaltung der Ordnung Volkswehren organisirt; bei der Mannheimer unter dem Oberkommando von Hecker wurde Mathy selbst zum Hauptmann der zehnten Kompagnie des zweiten Bataillons erwählt. Der Hauptagitator im Seekreise war Fickler, der Redacteur der Seeblätter, welcher in jenen oberen Gegenden Volksversammlungen hinter einander abhielt, die abenteuerlichsten Beschlüsse fassen ließ und überall für die Republik wühlte, und da die Kunden von diesem Treiben immer betrübender und unheilvoller gemeldet wurden, so gingen, auf den Wunsch des Ministerialpräsidenten Bekk, die dort gewählten Abgeordneten Mathy und Straub nach dem Seekreise, um daselbst beruhigend zu wirken. Sie sprachen an mehreren Orten zum Volke, zu Constanz auch in einer kleineren Versammlung und es hatte dies auch für kurze Zeit einige Wirkung; aber schon ihre Berichte zeigten, wie gründlich und perfid Alles unterminirt war und es nur einer kurzen Fortsetzung dieser Wühlerei bedurfte, um die inzwischen gelegte gute Saat wieder zu zerstören.

Inzwischen hatte Mathy mit seinen politischen Freunden auch nicht die Sache des großen Vaterlands vergessen, sondern das in Heppenheim eingesetzte Komite hatte auf den 5. März nach Heidelberg eine Versammlung von Vertrauensmännern ausgeschrieben, um über die dringendsten Maßregeln für

Deutschland zu berathen. Es kamen 51 Männer zusammen, meistens liberale Abgeordnete aus Baden, den umliegenden Ländern und selbst Hansemann mit drei Anderen aus Preußen und ein Oesterreicher. Dieselben beschlossen eine Erklärung zu erlassen, worin sie die unverzügliche Berufung einer Nationalvertretung verlangten, eine vollständigere Versammlung zur Berathung dieser Sache in Aussicht stellten und ein Komite von 7 Mitgliedern ernannten, welches dazu einladen und die erforderlichen Vorbereitungen schleunigst besorgen sollte. Das Komite entledigte sich des ersteren Auftrages schon am 12. März, indem es eine große Versammlung der gegenwärtigen und ehemaligen Volksvertreter deutscher Staaten auf den 30. März nach Frankfurt ausschrieb; aber die radicale Partei, welche die Heidelberger Versammlung bereits verdächtigte, sie habe insgeheim die Proklamirung der Republik beschlossen, suchte nun auch ihrerseits alle Hebel für sich in Bewegung zu setzen, um in Frankfurt die Mehrheit zu erhalten, oder doch die dortige Versammlung zu terrorisiren und schrieb auf den 19. eine Versammlung nach Offenburg aus, wo man ebenso in der Mitte des Landes tagte, als den nur auf den Ruf wartenden Schaaren im Elsaß und der Schweiz nahe war. Welcker, der in Offenburg nicht erscheinen konnte, warnte die Versammlung in einer öffentlichen Erklärung vor unklugen Schritten, auch wollten einige Deputirte in Offenburg selbst Alles dafür thun, um einen Antrag auf eine Republik nicht aufkommen zu lassen, aber hier schon weigerte sich Hecker, eine Verbindlichkeit für sich einzugehen, obschon er dringend darum ersucht wurde. Die Versammlung war ungemein stark besucht und merkwürdiger Weise erklärte hier auch Hecker, die Republik sei nicht am Platze, Baden dafür zu klein und ein Antrag darauf könne nur zum Zwiespalt führen; ja, als Fickler in der Versammlung und nachher in der Post entschieden für die Republik sprach, stellte sich Hecker neben ihn und drohte, ihn mit der Pistole zu erschießen, wenn er die Republik proklamire. Die Hauptbeschlüsse der Versammlung gingen auf ein Parlament, die Entfernung mißliebiger Persönlichkeiten und eine Reihe von anderen Forderungen, sowie auf Gründung eines ganzen Netzes von Vereinen über das Land und Hecker scheint besonders deshalb hier einen Antrag auf Losschlagen verhindert zu haben, um für die Partei Zeit zu gewinnen und in Frankfurt einen wirksameren Hauptschlag zu thun, auf dessen Vorgang es im ganzen badischen Lande losgehen sollte. Darauf deuten auch die gleichzeitig am Sonntag, den 26. März, zu Freiburg und Heidelberg abgehaltenen Volksversammlungen hin, die Struve und Hoff leiteten und wo nicht nur geradezu als

Ziel die Föderativrepublik erklärt, sondern auch zum möglichst starken Erscheinen der republikanischen Partei am 30. März in Frankfurt aufgefordert wurde.

Ein bedenkliches Zeichen seiner Gesinnung gab Hecker auch in der Kammersitzung vom 23. März, wo Bassermann die Erklärung beantragte, daß man von den Mitbürgern die Aufrechthaltung eines wahrhaft freien Rechtszustandes erwarte und die Regierung unterstützen werde, so lange sie auf dem Wege der Verfassung wandle. Diesen Antrag unterstützten sofort Itzstein und Mathy und auch die Uebrigen erwarteten von Hecker, daß auch er zustimme; aber dieser erklärte, man lebe mitten in der Zeit einer großen Revolution; in einer solchen Zeit vertraue er nicht auf Personen, sondern nur auf Thaten; allgemeine Erklärungen hießen nichts in dieser Zeit und sie machten ihn nur bankerott, sobald etwas Gesetzwidriges geschehe, und als Mathy ihm bemerklich machte, man gebe nicht Personen, sondern der Gesetzlichkeit einen Creditbrief, und dann der Antrag einstimmig angenommen wurde, erklärte Hecker wiederholt, er stimme nur in seinem Sinne zu.

Wenige Tage darauf fand die Frankfurter Versammlung statt und Mathy nahm an diesem Vorparlamente den eifrigsten Antheil, indem er Alles aufbot, um die republikanische Partei von ihrem aussichtslosen Beginnen zurückzuhalten und mit voller Einigkeit des gesteckte Ziel zu erreichen. In der Versammlung selbst sprach er nur einmal öffentlich, indem er in der zweiten Sitzung sich gegen den Schluß derselben erklärte und die Volksbewaffnung als sicherste Garantie gegen die Reaction im Innern verlangte, aber er wurde nachher in den fünfziger Ausschuß gewählt und zwar der Reihe nach als der Eilfte, was die Stimmenzahl betrifft. Unmittelbar nach dem Vorparlamente begab er sich nach Karlsruhe zurück, weil zu viele untrügliche Zeichen dafür vorlagen, daß die republikanische Partei loszuschlagen gedenke, wie denn auch Fickler auf der am 2. April zu Achern gehaltenen Volksversammlung aufforderte, mit Hülfe der im Elsaß gebildeten Fremdenlegion die Republik auszurufen und die monarchische Regierung gewaltsam umzustürzen. Von den Umtrieben dieser Partei und ihren hochverrätherischen Verbindungen mit den deutschen Arbeitern in Frankreich und der Schweiz und den Polen, die sich bereits an der Grenze zu sammeln begannen, hatte auch die Regierung in diesen Tagen urkundlichen Beweis erhalten und der zweiten Kammer noch im März in einer geheimen Sitzung davon Mittheilung gemacht, wobei auch Hecker die Vorsichtsmaßregeln der Regierung billigte. Man wußte ferner, daß Fickler schon am 1. April sich

in Straßburg mit den beiden Emissären der Pariser demokratischen Gesellschaft besprochen hatte, daß Hecker und Struve mit denselben in brieflicher Verbindung standen und nur noch über den Augenblick des Losschlagens nicht entschieden waren, und man erhielt auch schon am 6. April von dem Bundestagsgesandten zu Frankfurt die Nachricht, daß Tags zuvor Struve und Fickler bei demselben den Antrag stellten, alle Gemeinden des Landes darüber abstimmen zu lassen, ob sie die Republik wollten, wobei sie hinzufügten, daß Tausende von fremden Zuzüglern sich der Grenze nahten und sie überschreiten wollten. Wenn die Regierung in dieser Lage Fickler noch nicht verhaften ließ, so geschah es deshalb, weil die Beamten in Constanz und Achern erklärten, die Verhaftung Ficklers wäre nur das Signal zu einer Erhebung im Oberlande, wo es an Truppen fehlte. Außerdem war aber auch Fickler in den ersten Tagen des April bald da, bald dort, so daß die Regierung erst zu spät von seinem Aufenthalte Nachricht bekam. Nach Verabredungen Struve's und Ficklers in Frankfurt und Hanau kamen sie am 7. April nach Mannheim und hielten dort weitere Berathungen und es wurde der Zeitpunkt der Erhebung festgestellt; Fickler wollte die schließlichen Verabredungen in Straßburg, Colmar und Biel treffen und sodann im Seekreise, wo er einen ungemein großen Anhang besaß, die Republik ausrufen. So lag die Sache, als Mathy von Frankfurt nach Karlsruhe gekommen war, um am 7. April der Kammersitzung beizuwohnen, in welcher er gegen Hecker und Brentano die Regierung wegen des Herbeiziehens fremder Truppen energisch vertheidigte und das Verhalten dieser Deputirten entschieden angriff. Nach der Sitzung erhielt er vom Kammerpräsidenten Mittermaier über die Umtriebe und Absichten von Fickler, Struve und Hecker noch nähere Mittheilungen und authentische Belege. Am Vormittag des 8. April beabsichtigte Mathy sodann nach Mannheim zu gehen und einer Sitzung des Gemeinderathes beizuwohnen; als er aber an die Eisenbahn kam, traf er dort Fickler, der so eben von Mannheim anlangte und nach dem Oberlande weiter reisen wollte. Mathy machte Fickler die dringendsten Vorstellungen, von seinem Unternehmen abzustehen, hielt ihm die unseligen Folgen desselben vor und versuchte Alles, um ihn von weiteren Schritten abzuhalten; als aber Fickler hartnäckig alle diese Mahnungen zurückwies und offen bekannte, seine Absichten durchzuführen, da erwog Mathy die steigende Gefahr, wenn Fickler in's Oberland komme, er erkannte, daß durch ihn die Erhebung weit intensiver und allgemeiner werde, ihre Bewältigung, sofern sie nicht etwa ganz unmöglich oder zu spät erfolge, viel schwieriger und mit größeren

Opfern verbunden würde und daß vielleicht kein Augenblick mehr so günstig zu seiner Verhaftung erscheine — und sein Entschluß war sofort gefaßt: kurz bevor der Zug abgehen wollte, erklärte er Fickler als im Namen des Gesetzes verhaftet und übergab ihn der am Bahnhofe befindlichen Wachmannschaft, die ihn der Behörde überlieferte. Mathy machte in der Eile noch beim Ministerium die Anzeige des von ihm gethanen Schrittes und fuhr dann nach Mannheim ab.

Hier war alsbald die Verhaftung Ficklers durch Mathy bekannt geworden, Grohe und die Entschiedensten der Radicalen durchwanderten die bekannten Bierlokale und wiegelten die Anwesenden auf und alsbald zogen Haufen von Leuten unter Lärm und Verwünschungen vor die Wohnung Mathy's, der sich, seiner patriotischen That bewußt, soeben zum Mittagstisch setzen wollte. Allein der Lärm nahm so zu, die Rufe: Volksverräther und der Andrang nach dem Hause mehrten sich und so erschienen denn die Scharfschützen mit dem Bürgerwehrmajor Jörger auf der Stelle und forderten Mathy auf, über den Vorgang auf dem Rathhause nähere Mittheilungen zu machen. Mathy erklärte sich dazu bereit, beendigte aber erst voll Ruhe sein Mittagessen und begab sich dann, von einer wachsenden Volksmenge unter Geschrei und Verwünschungen begleitet, nach dem Rathhause. Dort waren inzwischen die Gemeindebehörden zusammengetreten und diesen gab er sofort folgende schriftliche Erklärung:

„Aufgefordert durch die Gemeindebehörde, eine Erklärung zu geben über die Verhaftung des Herrn Fickler, welche heute früh in dem Bahnhofe zu Karlsruhe von mir vorgenommen wurde, entspreche ich der Aufforderung in Folgendem. Gestern Vormittag im Stadthause und gestern Abend bei dem Herrn Präsidenten Mittermaier überzeugte ich mich, daß urkundliche Beweise vorliegen, welche darthun, daß Herr Fickler im Auslande Verbindungen mit Deutschen und Ausländern gepflogen hat, welche einen bewaffneten Einfall in Baden bezweckten. Diese Handlung ist Landesverrath; jeder Bürger, welcher davon zuverlässige Kenntniß erhält, hat die Pflicht, solchen Verbrechen entgegen zu treten, und diese Pflicht habe ich erfüllt, indem ich Herrn Fickler verhaftete. Derselbe ist nun in den Händen der Gerichte und wird sich gegen die dort vorliegenden Anschuldigungen und Beweise, welche ihn eines schweren Verbrechens bezüchtigen, verantworten und vertheidigen. Die Bürger von Mannheim, welche stets die Gesetzlichkeit als die unerläßliche Bedingung der Freiheit und der Wohlfahrt geachtet haben, werden aus dieser Erklärung entnehmen, daß ich nur eine Bürgerpflicht erfüllt habe, indem ich

Bestrebungen entgegentrat, welche das Vaterland in großes Unglück zu stürzen drohten."

Während Mathy dies niederschrieb, wuchs die Menge und der Lärm auf dem Marktplatze und die Führer derselben, voran Dr. Hammer, erklärten sich mit Mathy's Erklärung nicht zufrieden; der Gemeinderath beschloß hierauf, eine Proklamation an die Bürger zu erlassen, was Jörger vom Rathhausaltane verkündigte, aber die Menge wurde immer aufgeregter, schrie: Mathy heraus! und darauf hin wurde Generalmarsch geschlagen und besetzten 20 Kompagnien der Bürgerwehr den Marktplatz. Auf den Ruf dieser erschien dann auch Mathy auf dem Altan und hielt eine Ansprache an dieselbe. „Mitbürger!" begann er, „ich darf wohl auch jetzt noch sagen Freunde! Die Wogen der Leidenschaften haben sich gelegt, die Wahrheit ist Ihnen zur Kenntniß gekommen und das genügt, um die Bürger für die Wahrheit zu gewinnen." Hierauf schilderte er die Lage, die nahe und große Gefahr des Einfalls, die Bestrebungen Ficklers und schloß mit den Worten: „Hätte ich, was ich heute Morgen gethan habe, noch einmal vor mir, ich würde es abermals thun, selbst wenn es mein Leben kosten sollte, denn ich bin überzeugt, dem Vaterlande einen Dienst erwiesen zu haben!" Die Bürgerwehr brachte ihm hierauf ein Hoch aus und Mathy kehrte nach Hause zurück; doch befand sich zu seinem Schutze eine Bürgerwache im Hause und streiften Patrouillen in dessen Nähe, bis er am andern Morgen wieder nach Karlsruhe zur Kammersitzung abreiste, wo ihn die Gallerie mit lebhaftem Hoch empfing.

Dies ist das wichtige Ereigniß, welches von nun an mit der größten Uebertriebenheit und Verbissenheit bis zu seinem Tode gegen Mathy ausgebeutet wurde. Wir müssen daher noch einige Bemerkungen darüber hier niederlegen. Die Vorwürfe, welche man Mathy darüber machte, gründeten sich auf zwei Punkte: Mathy habe dadurch das Volk verrathen und der Reaction gedient; ferner, er habe einen langjährigen Freund, der ihn früher unterstützt und in die Kammerlaufbahn gebracht habe, verrathen. Was zunächst den zweiten Vorwurf betrifft, so ist derselbe von Anfang bis zu Ende erfunden. Mathy hatte Fickler vor seiner Rückkehr aus der Schweiz niemals persönlich gekannt, niemals hat er von ihm direkt oder indirekt eine Unterstützung empfangen, niemals hat Mathy die Wohnung Ficklers betreten. Mathy lernte ihn erst persönlich kennen, als er im Mai 1842 nach Constanz kam, um sich um die dortige Deputirtenstelle zu bewerben, wofür ihn Itzstein, Bissing und Andere empfohlen hatten, und nun hatte allerdings Fickler

im Interesse der Oppositionspartei für die Wahl Mathy's gewirkt und ein Erhebliches dazu beigetragen. Mit Fickler stand Mathy auch nachher in keiner näheren Beziehung, als wie mit anderen Genossen der liberalen Partei; sie sprachen sich nur im Pariser Hof in Karlsruhe und bei Dritten in Constanz und schon gegen das Ende des Jahres 1846 zog sich Mathy ganz von ihm zurück, als Fickler sich immer weiter zum schroffen Radicalismus hinneigte, ja der Letztere ließ es schon im Jahre 1847 nicht an Angriffen gegen Mathy fehlen. Der ganze Vorwurf ist also lediglich aus der Luft gegriffen.

Was den anderen Vorwurf betrifft, so könnte ihn jeder Vernünftige schon von selbst in sein Nichts zerlegen. Mathy war längst von dem jugendlichen Traume von einer deutschen Republik geheilt; er hatte in der Schweiz gründlich kennen gelernt, welche Vorbedingungen zu einer Republik nothwendig seien, und sein scharfer, besonnener Blick erkannte klar, daß es eine Tollheit wäre, in dem kleinen Ländchen Baden eine Republik begründen zu wollen, die keinen Monat bestände, ohne von den deutschen Großstaaten wieder über den Haufen geworfen zu werden. Er sah in jedem Versuche, hier die Republik auszurufen, nicht blos die Ursache zu unendlichem Unheil und Unglück für das Land, sondern auch den sichersten Anhaltspunkt für die Reaction selbst und seine politische Ueberzeugung ging dahin, daß nur auf dem vom Vorparlament angebahnten Wege die freiheitliche Umgestaltung Deutschlands möglich sei und daß jeder andere oder entgegengesetzte Versuch lediglich diese Umgestaltung hemmen und verhindern mußte. Gerade um der Reaction nicht den mindesten Boden zu bieten, verlangte er strenge Gesetzlichkeit und war er entschieden gegen alle wühlerischen Bestrebungen und daher erfolgte die Verhaftung Ficklers nicht im Dienste der Reaction, sondern gerade gegen dieselbe. Nachdem nun die Ueberzeugung Mathy's in dieser Richtung festgestanden, konnte und durfte er nicht anders handeln, als er gethan hat. Niemand kannte besser als er den wühlerischen Einfluß Ficklers am Bodensee und im ganzen Oberland und er hatte sich noch erst bei seiner Reise nach Constanz davon überzeugt; gelangte Fickler dahin, so mußte die Erhebung größere Dimensionen annehmen, größere Truppenmassen aufgeboten werden und eine lange Reihe von Lasten und Leiden sich über die davon betroffenen Gegenden ergießen; ja es stand fest, daß die Niederschlagung dieses Aufstands nur zur Reaction ermuntern und die hauptsächlich in den Südstaaten wurzelnde deutsche Bewegung lähmen und vielleicht gar erdrücken werde. Dazu kam, daß die von der Regierung beschlossene Verhaf-

tung Ficklers nicht ausgeführt werden konnte, weil man sie im Oberlande nicht wagen durfte, im Unterlande aber Fickler nirgends ergriffen werden konnte, und als daher Mathy, wie durch ein Spiel des Zufalls, ihn am Morgen des 8. April auf dem Karlsruher Bahnhofe und gerade im Begriffe, in's Oberland zu reisen, um den Aufstand zu beginnen, traf, so mußte er es für seine höchste Pflicht halten, ihn an der Weiterreise um jeden Preis zu verhindern und ihn da zu verhaften, wo ein Widerstand nicht möglich war. Daß er verfassungsmäßig wie jeder andere Bürger ein Recht dazu besaß, wagte Niemand zu bestreiten; sein Eid als Deputirter steigerte aber noch seine Pflicht. Wollte man endlich einen Tadel aufwerfen, daß er Fickler selbst verhaftet und dies nicht der Polizei überlassen habe, so ist auch dieser Tadel nicht zulässig, denn die Regierung hatte nur an die Behörden im Oberlande, nicht aber einen allgemeinen Verhaftsbefehl gegen Fickler erlassen, der sonst davon Nachricht empfangen und auf Umwegen durch das Ausland den Aufstand organisirt und so seine Verhaftung vorher vereitelt hätte, die Polizeimannschaft am Bahnhofe war nicht davon unterrichtet und hätte aus eigenem Antriebe die Verhaftung nicht unternommen. Mathy hatte erst am Tage zuvor die Beweise von Ficklers hochverrätherischen Unternehmungen erhalten und da ihm der Zufall Fickler am Bahnhof entgegenführte und jede Minute Verzug Gefahr brachte, so konnte Mathy nicht anders, als auf eigene Verantwortlichkeit die Verhaftung vornehmen und die Polizeimannschaft mit der Abführung desselben beauftragen.

Viele der jetzt Lebenden glauben, daß der allgemeine Widerwille und Haß, der in Baden und Deutschland gegen Mathy auftauchte, erst durch diese Verhaftung Ficklers entstanden ist. Dieser Haß war aber schon einen ganzen Monat zuvor vorhanden, Mathy theilte ihn mit Bassermann, Soiron, Welcker und Zittel, weil sie entschieden für Erhaltung der Gesetzlichkeit und gegen die republikanischen Wühlereien auftraten, und wenn er sich am stärksten gegen Mathy richtete, so beruht dies nicht blos auf dieser Verhaftung allein, sondern zum guten Theil auch auf dem Umstande, daß Mathy am besonnensten und energischsten der Unordnung entgegen trat und selbst vor einer Gefahr sich nicht fürchtete.*) Ungeachtet

*) Zur Kennzeichnung der Wuth, womit die Radicalen über Mathy herfielen, mögen hier folgende Stellen aus den „Seeblättern" vom 10. April dienen: „Der Elende, der vom Zeitgeist entlarvte Bube, der von Gott verdammt war, sich endlich wider Willen selbst entlarven zu müssen, sich selbst an den Pranger zu stellen, das Rad- und Galgenzeichen, das er eingebrannt schon längst in der teuflischen Seele trug, auch äußerlich und weltkundig sich selbst auf die Stirne zu brennen — dieser Elende, sage ich, wäre vom Volke

Vielen der wahre Sachverhalt genau bekannt war, hat sich der im Volke und selbst in höheren Klassen einmal festgesetzte Haß auch später ziemlich allgemein und stark erhalten, besonders in Mannheim, und hat verhindert, daß Mathy je wieder in Baden populär werden konnte. Er selbst hat nichts gethan, um die irrigen Ansichten zu zerstreuen, weil er sich des Rechts bewußt war; das Volk lernte die Sache nicht anders kennen, außer aus der verdrehten Darstellung der radicalen Blätter und gleichgesinnter Volksaufwiegler. Das Merkwürdigste an dieser Sache besteht endlich darin, daß der erste Grundsatz eines Republikaners sein muß, das eigene Interesse und die Freundschaft dem Staatswohl hintanzusetzen und Mathy von der republikanischen Partei gerade deshalb verfehmt wurde, weil er diesen republikanischen Hauptgrundsatz befolgte.

Von Karlsruhe begab sich Mathy zum fünfziger Ausschuß nach Frankfurt und ging mit Schleiden im Auftrage des Ausschusses am Abend des 13. April nach Berlin, um beim dortigen Ministerium dahin zu wirken, daß es den Bundesbeschluß wegen der Einverleibung Schleswigs in den Bund zur Ausführung bringe, einen Befehlshaber für das 10. Armeekorps ernenne, das preußische Korps über die Eider rücken lasse und die Dänen zur Räumung Schleswigs und Herausgabe der Geißeln auffordere. Sie hatten zu gleicher Zeit den Auftrag, nöthigenfalls nach Schleswig zu gehen, erreichten so ziemlich ihren Zweck und kamen am 20. April nach Frankfurt zurück, wo sie Bericht erstatteten.

Inzwischen war der Hecker-Struve-Putsch im badischen Oberlande losgegangen und schon in kurzer Zeit von dem herangerückten Militär in der

---

in tausend blutige Stücke zerrissen worden, wenn es seiner beim Anhören der Unthat sogleich hätte habhaft werden können. Und wehe ihm auch heute oder morgen, wehe ihm auf immer (denn der Groll des Volkes, wie das schmachvolle Verbrechen des Verräthers wird nie verjähren), wenn er in die Hände Derer geräth, denen er nur noch Bestie ist, in deren Augen er auf immer verloren hat den Charakter des Menschlichen!" In derselben Nummer steht am Ende als Neuestes: „So eben, Mittags 11 Uhr, geht die Nachricht ein, der hochherzige Struve, Redacteur des Deutschen Zuschauers, sei in Constanz angekommen und zwar mit der erfreulichen Kunde, der Schurke Mathy sei als Gegenfang für unsern Fickler in Mannheim von den dortigen braven Turnern abgefaßt und in gute Verwahrung gebracht worden. Glück auf!" — Am 7. April 1849 erklärten die Seeblätter (Nr. 82) die oben genannten fünf Abgeordneten für Verfehmte und der Volksrache anheim gefallen. — Uebrigens wollen wir zur Charakterisirung Ficklers nur mittheilen, daß er im nächsten Jahre, als er die Revolution nach Württemberg hinüber spielen wollte, auf den Asperg gebracht wurde und an Baden ausgeliefert werden sollte, dem König, der ihn im Geheimen sprach, die ganze Kette der revolutionären Verbindungen in Württemberg mittheilte oder verrieth, unter der Bedingung, daß er gegen eine Scheinkaution freigegeben und ihm die Flucht nach der Schweiz erleichtert werde, was auch geschah.

Hauptsache unterdrückt worden, da der Zuzug vom Seekreise her fehlte und die im Elsaß zusammengezogenen deutschen Arbeiter und Polen sich nicht gleich mit den badischen Freischaaren vereinigen konnten. Mathy selbst verweilte noch einige Tage in Frankfurt und sprach besonders am Vormittag des 27. April gegen die Petitionen, welche gegen die Sendung von Bundestruppen nach Baden protestirten, indem er darauf hinwies, daß fremde Bestandtheile unter den Aufständischen seien, sogar mit Frankreich hochverrätherische Unterhandlungen angeknüpft wurden und die Truppen es nur mit diesen Eindringlingen und nicht mit den Volksrechten zu thun hätten; wenn man aber der Lasten durch die Truppen erwähne, so erwachsen noch größere durch die Unordnungen, indem sie den Wohlstand untergraben. Zu gleicher Zeit fielen auch Excesse schlimmer Art zu Mannheim vor, das badische Ministerium bedurfte einer energischen Verstärkung und daher wurde Mathy am 28. April zum Staatsrath und Mitglied des Staatsministeriums ernannt. Allein es war offenbar dieser Schritt um fast zwei Monate zu spät erfolgt und es hätten damals schon noch andere Kräfte in das Ministerium gezogen oder dasselbe ganz neu gebildet werden sollen, um sofort mit einem neuen System hervorzutreten. Jetzt, wo Mathy zu den Verfehmten gehörte und sein Name dazu dienen sollte, Maßregeln der Strenge zu decken, war es zu spät und es rächte sich überhaupt fürchterlich am Ministerium Nebenius=Bekk der große Fehler, sich so erbärmlicher Federn im Morgenblatte zu Angriffen schnödester Art auf Mathy bedient zu haben, der jetzt sein Retter aus der Noth werden sollte, aber den Conservativen nur im Lichte des Morgenblatts erschien, von den Radicalen gehaßt wurde und eine geschlossene, energische Mittelpartei im Lande nicht fand. Neben den ängstlich zahmen anderen Mitgliedern des Ministeriums war es auch noch ein Uebelstand, daß Mathy nicht einmal in demselben festen Fuß fassen konnte, da wenige Tage darauf das Parlament in Frankfurt zusammentrat, Mathy dort seine Hauptthätigkeit fand und nur ab und zu in den badischen Kammersitzungen oder in Karlsruhe erschien.

Das Erste, womit Mathy im Staatsministerium debutirte, war die Unterzeichnung des Beschlusses, welcher Mannheim wegen der erwähnten Excesse in Kriegszustand erklärte, so wie wenige Tage darauf seine Mitwirkung zum Beschlusse gegen das Fortbestehen der Volksausschüsse, die schon längst nicht mehr hätten geduldet werden sollen, und endlich die Anregung zu einer Art Martialgesetz gegen die Staats= und Gemeindebeamten, welche seit dem 1. März ohne Noth ihre Stellen verlassen oder aus Furchtsamkeit

die Erfüllung ihrer Amtspflichten versäumt hatten, welches aber in der Kammer auf heftigen Widerstand stieß und nur mit Mühe vor gänzlichem Verwerfen gerettet werden konnte. Auch der über Mannheim verhängte Kriegszustand gab am 8. Mai zu einer unangenehmen Verhandlung in der Kammer Veranlassung, wurde aber von Mathy in ruhiger und klarer Weise als nothwendig nachgewiesen, da die Mannheimer nicht selbst den Ausbruch des Aufruhrs verhüteten, ihr guter Entschluß nicht fest war und sie sich von Anarchisten terrorisiren ließen. Dieser Kriegszustand dauerte übrigens nur bis zum 10. Mai, wo er wieder aufgehoben wurde.

Inzwischen waren die Wahlen zum Parlament nahe gerückt und in Baden hatte die radicale Partei für ihr betreffendes Manöver ein vollständiges System aufgestellt. Gegen dieselben schrieb Mathy nun das Flugblatt: „Fünf Fragen und Antworten über die Parlamentswahl," welches dem Volke das in's Werk gesetzte System klar auseinandersetzte, den Ursprung und die Leitung des Manövers, als von Itzstein ausgehend, nachwies und sich ganz besonders dagegen kehrte, daß in allen Bezirken Itzstein den Mitgliedern der Kammermehrheit als Gegenkandidat entgegengestellt wurde, um die Wahl derselben zu vereiteln. Itzstein und Brentano ließen sogar in der Kammer ihren Groll dagegen los, wurden aber von Mathy, Zittel, Bassermann und Andern tüchtig heimgeschickt. Die Folge dieser Wahlmanöver war, daß Mathy wie Bassermann auf ihre Wahl im Badischen durchaus nicht zählen konnten und durch Vermittelung von Freunden Mathy sodann für den Württembergischen Wahlbezirk Neuenbürg-Wildbad und Bassermann für Stadtprozelten in Bayern in's Parlament gewählt wurden. Die Gehässigkeiten gegen Mathy setzten sich auch in der Stadt Mannheim fort; eine Partei Wähler suchte seine Ausschließung aus dem Bürgerverein zu erwirken, obgleich Mathy schon ausgetreten war; durch Verdrehung einer Aeußerung, die er in der alten Sonne über Wirth gethan, wollte man dasselbe beim Urschützenverein durchsetzen und man suchte ihm überhaupt in jeder Hinsicht zu nahe zu treten, so daß er auch aus dem Gemeinderath austrat. Diesen Angriffen und Verläumdungen, die leider von seinen Mitbürgern selbst nicht gehörig zurückgewiesen wurden, setzte er einfach nur die Erklärung gegenüber, daß er sie verachte und es nicht einmal der Mühe werth halte, gerichtlich gegen solche Taugenichtse und Wichte aufzutreten, denn er stand allerdings zu hoch, um von solchen gemeinen Gestalten erreicht werden zu können. Wir selbst würden dessen auch hier nicht einmal gedenken, wenn es nicht zur Bezeichnung der damaligen Verhältnisse diente und nicht im Gedächtniß zu behalten wäre, gegenüber der

wohlwollenden Fürsorge, welche er später als Minister gerade diesem Mannheim zuwendete, in welchem diese Gesinnung der Jahre 1848/49 sich noch am Meisten bis in die neueste Zeit erhalten hat.

Die Nationalversammlung sollte schon am 1. Mai eröffnet werden, aber es fanden sich die Deputirten nur langsam ein und gingen auch die Wahlen nicht überall rechtzeitig vorüber. Auch Mathy fand sich in diesen ersten Tagen noch nicht ein, weil sein Eintritt in's badische Ministerium ihn anfangs noch zurück hielt. Als aber die Eröffnung am 15. Mai erfolgte, so war Mathy auch angelangt und schloß sich alsbald der Vereinigung der Conservativen an, die sich theils aus dem fünfziger Ausschuß, theils aus neugewählten Freunden und Gesinnungsgenossen bildete. Beide Gagern, Bassermann, Mathy, Soiron, Welcker, Beckerath, Mevissen, Auerswald, Dahlmann, Beßler, Jörgens, Droysen, Waitz, Schmerling u. A. bildeten den Kern dieser Vereinigung, welche durch das Bedürfniß entstand, der radicalen Partei gegenüber eine geschlossene Gesammtheit herzustellen. Vor Allem galt es, ihr Gewicht bei der ersten Präsidentenwahl geltend zu machen, um eine würdige und gemessene Leitung der Verhandlungen zu erzielen und es gelang ihr auch, sofort auf Gagern 305 von 397, auf Soiron 341 von 392 Stimmen zu vereinigen, so wie die Mehrheit in der Versammlung zu erringen. Aber es fehlte ihr der der Linken eigene Takt und das feste Zusammenhalten auf die Länge der Zeit, sie schied sich bald wieder in verschiedene Fraktionen, was sie schwächte, und sie konnte öfters die Mehrheit nur dadurch erlangen, daß sie mancherlei Concessionen an die Linke machte, während die Einsichtsvolleren der Vereinigung sehr wohl erkannten, daß solche Compromisse nichts taugten und gegen die radicale Partei und die Revolution selbst blos ein Kampf auf Leben und Tod hätte geführt werden müssen. Mathy nebst seinen vertrautesten Freunden gehörte zu diesen Entschiedenen und deshalb war er auch einer der Hauptführer dieser Partei, wenigstens in den ersten sechs Monaten.

Es kann nicht die Absicht dieser Blätter sein, in die bekannte Geschichte des Parlaments mit seinem immer widerlicher werdenden Intriguenspiel näher einzugehen und wir haben blos einige Hauptpunkte hervorzuheben, um zu zeigen, wie sich Mathy zu den Hauptfragen des Verfassungswerkes verhielt. In dieser Hinsicht war nun die nächste Aufgabe nicht blos die Rechte des Volkes festzustellen, sondern auch für die Gewalt zu sorgen und eine Reichsgewalt zu schaffen. Es wäre ihm am liebsten gewesen, wenn die Regierungen solche schon vor dem Zusammentritt der Versammlung als vollendete

Thatsache hingestellt hätten, auch war er anfänglich für ein verantwortliches Direktorium von drei Männern, allein er ging wieder davon ab, weil ein solcher Vorschlag nicht auf die Mehrheit der Versammlung rechen durfte und daher erklärte er sich in seiner Rede vom 24. Juni für die Uebertragung der Reichsgewalt an eine einzige, unverantwortliche Person und zwar aus dem Fürstenstande, wobei er aber den Bundestag als Staatenhaus beibehalten und die Zustimmung der Staaten verlangt haben wollte. Seine betreffende Rede, die wir im Anhange abdrucken lassen, war so durchdrungen vom Geiste der Mäßigung, Besonnenheit und Gerechtigkeit und so staatsmännisch gedacht, wie damals nur Wenige gesprochen haben, und wäre man ganz seinen Ideen gefolgt, so wäre das Verfassungswerk glücklicher ausgegangen, und wenn er am Schlusse sagte, wenn die Regierungen einzelner Staaten dem Beispiele der Mäßigung und Selbstbeschränkung nicht folgten, so wäre ein kühner Griff nach der Allgewalt nicht nur erlaubt, sondern durch die Noth geboten, aber dann wäre auch der erste Preis dieser Allgewalt nicht die Republik und nicht die Freiheit, sondern die Gewaltherrschaft, die allein das Vaterland retten könne, so sprach er nur aus, was später sich erfüllte, indem das Verfassungswerk durch den Widerstand der Fürsten scheiterte und die Wiedergeburt Deutschlands nur durch die Gewaltschritte des Jahres 1866 möglich wurde.

Der Antrag, welchen Mathy ursprünglich im Kasino dahin formulirte: „in Erwägung, daß die Lage Deutschlands die schleunige Herstellung einer starken Reichsgewalt auf verfassungsmäßiger Grundlage erfordert, beschließt der Reichstag, die Bundesversammlung einzuladen, sofort Einleitung zu treffen, um die Ernennung einer vollziehenden Behörde mit dem zu wählenden Ausschusse des Reichstags zu vereinbaren," wurde sodann in veränderter Form dahin eingebracht, daß ein verantwortliches Ministerium von den Regierungen als Vollziehungsbehörde ernannt werde, das im Namen sämmtlicher Einzelnstaaten handle und das Vertrauen der Nationalversammlung besitze; aber rasch war die Einheitsidee durchgedrungen, die Linke drohte zu siegen, Gagern überrumpelte die Versammlung mit seinem neuen Vorschlage und diesen nahm man dann nothgedrungen an, obschon er nicht ganz im Sinne Mathy's war, denn man behielt weder den Bundestag bei, noch wurde die Zustimmung der Regierungen verlangt. Da Mathy aber wußte, daß letztere thatsächlich schon zum Voraus erfolgt war, so stimmte er für das Gesetz über die Centralgewalt und galt seine Stimme am 29. Juni dem Erzherzog Johann als Reichsverweser. Mathy verhehlte sich den politischen Fehler

nicht, den man dadurch gemacht hatte, daß man die Nationalversammlung auf dem souveränen Standpunkte befestigte und eine Omnipotenz schuf, die in die Regierungsrechte der einzelnen Staaten durch legislative und executive Versuche eingriff und nur auf der öffentlichen Meinung beruhte, um mit derselben wieder zusammen zu brechen, und deshalb war es ihm auch erwünscht, daß die letzten Beschlüsse des Bundestags den Faden der Gesetzlichkeit wieder anknüpften und den Reichsverweser als legitimes Haupt der provisorischen Centralgewalt hinstellten; aber die schädlichen Folgen dieser Beschlüsse blieben um so weniger aus, als Mathy mit Bassermann, Duckwitz und anderen Mitgliedern der Rechten vergebens auf die Mitbetheiligung der Staaten durch ein Staatenhaus hinwirkten und nach dem Beschlusse vom 30. August den Bevollmächtigten der Landesregierungen weder die Berechtigung zu kollektiver Geschäftsführung, noch zu entscheidender Mitwirkung zu den Beschlüssen der Centralgewalt eingeräumt wurde.

Mathy gehörte zu denjenigen Parlamentsmitgliedern, welche am Wenigsten sprachen; er nahm überhaupt nur fünfmal das Wort zu ausführlicheren Reden und noch weniger betheiligte er sich an Anträgen, da er sich hierzu nur entschließen konnte, wenn überhaupt ein Erfolg dafür in Aussicht stand. Dagegen war er um so thätiger in den Klubsberathungen und nur sehr selten fehlte er bei einer Abstimmung. Ebenso nahm er an den von Jürgens und Bernhardi gegründeten Flugblättern der deutschen Nationalversammlung regen Antheil und schrieb für dieselben einige vortreffliche Artikel, deren Zielscheibe stets das Gebahren der Linken war. Schon in der ersten Zeit hatte er sich durch seine Thätigkeit als eines der bedeutendsten Mitglieder der Versammlung hingestellt und als zu Anfang August das Reichsministerium vollständig gebildet werden sollte, da bot ihm der Reichsverweser darin das Ministerium der Finanzen an. Mathy wies aber darauf hin, daß eine Persönlichkeit aus einem der größeren Staaten dafür vorzuziehen sei, empfahl dafür Beckerath und begnügte sich mit der Stelle als Unterstaatssecretär der Finanzen, zu welchem er am 6. August ernannt wurde. Hier galt es nun allerdings nicht Geschäften, wie sie sonst den Finanzministerien eigen sind, denn noch besaß die Centralgewalt und das Parlament weder Steuern, noch Abgaben, noch Zölle, sondern die Einnahmen wurden durch Umlagen auf die einzelnen Staaten nach der Bundesmatrikel gedeckt. Dagegen führte Mathy anstatt des verwickelten österreichischen, das badische System der Buchführung und Kassenverwaltung ein, zog einige badische Beamte dafür in das Ministerium und machte die ganze Verwaltung einfacher und klarer. Für

die Zukunft allerdings dachte er ebenfalls daran, dem Gesammtreiche eigene Einkünfte zu verschaffen und dafür vorzugsweise die Zölle zu bestimmen, vorläufig blieb dies aber natürlich blos Idee und Projekt, an das er nicht näher herantrat.

War Mathy kurz vorher mehrmals in den Sitzungen der badischen zweiten Kammer anwesend gewesen, so machte er nun wenige Tage nach seiner Ernennung (am 13. August) einen Ausflug nach Ems, wo seine Gemahlin die Kur brauchte, und die gerade dort anwesenden Liedertafeln ließen es sich nicht nehmen, ihm ein Ständchen zu bringen, wie ihn auch die Bürgerversammlung zu sich einlud, wo er dann den Anwesenden die Aufgaben des Parlaments klar auseinandersetzte und auf die Wege hinwies, auf welchen sie allein richtig erfüllt werden könnten. In Frankfurt harrte übrigens seiner nun eine noch angestrengtere Thätigkeit, da er mit Bassermann nun auch in der Oberpostamtszeitung die Vertheidigung des Ministeriums in die Hand nahm und mit seinen politischen Freunden ernstlicher darauf drang, anstatt mit den Grundrechten sich zuerst abzumühen, die Verfassungsberathung zu beschleunigen.

Er gehörte zu den Wenigen, welche das Unwetter zuerst heraufsteigen sahen und die Fäden erkannten, an welchen es gelenkt wurde; allein seine Mahnungen halfen nichts und so brach denn in Folge des Malmöer Waffenstillstandes am 18. September der Sturm in Frankfurt los, der auch Mathy unter Diejenigen eingezählt hatte, welche ihm als Opfer fallen sollten. Die Revolutionspartei hatte sich jedoch gewaltig verrechnet und unterlag sofort; damit unterlag sie aber auch zugleich in Wien und Berlin. Am Verhängnißvollsten wurde der Aufstand für die Nationalversammlung selbst, denn hatte sie bis daher die Zeit ihres größten Ansehens gehabt und konnte sie sich dem Traume hingeben, daß die Kraft ihrer Beschlüsse wirksam genug sei, um schließlich auch den Willen in Wien und Berlin zu beherrschen, so war jetzt diese Zeit auf einmal vorbei, die hochfahrenden Plane und Träume mußten herabgestimmt werden und es lag klar am Tage, daß nun nur noch eine weise Beschränkung auf das Mögliche und ein kluges Vermitteln und Abfinden mit den Regierungen das Verfassungswerk in einer brauchbaren und günstigen Form zum Abschluß bringen könne.

Erst am 19. October begannen die Verhandlungen über das eigentliche Verfassungswerk mit den Abschnitten über das Reich, die Reichsgewalt und das Reichsgericht und war es schon ein Fehler, nur mit Bruchstücken zu beginnen und nicht einen ganzen Plan vorzulegen, so schnitt die Annahme der

im Wesentlichen unverändert gebliebenen Entwürfe, die nur für einen Einheitsstaat paßten, geradezu die Wahl eines einen glücklichen Ausgang noch ermöglichenden Auswegs aus und legte den Grund zur Wahl eines Erbkaisers, welcher bis dahin nur erst wenige Anhänger in der Versammlung gefunden hatte. In gleicher Weise schlossen diese Beschlüsse aber auch Oesterreich aus, da die Trennung der österreichischen Staaten in einen deutschen und außerdeutschen Staatenverband, welche gar keine Aussicht auf Erfolg haben konnte, nur auf dies Ziel hinführen mußte. Mathy gehörte damals noch nicht dieser Kaiserpartei an, obschon er von jeher nur von Preußen die Verjüngung Deutschlands gehofft hatte, und in einem Artikel der Oberpostamtszeitung vom Anfang December erkannte er offen an, daß die beschlossenen Abschnitte der Verfassung in Oesterreich einen tiefen und theilweise bitteren Eindruck gemacht haben, aber eigentlich doch nur als eine Anfrage zu betrachten seien, um von Oesterreich einmal zu vernehmen, in welcher Weise es sein Verhältniß zu Deutschland gestaltet wissen wolle, worauf bei der zweiten Lesung diesen Wünschen Rechnung getragen werden könne; in gleicher Weise sprach er sich auch am 7. December in einer Konferenz bei Beckerath dafür aus, Bevollmächtigte nach Wien zu senden, um das Verhältniß zu ordnen und daß Gagern neben Schmerling in das Reichsministerium eintreten solle. Am 12. December schrieb er in derselben Postzeitung: „Die Frage ist unläugbar von höchster Wichtigkeit, die Art der Entscheidung von weltgeschichtlicher Bedeutung. Wir nehmen keinen Anstand, uns für sofortige Einleitung von Verhandlungen zu erklären, um die möglichst innige Verbindung der deutsch-österreichischen Länder mit Deutschland zu erzielen. Diese Länder können Deutschland nicht entbehren, weil sie sonst von den Slaven erdrückt werden, und Deutschland kann Oesterreich nicht entbehren, weil es dann seinen Einfluß nach Osten, das adriatische Meer, die Donau den Slaven preisgeben und einen guten Theil seiner Kraft nicht nur verlieren, sondern in eine feindselige Stellung drängen würde. Aber auch der deutsche Bundesstaat würde nicht zu einer festen Einheit gelangen: Die Sehnsucht nach Oesterreich würde als Element der Zwietracht zersetzend gegen die Einigung wirken.“

Auch am 13. December besprach Mathy diese Frage wieder ebenso gerecht, als besonnen. „Indem die Reichsversammlung,“ schrieb er, „allein und ausschließlich die Verfassung für Deutschland zu machen erklärt, liegt ihr zugleich die Verbindlichkeit ob, die grundgesetzlichen Bestimmungen so zu treffen, daß sie ausführbar erscheinen und ohne Verzug in das Leben

eintreten können. Dazu gehört unter Anderm, daß die Verfassung dem Begriffe des Bundesstaats entspreche und nicht unter dem trügerischen Scheine eines solchen die Einzelstaaten dem Wesen nach aufhebe und den Einheitsstaat begründen wolle. Es wäre im höchsten Grade beklagenswerth, wenn die Verfassung zwar von der Reichsversammlung allein gegeben, aber von der Nation nur theilweise oder gar nicht angenommen, wenn sie statt eines festen, dauernden Bundes der Einheit ein Apfel der Zwietracht sein würde, wenn die Nation, statt aus dem Zustande des Provisoriums heraus zu kommen, sich mit dem bisherigen oder mit einem neuen Provisorium behelfen müßte, wobei sie in schweren Schaden kommen würde. Diese Erwägung sollte unseres Erachtens der hohen Versammlung beständig vorschweben, damit sorgfältig vermieden würde, ein bloßes Kunstwerk zu bilden, das zwar von Kennern und Liebhabern bewundert, aber zu keinem nützlichen Gebrauch tauglich befunden wird. Was wäre z. B. gewonnen, wenn die hohe Versammlung an dem Eintritte Oesterreichs in den Bundesstaat verzweifelnd ihren Mitgliedern aus Oesterreich den Abschied gäbe, den König von Preußen zum deutschen Erbkaiser wählte und wenn dann der König von Preußen die Kaiserwürde nicht annehmen, wenn Oesterreich erklären würde: ich gehöre zum Bunde und ihr habt nicht das Recht, mich hinaus zu weisen!"

Das Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich in Folge der gefaßten Beschlüsse und des Programms von Kremsier warf auf einmal die bisherige Parteibildung über den Haufen und der Mitte December erfolgte Eintritt Gagern's in das Ministerium wurde der Ausgangspunkt zu neuen Parteikombinationen mit mehr partikularistisch-landsmannschaftlicher Färbung, wobei die Kaiserpartei immer mehr Boden gewann. Damit hing aber als Consequenz auch die Losreißung Oesterreichs von Deutschland und die Ausscheidung der Oesterreicher aus dem Ministerium und Parlamente eng zusammen, wenn auch noch am 22. December Männer, wie Mathy, das Bleiben der Oesterreicher als ihr Recht und ihre Pflicht ansahen. Aber die Zerklüftung ging noch weiter und als bei der Abstimmung über das Gagern'sche Programm am 13. Januar 1849 dieses die Stimmenmehrheit erhielt, so war der Boden für die Kaiserpartei geebnet und gesichert, wurde von Vincke mit größerer Energie für dieselbe gewirkt und auch Mathy entschied sich für dieselbe, weil er eine günstige Auseinandersetzung mit Oesterreich allmälig unmöglich werden sah und in der Vereinigung Deutschlands unter preußischer Hegemonie das einzige noch übrige Ziel erkannte. Doch blieb Mathy auch ferner gegenüber den Oesterreichern und Großdeutschen gerecht und er setzte

keine so großen Hoffnungen auf den Kaiserplan, wie seine politischen Freunde. Ja, er verlor auch um diese Zeit noch nicht den Gedanken, Oesterreich später dennoch auch für das Erbkaiserthum gewinnen zu können.

Bei den nun folgenden Abstimmungen über die Oberhauptsfrage, die Erblichkeit, den Kaisertitel und die Wahl des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser stimmte Mathy mit der sogenannten Kaiserpartei und er betheiligte sich bei den Debatten nur einmal, nämlich bezüglich des Wahlrechts, wo er dem allgemeinen Stimmrecht nicht vollständig beitrat, sondern einige Modifikationen verlangte. Da die in dieser Rede entwickelten Ansichten charakteristisch sind, so theilen wir die Rede im Anhange mit. — Der übrige Gang der Parlamentsverhandlungen, die Ablehnung der Kaiserkrone durch den König von Preußen und die Abberufung der Preußen folgten rasch nach einander und die Versammlung war ziemlich rathlos, was zu thun sei, um das Verfassungswerk in anderer Weise in's Leben zu führen. Ueber die dafür zu ergreifenden Maßregeln erstattete der Abgeordnete Kierulff im April Bericht und bei der Debatte darüber am 25. April nahm Mathy nochmals das Wort; es war seine Schwanenrede im Parlament und darum theilen wir sie gleichfalls im Anhange mit. Er schilderte darin die Lage, wie sie seit dem Programm von Kremsier sich herausgebildet hatte, die Stellung Oesterreichs, Preußens und der übrigen Staaten zum Verfassungswerk und verwies darauf, daß der Drang der Landesvertretungen und der öffentlichen Meinung dem Werke doch noch den Sieg verschaffen werde, weshalb man sich darauf beschränken müsse, die Regierungen aufzufordern, sich zu erklären und dem Volke die Gelegenheit zu geben, durch die gesetzlichen Organe seinen Willen auszusprechen. Es bedürfe nur des moralischen Beistandes des Parlaments, keines Aufrufs vor der Zeit, keiner Ausschreibung der Wahlen und keiner Regentschaft, welche nur eine Masse von Kräften der Versammlung entzögen; das Ministerium sei entschlossen, mit der Verfassung und Versammlung zu stehen und zu fallen und auch der Reichsverweser werde seine Pflicht thun; bleibe man fest bei der Verfassung und wende man zur Durchführung die richtigen, dem Widerstand entsprechenden Mittel an, dann zweifle er nicht, daß die deutsche Nation ihre Einigung in der Verfassung finden und auf den Grund derselben ihre Freiheit erhalten werde.

Bekanntlich beliebte das Parlament diesen Weg nicht, sondern strebte darnach, die Verfassung gewaltsam durchzuführen und eine Reichsregentschaft einzusetzen; es brach der Aufstand in der Pfalz und in Baden (13. Mai) los und die Reichsversammlung neigte sich ebenfalls diesem Wege zu und

daher entschlossen sich am 20. Mai Mathy, Dahlmann, Lette, Gagern, Simson, Arndt und Mevissen ihren Austritt zu erklären, weil die Beschlüsse seit dem 10. Mai sie veranlaßten, auf die weitere Durchführung der Reichsverfassung durch gesetzgeberische Thätigkeit von ihrer Seite und unter Mitwirkung der provisorischen Centralgewalt Verzicht zu leisten.

In der badischen zweiten Kammer war Mathy seit Neujahr 1849 nur einmal erschienen und zwar mit Bassermann und Soiron auf besonderen Wunsch des Ministers Bekk, als Baum seine Motion auf Berathung einer constituirenden Versammlung gestellt hatte, worüber Häußer Bericht erstattete und am 11. Februar debattirt wurde. Die Revolutionspartei trat hier in ihrer ganzen Häßlichkeit zu Tage; als Mathy eintrat, begrüßte ihn die Gallerie mit Pfui und als Brentano dem Minister die Worte in's Gesicht schleuderte: „und Er ist's, der eine wahrhaft chikanöse Taktik und jenen Mann in das Staatsministerium gebracht hat, der an seinem ehemaligen Busenfreund den treulosesten Verrath gespielt," brach die Gallerie wieder in Bravo aus, so daß sie geräumt werden mußte. Mit kalter Ruhe und Ironie überschaute damals Mathy dies Treiben und warnte eindringlich genug das Ministerium, solches Treiben nicht weiter gehen zu lassen, und er nahm mit sich zurück nach Frankfurt die Ueberzeugung, daß die unheilvollen Pläne der Revolution in den einzelnen, besonders kleineren Staaten nur dann erdrückt oder niedergehalten werden könnten, wenn Deutschlands Geschicke in Einer festen Hand liegen und ein mächtiger Wille an die Spitze trete. Mehr noch als die Gründe seiner politischen Freunde in Frankfurt brachten diese Ueberzeugungen in ihm den Entschluß zur Reife, für das Erbkaiserthum des Königs von Preußen zu stimmen und so den letzten Anker zur Rettung von Deutschland zu ergreifen. Er sah sodann im Mai auch diesen verloren gehen, weil die Revolution das Meiste dafür that, der Reaction und dem Partikularismus wieder Boden zu verschaffen, und wenn er auch damals noch nicht alle Hoffnung aufgab und die im Volke ruhende Kraft für zu stark hielt, um auf die Länge der Zeit darnieder gedrückt zu werden, so zeigte Mathy damit weit tieferen Einblick in die Verhältnisse und den Geist der Zeitideen, als die meisten seiner Genossen.

Nach dem Austritte aus dem Parlamente blieb Mathy in Frankfurt, da inzwischen die Erhebung in Baden ausgebrochen war. Endigte mit Ersterem Mathy's direkte Theilnahme an der Politik Deutschlands, so brachte die Flucht des Großherzogs von Baden und die Nothwendigkeit, preußische Hülfe zu suchen, auch die Enthebung der badischen Minister von ihren Stellen

am 4. Juni 1849, worauf vier Tage später auch Mathy seine Enthebung von der Stelle als Staatsrath und Mitglied des Staatsministeriums, unter Vorbehaltung seiner Wiederverwendung, erhielt. Letztere Enthebung hat in neuerer Zeit öfters Mißdeutungen erfahren; sie war aber einfach die Folge der Umbildung des Ministeriums überhaupt, womit auch der Staatsrath aufgehoben wurde. Allerdings ist es richtig, daß das neue Ministerium auch mit der ganzen bisherigen Richtung brach und in andere Bahnen einlenkte, und daß ebenso Großherzog Leopold mit tiefem Schmerz auf die letzten anderthalb Jahre zurück sah und die Träger jenes Systems vielleicht noch nicht ganz richtig würdigte; allein der Verfasser dieses hörte noch im December jenes Jahres im Schlosse zu Baden aus dem Munde des Großherzogs selbst Worte größter Anerkennung für Mathy und das Bedauern, daß er nicht von vorn herein Mathy an die Spitze des Ministeriums gestellt habe, wo er gewiß der ganzen revolutionären Bewegung in Baden energisch die Spitze abgebrochen hätte.

Schon während der letzten Wochen des Parlaments suchte Preußen das Verfassungswerk in anderer Weise zu Stande zu bringen und auf Grund des Artikels 11 der Bundesakte mit den übrigen Staaten außer Oesterreich zu verhandeln und vom 17. bis 26. Mai fanden diese Verhandlungen zu Berlin mit den Vertretern von Bayern, Sachsen und Hannover statt. Das Ergebniß derselben war eine Festsetzung für das am letztgenannten Tage projektirte Bündniß, woran sich jedoch Bayern nicht mehr betheiligte und welches allen Bundesstaaten mit der Aufforderung zur Betheiligung mitgetheilt wurde. Da der Verfassungsentwurf sich dem Frankfurter anschloß und sogar wesentliche Verbesserungen enthielt, so vereinigten sich 130 sogenannte altliberale Parlamentsmitglieder zu einer Besprechung in Gotha in den Tagen vom 26.—28. Juni, woran Mathy ebenfalls Antheil nahm, und dieselben vereinigten sich dahin, sich unter gewissen Voraussetzungen für den Entwurf auszusprechen und für den Beitritt aller einzelnen Staaten in den Ständekammern und der Presse zu wirken. Bekanntlich setzte dann Preußen seine Bemühungen fort, das neue Werk durchzusetzen und es entstand das Dreikönigsbündniß mit 28 Staaten und freien Städten. Nach verschiedenen weiteren Verhandlungen und dem Proteste von Oesterreich wurde endlich am 13. Februar 1850 das Parlament nach Erfurt einberufen und auf den Vorschlag seiner preußischen Freunde, da ein solcher in Baden noch nicht auf Erfolg rechnen konnte, Mathy für den 19. schlesischen Wahlbezirk Brieg-Ohlau in's Parlament gewählt, während die Intriguen in Bayern, Sachsen,

Württemberg und Hannover inzwischen das sogenannte Vierkönigsbündniß vom 27. Februar hervorriefen und Oesterreich sich anschickte, geradezu die alte Bundesversammlung wieder einzuberufen.

Zwischen der Gothaer Versammlung und der Eröffnung dieses Parlaments lagen freilich drei Vierteljahre und es war Mancherlei geschehen, was die Hoffnungen wieder herabstimmen mußte; aber Mathy glaubte auch diesen Versuch wieder machen zu müssen, da ein auch in kleinerem Maßstabe hergestelltes und befestigtes Deutschland mit der Zeit so viele Anziehungskraft entwickeln würde, um auch die widerstrebenden übrigen Staaten nach und nach anzuziehen. Außerdem hoffte er von dem Einflusse und der Energie des Herrn v. Radowitz mehr und selbst eine Aenderung des in Berlin herrschenden Systems; die widerstrebenden Königreiche Hannover und Sachsen erschienen durch den Vertrag gebunden und das vorgesehene Reichsgericht konnte sie nöthigenfalls zwingen, an dem Bündnisse festzuhalten. Als daher Mathy mit so vielen seiner Freunde nach der Mitte März in Erfurt eintraf und das Parlament am 20. März eröffnet wurde, so konnten sie um so mehr auf ein günstiges Resultat hoffen, als die sogenannte Gothaer Partei sich leicht das Uebergewicht über die conservativen und ultramontanen Elemente zu verschaffen gedachte. Sie fanden daselbst im Bahnhofslokale einen Vereinigungspunkt und Mathy wurde sofort auch in den Verfassungsausschuß gewählt, der sich für das Bodelschwing'sche Programm entschied. Mit dem Entschlusse, in der Fügsamkeit nur bis an die Grenze des Möglichen zu gehen, erfüllte sie die Ankunft der Minister mit neuer Hoffnung und das Verfassungswerk wurde so eifrig in Angriff genommen, daß es nach einundzwanzig Sitzungen des Volkshauses und zwölf Sitzungen des Staatenhauses zu Ende berathen und das Parlament schon am 29. April wieder vertagt werden konnte. Treu seinem Grundsatze entwickelte auch hier Mathy seine größte Thätigkeit in den Ausschuß- und Fraktionssitzungen und in den öffentlichen Sitzungen sprach er nur einmal, nämlich am 25. April über den Paragraphen, der bestimmen sollte, ob die Grundsätze des Reichswahlgesetzes auch für die Landeswahlgesetzgebung maßgebend sein sollen oder nicht. Mathy hielt diese Regelung nicht für so dringend, als behauptet wurde, und sogar für nachtheilig, nachträglich eine solche Bestimmung in die Verfassung aufzunehmen, weil dadurch nur die Gegner der Verfassung neuen Boden gewännen. Das Parlament beschloß auch die Verwerfung dieser Bestimmung, wofür sich besonders Bassermann, Bekk und Gagern erklärt hatten.

Nach der Vertagung hielt die Bahnhofspartei noch ein improvisirtes

Festmahl im Vogel'schen Garten, wo es beim edlen Weine aus Baden recht munter herging und Mathy und Häußer witzige und erhebende Worte sprachen, und noch einmal die Hoffnung auflebte, daß das berathene Werk auch zur Durchführung gelange und zur Wiedergeburt des einigen und freien Deutschlands führen werde. Allein es war die letzte Vereinigung dieser politischen Freunde, die es so herzlich wohl und gut mit Deutschland gemeint hatten; die Intriguen der Politik vernichteten auch diese Hoffnungen und während die Besten aus Baden, wie Bekk, Bassermann, Soiron und Häußer, dahinschieden, ohne das Anbrechen der neuen Zukunft Deutschlands mehr erlebt zu haben, war es Mathy allein noch vergönnt, wenigstens an den Grundlagen mitwirken zu helfen, worauf das neue Deutschland sich wieder aufbaut, und die sichere Hoffnung mit in's Grab zu nehmen, daß diese Hoffnung nicht mehr vereitelt werde.

So ging auch diese dritte Periode in Mathy's Leben vorüber und er trat nun aus der Werkstätte der Politik und von der Tribüne zurück in's Privatleben in seiner Heimathstadt Mannheim. Die Resultate dieser Periode waren aber für Mathy große und entscheidende. Aus dem engen Wirkungskreise in Baden war er herausgetreten in einen größeren und bedeutungsvolleren; in der Mitte so vieler neuen Freunde und Bekannten aus allen Lebensstellungen erweiterte und schärfte sich sein staatsmännischer Blick; alles Kleinliche und Engherzige streifte sich ab, die Ziele wurden größer und erhabener, die Sicherheit im Reden und Handeln größer und während Mathy im Badischen nur erst Publicist und Oppositionsmann gewesen, entwickelte er sich nun zu einem der bedeutendsten und scharfsinnigsten Staatsmänner. So kannte und verehrte ihn die Welt und selbst seine stärksten politischen Gegner konnten ihm ein gleiches Zeugniß nicht versagen. Aber seine Freunde ehrten und bewunderten an ihm noch ein Anderes, was wir fast ebenso hoch hielten: Mathy blieb der heitere, muntere Gesellschafter wie immerdar und er, der so hoch gestanden und mit den Ersten und Edelsten der Nation verkehrte, bewahrte auch fortan seinen bescheidenen Sinn und wurde wieder der einfache Bürger, wie zuvor.

IV.

Ruhe und Erholung nach der eben so anstrengenden, als aufreibenden Thätigkeit in Frankfurt that Mathy Noth und er suchte solche auch durch kleine Wanderungen, wie er z. B. eine solche im Jahre 1850 durch die Pfalz und Rheinhessen fast eine ganze Woche lang zu Fuß unternahm. Seine Thätigkeit widmete er fortan vorzugsweise dem Verlagsgeschäfte in Gemeinschaft mit Fr. Bassermann und daneben auch den Gemeindeangelegenheiten, da er von seinen Mitbürgern sofort wieder in den großen Ausschuß gewählt worden war. An der Politik nahm er von dem Augenblicke an keinen Antheil mehr, wo die Reaction immer kühner voranging, und nur die schleswig-holsteinische Angelegenheit beschäftigte ihn noch eine Zeit hindurch, als es galt, die Bildung einer Armee für diese Länder zu ermöglichen und zu unterstützen; aber der Friede zwischen Dänemark und dem deutschen Bunde vom 3. October 1850 hatte alsbald auch diese Hoffnungen wieder vernichtet und daneben noch so manche andere zu Grabe getragen.

Im nächsten Jahre suchte sein Freund, Bürgermeister Reiß, ihn wieder in eine praktische Thätigkeit zu ziehen und ihm die Verwaltung der städtischen Kasse zu verschaffen; aber obschon Herr Reiß hiervon sein Verbleiben im Amte abhängig machte, so konnte er doch seine Absicht beim Gemeinderathe und kleinen Ausschuß nicht durchsetzen und trat Reiß dann auch wirklich von seinem Amte zurück. Es war dieser Mißerfolg lediglich Folge der seit 1848 gegen Mathy in Mannheim hervorgerufenen ungünstigen Stimmung des größeren Theiles der Bevölkerung und diese wirkte noch so lange fort, daß noch fast drei Jahre später die Verwaltung des katholischen Bürgerhospitals es ihrem Redacteur verübelte, weil er hin und wieder einige Artikel Mathy's in das Journal aufnahm und das Publikum wähnte, einige rein durch Zufall mit M unterzeichnete Leitartikel stammten aus Mathy's Feder. Die demokratischen und republikanischen Wühlereien und Aufhetzereien wirkten gerade in dieser Stadt am längsten und nachhaltigsten fort, der Kosmopolitismus der aus aller Herren Länder stammenden kaufmännischen und Arbeiterbevölkerung war dafür ein günstiger Boden und der aufmerksame Beobachter wird sich daraus auch so manches Andere erklären, was viele Jahre später

sonst fast räthselhaft im politischen Gebahren dieser Stadt und seiner Presse erscheinen würde.

Im Jahre darauf hatte Mathy den Schmerz, seinen einzigen hoffnungsvollen Sohn Karl, im blühendsten Lebensalter und mitten unter seinen Studien, durch den Tod zu verlieren und wenn auch eine resignirte, oft sogar heitere Ruhe auf seinem Antlitze zu walten schien, so kannten doch seine näheren Freunde, wie schwer er innerlich diesen herben Verlust trug und wie manche schöne Hoffnung ihm damit zu Grabe sank. Aber Mathy war zu sehr Mann im vollsten Sinne des Wortes, als daß er nicht auch diesen Schmerz bald überwunden und sich in die Fügungen des Schicksals ergeben hätte, stand ihm doch eine Gattin zur Seite, die ohne Wanken von jeher Leid und Freude mit ihm treu und ergeben getragen hatte und auch nun sein Trost und seine Stütze war.

Der Kreis von Freunden, in welchem sich Mathy damals bewegte, war ein kleiner, dagegen um so mehr getragen von gleichartiger Gesinnung und gleicher politischer Richtung. Es gehörten dazu unter Anderen Bassermann und v. Soiron in Mannheim, Buhl und Jordan von Deidesheim, Gervinus, Häußer und Geheimer Rath Fallenstein u. A., und es wurden in diesem Kreise nicht blos politische Anschauungen ausgetauscht, sondern auch mancher Trost über die betrübte Lage der damaligen Zeit geschöpft, wo die badische Presse in argen Fesseln lag und besonders in Heidelberg jeder nur irgend der Freisinnigkeit verdächtige Verfasser von oben herab chikanirt und verfolgt wurde. Sehr schmerzlich berührte ihn die Verfolgung gegen Gervinus wegen dessen Einleitung in die Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, die zu einem Preßprozesse am Hofgerichte zu Mannheim führte. Als die Verhandlungen stattfanden, versammelten sich die Gesinnungsgenossen aus der Nähe, um die Vertheidigung von Soiron und Gervinus selbst zu vernehmen, und bei dem darauf erfolgten Mittagsmahle im Pfälzer Hof war es besonders Mathy, der aus dem ganzen Gange der Verhandlung und der Haltung des Gerichtshofes die sichere Erwartung aussprach, daß das vertagte Urtheil nur freisprechend ausfallen könne.

Wenn gleich Mathy in diesen Jahren sich ganz von der politischen Thätigkeit zurückgezogen hatte, so verfolgte er doch mit Eifer und klarem Blicke die Ereignisse und die Entwickelung, welche in den großen Angelegenheiten Europa's vor sich ging. Er sah besonders mit Theilnahme dem Auftauchen der orientalischen Frage mit dem Beginne des Jahres 1853 entgegen und folgte ihr in allen ihren Phasen, indem er sich die wichtigeren

Documente darüber sammelte und sich den Gang derselben chronologisch aufzeichnete. Als sodann die Wiener Conferenz vergebens Vermittelungsvorschläge machte, diese an Rußlands Eigensinn scheiterten, der Krieg der beiden Westmächte gegen Rußland sich mit Bestimmtheit ankündigte und die Frage an Oesterreich und Preußen herantrat, sich zu entscheiden und eine bestimmte Richtung einzunehmen, und von allen Seiten aus die orientalische Frage in den Zeitungen und in zahlreichen Broschüren discutirt wurde, da drängte es auch Mathy, seinen Gedanken darüber Ausdruck zu geben.

Die Folge davon war, daß er Ende März 1854 wieder seine „Vaterländischen Hefte" begann, deren erstes die Frage behandelte: „Wo ist das einige Deutschland? — Eine Frage bei dem Ausbruche eines Krieges," denen er aber seinen Namen nicht beifügte, obschon der Namen der Verlagshandlung, Inhalt und Ton derselben den Verfasser sogleich kenntlich machten. Dieses erste Heft ging von dem Gedanken aus, daß der westmächtlich-russische Krieg eine große Aenderung in Europa hervorbringen und also auch Deutschland nicht in seinem bisherigen Zustande lassen werde und es habe somit Deutschland zu sorgen, daß die Kräfte und Mittel der Nation nur zum Frommen der nationalen Interessen verwendet werden; ferner habe sich die Bundesverfassung nicht als tauglich erwiesen, durch die Bundesversammlung Deutschland in europäischen Angelegenheiten zu vertreten, weshalb sie verbessert werden müsse. Der Zweck der Schrift war aber nicht die verschiedenen Vorschläge für eine Bundesreform zu erörtern, sondern auf die öffentliche Meinung und deren Organe in der Presse in dem Sinne zu wirken, daß der eingerissenen Hoffnungslosigkeit entgegen getreten, die öffentliche Meinung geweckt und dahin geleitet werde, bei jedem Ereignisse die Beziehungen auf die Interessen des Vaterlandes vorzugsweise in's Auge zu fassen, Alles, was die Einigung fördert, zu unterstützen und die Hindernisse, wo sie sich zeigen, zu bekämpfen. Zu diesem Behufe wurden darin die wesentlichen Punkte hervorgehoben, auf welche es bei der deutschen Frage ankommt. Es wird nachgewiesen, daß die Einigkeit zwischen Oesterreich und Preußen ein ausreichendes Surrogat für eine kräftigere Föderation nicht sein kann, so lange sich die beiden Mächte nicht über ihre Stellung in und zu Deutschland vertragen und dadurch ihrer Einigkeit eine dauerhafte Grundlage gegeben haben. Das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland kann nur ein völkerrechtliches sein, weil Oesterreich die Einwirkung einer deutschen Centralgewalt auf die Verhältnisse des Kaiserstaats nicht zuläßt und die Bedürfnisse wie die Interessen der beiden großen Körper vielfach unterschiedene sind. Dagegen fallen die

Interessen Preußens mit denen der übrigen deutschen Staaten zusammen, eine Thatsache, die im Zollverein bereits ihren Ausdruck gefunden hat und durch die preußische Verfassung von 1850 für die Erkenntniß noch reifer geworden ist. Darum sagte die Schrift, daß die Bundesakte für Oesterreich zu viel, für Deutschland zu wenig enthalte, und sah in der aufrichtigen Annahme des Repräsentativsystems nach der Verfassung von 1850 für Preußen das Mittel, zu der ihm gebührenden Stellung in Deutschland und zu nützlichen und nothwendigen Allianzen zu gelangen. Schließlich faßte sie, nach Betrachtung der mittleren und kleineren Staaten, deren Souveränetät durch zahlreiche unauflösbare Verträge schon vielfach beschränkt worden, noch einmal alle die Vortheile zusammen, welche eine Lösung des Dualismus im Bunde für Oesterreich und Preußen wie für Deutschland erwarten lasse, das dann erst als eine nationale Macht in das europäische System eintreten könne.

Gleich nach dem Erscheinen dieses ersten Heftes sagte einer der bedeutendsten Staatsmänner darüber, „daß er sich freue, jenen Ansichten zu begegnen, die, wenn sie zu allgemeiner Geltung gelangten, die deutschen Regierungen und Völker vor inneren Stürmen und äußeren Gefahren sicher stellen und Deutschland einer glücklicheren Zukunft entgegen führen würden. Die Klarheit der Darstellung und die scharfe Umgränzung der praktischen Andeutungen läßt nichts zu wünschen übrig und aus dem Ganzen spricht der ruhige Ernst einer großen Ueberzeugung.“

Hervorgegangen aus Betrachtungen über die damalige politische Lage sollte man glauben, daß die Schrift ebenfalls nur ein Spiegelbild der Zeit und der damaligen Anschauungen sei; aber es bedarf nur eines Blickes auf die Hauptstellen derselben, um zu sehen, daß der Verfasser schon damals die nationale Richtung einhielt, die er noch bis vor seinen Tod vertrat, und die volle Bedeutung Preußens richtig erkannte. Wir heben deshalb einige derselben hervor. Seite 11 sagte er: „Sagen wir es gerade heraus, die Einigkeit zwischen Oesterreich und Preußen kann eine aufrichtige nicht sein, so lange beide um die Hegemonie in Deutschland streiten. So lange dieser Streit geführt wird, so lange kann Deutschland nicht zu einer nationalen Bedeutung kommen, so lange dienen seine Länder jedem europäischen Kriege als Schlachtfeld, jedem Friedensschlusse als Theilungs- und Entscheidungsobjekte, jede größere Krisis führt es an den Rand des Verderbens. — Vor Einer Art der Lösung aber hat Deutschland sich um so mehr zu hüten, da dieselbe vielfach als die leichteste von allen, worüber Wien und Berlin sich

verständigen könnten, angesehen wird. Sie ist die Theilung Deutschlands nach der Mainlinie in einen norddeutschen und einen süddeutschen Bund."

Nachdem er die Vorgänge in Oesterreich geschildert, stellt er sich das künftige Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland folgendermaßen vor: „Was Oesterreich von Deutschland zu verlangen hat, ist, daß das bisherige völkerrechtliche Verhältniß nicht aufgelöst, vielmehr neu befestigt werde, so daß der Krieg ausgeschlossen bleibt, die Fälle gegenseitiger Hülfeleistung bestimmt, die Beziehungen des gegenseitigen Verkehrs geregelt werden." Es ist dies gerade diejenige Lösung, welche Preußen erstrebt hat und die nun zur völligen Durchführung gelangen soll.

Ueber Preußen spricht er sich also aus: „Nach wie vor ist es für Preußen eine Existenzfrage, mit den anderen deutschen Staaten innig verbunden zu sein, die Achtung und die Sympathien der Nation für sich zu haben; ebenso ist für das übrige Deutschland der Anschluß an Preußen die unerläßliche Bedingung seiner Sicherheit und seines Gedeihens. — Was Preußen einbüßt, wird überall als ein Verlust für Deutschland betrachtet, und auf der andern Seite stellt sich, was Preußen gewinnt, sogleich als eine deutsche Errungenschaft dar." Ferner an einer andern Stelle: „Preußens Macht beruht auf der öffentlichen Meinung und dem Vertrauen der Nation, auf der festbegründeten Ueberzeugung, daß Preußen kein anderes Interesse haben kann, als das deutsch-nationale, daß die Geschicke Deutschlands mit denen Preußens untrennbar verbunden sind und die nämlichen Wege gehen."

Wie endlich die Lösung des Dualismus und die neue Gestaltung Deutschlands erfolgen müsse, sagte er an zwei anderen Stellen also: „Die Grundlage der Verständigung muß die Verfassung Deutschlands und der Bund mit Oesterreich sein und dabei ist jede deutsche Regierung, jeder deutsche Mann betheiligt." — „Diese Basis wird in einer neuen Bundesakte zwischen Oesterreich und Deutschland gefunden werden müssen, welche den Krieg zwischen den Bundesgenossen ausschließt, eine gemeinsame Politik in allen europäischen Fragen ermöglicht, die Fälle und Modalitäten der Bundeshülfe wie die Verkehrsbeziehungen regelt, die innere Entwickelung aber nicht in ihren Bereich zieht. Früher oder später, auf friedlichem Wege oder nach blutigen Kriegen, wird eine Verständigung auf dieser Basis erzielt werden."

Was Mathy hier ahnend voraussagte, ist Alles so gekommen und zwölf Jahre später eingetreten; aber das, was er zunächst zu erreichen bestrebt war, den Anschluß Preußens an die Westmächte, seine Betheiligung am

Kriege gegen Rußland und die Vernichtung der russischen Macht ist damals nicht erreicht worden, weil König Friedrich Wilhelm IV. persönlich zu sehr nach Rußland hinneigte und es ihm an Kraft gebrach, einen festen und ernsten Entschluß zu fassen.

Diesem ersten Hefte folgte Ende Juni ein zweites, welches sich speziell mit dem russischen Kriege und den Verhandlungen darüber am deutschen Bunde beschäftigte. Aber diese Darstellung des Fortganges der orientalischen Frage erhielt keine Fortsetzung mehr, da der deutsche Büchermarkt mit Broschüren über dieselbe förmlich überfluthet wurde und nur in den größeren Hauptstädten das nöthige Material ausführlich und vollständig alsbald zu erhalten war. Mathy verfolgte diese Frage deshalb nicht mit geringerem Interesse und das Resultat seiner Betrachtungen war dann eine Reihe von Artikeln, welche im Sommer und Spätjahre 1854 im Mannheimer Journal erschienen und gleichsam diese vaterländischen Hefte fortsetzten.

Schon zuvor, Mitte Mai, hatte er in dieser Zeitung auf ein wichtiges Unterstützungsmittel im orientalischen Kriege hingedeutet. Da nämlich Rußland zu Gunsten seiner Plane und Absichten der Revolution in der Türkei sich bedienen und auch Oesterreich durch Agitationen unter den Slaven schwächen wollte, so rieth er Oesterreich und den Westmächten, das revolutionäre Element in Polen als Kriegswaffe gegen Rußland zu gebrauchen und dieses Reich in größerem Umfange wieder herzustellen (Mannh. Journ. Nr. 116). Nach dem Abschlusse des erwähnten zweiten Heftes war es sein Bestreben, vorzugsweise die Nothwendigkeit zu erweisen, daß Deutschland sich am Kampfe gegen Rußland betheilige, um das Uebergewicht desselben von Deutschland gänzlich abzuschütteln und sich zu einer nationalen Gesammtmacht zu constituiren. Er that dies in neun Artikeln unter der Ueberschrift „die Fragen des Tages“ (Mannh. Journ. Nr. 140, 142, 144, 146, 149, 155, 167, 187 und 233) und in einigen anderen Erörterungen, die damit zusammen hingen und sich mit der russischen und österreichischen Finanzlage beschäftigten (Nr. 173, 177, 238).

Daneben übersah sein Auge auch nicht die übrigen Vorgänge und Erscheinungen jener Zeit und beschäftigte er sich bald mit den Rechenschaftsberichten großer Geldinstitute und Unternehmungen, bald mit der Frage des Sundzolls und des Anschlusses der Hansestädte an den Zollverein und gerade letzte Erörterung (Nr. 224, 225) zeigte in hohem Maße die große Klarheit seiner Gedanken und die Schärfe der Auffassung der entgegengesetzten Standpunkte, die bekanntlich bis zur Gegenwart sich noch nicht voll=

ständig versöhnen konnten. Besonders beschäftigten ihn auch die Verhältnisse in Baden, welche vorzugsweise der Gegenstand seiner Privatunterhaltung waren.

In ausführlicher Weise besprach er schon im Mai das badische Finanzgesetz für 1854 und 1855 (Nr. 105—167), wobei besonders zwei Punkte vorkommen, die auch heute noch von Interesse sind. Er tadelte nämlich streng die festgehaltenen Tilgungssysteme der Staatsschuld, bei welchen die Staaten fortführen, ältere Anleihen zu niedrigerem Zinsfuße zu tilgen, während sie neue Anlehen zu höherem Zinsfuße machen müssen, und empfahl dagegen das englische System, das nur vorhandene Ueberschüsse zur Verminderung der Schuld verwendet und die geeigneten Zeitpunkte für Zinsreduktion zur Erleichterung der Last benützt. Einen strengeren Tadel sprach er aber noch weiter über das Finanzgesetz selbst aus, in welchem das ordentliche Budget mit einem Deficit von 34,718 fl. abschloß, eine unerfreuliche Erscheinung, die damals zum ersten Male vorkam. Die Regierungsvorlage hatte dies Deficit auf 532,567 fl. beziffert, die Kammer entfernte aber, um einer Steuererhöhung zu entgehen, das Deficit aus dem ordentlichen Budget. Mathy sagte nun hierüber: „Dieses Verfahren ist nicht neu, aber es läßt sich nur dann rechtfertigen, wenn die übertragenen Ausgaben wirklich nur einmalige, nicht regelmäßig wiederkehrende sind, weil es sonst eine Selbsttäuschung über die Finanzlage wäre. Jedenfalls ist das Verfahren nicht gerechtfertigt, wenn es seinen Zweck nicht erreicht, das heißt, wenn dessen ungeachtet im ordentlichen Budget ein Deficit übrig bleibt. Entweder hätte man die Grundlage des Entwurfs, vorbehaltlich von Modificationen und einzelnen Sätzen, beibehalten und die Entschlossenheit haben sollen, für vollständige Deckung zu sorgen, oder man hätte das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben vollständig herstellen sollen, was durch Ermäßigung einiger Ansätze, da es sich nur noch um einen Betrag von 34,000 fl. handelte, ohne Nachtheil für den öffentlichen Dienst hätte geschehen können. Sehen wir uns nach den Gründen um, welche dem bedauerlichen Abschlusse zur Seite stehen könnten, so vermögen wir nur einen einzigen zu entdecken, nämlich den, daß ein kleines Deficit als eine starke Mahnung zur Sparsamkeit wirken werde. Wir legen diesem Grunde keinen besonderen Werth bei und sind vielmehr der Meinung, daß die Sorge, ein mühsam vermiedenes Deficit nicht entstehen zu lassen, stärker ist, als die, ein vorhandenes nicht zu vergrößern. Allein abgesehen davon, erscheinen uns die Nachtheile des eingehaltenen Verfahrens entschieden überwiegend. Wir glauben, daß es

den voraussichtlich eintretenden Ereignissen gegenüber — und im Staatshaushalte ist nicht nur das Heute, sondern auch das Morgen zu bedenken — nicht gut war, ein Finanzgesetz zu erlassen, welches sagt: die verfügbaren Mittel des Staates reichen weder für die ordentlichen, noch für die außerordentlichen Bedürfnisse, noch für die Regelung des Kassenverkehrs (durch den Betriebsfond); für dieses Alles bedürfen wir eine Vermehrung der schwebenden Schuld; gleichzeitig erfordert der Eisenbahnbau eine Anleihe von 10 Millionen Gulden. Wir glauben nicht, daß es gut war, in dem Gesetz einen Nothstand zu bekennen, welcher in Wirklichkeit nicht vorhanden ist, denn man verschlimmert dadurch seine Lage für den Fall, daß ein solcher Zustand wirklich eintreten sollte. Wir nehmen die finanzielle Lage des Landes förmlich in Schutz gegen die Darstellung im Finanzgesetze, indem wir sagen: es war nicht nothwendig, das ordentliche Budget mit einem Deficit abzuschließen und — fügen wir hinzu — den Betriebsfond für unzureichend zu erklären. Wenn — wie wir hoffen — aus dem begangenen Fehler ein materieller Nachtheil nicht erwächst, so wird dies der Einsicht in die wirklichen Zustände, welche ziemlich verbreitet ist, zu verdanken sein; aber eine Wiederholung könnte schädlich werden."

Wir haben diese Stelle absichtlich hier vollständig wiedergegeben, weil sie den leitenden Gedanken darlegt, von dem Mathy später praktisch ausging, als er die Verwaltung des Finanzministeriums selbst in die Hand nahm und eine erhebliche Anzahl Ausgabeposten vom außerordentlichen Budget in's ordentliche übertrug.

Eine zweite interessante Betrachtung legte Mathy in Nr. 4 der Fragen des Tages nieder, Ende Juni 1854. Sie galt dem schwebenden Kirchenstreite und seiner Lösung und auch hier sah er ganz klar und scharf, auf welchem Wege zuerst ein leidlicher Frieden hergestellt werden könne. Er schloß diesen kurzen Aufsatz mit den Worten: „Es war nicht schwer vorauszusehen, daß der Kirchenstreit nicht auf dem Administrativwege, sondern auf dem des Vertrags zu erledigen sein werde; allein es scheint, daß Erfahrungen immer auf's Neue gemacht sein wollen. Was die Basis der Unterhandlungen in Rom betrifft, so wird für kleinere deutsche Staaten mit protestantischen Oberhäuptern, Staaten, welche nicht einmal zusammen halten, eine günstigere schwerlich zu erlangen sein, als das gegenwärtige Verhältniß der katholischen Kirche in Preußen. Im Interesse des Friedens und der Wohlfahrt beider Theile, besonders aber der Bevölkerungen ist zu wünschen, daß ein Vertrag recht bald zu Stande komme und daß damit manche bedauerliche Vorgänge

der Vergessenheit anheimfallen. Die Regierungen werden alsdann das Nöthige anzuordnen haben, damit der Gebrauch, welchen die Kirche von ihren Rechten machen könnte, die bürgerlichen Interessen der Staatsangehörigen nicht verletze und daß die Freiheit einer Kirche auch anderen Kirchen und Religionsgenossenschaften zu Theil werde." — Wie diese Ausgleichung im Vertragswege zu bewerkstelligen sei, war nicht der besondere Zweck dieser Auseinandersetzung. Jedoch dürfte auch darauf eine andere Stelle desselben einiges Licht werfen, indem er darin sagte: „Die Forderungen der Bischöfe sind von Seiten der Regierungen anfänglich nicht aus dem Gesichtspunkte des Rechts, sondern aus dem der Zweckmäßigkeit aufgefaßt und es sind den Bischöfen Zugeständnisse angeboten worden, welche man mit dem Staatswohle verträglich erachtete. Die Bischöfe waren damit nicht zufrieden; sie betrachteten ihre Kirche nicht ähnlich einer Aktiengesellschaft, welche ihr Statut nach dem Ermessen der Verwaltungsbehörde einrichten muß, sondern als eine berechtigte Körperschaft, welche verlangt, was ihr gebührt."

Mathy hatte dabei die damals im Gange befindlichen Verhandlungen Badens mit der päpstlichen Kurie in Rom in Bezug auf ein Konkordat im Auge, dachte aber freilich nicht daran, daß der Staat die nachmaligen weitgehenden Concessionen zugestehen werde, womit er eben so wenig einverstanden war, wie seine politischen Freunde. Aber er verkannte dabei nicht die große Bedeutung der römischen Kirchengenossenschaft und die hohen Rücksichten, welche derselben zu schenken seien, und er war weit davon entfernt, ihr irgend etwas zu versagen, was mit dem Gedeihen des Staates und der freiheitlichen Entwickelung überhaupt vereinbar erschien. Wäre er nach dem Abschlusse des Konkordats in Baden und in der Kammer gewesen, so hätte er unstreitig an den lebhaften Debatten darüber Theil genommen und wäre er dann nach Neubildung des Ministeriums entschieden nicht dafür gewesen, die neuen Gesetze über Freigebung der Kirche einseitig in volle Wirksamkeit treten zu lassen, ohne vorher alle Rechte des Staates von der Kirche förmlich anerkannt zu sehen.

Der Sommer 1854 brachte die gewünschte und erwartete Wendung der Dinge in Deutschland und Baden nicht und hier sogar wurde die Reaction noch stärker und schärfer und knickte manche bis dahin noch erhaltene Hoffnung, während nur in Preußen der freiheitliche Drang an Stärke zunahm und sichtlich die liberalere Partei sich mehr dem eventuellen Thronfolger zuneigte. Trotz der entgegengesetzten Strömung der conservativen und Junkerpartei erkannte Mathy doch, daß in diesem Staate die neue Richtung nach

mancherlei vergeblichen Anläufen endlich doch zum Siege gelangen werde und deshalb lenkten sich seine Blicke immer mehr auf diesen Staat. Die bisherige Thätigkeit in Mannheim füllte seine Zeit nicht aus und genügte ihm nicht mehr, zumal auch sein Freund Bassermann immer leidender wurde, und daher war es ihm willkommen, als er gegen das Spätjahr einen Antrag erhielt, in die Direction des Schaffhausen'schen Bankvereins zu Köln zu treten, mit deren Mitgliedern er besonders von Frankfurt her persönlich befreundet worden war. Im October schied er daher von Mannheim und siedelte nach Köln über, um sich ganz in diesen praktischen Beruf einzuleben, der so eng mit seinen ersten und Hauptstudien in Verbindung stand. Schon in der kürzesten Zeit schrieb er darüber: „meine Beschäftigung hier sagt mir in hohem Grade zu" und in der That widmete er sich nun eifrig und emsig den merkantilen Interessen und verfolgte alle Vorgänge auf diesem Gebiete. National-ökonomische oder staatswirthschaftliche Schemata wählte er von da an vorzugsweise zu Mittheilungen an das ihm fortwährend befreundete Blatt und seine jetzige Beschäftigung bot ihm dafür Stoff in reichlicher Fülle. Er schrieb bald darüber und über seine Stellung überhaupt: „Ueber meine hiesige Stellung werde ich Ihnen berichten, sobald ich sie gefunden habe; bis jetzt bin ich Exspektant, habe verschiedenerlei statistische und administrative Arbeiten über Eisenbahn-, Verkehrs-, Kredit-, Versicherungs- und dergleichen Unternehmungen, die mich, en attendant mieux, allerdings ansprechen. Es ist hier eine große Regsamkeit und Geschicklichkeit für industrielle Unternehmungen aller Art und da hinein zu blicken ist mir ebenso interessant als belehrend."

Die nahe Lage und die Verbindung des Handels, wie der großen Geldinstitute Kölns mit den industriellen und anderen Unternehmungen in Belgien und Frankreich erschlossen ihm eine nähere Kenntniß derselben und boten des Neuen und Belehrenden allerdings viel, auch war der Niederrheim selbst nie mehr wie damals beschäftigt, eine lange Reihe von Bergwerks- und anderen Unternehmungen und Gesellschaften zu begründen, was freilich 1857 von einem gewaltigen Rückschlage betroffen wurde. Das Resultat dieser Studien und Betrachtungen war abermals eine Anzahl von Aufsätzen im Mannheimer Journal, die im Laufe des Winters 1854—55 erschienen. Bald beschäftigte er sich darin mit dem Verkauf der österreichischen Staatsbahnen und Bergwerke an eine französische Gesellschaft, bald mit der französischen Nordbahn und den belgischen Bahnen; bald zogen ihn die Verhandlungen der Parlamente und Landtage an und faßte er sie in einem Gesammtbilde

zusammen. Bei Gelegenheit der Verkehrsbeschränkungen für fremdes Papiergeld in Preußen verbreitete er sich ausführlich hierüber und sprach einer größeren Begünstigung der Privatbanken das Wort, zumal auch der Schaffhausen'sche Bankverein darunter litt. Am Jahresschlusse beschäftigte er sich lebhaft mit der Münzfrage und seine desfallsigen Vorschläge waren ebenso praktisch, als klar gedacht. Als Resultat derselben ergab sich für ihn der Wunsch, daß Oesterreich zum 24½ Guldenfuße übergehe, daß als gemeinsame Münze anstatt des zu großen Doppelthalers eine Silbermünze von 1⅓ Thaler oder 2⅓ Vereinsgulden geprägt werde, daß die gemeinsame Goldmünze, ohne gesetzlichen Werth, dem englischen Sovereign gleich komme, da man doch noch nicht zur Goldwährung übergehen könne, und daß endlich der Norden sich verbindlich mache, alle conventionsmäßig geprägten gröberen Silbermünzen Süddeutschlands anzunehmen, denn man dürfe doch von den Vereinsstaaten erwarten, „daß die eigenthümliche Gegenseitigkeit, wobei der Thaler im Süden gewinnt und der Gulden im Norden verliert, eine billige Ausgleichung finde."

In einer anderen Arbeit besprach er die amerikanische Post auf Grund des Jahresberichts des nordamerikanischen Generalpostmeisters und mit hoher Anerkennung hob er dabei den Umstand hervor, daß überall, wo eine neue Ansiedelung entsteht, die Post eines der ersten Bedürfnisse ist, welchem sogleich genügt wird, ein System, das er später auch so gern in Baden einzuführen geneigt war. Die raschen und großen Erfolge der französischen Nationalanleihe zur Beschaffung der Mittel für den Krieg gaben ihm Anlaß zu weiteren Bemerkungen, welche den Erfolg auch von der politischen Seite richtig würdigten; dann lenkte er die Aufmerksamkeit der Presse auch auf die Wichtigkeit der stehenden Brücken über den Rhein und hob er besonders das Interesse von Mannheim hervor, hierin sich den Rang nicht von Mainz ablaufen zu lassen, sondern sich eifrig für ein solches Unternehmen zu bemühen, wofür man aber in Mannheim das rechte Verständniß noch nicht besaß, indem die Handelskammer und der Schifferstand sich lieber abmühte, gegen diese Brückenprojekte ohne Schiffsdurchlaß lange Proteste schreiben zu lassen. Mathy selbst schrieb in einem Briefe über das Verhalten der Stadt: „Wo soll die Mannheimer Brücke herkommen, wenn die Stadt selbst sich nicht dafür rührt?" Endlich brach er eine Lanze gegen das Telegraphenmonopol in Preußen und kaum ist darüber etwas Besseres geschrieben worden. Abgesehen von diesem Monopol verbreitete er sich dabei auch über die Nothwendigkeit, für einfache Depeschen eine mäßige feste Gebühr ohne Rücksicht

auf die Entfernung einzuführen, und dieselben Grundsätze, die er hier niederlegte, hat er später ebenfalls in Baden eingeführt, das aber freilich für Privattelegraphen nicht geeignet ist.

Die politische Lage Deutschlands schien ihm Ende Januar 1855 sehr ernst zu werden; aber er klagte mit Recht darüber: „Und noch immer die Apathie in der Nation!“ Und in den ersten Tagen des Februar eröffnete er einen Brief also: „Ueber Politik läßt sich gegenwärtig nicht schreiben, ohne Preußens zu erwähnen, Preußens aber läßt sich nicht gedenken, ohne seine Haltung zu billigen oder zu mißbilligen. Da ich das Eine nicht kann und das Andere nicht mag, so schweige ich von der Politik, bis sich die Dinge etwas abgeklärt haben, was wohl im März oder April geschehen wird.“ — Allerdings erfolgte bis dahin die Abklärung; aber sie war gerade keine günstige und verleidete Mathy nur die praktische Bethätigung an der Politik und führte ihn mehr und mehr, ja zuletzt fast ausschließlich auf das Gebiet des Verkehrslebens und Bankwesens, in das er sich wieder so tüchtig hineingearbeitet hatte und in dem er Erholung suchte und fand, gegenüber der wahrhaft trostlosen Lage, in welcher sich Deutschland in den nächsten Paar Jahren bewegte.

In Köln lebte sich Mathy ganz in das Bankwesen ein und er hatte besonders reiche Gelegenheit, die Bildung, Organisation und das Gebahren der verschiedenen Aktiengesellschaften zu studieren, die am Unterrhein in reichem Maße emporschossen und theilweise freilich auch ein kurzes, vergängliches Leben hatten. Hatten jedoch diese Studien für Mathy vielen Werth, so war doch der Geschäftskreis des Schaffhausen'schen Bankvereins ihm nicht entsprechend genug und er machte sich immer mehr mit der Idee vertraut, daß neben der königlichen Bank und deren Filialien noch zahlreiche Privatbanken entstehen sollten, welche für ihre Thätigkeit einen freieren Spielraum gewinnen konnten, und er entwarf dafür verschiedene Pläne. Dies veranlaßte den ihm schon seit einer Reihe von Jahren zuerst durch politische Berathungen und dann durch das Frankfurter Parlament befreundeten David Hansemann, den bekannten Vorstand der Berliner Discontobank und ein vortragendes Mitglied der preußischen Landtage, Mathy für seine Unternehmungen zu gewinnen und ihn so schon nach nicht anderthalb Jahren nach Berlin zu ziehen. Hansemann wollte nämlich nicht blos die Discontobank zu einem der hervorragendsten Bankinstitute machen, sondern dem damaligen Zuge der Zeit entsprechend auch eine Reihe anderer Unternehmungen gründen und mit dem großen Kapitale der Bank Handel und Industrie mächtig

fördern. Mathy übernahm es daher, die Statuten und den Organisationsplan zu dem Unternehmen Hansemanns zu entwerfen und trat in die Direction selbst ein, um auch an der Ausführung thätig mit zu arbeiten.

Berlin mit seinen bedeutenden Persönlichkeiten war für Mathy ein ganz anderer Boden; er traf daselbst eine Reihe politischer Gesinnungsgenossen und Freunde und lebte sich bald in den neuen Kreisen ein. Besonders suchte er dabei auch die bewegenden Kräfte in der preußischen Staatsmaschine näher kennen zu lernen, trug Manches dazu bei, die freisinnigen preußischen Freunde in jener Zeit des Manteuffel'schen Reactionssystems zu ermuthigen und mit neuen Hoffnungen zu beleben und sah mit Vergnügen, daß besonders die Partei Schwerin-Auerswald mehr und mehr Boden erhielt und nur darauf wartete, bei einem eintretenden Regierungswechsel an's Ruder zu gelangen. Dabei war er rastlos thätig und half manche neue Unternehmung begründen, wie unter Anderem auch die Gothaer Bank und ähnliche Institute. Als aber doch die Banken allzu zahlreich an ganz untauglichen Plätzen aufschossen, die Ueberspekulation begann und die Börsen zu wahrem Aktienschwindel übergingen, da verkannte Mathy nicht, daß ein baldiger Rückschlag erfolgen müsse, welcher nur die zahlreichen Bankinstitute selbst an ihrer Wurzel angreifen konnte. Die Ueberspekulation, die Ueberstürzung der Leute in der Sucht recht rasch reich zu werden und das Eindringen vieler schädlicher und fauler Elemente in das Bankwesen, das Mathy auf einer soliden Basis erhalten zu sehen wünschte, waren für ihn keine günstigen Symptome, er hätte es vorgezogen, den Geschäftskreis bei der sicher herannahenden Handelskrisis zu verringern, anstatt ihn noch auszudehnen, und daher wurde ihm die Thätigkeit in Berlin nach und nach verleidet und suchte er sich einen beschränkteren und ruhigeren Wirkungskreis zu verschaffen, als welcher nach und nach sein Berliner geworden war. Ohnehin entsprach diese Thätigkeit ihm nicht ganz, denn sie füllte blos einen Theil seiner Lieblingsbeschäftigungen aus und zog ihn von anderen ab, vor Allem aber entfremdete sie ihn der politischen Wirksamkeit, für welche er damals in Preußen keinen Boden finden konnte und sein eigentlicher Platz nur in Süddeutschland lag. Er ergriff daher gerne die sich darbietende Gelegenheit, einen ruhigeren Wirkungskreis zu erlangen, als an ihn im Herbste 1857 der Antrag gelangte, die Direktion der schon erwähnten Gothaer Bank zu übernehmen, weshalb er mit Ende dieses Jahres in diese freundliche Stadt am nördlichen Fuße des Thüringer Waldes übersiedelte.

Die Handelskrisis von 1857 hatte die Verhältnisse mancher Banken

sehr erschüttert und da Preußen dem Ueberwuchern der Banknotenfabrikation durch das Verbot der kleinen Stücke unter zehn Thaler entgegentreten wollte, so empfanden dies gerade diejenigen Banken am Meisten, welche in der Nähe der preußischen Grenze gegründet waren und auf den Absatz ihrer Banknoten in Preußen rechneten. Zu diesen gehörte auch die erst kurz vorher gegründete Privatbank in Gotha, welche noch nicht Zeit gehabt hatte, ihr ganzes Kapital in Geschäften zu engagiren und daher die Krisis besser überstand, und von ihr vorzugsweise ging die Anregung zu der im Spätjahre in Frankfurt a. M. erfolgten Berathung der Bevollmächtigten der neuen Banken von Gotha, Homburg, Luxemburg, Meiningen, Bückeburg, Rostock, Darmstadt und Sondershausen aus, welche in besserer Weise die Sicherheit der Banken, ihres Betriebs und ihrer Banknoten festzustellen suchten und daher fünf Beschlüsse darüber faßten. Dieselben gingen wirklich von ganz richtigen Grundsätzen aus; da aber die von Preußen beabsichtigte Konferenz zur Regelung der Bankfrage nicht zu Stande kam und das erwähnte Verbot somit beim nächsten Jahresbeginne in's Leben treten sollte, so beschloß die Bank, ihre Thätigkeit vorzugsweise blos dem eigentlichen Bankverkehre zu widmen, und berief an ihre Spitze den ihr von Berlin empfohlenen Mathy.

Er trat diese Stelle an Neujahr 1858 an, führte den Vorsitz in der Direction und es lag ihm nicht blos die obere geschäftliche Leitung ob, sondern auch die Führung der Correspondenz mit öffentlichen Behörden und Juristen, was seine Thätigkeit alsbald reichlich ausfüllte. Auch seine äußere Stellung war eine günstige, denn sie gab ihm eine schöne und freundliche Wohnung, einen Gehalt von zwei Tausend Thalern nebst dem dritten Theile der statutenmäßig auf die Direction fallenden Tantième und Gelegenheit, mit den anderen in Gotha bestehenden großen und ausgezeichneten Instituten, namentlich der großartigen Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit, in regen Verkehr zu kommen und den Kreis seines Wissens und seiner Erfahrungen zu erweitern. Bald hatte sich Mathy hier eingelebt und einen Kreis von Freunden und Bekannten um sich gebildet, die sich besonders auch an den merkantilen und Bankinteressen gerne betheiligten und theilweise an der Gründung dieser Institute mitgewirkt hatten. Wir nennen aus diesem Kreise nur den Oberschulrath Rost, Rechtsanwalt Henneberg, Hofrath Becker, Finanzrath Hopf, Bankinspektor Gier, die Regierungsräthe Müller, Mönich und Sammer, Kreisgerichtsdirektor Berlet, Oberstaatsanwalt v. Holzendorf, Ministerialrath Brückner und Hofprediger Schwarz; auch die Umgegend, welche zu Ausflügen in den nahen Thüringer Wald veranlaßte, brachte an-

genehme Bekanntschaften und hier besonders entstand das Freundschaftsband mit dem im nahen Siebleben wohnenden, ihm schon von Frankfurt her bekannten Schriftsteller Gustav Freytag, das sich später nochmals in Leipzig erneuerte und verengerte.

Im Sommer desselben Jahres wurde in Folge einer auf dem Frankfurter Wohlthätigkeitscongresse geschehenen Anregung von der in Berlin gebildeten Kommission ein volkswirthschaftlicher Congreß ausgeschrieben, der in den Tagen des 20. bis 24. September zu Gotha abgehalten werden sollte und wofür sich sodann auch daselbst zum Behufe der zu treffenden Einleitungen ein Localcomite bildete. Natürlich gehörte vor Allen auch Mathy zu den Mitgliedern desselben und er bethätigte sich dabei mit dem größten Interesse; sollten doch hier Fragen zur Besprechung gelangen, die ihn schon durch sein ganzes Leben beschäftigt hatten. Als jedoch das Berliner Comite seinen Entwurf zu einem Statut für den Congreß versandte und sich darin die entschiedene freihändlerische Richtung anzukündigen schien, regten sich bei Mathy, der immer noch an den Grundsätzen eines langsamen Vorgehens und mäßigen Schutzes festhielt, mancherlei Bedenken und es kam in der Vorbesprechung, welcher das Gothaer Comite einen andern Entwurf vorlegte, zu einer ziemlich heftigen Debatte zwischen Hübner, Lette, Schulze von Delitsch, Malß, Böhmert, Michaelis, Biedermann, Mathy und dem Verfasser dieses, die bei Vielen die Befürchtung erregte, der Congreß möchte ebenso sich gestalten und fruchtlos verlaufen. Man einigte sich aber bald dahin, daß eine Kommission aus Biedermann, Böhmert, Lette, Mathy, Michaelis, Schulze und Wichmann gebildet werde, die sodann einen neuen Entwurf ausarbeitete, welcher auch mit geringen Aenderungen vom Congreß angenommen wurde. Dieser selbst bot dann auch ein großes Interesse dar, indem besonders die Frage der Gewerbefreiheit lebhaft erörtert und eine Fülle von drastischen Bildern aus den Folgen des Zunftwesens dargeboten wurde; aber Mathy, der den Verhandlungen ununterbrochen beiwohnte, fand die von denselben überall in den Vordergrund gestellten allzu freihändlerischen Bestrebungen seinen Grundsätzen nicht ganz entsprechend und betheiligte sich nur zweimal an den Debatten. Als bezüglich des Associationswesens die Versammlung den Grundsatz anerkannte, „es müsse die Einführung und Regelung der Associationen nicht durch den Staat erfolgen, sondern aus der freien und eigenen Thätigkeit der gewerbtreibenden und arbeitenden Klassen hervorgehen," gab er im Verein mit Henneberg aus Gotha und v. Lette aus Berlin die Erklärung zu Protokolle, daß sie dem Staate keineswegs die Förderung des

Associationswesens durch administrative oder legislative Maßregeln im Sinne der freien Entwickelung, zu Wegräumung schädlicher Hindernisse oder z. B. durch Einräumung von Corporationsrechten resp. den Rechten juristischer Personen unter bestimmten Voraussetzungen rc. benommen wissen wollten. Ferner als der Antrag gestellt wurde, es solle der Zolltarif möglichst vereinfacht und die Schutzzölle, welche mit einer gesunden industriellen Entwickelung unvereinbar seien, abgeschafft werden, hielt Mathy diesem unbedingten Ausspruche entgegen, daß die Versammlung noch viel zu jung und die Zollfrage noch viel zu wenig reif sei, um schon die Aufstellung eines vollständigen Tarifs wünschen zu können, wie es auch den günstigen Eindruck der ersten Versammlung schwächen und den Congreß gar auseinander sprengen müßte, wenn diese Frage schon zum Voraus zum Gegenstand des nächsten Congresses gemacht werde. Doch gestand er zu, daß auch die Anhänger List's die Schutzzölle nur als Uebergang betrachteten. — Man ersieht hieraus, wie zwar Mathy damals noch an dem bisherigen Tarif und nur allmäligem Fortschreiten festhielt, daß er aber bereits auch die neueren Anschauungen in's Auge faßte und dem Augenblicke entgegenschaute, wo das System der freien Concurrenz zum vollständigen Durchbruche kommen müsse. Nur war er, wie in Allem, nicht für Ueberstürzung, sondern für besonnenes und schrittweises Vorangehen und je allmäliger er diese neuen Ideen in sich aufnahm, desto freier und gründlicher wußte er sich darin zu bewegen und desto praktischer sie dem Leben anzupassen.

Sein Aufenthalt in Gotha dauerte bis zum Schlusse des Jahres 1859 und dann siedelte er nach Leipzig über, um als Director an die Spitze der allgemeinen deutschen Kreditbank zu treten. Diese hatte sich nämlich auch in den Zeiten des höchsten Aktien- und Bankschwindels in mancherlei Unternehmungen eingelassen, welche nicht glücklich ausgingen und die Anstalt ernstlich gefährdeten, und sie sah sich daher nach einem Manne um, welcher die erforderliche Tüchtigkeit besaß, um diese Unternehmungen in bester Weise abzuwickeln und die Anstalt auf eine gesundere Basis zurückzuführen, und da Mathy in dieser Hinsicht bereits in Gotha Vortreffliches geleistet hatte, so fiel ihr Auge auf ihn, um ihn für diesen Zweck zu gewinnen. Mathy folgte dem Antrage auch um so mehr, als er die Gothaer Bank in guten Händen belassen konnte und in Leipzig einen erweiterten Wirkungskreis, sowie auch größere Verhältnisse zu finden vermochte, andererseits auch Bekannte und Freunde ihm den Aufenthalt daselbst angenehm zu machen versprachen.

Der Plan, welchen Mathy zur Reorganisation der Bank machte, fand

den Beifall der Betheiligten und er gab sich alle Mühe, um sie wieder auf eine solide Basis zurückzuführen, was natürlich längere Zeit erforderte. Es gelang ihm dies in befriedigender Weise und das Geschäft nahm nach und nach einen neuen Aufschwung. Sehr angenehm fühlte er sich auch in den gesellschaftlichen Kreisen Leipzigs und da ihn nie der heitere Humor verließ, er besonders vortrefflich zu erzählen verstand und überhaupt ihm eine reiche Fülle des Wissens und der Erfahrung zu Gebote stand, so schloß sich bald um ihn ein Kreis der ausgezeichneteren Männer der Stadt aus allen Berufsklassen, wie H. v. Treitschke, Julian Schmidt, Gustav Freytag, Salomon Hirzel, der englische Schriftsteller Crowe und Andere, welche sich regelmäßig am Dienstag und Freitag Abends im Petrinum, einer Bierwirthschaft auf der Petersgasse, zu versammeln pflegten und eine oft joviale Gesellschaft bildeten. Im Mai 1862 hielt er bei der Fichtefeier auch einen Vortrag auf dem Schützenhause, wo sich die erwähnte Gesellschaft versammelt hatte. So lebte er sich in Leipzig heiter und gemüthlich ein, hauptsächlich sich seinen Berufsgeschäften widmend, daneben aber auch alle Vorgänge auf dem politischen Gebiete und besonders in seinem engeren Vaterlande Baden verfolgend, welches in eine neue Richtung eintrat und die Blicke Deutschlands wieder mehr auf sich zog, bis er im Herbst nach Baden zurückberufen wurde und diesem ehrenvollen Rufe um so mehr Folge leisten zu müssen glaubte, als er ihn in seine Lieblingsbeschäftigung zurückführte. Er kündigte also seine Stelle, von der man ihn sehr ungern scheiden ließ, und bereitete sich vor, mit Neujahr in Karlsruhe einzutreffen. Am 20. December gab ihm die Gesellschaft des Petrinum ein Abschiedsmahl und überreichte ihm zum Abschied ein Album mit den photographischen Bildnissen der Mitglieder und wenige Tage darauf verließ er die ihm so lieb gewordene Stadt, die er seither nicht wieder gesehen hat.

V.

Im Großherzogthum Baden war inzwischen ein bedeutender Umschwung erfolgt, der schwerlich eingetreten wäre ohne den in Preußen vorausgegangenen wichtigen Ministerwechsel, da dieser auch nach dem Süden die Luft wieder freier machte. Seit dem Frühjahre 1852 hatte Baden seinen Kirchenkonflikt sich heftiger und umfassender ausbreiten sehen, ein Konflikt, den schärfer Blickende schon damals voraussagten, als es sich in der Kammer um die Zulassung der sogenannten Barmherzigen Schwestern handelte und ein Abgeordneter ausrief: „Heute die Barmherzigen Schwestern, in zehn Jahren die Jesuiten!" Das Ministerium wurde von Wien aus beherrscht, die Reaction feierte rücksichtslos ihre Triumphe und es wurden, da die Südstaaten wie immer nicht zusammenhielten, Unterhandlungen mit Rom über ein Konkordat eingeleitet, bei welchen das Ministerium Schritt für Schritt nachgab. Glücklicher Weise kam es aber ein Jahr zu spät zum Abschlusse, denn 1858 oder Anfangs 1859 wäre es wohl von dem fügsamen Landtage angenommen worden. Wie bekannt, wurde aber im April 1860 das Konkordat von der zweiten Kammer verworfen, der Großherzog von den unseligen Schritten des Ministeriums unterrichtet und in Folge von einigen anderen Vorgängen, die wir hier und heute noch nicht besprechen können, das Ministerium entlassen, mit Ausnahme der Präsidenten des Kriegs- und Finanzministeriums, deren Letzterer sich jedoch mit den abgetretenen Kollegen zu gleichgesinnt fühlte, so daß er ebenfalls seine Pensionirung verlangte. Das neue Ministerium wurde unter dem Eindruck der Kammerabstimmung gebildet und konnte daher von einer politischen Einheit desselben, außer in der kirchlichen und der damit in Zusammenhang stehenden Schulfrage, nicht die Rede sein; Jeder ging vielmehr in seinem Departement seinen eigenen Weg und dies wurde auch nicht anders, als 1861 Franz v. Roggenbach an die Spitze des auswärtigen Ministeriums gestellt wurde und der badischen Politik in der deutschen Frage eine bestimmte Färbung gab. Dieser Letztere, das einzige zugleich auch staatsmännisch befähigte Mitglied des Ministeriums, konnte zwar stets auf die Zustimmung des Großherzogs in allen politischen Fragen rechnen, aber er fühlte doch das Bedürfniß eines weiteren Gesinnungs-

genossen im Ministerium und daher veranlaßte er nach dem Fürstentage zu Frankfurt den Großherzog, Mathy in den badischen Staatsdienst zurück zu berufen. Mathy schied ungern aus dem angenehmen Kreise und der ihn ansprechenden Berufsthätigkeit in Leipzig; aber ein eigenhändiges Schreiben des Großherzogs und der Wunsch des ihm von Frankfurt her befreundeten Roggenbach, der dort im Ministerium Gagerns gearbeitet hatte, veranlaßten ihn am 23. September 1862 die Stelle als vorsitzender Rath im Finanzministerium und Direktor der Hofdomänenkammer anzunehmen, obschon dabei seine Gehaltsverhältnisse hinter denen in Leipzig zurück standen. Somit kam Mathy am Schlusse dieses Jahres wieder in die Branche zurück, in welche er zuerst nach seinem Staatsexamen eingetreten war; aber es waren damit auch nicht unerhebliche Unannehmlichkeiten verbunden, die wir der Personen wegen heute noch nicht erörtern wollen und wovon wir nur hervorheben, daß sich die Ministerialvorstände dadurch verletzt fühlten, daß Mathy, der zweite Beamte im Finanzministerium, als Staatsrath eigentlich einen höhern Rang einnahm, als sein Vorgesetzter und dessen Kollegen, was die Verleihung des gleichen Titels an Vogelmann, Lamey und Weizel am 7. October veranlaßte. Eine Aenderung seiner Stellung wäre nun allerdings schon im nächsten Jahre möglich gewesen, als der bisherige Präsident des Handelsministeriums am 20. Febr. dieser Stellung enthoben wurde, um später an die Spitze des Verwaltungsgerichtshofes gestellt zu werden, eine Branche, in welche man, wie es scheint, manchmal auch mißliebig gewordene oder zur Disposition gestellte Beamte zu berufen beliebt, wie es verschiedene Beispiele 1866 und nachher gezeigt haben. Aber Roggenbach übernahm diese Stelle zuerst selbst und erst am 30. Januar 1864 wurde sie an Mathy übertragen, als sich Roggenbach außer Stand fühlte, neben seinem Portefeuille auch noch dieses mit seinen vielen und verschiedenartigen Zweigen zu verwalten. Noch unter Weizel war von diesem Ministerium eine recht lebendige Thätigkeit entfaltet worden und es zeugten besonders davon das Gewerbegesetz und das Gesetz über Niederlassung und Aufenthalt vom Jahre 1862. Aber es blieben noch manche andere wichtige Aufgaben zu lösen. Abgesehen von der neuen Gewerbehalle, die allerdings einen sehr zweifelhaften Werth hat, der neuen Einrichtung des statistischen Bureaus und der verschiedenen Einrichtungen und Förderungsanstalten für die Landwirthschaft, die Mathy unmittelbar in die Hände des Staats zu nehmen und in ein bestimmtes System zu bringen suchte, waren es besonders die Eisenbahn- und Straßenbauten, denen er sein Hauptaugenmerk widmete, und er setzte es sich zum Ziele, das badische Eisen-

bahnnetz, so weit es vom Staate ausgeführt werden sollte, genau festzustellen und zur Ausführung zu bringen. Außer dem Bau der stehenden Brücke in Mannheim, den er wesentlich förderte, und dem großartigen Projekte eines neuen Bahnhofs und zahlreicher den Handel fördernder Anstalten in Mannheim, ging sein Streben vorzugsweise dahin, mit Württemberg sich über verschiedene Eisenbahnanlagen zu verständigen, und er erzielte auch am 18. Februar und 3. März die Staatsverträge mit diesem Staate und Preußen, wodurch Baden eine ganze Anzahl neuer Linien zu bauen sich verbindlich machte. Hiernach wurden die Eisenbahnen von Meckesheim über Sinsheim und Rappenau bis Jagstfeld und von Adelsheim über Möckmühl eben dahin zum Anschluß an die Württemberger Bahn begonnen; es wurde die Kinzigthalbahn bis Hausach vollendet und jene von Singen über Engen und Donaueschingen nach Villingen begonnen, bis wohin Württemberg seine Oberneckarthalbahn von Rottweil aus über Schwenningen zu führen versprach, während diese Bahn selbst über Spaichingen und Tuttlingen bei Immendingen in die badische Bahn einmünden sollte. Ferner führte er nicht blos die Eisenbahn von Radolphszell nach Stockach aus, sondern dieselbe sollte auch weiter geführt werden und bei Sauldorf sich in zwei Linien theilen, deren nördliche über Meßkirch durch das Hohenzollern'sche gehen, bei Krauchenwies die Sigmaringer Bahn aufnehmen und bei Mengen sich an die Württembergische Donauthalbahn anschließen sollte, während für den südlichen Arm die Richtung über Wald, Pfullendorf und Osterach nach Altshausen und Aulendorf bestimmt wurde, eine Linie, die besonders dadurch wichtig wird, daß von Aulendorf eine weitere Fortsetzung über Memmingen und Buchloe nach München und somit der kürzeste Weg nach Wien dadurch gesichert ist. Endlich verständigte man sich mit Württemberg über die Bodenseegürtelbahn dahin, daß Baden eine Eisenbahn von Stockach oder Stahringen nach Friedrichshafen zu erbauen versprach, deren genaue Richtung aber der technischen Untersuchung noch vorbehalten blieb. Auch auf die Schließung dieser letzteren Gürtelbahn durch die Strecke Constanz-Romanshorn war man bedacht und wurde dafür eine erhebliche Summe als Subvention badischer Seits in Aussicht gestellt, obschon Baden dafür gar nicht verpflichtet war. Endlich wurde unter Mathy's Leitung die Odenwaldbahn von Mosbach nach Würzburg vollendet und die Tauberthalbahn von Lauda bis Hochhausen geführt, sowie mit Württemberg die Fortsetzung dieser Bahn von Königshofen nach Mergentheim verabredet. Leider lag es nicht an Mathy's Willen, daß diese Linien nicht alle so rasch in Angriff genommen und ausgeführt werden

konnten, denn hierzu war es nothwendig, die vom Landtage bewilligten Mittel auch flüssig zu machen. Dies war Sache des Finanzministeriums und dessen Leiter vermochte es nicht, unter günstigen oder doch unter nicht ungünstigen Bedingungen die erforderlichen Anlehen zu machen, wobei es sich denn auch zeigte, welche Unzuträglichkeiten es mit sich führt, wenn in einem kleinen Staate, wie Baden, die Portefeuilles der Finanzen und des Handels nicht in einer Hand sich befinden, sondern getrennt verwaltet werden. Gewiß hat Niemand diesen Uebelstand mehr gefühlt, als Mathy selbst und es war daher nicht zu verwundern, daß zwischen beiden Präsidenten eine gewisse Spannung entstand, die sich selbst in manchen Aeußerungen in der Kammer geltend machte, in welcher Mathy wieder als Mitglied für Tauberbischofsheim saß.

Unter Mathy's Leitung des Handelsministeriums erfolgte unter Anderm die Concessionirung der Eisenbahnen von Dinglingen nach Lahr (9. Mai 1864) und von Rastatt nach Gernsbach (12. Mai 1866), die Aufhebung der Postschule (23. Juli 1864) und die Bestimmungen über die Ausbildung und Ernennung der nicht wissenschaftlich gebildeten Hilfsarbeiter der Verkehrsanstalten und die Ermäßigung der Speditionsgebühr für Eisenbahnen und wurden unter Anderm Verordnungen über die Beaufsichtigung der Schifffahrt an der Zollgrenze, den Straßenschutz und Verkehr, den Flußbauschutz und eine Eisenbahnpolizeiordnung erlassen, auch weibliche Personen im Telegraphendienst angestellt.

Auch eine andere Angelegenheit hat Mathy unangenehm berührt, nämlich die Bankfrage, welche im Jahre 1864 in der Kammer zur Verhandlung kam. Eigentlich war die Sache noch eine Erbschaft aus Roggenbach's Verwaltung, aber die Hauptsache ging unter Mathy's Leitung vor. Schon 1842, 1846 und wiederholt in der Mitte der fünfziger Jahre war das Projekt einer badischen Bank aufgetaucht und war sowohl Herr v. Blittersdorf, als auch der Verfasser dieses mit dem damaligen Ministerium darüber in Verhandlung gestanden, allein die Handelskrisis trat dazwischen. Nun aber, da man von Mathy als tüchtigem Kenner des Bankwesens keinen principiellen Widerstand mehr zu befürchten hatte, trat das Projekt von Neuem hervor, es bildete sich sogar eine Concurrenz dafür und es liefen Concessionsgesuche ein. Mathy wünschte aber nicht die Bank zu einer Sache der Börsenspekulation und Agiotage gemacht zu sehen, wie es bei einem der Projekte der Fall zu sein schien, und er entschloß sich daher, für dasjenige Projekt die Genehmigung der Kammer zu verlangen, welches von mehreren

Mannheimer Häusern in Verbindung mit einigen großen norddeutschen Bankinstituten, deren Solidität Mathy aus eigener Erfahrung kennen gelernt hatte, eingereicht worden war.

Er, dem das Wohl und Gedeihen Mannheims so sehr am Herzen lag, und der sich schon im Herbst 1846 entschieden dafür ausgesprochen hatte, daß eine Bank nur in Mannheim am Platze sei, wünschte nicht ein schwächliches Institut, das blos einigen Banquiers diente, sondern ein solches, welches Baden in seinen Geldgeschäften von auswärtigen Anstalten und Geldmächten unabhängig machen und mit dem Platze Frankfurt in siegreiche Concurrenz treten könne, ja sogar das dortige Börsengeschäft, welches nicht an einen großartigen Handel und Fabrikbetrieb gebunden ist, nach Mannheim herüber zu ziehen vermöchte, eine Idee, die er schon seit Jahren bei sich trug und die er niemals aus dem Auge ließ. Da nun aber einer solchen Musterbank von den neidischen Frankfurtern jedes mögliche Hinderniß entgegen gesetzt würde, so wollte Mathy es in starken Händen wissen, welche dem Platze Frankfurt und seinen Contremineuren Widerpart leisten konnten, und deshalb war er gegen eine einfache Aktienbank und wollte er die Concession nur an die mächtigsten Geldkräfte des Landes in Verbindung mit großartigen norddeutschen Bankinstituten ertheilt wissen. Aber anstatt dafür den wohlverdienten Dank zu empfangen, mußte er nur arge Enttäuschung erleben, denn nachdem er schon im Staatsministerium, welches den Sitz der Bank in Karlsruhe wünschte, einen harten Kampf wegen dieses Sitzes zu bestehen hatte, fielen gerade aus Mannheim die erbittertsten Angriffe über ihn her, man verstieg sich sogar so weit, von Bestechung zu reden und der Unverstand gewisser Mannheimer Leute nannte seine großartige Idee eine unpraktische Combination und ein Machwerk der ureigenen Selbstsucht. Bis in die Kammerverhandlungen hinein, in welchen auch noch Ideologen ihre unpraktischen Ansichten zum Besten gaben, trug sich diese erregte und gereizte Stimmung und es war Mathy wahrlich nicht zu verdenken, daß er mit Bitterkeit sich über solche Opposition äußerte und den Mannheimern geradezu sagte, sie sollten sich eine bessere Handelskammer anschaffen. Dies erregte in Letzterer einen wahren Sturm und sie wandte sich deshalb sogar beleidigt an das Staatsministerium; es hatte dies aber nur das Resultat, daß die Bank vorerst nicht zu Stande kam und nachher die günstige Gelegenheit für eine solche ganz vorüber ging, was Mathy um so mehr schmerzte, als er es dabei in der That so gut mit Mannheim gemeint hatte.

Baden fehlte seit langer Zeit ein zeitgemäßes Straßengesetz, denn das

alte vom 7. Mai 1810 war vielfach verändert, ungenügend und unbillig und vor allen Dingen durch die Zeit längst überholt; die neuen Vorlagen von 1839, 1841 und 1843 erhielten aber nicht die Genehmigung der Stände. Mathy setzte es sich nun zur Aufgabe, ein auf richtigen Grundlagen beruhendes, dem neuen Standpunkte entsprechendes Straßengesetz in's Leben zu rufen und es wurden dazu die entsprechenden Vorarbeiten gemacht und auch der Entwurf festgestellt, der aber vor der Vorlage an die Kammer zuerst den Kreisversammlungen zur Begutachtung vorgelegt werden sollte, wovon sich jedoch Mathy für das Gesetz selbst nicht sonderlich viel versprach, denn er sah voraus, daß auch die Kreise gerne die ganze Last auf den Staat wälzen und so vielerlei abändernde Wünsche vorbringen würden, als es Kreisversammlungen gibt. Aber gerade deshalb wünschte er diese Versammlungen zuerst zu befragen, weil sein Hauptgrundsatz war, daß die Gemeinden nicht mehr die Regierung um neue Straßenanlagen, Correctionen und dergleichen bestürmen werden, außer wenn solche auch dringend geboten seien, sobald nämlich Gemeinden und Kreise einen hauptsächlichen Theil der Last selbst tragen müßten. Daneben sollte noch ein Hauptstraßennetz aufgestellt werden, welches in systematischer Weise alle jene Straßenverbindungen enthalte, die noch durch die Eisenbahnbauten nothwendig würden und daher auch noch vom Staat allein ausgeführt werden sollten, denn es erschien ihm nicht mehr als billig, daß da, wo die neuen Eisenbahnlinien neue Zufuhr- und Verkehrsstraßen bedingen und die alten brach legen oder unnöthig machen, auch der Staat selbst für diese Umgestaltungen einzutreten habe.

Wären die Geldverhältnisse und der Kredit des Staats nur einigermaßen besser gewesen, so hätte Mathy seine Absichten rasch und in kurzer Zeit verwirklicht gehabt, denn er besaß jene Energie, welche rasch entscheidet und eben so die Ausführung bewirkt. Aber leider besaß Baden nicht jene Leitung des Finanzwesens, wie sie unter den geänderten Zeitverhältnissen von einem Staate von nur einiger Bedeutung gefordert werden muß. Die Leiter des Finanzministeriums verstanden sich seit langer Zeit, — es waren Boeckh, Regenauer und Vogelmann — ganz vortrefflich auf das Kassenwesen und darauf, den Gang der Maschine in geregeltem Laufe zu erhalten, und der Letztere besaß auch eine tüchtige volkswirthschaftliche Bildung; aber schon Regenauer hatte Baden damit blosgestellt, daß er mit wahrhaftem Uebereifer gegen den Handelsvertrag mit Frankreich auftrat und so dem Staate ein geistiges Armuthszeugniß ausstellte, und wie dieser bei einer früheren Gelegenheit aus übergroßer Vorsicht und Eifer für Oesterreich große Summen

durch Anlehen erhob, um die Kassen gefüllt zu sehen, und der Staat Hunderttausende durch Zinsenverlust einbüßte, während Frankfurter Häuser das müßig liegende Geld zu geringen Zinsen erhielten und für sich nutzbar umsetzten, so beging Vogelmann umgekehrt den Fehler der zu großen Vorsicht, versäumte die rechte Zeit, um die Börsen in Anspruch zu nehmen, und konnte im Augenblick des Bedarfs ein Anlehen nur unter ungünstigen Bedingungen und später gar nicht mehr anbringen. Man ging eben den alten Weg des Schlendrians weiter, kannte keine anderen Bankhäuser als Goll und Rothschild und wenn diese nicht zu Anleihen bereit waren, so war man rathlos. Das bisherige Verfahren, das sich einmal so weit erniedrigte, vom Spielpächter Blanc in Homburg eine Million zu borgen und speziell den Hardtwald in kleinen Parzellen für jedes einzelne Appoint eines Anlehens zu versetzen, mochte angehen, so lange Baden nur einige Millionen brauchte; als aber die großartigen Eisenbahnbauten die Staatsschulden fast bis zu hundert Millionen erhoben und man dazu fortwährend noch neue große Summen brauchte, da war ein blos aus der Bureaucarriere hervorgegangener Finanzminister nicht mehr am Platze und hätte es eines Mannes bedurft, der genau mit dem Bank- und Börsenwesen und deren Hauptmatadoren bekannt war und durch deren Vertrauen auf ihn auch das Vertrauen auf den Staatskredit hob; auch mußte eben einmal daran gedacht werden, sich von der Frankfurter Börse zu emancipiren und die badischen Anlehen in einer Valuta zu machen, welche diesen Papieren den Eingang auf allen anderen Börsenplätzen und in anderen Staaten als blos Süddeutschland verschaffte.

Alle diese Verhältnisse und Uebelstände sah Mathy nur zu gut ein und oft genug drang er darauf, daß eine Aenderung darin erfolge; allein das Ministerium besaß nicht die nothwendige innere Einheit, es machten sich darin drei Strömungen geltend und als gar Roggenbach am 19. October 1865 zurücktrat und Edelsheim in seine Stelle einrückte, da stand Mathy ziemlich isolirt und alle seine Mahnungen halfen nichts oder wenig. Man kann sich daher leicht vorstellen, daß es ihn sehr schmerzte, das nicht ausführen und leisten zu können, woran er mit Liebe hing und was dem Lande so erhebliche Vortheile gebracht hätte, und er sah zu seinem großen Leidwesen Baden im Frühjahre 1866 in die kriegerischen Verwickelungen hinein treiben, ohne seine Kassen gefüllt zu haben oder sich für den Nothbedarf anders als mit den Beständen der Amortisationskasse und des Betriebsfonds helfen zu können. Mathy beschränkte sich daher fast nur auf sein Departement, auf das einige Zeit vorher bereits schon ein Anderer speculirt hatte,

Alle diese Dinge, der Mangel an Einheit der politischen Anschauungen und der Mangel jeder Energie und staatsmännischen Handelns konnte einen Mann nur verstimmen, der staatsmännisch so sehr geschult war, die Verhältnisse mit praktischem Blicke durchschaute, auch die Gegner nicht unterschätzte und stets auf sicherem und vorsichtigem Wege voranzuschreiten gewohnt war. Jedoch sah er eben so scharfsinnig voraus, daß die Dinge auf die Länge der Zeit nicht in dieser Weise weiter gehen konnten, und er sammelte schon einen Kreis von Männern um sich, welche ihm gleichartig gesinnt, die politische Lage in derselben Weise betrachteten und deren logische Entwickelung vorausahnten, für die Gegenwart aber sich gegenseitig in ihren Gesinnungen bestärkten und ruhig die Zukunft herankommen sahen.

Mathy war wohl der Einzige im badischen Ministerium, welcher die volle Bedeutung des österreichisch-preußischen Konflikts in der schleswig-holsteinischen Frage richtig erkannte und dessen Ausgang vorausahnte. Ihm standen klar vor Augen die wahren Bedürfnisse des preußischen Staats und seiner Politik, er sah die ganze Richtung des Bismarck'schen politischen Systems sich in der Lösung der deutschen Frage zuspitzen und er erkannte ebenso scharfsinnig die großartigen, wenn auch stillen Vorbereitungen und die consequent und energisch angebahnten Wege Preußens zu diesem Ziele, wie er auf der andern Seite alle Schwächen und wunden Stellen Oesterreichs klar übersah und dessen militärische Kraft ganz richtig würdigte. Wir haben schon früher gesehen, wie er bereits zwölf Jahre vorher die Lösung der deutschen Frage erwartete und ersehnte und wie ihm als einzige Art derselben diejenige vorschwebte, wodurch der deutsche Bund beseitigt, die deutschen Staaten unter der Hegemonie Preußens vereinigt und dieses verjüngte Deutschland blos durch ein völkerrechtliches, wenn auch enges Band mit Oesterreich verknüpft würde. Jetzt schien ihm der Augenblick dafür zu nahen und wenn er auch die Schwierigkeiten nicht unterschätzte, welche etwa von Seiten Frankreichs entstehen könnten, so erwog er eben so die große moralische und selbst materielle Stütze, welche der Bismarck'schen Politik durch die Allianz mit Italien und das Freundschaftsverhältniß mit England und Rußland zu Theil wurde.

Es ist heute noch nicht an der Zeit, alle Vorgänge im badischen Ministerium während der Monate Mai und Juni 1866 zu erörtern, wodurch Baden die zuerst vorgeschlagene Neutralität nicht einhielt, dann noch am 14. Juni eine vermittelnde Haltung annahm und sich in diesem Sinne am Bundestage aussprach und zuletzt vollständig sich den Alliirten Oesterreichs

anschloß. Die allgemeinen Vorgänge sind übrigens bekannt, eben so daß Herr v. Edelsheim das Ministerium in dieser Frage vollständig beherrschte, daß derselbe sich seit seinem Aufenthalte als Gesandter in Wien ganz auf diese Seite geneigt hatte und zu der Entscheidung für Badens Stellung sowohl die eigene Zaghaftigkeit, als die Kunde beitrug, daß die Allianz Bayenrs mit Oesterreich vorzugsweise auf künftige Kosten Badens gegründet wurde, so daß man durch Beitritt zu dieser Allianz sich am Besten aus dieser Angelegenheit herauszuwickeln vermeinte. Wenn man nämlich damals auch noch nicht nähere Kunde von den österreichisch-bayerischen militärischen Punktationen vom 14. Juni hatte, die man bekanntlich erst Mitte Juli erhalten haben will, so lagen doch schon bald nach diesem Tage darauf hinzielende Nachrichten vor und diese wirkten dann wohl auch dazu mit, daß das Votum Badens am Bundestage am 16. Juni ganz anders lautete, als jenes am 14. abgegebene. Nie trat der Mangel staatsmännischen Blicks im Ministerium verhängnißvoller hervor, als in diesen Wochen und das Land hatte es hintennach schwer zu büßen. Allerdings war nichts unversucht geblieben, um die Regierung zu drängen und einzuschüchtern, die ultramontane Partei setzte alle Hebel in Bewegung, es wurden selbst die Soldaten in und außerhalb der Kasernen aufgeregt und aufgewiegelt und Ende Juni schien es sogar, als habe die Regierung das Heft gar nicht mehr in den Händen. Mathy war der Einzige im Staatsministerium, der ruhig und besonnen seine Gegenansicht geltend machte, aber da seine Stimme gegen die seiner fünf anderen Kollegen nicht durchzudringen vermochte, so zog er sich ganz auf sein Departement zurück und ließ die Dinge ihren Lauf gehen, schon damals überzeugt, wohin derselbe führen und daß der Siegestaumel der ultramontanen und österreichischen Partei bald verflogen sein werde. Er hat aber auch in diesen Tagen die Fürsorge für Alle, die bisher durch den Staat Beschäftigung fanden und durch die Reduction der Staatsausgaben und verschiedener unternommener Arbeiten beschäftigungslos wurden, nicht unterbrochen, sondern er wies sie darauf hin, daß der Krieg zwar manche Thätigkeiten einstelle, dagegen aber auch für andere neuen Spielraum schaffe, was denn auch wirklich der Fall war.

Brachten die ersten Tage seit dem Einmarsch der Preußen in Sachsen, Hannover und Churhessen viele und große Aufregung in alle Kreise der Residenz, indem die Truppen nach und nach sich an die Mainlinie begaben und die verschiedenartigsten Gerüchte und Vermuthungen die Luft durchschwirrten, und erhoben auch die bisher schweigsamen Parteigenossen Oester-

reichs übermüthig ihr Haupt, so war doch die Freude nur von kurzer Dauer, denn trotz der Lügennachrichten aus Oesterreich von dessen Siegen und preußischen Niederlagen drangen doch die Preußen unaufhaltsam in Böhmen vor, setzten sie die beabsichtigte Vereinigung ihrer verschiedenen Armeekorps durch und es fiel endlich die Nachricht von dem entschiedenen Siege der Preußen bei Königgrätz wie ein Blitz aus heiterem Himmel in die Massen und erfolgte darauf ein fast unmittelbarer Umschlag, da sofort die Nachricht, Oesterreich habe abermals die französische Vermittelung nachgesucht und Napoleon Venetien auf dem Präsentirteller dargeboten, vollständig abkühlend wirkte und diese undeutsche That auch die letzten redlichen und ehrlichen Anhänger Oesterreichs entfremdete.

Kaum war am Morgen des 5. Juli die Nachricht von diesem Siege und dem Schritte Oesterreichs in Karlsruhe bekannt geworden, so war Mathy der Erste, welcher darauf hinwies, wie Oesterreich vollständig vertragsbrüchig sich allein mit seinen Gegnern abzufinden suchte und seine Alliirten im Stiche ließ, und er wünschte schon damals, daß Baden sich von dieser Sache trenne und den weiteren Schritten des Bundestags nicht mehr folge. Aber in den betreffenden Kreisen herrschte nicht die nöthige Entschiedenheit, Edelsheim dominirte noch und es mag auch bei Manchem die irrige Ansicht fortbestanden haben, daß Oesterreich, wenn es die Truppen in Italien frei machen könne, doch noch sich wieder aufraffe und dann den Alliirten ein Sieg möglich sei. Mathy lehnte es aber von sich ab, mit seinen Kollegen weiter zu gehen und wurde noch am 5. Juli seines Postens — bis auf Wiederverwendung — enthoben.

Mathy fühlte sich durch die Enthebung aus einer für ihn immer peinlicher gewordenen Lage erleichtert und gehoben und da auch Ministerialrath Jolly, der in der ersten Kammer eine nationale Politik dringend empfohlen hatte, von Lamey an den Verwaltungsgerichtshof versetzt wurde und noch andere Männer sich von dem Ministerium trennten, so bildete sich nun eine engere Vereinigung derselben und sie verfolgten mit der gespanntesten Erwartung den Lauf der Dinge, die sich sehr rasch entwickelten, so daß man schon am 10. Juli an die Räumung von Wien dachte und somit ein Umschlag gänzlich unmöglich geworden war. Allmälig nahmen auch die Dinge am Main eine klägliche Wendung, denn Preußen, welches hier die beiden Armeekorps gar nicht beachtet hatte, warf denselben neue Truppen unter tüchtigen Führern entgegen, die Süddeutschen verloren nach einander die Gefechte bei Kissingen und Aschaffenburg und am 18. Juli war das achte

Armeekorps auf dem Rückzugsmarsche nach Würzburg und langten die badischen Truppen in Külsheim an. Es lag um diese Zeit für jeden einsichtsvollen Mann die Gewißheit vor, daß die von Oesterreich im Stiche gelassenen süddeutschen Truppen für eine verlorene Sache kämpften und daß die badischen Truppen Gefahr liefen, sogar ganz von Baden abgeschnitten zu werden, und da man am 16. Juli endlich auch die militärischen Punktationen zwischen Oesterreich und Bayern mitgetheilt erhielt, von deren Inhalt übrigens schon vorher das Hinreichende verlautet hatte, so gebot es die Pflicht der Selbsterhaltung, wenigstens jetzt so rasch als möglich dem Kampfe ein Ende zu machen, die badischen Truppen zurückzuziehen und sich mit Preußen zu vertragen, bevor noch weiter das Leben der Truppen und der Wohlstand des Landes der Gefahr ausgesetzt wurde. In dieser Richtung sprach sich nun auch die Stimmung des Landes allgemein aus, die Mahnungen zum Einhalt wurden immer dringender und am 21. Juli versammelten sich 31 nicht zu entfernt von der Residenz wohnende Abgeordnete in Karlsruhe und richteten am Tage darauf im Namen von sich und noch acht anderer Kollegen an den Großherzog eine Adresse, worin sie denselben in Uebereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit des badischen Volkes baten, im Verein mit den Nachbarstaaten unter Einstellung des fruchtlosen Kampfes auf Herbeiführung einer Neugestaltung Deutschlands als eines im Verein mit Preußen zu bildenden Bundesstaats zu wirken. Aber auch auf diesen Schritt hin vermochte das Ministerium nicht, sich zur Umkehr von der bisherigen Politik zu ermannen, der allzu österreichische Eifer Edelsheims trieb zum Weitergehen mit den Verbündeten und es wurden sogar zu München noch über solches gemeinsame Handeln Verabredungen getroffen, als die ersten Nachrichten vom Gefecht bei Hundheim und dem Abschlusse des Nikolsburger Friedens einzulaufen begannen. Der Großherzog hatte von der Reise Edelsheims nach München und den dortigen Verhandlungen gerade das Gegentheil, nämlich Aufgeben des erfolglosen Kampfes, erwartet, und da statt dessen er im Odenwalde sich fortsetzte und zahlreiche Menschenleben nutzlos geopfert wurden, so erhielt Edelsheim am 24. Juli, dem Tage des Gefechts von Hochhausen und Werbach, die Entlassung. Es zeigte sich aber, daß damit eine Aenderung des Systems nicht geschaffen sei, das Ministerium ermangelte überhaupt der in diesem Falle so nothwendigen Energie, die rasch und in die Verhältnisse einzugreifen versteht, die übrig gebliebenen Mitglieder des Ministeriums erkannten selbst, daß sie die schleunige und möglichst günstige Auseinandersetzung mit Preußen nicht wohl durchzuführen vermochten, und als

die Nachricht anlangte, daß die badischen Truppen bereits auf bayerisches Gebiet gedrängt wurden und in Gefahr standen, ganz von der Heimath abgeschnitten zu werden, da trat denn die entscheidende Krisis ein, die Ministerialpräsidenten Lamey und Vogelmann traten ab und Mathy wurde in's Schloß berufen, um die Neubildung des Kabinets zu übernehmen.

Es war dies am 27. Juli, dem Tage nach dem Gefechte bei Roßbrunn, und Mathy wählte zu seinen Genossen seine politischen Freunde Jolly für das Innere und v. Freydorf für das Aeußere, indem er selbst das Ministerium der Finanzen als Finanzminister und den Vorsitz im Staatsministerium übernahm und die Leitung des Handelsministeriums beibehielt. Der Kriegsministerialpräsident Ludwig blieb im Amte und Mathy suchte an diesem Tage auch Stabel zur Beibehaltung seines Portefeuilles zu bewegen, aber der Letztere lehnte aus Gesundheitsrücksichten ab und nahm am andern Tage ebenfalls seine Entlassung, worauf Jolly provisorisch auch das Justizministerium leitete.

Mitten unter den Bemühungen der Kabinetsbildung, am Nachmittag des 27. Juli, langten zwei Telegramme an, welche meldeten, daß weder die preußische Waffenruhe und der verabredete Waffenstillstand vom 26. Juli, noch der Waffenstillstand, den auch Bayern in Nikolsburg abzuschließen im Begriffe stand, sich auf die Staaten des achten Armeekorps ausdehne, nachdem in Karlsruhe selbst die Meinung verbreitet war, Preußen werde die faktische Waffenruhe bis zum 2. August auch auf diese erstrecken. Die erste Handlung des Ministeriums, sogar noch vor seiner vollständigen Bildung, war daher die Absendung eines Mitgliedes des auswärtigen Ministeriums in das Hauptquartier des preußischen Generals v. Manteuffel zu Eisingen, um über Waffenruhe und Waffenstillstand zu unterhandeln. Aber dieser General war zur Zeit ohne Vollmacht und Instruktion zu solchen Verhandlungen und es konnte nichts anderes erreicht werden, als die Erklärung des Generalstabschefs, er werde, im Falle die badische Division vom achten Armeekorps in die Heimath abziehe, den Rath geben, sie nicht zu behelligen und zu verfolgen. Dies wurde am 29. Juli in Karlsruhe bekannt und sofort wurde der Kommandant der badischen Division, dessen Hauptquartier in Erlach war, befehligt, aus seiner Stellung bei Würzburg abzuziehen und in das Land zurückzukehren, worauf nach erfolgter Verständigung mit dem Befehlshaber des achten Armeekorps und mit General Manteuffel die Division am nächsten Tage sich nach dem Tauberthale zurückbewegte und endlich am 6. August wieder in Karlsruhe eintraf.

War damit der unmittelbaren Gefahr weiteren Blutvergießens vorgebeugt, so mußte nun rasch der wirkliche Waffenstillstand erstrebt werden und da General Manteuffel hierzu keine Instruktion besaß, so sollte der Präsident des Aeußern sofort nach Nikolsburg abreisen; es langte aber die Nachricht in Karlsruhe an, daß der König von Preußen und Graf Bismarck schwerlich noch in Nikolsburg zu treffen seien, sowie daß auch Hessen und Württemberg sich ebenfalls um einen Waffenstillstand bemühten, und als daher in der Nacht vom 31. Juli auf den 1. August die Nachricht eintraf, Manteuffel habe nun seine Instruktionen erhalten, so reiste v. Freydorf am 1. August über Stuttgart nach Würzburg ab, wo er am 2. eintraf, und schloß am 3. den Waffenstillstand ab, der sich bis zum 22. erstreckte und wornach die badischen Truppen Stellung nicht nördlich von Karlsruhe nehmen sollten, die Preußen Cantonnements auf dem rechten Neckarufer beziehen, so wie Heidelberg und Mannheim militärisch besetzen konnten, daselbst kostenfreie Verpflegung erhielten und waren darin noch einige Punkte wegen der in Rastatt befindlichen Truppen geordnet worden.

Noch bevor dieser Waffenstillstand zu Stande kam, mußte das neue Ministerium in der deutschen Frage eine bestimmte Stellung einnehmen und da sein politisches Programm auf ganz anderer Grundlage beruhte, als das des vorhergegangenen, so war es vor allen Dingen nothwendig, diese Stellung auch vollständig korrekt zu gestalten und die nächste Folge davon war, daß schon am 31. Juli auf Grund eines Vortrages von Freydorf's im Staatsministerium beschlossen wurde, formell auszusprechen, daß der deutsche Bund nicht mehr bestehe, sowie den Bundestagsgesandten und den Militärbevollmächtigten am Bunde abzuberufen, wovon am 2. August beim Rumpfbundestage zu Augsburg Anzeige gemacht wurde. Am Tage zuvor wurden auch die im Bundesdienste stehenden Offiziere des Gouvernementsstabes von Rastatt ihrer Funktion im Bundesdienste enthoben und ihnen dieselben im badischen Dienste übertragen.

Die Hauptsache stand allerdings noch aus, nämlich der wirkliche Friedensabschluß mit Preußen und zu diesem Behufe begab sich der Präsident des Aeußern selbst nach Berlin, um die Einleitungen dafür zu treffen. Schon am Anfang August hatte das neue Ministerium die leitenden Grundsätze für die innere Landesverwaltung aufgestellt und das Ministerium des Innern solche an die Landeskommissäre und Amtsvorstände mitgetheilt; am 6. August wurden sie sodann auch in der Karlsruher Zeitung dargelegt. Als solche wurde darin das Folgende bezeichnet: Bei Verfolgung ihrer Ziele und Auf-

gaben werde der Regierung als die erste und höchste Anforderung darin stets die Uebung einer parteilosen Gerechtigkeit und der gewissenhaften Pflege des allgemeinen Wohles erscheinen. Die Grundsätze der Proklamation vom 7. April 1860 würden auch ferner beibehalten, die Regierung an der Selbstständigkeit der Kirchen in ihren inneren Angelegenheiten und an ihrer gesetzlichen Unterordnung unter den Staat in allen äußeren Beziehungen mit größter Entschiedenheit festhalten, weshalb die Behörden einerseits die hohe, der Kirche gebührende Achtung im Auge zu behalten, andererseits allen unzulässigen Agitationen, bei welchen das geistliche Amt zum Deckmantel für gewissenlose politische Wühlereien und Hetzereien gemacht werde, und eben so den Versuchen zur Untergrabung des confessionellen Friedens mit den gesetzlichen Mitteln ein Ende zu machen hätten und es müsse mit Ernst und Nachdruck vorgebeugt werden, daß die erfreuliche Entwickelung der Reformen in Gesetzgebung und Verwaltung nicht durch den innern Parteikampf gehemmt würde und daß die leidenschaftliche Erregung des Augenblicks, die sich an die außerordentlichen, ganz Deutschland umgestaltenden Vorgänge der letzten Monate knüpfe, nicht zu einer Quelle der Zuchtlosigkeit werde. Bezüglich der Anwesenheit der preußischen Truppen, die als Freunde Theile des Landes besetzten, wurde endlich bemerkt, daß Agitationen, sowie unwahre und gehässige Ausstreuungen um so weniger zu dulden seien, als sie eine befriedigende Gestaltung der künftigen politischen Verhältnisse Badens, die ohne nahe Beziehungen zu Preußen nicht denkbar seien, nur erschweren würden, und schließlich erfolgte die Mahnung, die Kosten des Krieges um so leichter zu ertragen, da sich Niemand der Einsicht verschließen könne, daß sie nur die unvermeidliche Folge der vorangegangenen Ereignisse seien.

Gegen die Mitte des Monats August herrschte in dem diplomatischen Kabinete zu Berlin die angestrengteste Thätigkeit, denn es wurde von Württemberg, Baden, Bayern, Hessen und Oesterreich wegen des Friedens unterhandelt, für letztere trat sogar französische Vermittelung ein, und in denselben Tagen sollte auch der Bündnißvertrag zwischen den Staaten des norddeutschen Bundes verhandelt und abgeschlossen werden. Für Baden galt es namentlich, so rasch als möglich zum Frieden zu kommen und die Kosten des Krieges und der Occupation zu beendigen, und es war dies auch für Baden und Württemberg, nachdem sie einmal die Hauptbedingungen erfahren hatten, leichter als für die übrigen Staaten, bei welchen es sich noch um Abtretungen und andere Dinge handelte. Das Princip der Kriegskostenentschädigung stand in Berlin fest und Baden konnte aus dem Grunde der

nächsten Verwandtschaft beider Fürstenhäuser für sich keine Ausnahme erwarten, weil man in Berlin von dem Grundsatze nicht abgehen konnte, daß das Land, welches die Regierung gleichsam in den Krieg gedrängt hatte, auch die Folgen davon tragen müsse. Doch war in der Anforderung an Baden in sofern eine Milderung zu finden, als es im Verhältniß zur Volkszahl etwa 220,000 Thaler weniger zu zahlen hatte, als Württemberg, das übrigens in seinem Lande auch nicht die Verheerungen des Kriegs erleiden mußte. Sobald daher über diesen Haupttheil des Friedens Gewißheit bestand und zugleich die Versicherung ertheilt war, nach Sicherstellung der Auszahlung der betreffenden Kriegskostenleistung würden die preußischen Truppen sofort das Land verlassen und dadurch diese Last aufhören, war es das erste Bestreben Mathy's, für diese Summe rasche Vorsorge zu treffen, denn die Staatskasse war um diese Zeit fast leer.

Baden hatte bis dahin seine Anleihen nur in Frankfurt gemacht; dieser Börsenplatz war ihm aber für den Augenblick gänzlich verschlossen, da wegen der dortigen großen Contributionsforderung alle Geschäfte dieser Art suspendirt waren; auch wären im glücklichsten Falle die Bedingungen schwerere gewesen, das Anlehen hätte nicht in wenigen Tagen realisirt werden können und sodann hätte noch der Transport nach Berlin Zeitversäumniß verursacht. Unter diesen Umständen benützte Mathy seine freundschaftlichen Beziehungen zur Berliner Disconto-Gesellschaft, in deren Direktion er sich wenige Jahre zuvor selbst befunden hatte, um sofort mit derselben das schon früher vom Landtage für den Eisenbahnbau bewilligte Anlehen einstweilen bis zur Höhe von fünf Millionen Thalern zu einem annehmbaren Curse abzuschließen und dieselbe zu veranlassen, die Garantie für die Bezahlung der Kriegskostenentschädigung bis zur Höhe von sechs Millionen Gulden zu übernehmen. Dieser Abschluß erfolgte am 14. August und schon am 17. konnte sodann der Frieden mit Preußen und der damit in Verbindung stehende, aber vorerst geheim gehaltene Allianzvertrag nebst den Detailverabredungen abgeschlossen werden, worüber die Aktenstücke seither bekannt wurden. Sofort ging auch der Befehl an die preußischen Truppen in Baden ab, sich selbst zu verpflegen und den Rückmarsch nach Preußen anzutreten, wodurch Baden zuerst von allen anderen süddeutschen Staaten der Last der Occupation enthoben wurde und daher auch verhältnißmäßig billiger davon kam, obschon es letzteren Staaten bei den durch die erst kurz vor dem Kriege abgeschlossenen Anlehen noch ziemlich gefüllten Kassen und der Mitwirkung der in ihnen bestehenden Bankinstitute leichter gemacht war, der Anforderung der Kriegs-

kostenentschädigung nachzukommen als Baden, das sich das Geld erst verschaffen mußte, weil der frühere Leiter des Finanzministeriums ein Anlehen zu rechter Zeit nicht hatte zu Stande bringen können.

Nach wiederhergestelltem Frieden gab sich Mathy, der nun außer der Gesammtleitung des Ministeriums auch noch zwei Spezial-Ministerien zu verwalten hatte, ganz den Arbeiten des Friedens hin und begann eine eben so eifrige, als angestrengte Thätigkeit. Das in Berlin abgeschlossene Anlehen gab wieder einige Mittel an die Hand und sofort suchte er die angefangenen, aber durch den Krieg unterbrochenen Arbeiten, besonders auch den Eisenbahnbau, wieder fortzusetzen, da durch zu langes Brachliegen die schon darin steckenden Gelder ihre Rentabilität weiter hinaus geschoben hätten. Sie aber in vollem Maße schon wieder aufzunehmen, wie es früher beabsichtigt war, blieb vorerst noch unmöglich, da er beim Abschlusse des Berliner Anlehens sich hatte verbindlich machen müssen, vor Ende des Jahres 1866 keine weitere Rate des bewilligten Eisenbahnanlehens zu begeben, weil der Geldmarkt dafür allzu empfindlich war, und die Staats- und Amortisationskasse für den Eisenbahnbau große Summen vorher vorgeschossen hatten, deren sie nun selbst wieder bedurften. Doch geschah das Nothwendigste und es fanden sich auch nach und nach wieder die Mittel, um noch weiter zu gehen. Auch erforderte alsbald die traurige Lage des durch den Krieg und die dadurch eingeschleppte Cholera schwer heimgesuchten Tauberthals und hintern Odenwalds die dringende Fürsorge der Regierung und der Wohlthätigkeit der Badener und Mathy selbst eröffnete das letztere Wirken dadurch, daß er sofort aus seiner eigenen Tasche seinem Wahlbezirke Tauberbischofsheim fünfzehnhundert Gulden überschickte.

Zunächst fühlte Mathy das Bedürfniß, den Landständen den Friedensvertrag zur Genehmigung vorzulegen und in constitutioneller Weise ihnen sein Programm zur Billigung und Unterstützung zu unterbreiten, und er konnte dies mit um so größerem Vertrauen, als schon im Juli die Kammermehrheit sich privatim für den Anschluß an Preußen ausgesprochen hatte. Es wurde daher der Landtag wieder auf den 9. Oktober versammelt und es folgte schon in der ersten Sitzung die Vorlage des Ministeriums über die Vorgänge seit der Vertagung der Kammern, den Abschluß des Friedens und die künftig zu beobachtende Haltung. Mathy selbst leitete diese Vorlage seines Kollegen für das Aeußere mit folgenden Worten ein: „Als die höchste Entschließung, welche die Vertagung der Ständeversammlung anordnete, am 21. Juni in beiden Kammern verkündet wurde, da waren die Gemüther

gedrückt durch den Eintritt Badens in einen Krieg, in welchem Deutsche gegen Deutsche kämpfen sollten. Dabei aber war dem Gedanken Raum geblieben und durch den verehrten Präsidenten dieses hohen Hauses Ausdruck verliehen, daß dem Volk das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit nicht verloren gehen, daß der Gedanke der Einigung reifen werde. Auf der anderen Seite hatte Preußen, nachdem der Bund, den die Akte von 1816 geschaffen, zu bestehen aufgehört hatte, an die Pflicht der deutschen Staaten erinnert, für die Einheit der Nation die angemessene Form zu finden. Heute, da mir die Ehre zu Theil wird, dieses hohe Haus nach seiner Wiederberufung begrüßen zu dürfen, heute sehen wir den weitaus größten Theil der deutschen Staaten an dem Werke einer einheitlichen Organisation. Baden ist zur Mitarbeit an der voraussichtlich allein möglichen Gestaltung Deutschlands nicht berufen; es bleibt ihm einstweilen nur die Aufgabe, diejenigen Beziehungen zu dem werdenden Deutschland, welche es erlangen kann, jetzt schon zu suchen, die Stellung, welche es annehmen mußte, mit Festigkeit zu behaupten und darin sich fähig zu erweisen, ein nützliches und werthvolles Glied des deutschen Körpers zu werden. Wenn die großherzogliche Regierung genöthigt ist, von den Bürgern für die Gesammtheit vorübergehend Leistungen in Anspruch zu nehmen, welche das in langem Frieden gewohnte Maß etwas übersteigen, so wird die Nothwendigkeit, den Staatshaushalt in Ordnung zu erhalten, und die Billigkeit, Kriegslasten auszugleichen, von Ihnen wie von dem Volk nicht verkannt werden. Wenn endlich die Vertretung der großherzoglichen Regierung während der Vertagung theilweise an andere Personen übergegangen ist, so beruht dies auf einer Entschließung Se. Kgl. Hoheit des Großherzogs, welche durch den Rücktritt unserer Vorgänger geboten war, und auf unserem Gefühl der Pflicht, dem ehrenvollen Vertrauen des trefflichen Fürsten zu folgen."

Das Land ertheilte nicht blos dem Friedensvertrage seine Genehmigung, sondern sprach auch den Wunsch aus, mit dem Norden in engere Verbindung zu treten, wie überhaupt das Ministerium sofort die beste Unterstützung in beiden Kammern fand. Mit Schluß dieses Jahres brachte Mathy die zweite Rate des Anlehens von etwa fünf Millionen Thalern zu Stande, wovon er sofort einen Theil zur Einlösung des Steueranlehens verwandte. Mit dem Beginne des Jahres 1867 vermochte er den früheren Justizminister Stabel zum Wiedereintritt in das Ministerium und es begann nun für Mathy eine ganze Reihe von Arbeiten. Zuerst bedurfte die Pariser Weltausstellung mancherlei Vorsorge, sodann wurden die Verhandlungen wegen

Aufhebung des Salzmonopols und Einführung einer Salzsteuer begonnen und am 8. Mai zu Ende gebracht, und es wurde um diese Zeit auch die Verordnung über das Portofreithum und ein Diätenreglement erlassen. Anfangs Juni begab er sich nach Berlin, um wegen des neuen Zollvertrags zu verhandeln, und gerade der Umstand, daß er an diesen Unterhandlungen persönlich Antheil nahm und nicht, wie sonst geschah oder die Anderen thaten, einen Ministerialbeamten damit zu beauftragen, bezeugt seine besondere Theilnahme, die er dieser Sache schenkte. Der neue Zollvereinsvertrag wurde Anfangs Juli abgeschlossen und es war nun Mathy's nächste Aufgabe, ein größeres Anlehen anzubringen. Am 2. September erfolgte der Abschluß für zwölf Millionen Thaler in Form eines Lotterieanlehens und damit waren ziemlich reiche Mittel gewährt, um den Eisenbahnbau fortzuführen, aber auch für andere besondere Eventualitäten gefüllte Kassen zu haben, da der politische Horizont keineswegs so günstig aussah.

Der im Frühjahr bekannt gewordene Allianzvertrag mit Preußen und die Verträge wegen der Salzsteuer und des Zollvereins, sowie das Budget verlangten die baldige Einberufung des Landtags und zahlreiche Vorbereitungen für denselben. Es galt Mathy, die Budgets klarer und durchsichtiger zu machen und auf richtigeren Grundsätzen aufzustellen, weil er davon auch eine Besserung des Staatskredits erwartete, und hier begann er nun vor Allem das außerordentliche Budget von denjenigen Posten zu reinigen, welche trotzdem in jedem Budget wiederkehrten, wie z. B. die Ausgaben für den Bau und die Unterstützung von Vicinalstraßen. Eben so vereinbarte er sich mit den übrigen Ministerien über ein gleichmäßigeres System der Gehaltsaufbesserungen. Die größte Sorge des Ministeriums bestand aber darin, dem Allianzvertrage entsprechend die badische Wehrorganisation nach dem Vorbilde Preußens umzugestalten und so das badische Armeekorps als einen ganz gleichartigen Bestandtheil in den großen Rahmen des deutschen Heeres einzufügen. Dies machte aber zu derselben Zeit, wo die Aufhebung des Salzmonopols die Staatseinnahmen verringerte, einen Mehraufwand von einigen Millionen Gulden als jährlich wiederkehrend und einen ferneren Aufwand für einmalige Bauten und Anschaffungen nothwendig und es fragte sich, ob derselbe nicht durch Anlehen gedeckt werden sollte, weil man hoffte, daß er nur für einige Jahre wiederkehre und bei ruhigerer Weltlage wieder wegfalle. Aber Mathy glaubte nicht nur an Letzteres nicht, sondern erachtete es von den richtigen Grundsätzen einer gesunden Finanzwirthschaft für geboten, für jeden Mehraufwand, der wiederkehrte, sofort auch die Deckung

in den regelmäßigen Einnahmen selbst zu suchen und die zweifelhaften Ueberschüsse nur für außerordentliche Ausgaben vorzubehalten. Deshalb schlug er dafür eine entsprechende Erhöhung der Hauptsteuerarten vor und empfahl sie auch mit der weiteren Begründung, daß dieselbe einfach und gerecht sei und bei Besserung der Finanzlage oder Verminderung der Heereskosten später die beste Gelegenheit darbiete, um einige andere lästige und hemmende Abgaben aufheben zu können.

Im September wurde der Landtag eröffnet und ihm sofort eine ganze Reihe von bedeutsamen Vorlagen gemacht, wie solche schon lange nicht mehr in so kurzer Zeit zusammen gedrängt waren. Außer den erwähnten drei Verträgen wurden in die Kammern eingebracht das Wehrgesetz, Schulgesetz, Straßengesetz, Preßgesetz, ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit und die akademische Gerichtsbarkeit, nebst noch anderen minder bedeutenden Vorlagen und von diesen verlangte das Schulgesetz ebenfalls bedeutende neue Summen von der Staatskasse. Diese Vorlagen wurden alsbald vom Landtage durch patriotische Adressen an den Großherzog begrüßt, aber obgleich die Kammern das größte Entgegenkommen für die Minister bezeugten, so wurde doch gegenseitig noch weiter gesucht, die Militärlasten möglichst zu vermindern und auch das Straßengesetz den Gemeinden annehmbarer zu machen, während der Landtag die Mehrbewilligungen für die Volksschullehrer noch weiter erhöhte und da die zahlreichen Budgetvorlagen, die Rechenschaftsberichte und das Eisenbahnwesen längere Verhandlungen nothwendig machten, so wurde in dieser Zeit die Thätigkeit Mathy's ungemein in Anspruch genommen und konnte blos seine zähe Arbeitskraft dieselbe für die beiden Portefeuilles der Finanzen und des Handels überwältigen.

Mit besonderer Vorliebe gedachte er der nahen Eröffnung des Zollparlaments und er sprach es auch in der Kammer aus, daß dessen Wirkungskreis erweitert werden müsse und es so die Brücke zum wirklichen Parlamente und der Wiedervereinigung von ganz Deutschland werde. Aber das Schicksal wollte nicht, daß er das wirkliche Aufgehen dieser Morgenröthe unseres Vaterlandes selbst mehr sah und an diesem großen Werke persönlich Theil nahm. Noch in den letzten Wochen hatte er das Gesetz für Concessionirung einer Eisenbahn von Freiburg nach Breisach und dann ein solches für Anlage einer gleichen Bahn von Mannheim über Waghäusel nach Karlsruhe ausgearbeitet und vorgelegt und dadurch die Befriedigung langgehegter Wünsche eingeleitet, und noch in der letzten Sitzung der zweiten Kammer wurde das erstere Gesetz angenommen. Während der Ferienzeit zog sich Mathy aber

in Folge einer Erkältung eine Rippenfellentzündung zu und mußte das Bett hüten. Hiervon so ziemlich wieder hergestellt, erschien Mathy am 10. Januar nochmals in der Kammer, um eine Budgetvorlage zu machen, obschon ihm seine Freunde mißrathen hatten, in dieser winterlichen Jahreszeit auszugehen. Nach Hause zurückgekehrt, fühlte er sich auf's Neue unwohl und mußte er wiederholt ärztlichen Rath beiziehen. Aber obgleich ihm das Sprechen schwer fiel und es ihm untersagt werden mußte, so widmete er sich doch von seinem Lager aus noch den Arbeiten und in der letzten Woche des Januar hoffte er schon wieder aufstehen zu können. Aber plötzlich brach die Krankheit wiederholt und heftiger aus, vernichtete ungemein rasch seine körperlichen Kräfte, es wurden weitere Aerzte herbeigezogen und die tüchtigste Hülfe gesucht, aber die Krankheit verschlimmerte sich von Stunde zu Stunde, am Montag, den 3. Februar, schwand jede Hoffnung auf Rettung dahin und bei völligem Bewußtsein, die Hand der geliebten Frau in der seinigen, hauchte er endlich Nachts halb 1 Uhr den letzten Athem aus.

Während seines Krankenlagers waren der Großherzog und die Großherzogin mehrmals bei ihm erschienen und hatten ihre innige Theilnahme ausgedrückt; als nun aber die Nachricht von seinem Hinscheiden in Stadt und Land bekannt wurde, da war die Trauer eine allgemeine und tiefe, denn Jedermann wußte, was das Land an Mathy verlor. Die zweite Kammer, deren Präsident dem Hingeschiedenen einen würdigen Nachruf widmete, setzte ihre Sitzung aus und von allen Seiten erfolgten ähnliche Würdigungen seines hohen Verdienstes. Auf den Wunsch des Großherzogs nahm Bildhauer Meeß die Büste des Todten und es wurde die Beerdigung auf den Nachmittag des 5. Februar festgesetzt. Aus allen Landestheilen, wohin die Nachricht rechtzeitig gekommen war, fanden sich an diesem Tage Deputationen ein; sein Wahlbezirk, die verschiedenen Städte und Handelskammern, die Universität Heidelberg und sogar Landorte waren am 5. Februar vertreten und nie sah wohl Karlsruhe einen so imposanten Leichenzug, als an diesem Tage. Hinter dem Leichenwagen schritten zunächst der Großherzog und Prinz Karl einher, ein unabsehbarer Zug folgte nach, alle öffentlichen Lokale und Läden schlossen sich während des Vorüberziehens, Hofprediger Doll sprach erhebende Worte am Grabe und als die Tausende Leidtragender von dieser Feierlichkeit zurückkehrten, da war wohl Niemand von denselben, auf dessen ernstem Gesichte nicht der Ausspruch zu lesen war: Wir haben einen großen Mann begraben!

VI.

So lebte, so wirkte und so starb Karl Mathy, der bedeutendste, ja wohl auch der einzige wirkliche Staatsmann, den Baden während der ganzen Dauer seines constitutionellen Lebens gehabt hat.

Selten mag an einen Mann ein so bunter Wechsel der Schicksale, des Wirkens und Aufenthaltsorts herangetreten sein, wie an Mathy. In der Jugend mußte er kämpfen um die Mittel zu seinen Studien und zur Unterstützung seiner Angehörigen; eingetreten in die Laufbahn als Mann des Finanzfachs trieb es ihn bald auf das Gebiet der Journalistik und sich von Verfolgungen umgeben sehend in seinem Vaterlande, mußte er hinausziehen in die ihm fremde Schweiz, um durch publicistische Thätigkeit und dann zuletzt als Schulmeister sich ein Einkommen zu sichern. Zurückgekehrt in seine Heimath wirkte er alsbald wieder in der Presse und dann in der Kammer als eines der hervorragendsten Mitglieder der Opposition und schuf sich einen neuen Erwerbszweig als Buchhändler. In der Mitte der heftigsten Kämpfe um die Erhaltung des constitutionellen Staatslebens auf das Stärkste und Gemeinste von der niedrigen Regierungspresse angefeindet, trennte er sich bei dem Auseinandergehen der Parteien von den immer radicaler gewordenen Oppositionsmitgliedern, um unter den geänderten Zeitverhältnissen die Regierung zu unterstützen, dem Aufruhr und der Revolution entschieden entgegen zu treten und an dem großen nationalen Werke nach Kräften mit zu helfen. In Frankfurt zum Mitglied des Reichsministeriums ernannt, sah er nach und nach das mit so vielen Hoffnungen begonnene Verfassungswerk am Widerstreite zwischen Oesterreich und Preußen wieder scheitern und nicht günstiger auch das Erfurter Parlament endigen. In's Privatleben nach Mannheim zurückgekehrt, widmete er sich wieder dem Buchhändlergeschäfte und der publicistischen Thätigkeit, aber es drängte ihn abermals hinaus und er trat nach einander zu Köln, Berlin, Gotha und Leipzig in große Bankinstitute ein, um während der traurigen Reactionszeit wenigstens durch Pflege der materiellen Interessen seinem Vaterlande nützen zu können. Endlich rief ihn das ehrenvolle Vertrauen des Großherzogs von Baden zurück in seine Heimath und in dieselbe Branche, in welcher er zuerst begonnen hatte, um

alsbald einem eigenen Ministerium vorzustehen, und nachdem er nochmals auf wenige Wochen in die zeitweise Ruhe zurückgekehrt, trat er an die Spitze des Gesammtministeriums und in die höchste Stellung, welche bürgerlicher Ehrgeiz zu erreichen vermag, um schon nach anderthalb Jahren und in demselben Augenblicke, wo er die schönsten Träume seiner Jugend in Erfüllung gehen sah, durch den Tod aus diesem schönsten und seiner fruchtbringenden Thätigkeit entsprechendsten Wirkungskreise mitten unter den großartigsten und umfassendsten Plänen wieder abgerufen zu werden.

Bei solchem Wechsel der Geschicke traten ihm auch manche harte Kämpfe und rauhe Stürme entgegen. Mehrmals mußte er sich zu seiner Existenz einem anderen und neuen Lebensberufe widmen und fast von vorn anfangen und wenn er kurze Zeit, meistens nur wenige Jahre darin verweilt, wurde er wieder in andere Bahnen fortgedrängt und deshalb war es ihm auch nicht vergönnt, große und dauernde Schöpfungen in's Leben einzuführen und das zu verwirklichen, wozu ihm im Geiste schon lange der Plan feststand. Die Gründung einer großartigen badischen Bank und die Reorganisation des ganzen Steuerwesens waren ihm längst gesteckte Ziele, aber der Tod nahm ihn hinweg, bevor er daran denken konnte, sie zu verwirklichen. In seinen verschiedensten Lebensstellungen wußte er sich die Hochachtung, Freundschaft und Liebe der Besten und Edelsten zu erringen, aber andererseits wurde wohl auch Niemand in der neueren Zeit so sehr der Gegenstand des grimmigsten Hasses seiner politischen Gegner, wie Mathy, der zu den von der Revolutionspartei Verfehmten gehörte und diesen Haß noch über seinen Tod hinaus nachgetragen bekam. Selten hat endlich wohl ein anderer deutscher Journalist so viele Scheerereien der Censur auszuhalten gehabt, wie er und mehr als einmal hat er aus Unmuth darüber seine betreffende Thätigkeit ganz eingestellt.

Diese Kämpfe haben auf ihn eine tiefe und nachhaltende Wirkung ausgeübt. Von scharfem Verstand, klarer Einsicht und großer Consequenz behielt er immer seine kluge Besonnenheit und stählte er seine Brust gegen alle Wechselfälle des Lebens. Nie verlor er die Ruhe und je näher und stärker die Gefahr herantrat, desto entschlossener und energischer stellte er sich ihr entgegen. Es war ein Mann der selbstbewußten That, aber er kannte und berechnete auch die Umstände und wußte den Verhältnissen die gebührende Rechnung zu tragen. Er hatte das Wort in seiner Gewalt und wußte so klar, logisch, einfach und wirksam zu sprechen, wie kaum ein Anderer; aber er machte davon nur mäßigen Gebrauch und sparte seine Rede gerne großen

Dingen und für die Entscheidung auf. Das Einzige, was diese Kämpfe und Schicksale in ihm hervorriefen, war manchmal eine gewisse Bitterkeit und eine Ironie, womit er seine Gegner tödtlich verletzte und zermalmte. Endlich war Mathy von Enthusiasmus und Schwärmerei frei und behielt sein kalter Verstand überall die Oberhand.

Obgleich er in jedem seiner Berufskreise immer auch das Detail übersah, so behielt er doch immer vorzugsweise die Hauptsache und die großen Fragen der Zeit im Auge und als höchstes Ziel erkannte er die politische Wiedergeburt des freien Deutschlands. Nach ihr strebte er schon als Jüngling und als die Reaction die Hoffnung auf nahe Erfüllung darnieder drückte, stritt er mit seiner vollsten Kraft für die Erhaltung der Verfassung und des constitutionellen Lebens und die Förderung des Einigungsprozesses durch den Zollverein und auf dem Gebiete der materiellen Interessen. Als die schönen Bestrebungen des Jahres 1848 wieder vernichtet wurden, erkannte er, unbeirrt durch die schwankende Politik der nächsten Jahre, nur in der Zukunft des preußischen Staates die Lösung der deutschen Aufgabe und er stritt dafür in Schrift und Wort, bis das Jahr 1866 endlich die Erfüllung brachte und der Mann das Ruder in die Hand nahm, welcher allein dafür gewachsen war. Mathy starb freilich, bevor das Werk seiner Vollendung entgegen geführt werden konnte, aber er nahm wenigstens die Sicherheit mit in's Grab, daß es vollendet werde und er selbst sein redliches Theil dazu beigetragen habe.

Wie in diesen großen Fragen, so behielt er sich auch in Leitung der Banken, wie in derjenigen der Ministerien die Hauptsache vor und leitete das Ganze; aber er wußte, daß die Ausführung und das Detail in guten Händen war und freute sich der Erfolge, welche seine Untergebenen errangen. Letztere hingen daher auch in Anhänglichkeit und Liebe an ihm und die Resultate solchen Wirkens mußten schönere werden, als sie ein bureaukratisch gesinnter Chef hervorgerufen hätte.

Im Privatverkehr war Mathy ein heiterer und oft jovialer Gesellschafter und er verstand es, die nicht zu große Tischgesellschaft immer anzuregen und das Gespräch zu beleben. Wie er selbst so Manches erlebt und erfahren, so wußte er vorzüglich gut zu erzählen. Wo er daher hin kam, fand sich alsbald eine Gesellschaft, die er regelmäßig besuchte, und gewöhnlich bildete er den Mittelpunkt derselben. Da er ungemein leicht arbeitete und nicht ohne Thätigkeit sein konnte, so raubte dies nichts seinen Geschäften und obgleich er regelmäßig die einheimischen und fremden Blätter

las und dabei sogar Tagebücher, oft in französischer und englischer Sprache, führte, so übertraf er doch an Arbeitsthätigkeit die gewandtesten Geschäftsmänner.

Mit den vortrefflichsten und angesehensten Männern Deutschlands bekannt und in den höchsten Stellungen befindlich, blieb er doch stets ein einfacher, bescheidener Bürger, der ohne alle Ansprüche war und mit Jedermann freundlich verkehrte. Seine äußeren Lebensbedürfnisse waren gering und es mag als ein Zeichen seines einfachen Sinnes hervorgehoben werden, daß er niemals eine Taschenuhr trug und seine Frau, als er schon Minister war, ihm keine goldene, sondern nur eine silberne anschaffen durfte. Obschon er fast vierzehn Jahre im Besitze ansehnlicher Besoldungen und Einnahmen war und als Bankdirektor reichliche Gelegenheit gehabt hätte, sich durch Spekulationen rasch Vermögen zu erwerben, so strebte er doch nicht nach Gelderwerb, wußte er mit seinen Einnahmen auch Verwendungen zu wohlthätigen Zwecken zu verbinden und hinterließ er nur ein mäßiges Vermögen. Ein uneigennütziger Bankdirektor und Finanzminister, wie Mathy, wird nicht leicht wieder zu finden sein. Sein Landesfürst erwies ihm im Leben und nach seinem Tode die höchsten Ehren, wie keinem Anderen; aber nie hat wohl auch Jemand des Fürsten edle Eigenschaften und Absichten inniger und treuer anerkannt und ihnen aus aufrichtigstem Herzen seine Huldigungen gebracht, wie der Verstorbene.

Nicht blos in seine äußeren Verhältnisse, sondern auch in sein Familienleben griff das Schicksal herb ein. Eine treue, innige und wahre Liebe verband ihn seit Juli 1833 mit der ihm fast gleichalterigen Gattin, die durch sein ganzes Leben ihm würdig zur Seite stand und das tiefste Verständniß für sein Denken und Thun besaß. Mathy war durchdrungen vom Gefühle der Hochachtung für die Frauen, selbst in der Debatte über die Zulassung zu den Schwurgerichtssitzungen brach er zu ihren Gunsten eine Lanze und mehr als einmal ehrte er sie in den erhebenden Worten seiner Trinksprüche. Er war daher auch besonders geeigenschaftet für ein schönes Familienleben und wirklich bescheerte ihm auch seine Ehe vier Kinder; aber das Eine derselben starb unmittelbar nach der Geburt, zwei Mädchen, Auguste und Amalie, wurden ihm noch im zarten Alter im Laufe einer einzigen Woche entrissen und als sein Sohn Karl bereits herangewachsen war und unter den freudigsten Hoffnungen seinen Universitätsstudien oblag, sank auch dieser im Jahre 1855 in's Grab. So standen die Eltern wieder allein, wie sie begonnen, und konnten nur in der eigenen Liebe Ersatz finden für so herben Verlust, bis die Hand des Todes endlich auch dies Band zerriß.

Mathy selbst war auch äußerlich eine würdige Persönlichkeit. Seine Gestalt war gedrungen und nur wenig über die mittlere Größe, sein Brustbau breit, der Kopf schön geformt, seine Züge trugen den Ausdruck der Milde, Ruhe und Festigkeit und unter der hohen und breiten Stirn leuchteten große, hellblaue Augen hervor. Er trug einen kurzgeschnittenen Bart und einen grauen Schnurrbart; sein Haar war früh ergraut und zuletzt bereits spärlich geworden. Seine Haltung war gerade, aber sein Gang etwas einknickend und es fehlte ihm die Elasticität der Bewegung. In der Kleidung war er höchst einfach und wenn ihn auch sein Fürst mit dem Comthurkreuze und dem Stern des Zähringer Löwenordens ausgezeichnet hatte, so pflegte er doch kein Abzeichen davon zu tragen, wie ihm denn überhaupt nichts ferner lag, als die Erwerbung aller äußeren Ehrenbezeugungen, die er lieber seinen Untergebenen zugewendet sah.

So war das Leben, so die Schicksale und das Wirken von Karl Mathy, in dem Deutschland einen seiner vortrefflichsten Bürger, Baden seinen ausgezeichnetsten Staatsmann verloren hat. Sein Tod fiel gerade in die Zeit, wo Mathy am unentbehrlichsten für Baden war und sich ihm eine neue Bahn des segensreichsten Wirkens eröffnet hätte. Kein Mensch kann sagen, daß er unersetzlich sei; den zu früh Hingeschiedenen vollständig zu ersetzen, wird es aber lange Zeit kosten, denn er übersah nicht blos sein spezielles Fach, sondern alle Gebiete des ganzen Staatslebens, er war der tüchtigste Steuermann am Ruder des Staates selbst in den gefahrvollsten Augenblicken, er war ein deutscher Mann im wahren und vollen Sinne des Wortes, ein braver, edler und kernfester Mann und die Geschichte und Nachwelt wird nimmermehr seinen Namen vergessen!

Anhang.

Das Finanzgesetz und die Armen.

(Rundschau 1847, Nr. 104, S. 415.)

Berücksichtigt man diese Verhältnisse, welche den Wohlhabenden Vortheil, den Armen für längere Zeit mancherlei Nachtheil brachten, so wird man zugeben, daß von Seiten des „Systems" etwas mehr zur Ausgleichung hätte geschehen sollen, als daß die Beiträge der Unbemittelten zu den Anstalten für Vermehrung der Genüsse der Wohlhabenden, nach den Vorschriften der Steuerexecutionsordnung beigetrieben werden. Eine gerechte Vertheilung der Steuerlast nach Maßgabe des reinen Einkommens hätte mit der Zehntablösung, dem Zollverein und den Eisenbahnen Hand in Hand gehen sollen. Der Arme genießt keinen Bissen Fleisch, keinen Schluck Bier oder Branntwein, ohne daß er besteuert wird. Von dem Wein, welcher den Wohlhabenden nach Herzenslust zur Verfügung steht, gar nicht zu reden. Müller und Bäcker, Metzger und Wirthe sind zugleich Steuerheber und müssen sich die Steuer, welche ihnen aufgelegt ist, von dem Aermsten nicht minder wie von dem Reichsten ersetzen lassen. „Das Brod kann nicht größer, das Fleisch nicht billiger werden, — heißt es gleich — denn wir haben so und so viel Gewerbsteuer oder Accise zu entrichten." Das ist für den Armen der Vortheil der indirekten Besteuerung, die bei dem System so beliebt ist, weil sie außerordentlich viel einträgt, und von dem dasselbe glaubt, das Volk merke nicht, wie viel es bezahle! Wird dem Taglöhner das letzte noch übrige Stückchen Feld verkauft, so kommt abermals das System mit der Forderung einer indirekten Steuer, nämlich mit der ungerechten, ungleichen Kaufaccise. Von der indirekten Besteuerung lebt das System hauptsächlich. Die Erhebung, die lästige Controle, die Beaufsichtigung, die Revision, die obere Leitung; dies Alles erheischt eine Unzahl von Stellen, womit ganze Generationen versorgt werden und auf Kosten der ärmeren Klassen leben. Dazu kommen dann noch die direkten Steuern, wozu der Handwerker und Taglöhner für ihr Gewerbe beigezogen werden, die Taxen, Sporteln, Forststrafen u. s. w. Alles dies muß bezahlt werden bei Executionsvermeidung. Sie wissen

es nicht, die Anordner solcher Zwangsmaßregeln, von denen so mancher sich mit seiner Frömmigkeit brüstet und von Gott und dem Jenseits spricht, — sie wissen es nicht, was es heißt, wenn der Arme, der kein Brod im Haus hat, um den Hunger seiner Kinder stillen zu können, — Execution und Pfändung über sich ergehen lassen muß! Sie wissen es nicht, das sagen wir zur Ehre der Menschheit. Bei aller wissenschaftlichen Bildung und Gelehrsamkeit, welche sie selbst so oft rühmen, kennen sie die Empfindungen nicht, die einen armen Bürger quälen, wenn er mit dem Presser, mit Execution und Pfändung bedroht wird! Menschenliebe, Mitgefühl, — davon steht nichts in den Aktenbündeln, in den Tabellen und Uebersichten, in den Etats und in dem Diätenreglement. Wie oft wird bei uns der Arme, ohne daß er die Ursache begreifen kann, wegen Steuervergehen bestraft, exequirt und gepfändet, während der Kundige, welcher mit Absicht und Ueberlegung handelt, in ähnlichem Falle sich durchzuwinden versteht. Kann es nicht geschehen, oder geschieht es nicht, daß der Aermere gerade darum vorzugsweise der Gefahr, in polizeiliche oder andere Untersuchungen verwickelt zu werden, ausgesetzt ist, weil ein Jünger des Systems sich durch Strenge und Thätigkeit im Dienst auszeichnen, eine Belohnung oder Zulage verdienen will, aber sich scheut, einen Wohlhabenden, der die Mittel und Wege kennt, sich zu vertheidigen und Willkür abzuwehren, zum Gegenstand seines Diensteifers zu wählen? Der Arme dagegen, welcher schutz- und wehrlos dasteht, hat dann überdies noch die Kosten zu bezahlen, Diäten, Zeugengebühren u. s. w. zu entrichten. — Der Reiche hat entweder einen Wald, oder Geld, um Holz zu kaufen. Er braucht im Winter nicht zu frieren. Anders verhält es sich mit dem armen Bürger. Hat er überhaupt einen Ofen und möchte er etwas Holz holen, um seinen Kindern eine warme Suppe bereiten, ihre starren, matten Glieder erwärmen zu können, da sagen ihm die gelehrten Männer des Systems: „Siehe, lieber Freund, der Gott der Kameralwissenschaft läßt das Holz nur für solche Leute wachsen, die Geld besitzen. Für die Mittellosen haben wir andere Genüsse, die da heißen: Frevelgerichte, Forstfrevelstrafen und Pfändung.“ Wenn man nun noch bedenkt, daß auch die hochwürdige Geistlichkeit leider nur zu häufig noch versucht, die Aermsten an der Wiege, wie am Grabe zu besteuern, ihnen zu allerhand frommen Zwecken das Letzte abzufordern, — ist es alsdann zu verwundern, wenn der Arme Gesetz und Sitte vergißt, wenn er stiehlt, raubt oder plündert, wie es jetzt nur zu häufig vorkommt. Ist er einmal so weit, dann nimmt ihn der Staat nicht nur in seine strafenden, sondern auch in seine schützenden Arme. Im Gefängniß gibt man ihm eine warme Suppe, er hat Ruhe vor Execution und Pfändung und seine Freunde erhalten gut berechnete Zeugengebühren. — Was hat endlich das System der Theorien gethan, um die Leiden der Armen gegen den Ueberfluß des Reichen auszugleichen? Was hat die wissenschaftliche Bildung, die Gelehrsamkeit, womit die Männer des Systems sich brüsten, genützt? — Viele, viele Akten hat sie hervorgebracht; große Besoldungsetats, ein schönes Diätenreglement. Auch viele Millionen sind

verwendet, um die Ablösung der Zehnten zu erleichtern und die Eisenbahn zu bauen. Aber für die ärmere Klasse, die auf den Lohn für die Arbeit ihrer Hände angewiesen ist, für diese ist das System eine arge Stiefmutter. Es ist aber hohe Zeit, den Druck, der auf den Armen lastet, zu erleichtern, auch ihnen die Hand zur Hilfe zu bieten. Von dem System erwarten wir nichts, die Abgeordneten des Volkes aber, sie sollten ein Herz zeigen für die ärmeren Klassen und ihnen Besseres bringen, als das System ihnen zu bieten vermag.

Rede über die Centralgewalt.

(24. Juni 1848.)

Der Beifall, der den Worten des letzten Redners nachfolgte, war wohlverdient. Ich danke ihm für die glückliche Veranlassung im Eingang seiner Rede, die Veranlassung, die von uns den Vorwurf fern halten wird, als liebäugele ein Theil der Versammlung mit Rußland, und als sehe er mit feindseligen Augen nach Frankreich, als sei ein Theil dieser Versammlung geneigt dem Czaarenthum und abgeneigt der Freiheit. Ich danke ihm ferner auch für den Schluß seiner Rede, womit er uns so eindringlich das Bedürfniß darstellte, daß wir einig sein müssen, wenn das Vaterland gerettet werden soll. Ich kann mich nach ihm auf deutschem Boden halten, und zwar in der Hoffnung, daß, wenn ich auch nicht in allen Punkten mit ihm übereinstimme, wir doch in den wesentlichsten uns einigen können. Nicht allein dazu sind wir gesendet, um hier die Rechte des Volkes, die es sich errungen hat, auf die Dauer festzustellen. Wäre dies unsere einzige Aufgabe, so würde die Berathung in dieser Woche über einen andern Gegenstand, sie würde über die Grundrechte des deutschen Volkes gepflogen worden sein. Uns liegt es aber auch ob, für die Gewalt zu sorgen, über deren Nothwendigkeit die Ansichten nicht mehr getheilt sind. Wäre der Verfassungs-Ausschuß in der Lage gewesen, mit dem Abschnitt über die bleibende Einführung der Reichsgewalt vor uns zu treten, so würden wir aus den fünf Tagen unserer Verhandlung einen doppelten Vortheil gezogen haben. Wir würden nämlich ein Werk für die Dauer geschaffen und nichts würde uns abgehalten haben, dasselbe auch einstweilen in's Leben zu führen. Es war aber eben nicht thunlich. Hätten die Regierungen noch vor sechs Wochen, als die Lage der Dinge günstig war, eine Centralgewalt geschaffen, so hätten wir hier eine vollendete Thatsache getroffen und vielleicht hätte sie den Beifall dieser Versammlung gehabt. Aber seien wir billig! Es hat das Vorparlament und der Fünfziger Ausschuß so manche wichtige Frage unerörtert gelassen und auf die Versammlung hinübergetragen; verübeln wir es daher den Regierungen nicht, wenn sie diesem Beispiele gefolgt sind und die Ver-

antwortlichkeit einer Centralgewalt nicht allein auf ihre Schultern nehmen, sondern mit dieser Versammlung theilen wollten. Sie hätten sich sonst vielleicht dem Vorwurf ausgesetzt, der ja auch der Bundesversammlung schon mehrfach hier gemacht wurde, daß sie mit dem Verdienst uns zuvorgekommen und auch die Ehre davon für sich weggenommen haben. Der erste Gedanke über die Errichtung einer solchen Gewalt war ein einfacher. Man glaubte für die kurze Zeit ihrer Dauer keine zusammengesetzte Form nothwendig zu haben. Man wollte diese Gewalt in die Hände dreier Männer legen und für ihre Ernennung die möglichst allgemeine Zustimmung gewinnen. Man wollte, daß sie verantwortlich sein sollten, und zwar nach zwei Richtungen hin; thatsächlich allerdings vornämlich nach der Richtung hin, wo die Macht der Nation in diesem Augenblick zusammenfließt. Mehrere Anträge, wie z. B. der siebente, neunte und sechsunddreißigste haben auch diesen Gedanken ausgesprochen und wenn ich die Namen der Unterzeichner durchgehe, so finde ich darunter die Mehrheit der elf Ausschußmitglieder, die sich jetzt auf das Gutachten der Mehrheit des Ausschusses vereinigt haben. Sie sind jedoch von diesem ersten Gedanken abgekommen und wenn ich auch keine inneren Gründe hätte, ihrem Beispiele zu folgen — denn auch ich war ihrer ursprünglichen Ansicht — so wäre mir schon der äußere Grund genug, einen Antrag aufzugeben, den diese Versammlung nicht annehmen wird. Für jene Regierungs-Mitverantwortlichkeit sprechen verschiedene Gründe, und es wäre damit allerdings viel gethan, aber doch nicht mehr, als nothwendig sein dürfte. Ein Streit über die Zahl und die Stellung, sowie über die Ernennung der Direktoren wäre beseitigt; die verschiedenen Interessen, die wir in Deutschland anerkennen müssen, wären möglichst geschont und es wäre der endgültigen Bestimmung über die Reichsgewalt nicht vorgegriffen. Man hat dagegen eingewendet, daß neben diesem Ministerium die Bundesversammlung bestehe, und mit ihr das Uebel der Vielherrschaft und der streitenden gefährlich verzögernden Ideen. Wenn aber schon gegenüber der Bundesversammlung dies Uebel besteht, um wie viel größer wäre es nicht gegenüber der viel zahlreicheren Nationalversammlung, und wenn man von der Bundesversammlung schon fürchtet, daß ihre Vielheit die nothwendige Einheit und Raschheit im Handeln störe, um wie viel größer wäre diese Besorgniß nicht bei der Nationalversammlung! Man müßte also, um diesem Uebel zu steuern, entweder beide entfernen, oder doch beide eines jeden Einflusses auf den Gang der Regierung entkleiden. So ist es aber nicht. Die Mehrheit der Nationalversammlung stellt die Einheit des Volkswillens und die Mehrheit der Bundesversammlung die Einheit des Staatenwillens dar, und damit fällt auch der zweite Einwand weg, der dahin ging, es könne Jemand wohl der Minister *einer* Regierung, aber nicht der Minister von mehr als dreißig Regierungen sein. Allerdings kann Niemand jene verschiedene Willensrichtung, die in dem Schooße einer Corporation auftaucht, gleichzeitig vollziehen, aber es kann Jemand den Willen der Mehrheit vollziehen, worin er zugleich seine einzige, aber ausreichende Stütze darum findet, weil er aus ihr hervorge-

gangen ist und hervorgegangen sein muß. Für eine nicht verantwortliche Oberleitung spricht das Gebäude der constitutionellen Monarchie. Viele wünschen, daß jetzt schon dieser Schlußstein gelegt werde, damit der Uebergang zu der bleibenden Einrichtung der Reichsgewalt besser vorbereitet und leichter zu bewirken sei. Dagegen läßt sich sagen, daß auch eine solche nicht verantwortliche Oberleitung aus einem einzigen oder aus drei Männern in Deutschland bisher nicht bestanden hat und daß nicht nothwendig erscheint, für eine kurze Frist eine solche zu schaffen. Haben die Regierungen unter dem vorhandenen absolutistischen Einflusse so lange ein constitutionelles Scheinleben geführt, warum sollten sie es nicht auf wenige Monate unter dem vorhandenen demokratischen Einflusse, bei welchem sie an Wahrheit und Stärke nicht verlieren würden, versuchen? Mehr Gewicht ist auf den andern Grund zu legen, daß dadurch sowohl die Vertretung nach Außen, als das Ansehen und die Kraft für Innen gefährdet werde; allein meines Bedünkens liegt das Geheimniß der Macht nicht in der Aufstellung des Trägers derselben, sondern in der Zustimmung der öffentlichen Meinung und in der Thatsache einer kräftigen Unterstützung durch den Willen des Volkes. Indessen die Mehrheit dieser hohen Versammlung ist für die Oberleitung ohne Verantwortlichkeit, und da dem so ist, so freue ich mich, daß es möglich schien, dieselbe in Einer Person zu vereinigen. Ich verkenne das Gewicht der Gründe nicht, die für die dreiheitliche Leitung angeführt worden sind, sie scheinen durch die Verhältnisse in Deutschland gegeben. Läßt sich aber dieses Hinderniß überwinden, so werden auch Jene, die ursprünglich für eine Leitung durch drei Männer waren, sich für die Einheit erklären. Einem Privatmann, meine Herren, kann eine solche Stellung ohne Verantwortlichkeit nicht übertragen werden, er würde entweder machtlos sein oder ein Despot, je nachdem ihn die eigene Kraft und die zwingenden Verhältnisse zu dem einen oder anderen verurtheilen würden. Ein Zusammrnwirken aller Betheiligten halte ich für unerläßlich, wenn die Einrichtung irgend Dauer, irgend Kraft haben soll; mag der Vorschlag ausgehen von dieser Versammlung oder von den Einzelstaaten, mögen diese oder jene die Genehmigung ertheilen: immerhin wird geschehen, was diese Versammlung will, immerhin ist der Gang der Regierung nur mit jenen Männern und nur in ihrem Geiste möglich. Man hat zwar gestern für die Wahl der Nationalversammlung allein sogar die jugendlichen Aufwallungen als Grund angeführt, denen sich die Nationalversammlung schon zuweilen hingegeben habe; doch diesen Grund übergehe ich, nur darauf lege ich Gewicht, daß durch die Zustimmung aller Betheiligten der Volksherrlichkeit, der Selbstbestimmung des Volkes kein Eintrag geschieht. Wäre dem nicht so, würde die Nationalversammlung dieses Volk beeinträchtigen — denn wir haben den Auftrag zur Wahl nicht erhalten — wir müssen dem Volke die Wahl selbst überlassen, es müßte eine allgemeine Volkswahl stattfinden, wie die, aus welcher der Präsident von Amerika, aus welcher auch der Kaiser Napoleon hervorgegangen ist. Wenn wir die Zustimmung der Einzelstaaten vor oder nach unserer Handlung anrufen, so nähern wir

uns um so mehr der Volksherrlichkeit und Selbstbestimmung des Volkes, es ist kein Schritt, der uns davon entfernte. Der Einzelne mag sich gehoben fühlen, wenn er einen Akt der höchsten Machtvollkommenheit ausgeübt zu haben glaubt; allein wir fragen, ob damit dem Vaterlande wirklich gedient ist? Uns liegt an der Bürgschaft der Kraft und Stärke mehr, als an dem Gefühle, souverän gehandelt zu haben. Ein Zugeständniß an die Fürsten soll es sein, wenn wir außer der Stimme dieser hohen Versammlung auch jene der Einzelstaaten hören? Ja, meine Herren, ein Zugeständniß an die Fürsten ist es, was sie haben und was sie bleiben, aber dieses ist ihnen bereits gemacht bei allen Ereignissen in Wien, Berlin und München, das Volk, die Nation hat es gemacht. Wir haben den Willen der Nation zu achten, und wenn wir allein die Träger der Reichsgewalt bestimmen, so liegt neben dieser Handlung einer Machtvollkommenheit eine ungeheuere Verantwortlichkeit, und es wirft sich wohl die Frage auf: soll die Nationalversammlung diese Verantwortlichkeit allein auf sich nehmen, oder soll sie sie theilen mit den Männern des deutschen Volkes? Es rathen uns manche Stimmen, allein diese Verantwortlichkeit zu übernehmen, aber dieselben Stimmen eifern auch gegen die Nationalversammlung. Ich glaube, sie irren in ihrer guten Absicht, für das Wohl des Vaterlandes zu sorgen, ich zweifle, daß sie es Alle gut mit dieser Versammlung meinen. Wenn wir die Besonderheiten, die in Deutschland noch bestehen, achten, die Besonderheiten, die sich inmitten großer Erschütterungen nicht mit Decreten wegwischen lassen, dann, meine Herren, nehmen wir die Besonderheiten und stellen sie uns zur Seite als ein Element der Macht, als ein Element der Einigung. Ich bin weit entfernt die Besorgnisse übel zu nehmen, als könnten unter Fürsten Verabredungen stattfinden, welche dem Bau der Freiheit und Einheit Deutschlands nachtheilig seien, als könnten Verabredungen stattfinden, welche den Besorgnissen von anderen Staaten entgegenträten, als könnten so Hochgestellte in der Reichsgewalt Vergrößerungsplane hegen. Wir nehmen diese Erinnerungen hinüber als Mahner zur Wachsamkeit gegen die Rückkehr weiterer Uebel. Allein was folgt aus diesen Besorgnissen? Daß wir meines Erachtens möglichst rasch die Reichsgewalt herstellen, und daß wir die Zustimmung der Einzelstaaten uns möglichst bald zu verschaffen suchen müssen, um späteren Mißhelligkeiten vorzubeugen. Unter den Anträgen, die, wie ich glaube, als Grundlagen einer möglichst großen Vereinigung von Stämmen dienen können, habe ich den Antrag des Herrn v. Mayern ausersehen, er ist nicht wie der Antrag des Ausschusses, auch nicht wie der Antrag von Herrn Schoder und seinen Freunden der Gegenstand lebhafter Angriffe gewesen, auf ihm können wir gleichsam wie auf einem neutralen Boden zu einer Verständigung zu gelangen suchen, er ist bildungsfähig und fähig der Zusätze und Weglassungen, die uns am Ende zum Ziele führen können. Ich habe bedauert, daß die Nationalversammlung sich gegen die Zulässigkeit eines Vorschlages ausgesprochen hat, welcher gedient haben würde, Mißverständnisse zu heben und abweichende Ansichten zu vereinigen. Man hat die Worte in dem

Schoder'schen Antrage, wo es heißt, daß die Reichsgewalt die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkünden und zu vollziehen habe, mißverstanden, man hat sie so gedeutet, als wolle die Nationalversammlung selbst die Regierung in die Hände nehmen, und in der Reichsgewalt nur eine Vollzugsbehörde aufstellen. Von dieser Seite aber, von welcher der Antrag ausging, ist erklärt worden, daß dem nicht so sei, und warum will man die Nationalversammlung in die Unmöglichkeit versetzen, eine Fassung auszusprechen, welche die Mißverständnisse beseitigt? Ein entgegengesetzter Vorwurf ist dem Antrage des Ausschusses gemacht worden, man hat darauf, daß er nicht von dem Vollzug der Beschlüsse der Nationalversammlung spricht, großes Gewicht gelegt; man hat gesagt, daß ein unbedingtes Veto dieser Reichsgewalt gegenüber den Beschlüssen der Nationalversammlung eingeführt werden solle. Ein solches Veto wollen wir nicht, wir beantragen auch nicht, daß ein solches eingeführt werde. Meine Herren! Es mag aufgefallen sein, daß ich wenig und ohne Beiwörter von der Bundesversammlung gesprochen habe, daß ich des Hasses und Abscheues nicht erwähnte, den sie während 33 Jahren auf sich geladen, daß ich der sündenbeladenen Regierungen nicht gedacht habe, mit den, wie es scheint, ihnen gebliebenen Beinamen. Allein ich bin der Meinung, daß während der kurzen Dauer des Provisoriums das Bestehen der Bundesversammlung, doch mit wesentlich neuen Funktionen, nothwendig ist, um als Staatenkammer zu dienen. Der Weg dazu ist angebahnt, wenn die Bundesversammlung ohne besondere Weisungen nach einfacher Mehrheit beschließen kann, und es ist von vielen Rednern erwähnt worden, daß die Bundesversammlung, als Organ der einzelnen Staaten im Verkehr mit der Reichsgewalt und zugleich als die bisher allein anerkannte Grundlage der völkerrechtlichen Existenz Deutschlands, nicht so vorläufig aus dem Wege geräumt werden kann, bevor eine neue bleibende Einrichtung hergestellt ist. Es geht nicht wohl an, daß man diese Versammlung plötzlich beseitigt, einer provisorischen Einrichtung gegenüber, trotz aller Unzufriedenheit, die sie früher erregt hat. Es gibt der Gründe mancherlei, weshalb diejenigen, welche mit der alten Einrichtung unzufrieden waren, es auch mit der neuen sein können; aber neu war mir der Grund, daß man mit der neugestalteten Körperschaft unzufrieden sein könnte, weil die alte schlecht gewesen ist. Ich bedarf der Mahnung eines Redners nicht, der uns gewarnt hat vor dem Verdienst der Eselsritte, ich bedarf auch der ernsten Mahnung nicht, daß wir nicht schmähen sollen gegen unsere Regierungen, nicht schmähen vor Deutschland und noch viel weniger vor dem Ausland. Wir sollen es wirklich nicht in einem Augenblicke, wo wir bei jeder Gelegenheit Leistungen von den einzelnen Regierungen ansprechen, sei es für Schleswig-Holstein oder Böhmen, sei es für andere Erfordernisse, so lange sie noch die Mittel in Händen haben, die sie der Gesammtheit zur Verfügung stellen sollen. Ich kann auch nicht spielen mit dem Namen Republik und Monarchie. Meine Herren! Ich achte bei den vorgeschlagenen Einrichtungen nicht darauf, ob man sie monarchisch oder republikanisch taufe, sondern darauf, ob sie nothwendig, ob sie gut, ob sie

dem Zwecke entsprechend sind. Doch der Wille der Nation in dieser Beziehung ist uns bekannt und den haben wir zu vollziehen, nicht andere, wenn auch edle und erhabene Ideen, noch weniger Gelüste einer Minderheit. Die Republik, wie sie uns hier erscheint, ist nicht jene wahre Republik, die uns ein ehrenwerther Redner aus Oesterreich so richtig aus eigener Anschauung geschildert hat, es ist jene Herrenlosigkeit, von der man nicht sprechen kann bei freien Männern, sondern nur bei freigelassenen Sklaven, denn unter freien Männern versteht jeder sein eigener Herr zu sein und erkennt einen unumschränkten Gebieter über sich, — den Willen der Nation und seinen Ausdruck, das Gesetz. Ich kann es nicht über mich gewinnen Angesichts der Thatsachen, die Anarchie, die mit fremden Mitteln und zu fremden Zwecken das Vaterland zu schwächen sucht, als die Zuckungen einer patriotischen Kraft und Gesinnung darzustellen. Ich kann nicht um eines kleinen Effekts willen den Müßiggang mit der Noth verwechseln, und menschliches Elend benützen als Aufputz für unheimliche Gedanken; ich kann nicht sagen, daß wir zu Allem berechtigt sind, da uns doch der Kreis unserer Rechte vorgezeichnet ist und da außer uns in Deutschland noch Staaten bestehen, welche auch ihre Rechtssphäre haben, welche unnöthiger Weise zu verletzen, weder die Selbstherrlichkeit, noch die Freiheit, noch die gewöhnliche Klugheit erlaubt. Ich kann auch nicht sagen, daß wir keinen Auftrag hätten, die einstweilige Einrichtung der Reichsgewalt mit Zustimmung aller einzelnen Staaten zu beschließen, daß wir dagegen den Auftrag hätten, sie selbst und allein mit zermalmender Machtvollkommenheit auszuüben. Allein ich wundere mich nicht und trete auch den Personen und Absichten derer, von denen sie ausgehen, nicht im Geringsten zu nahe, wenn ich sage, daß Viele unter uns, die noch vor Kurzem unter dem fabelhaften Zustande des Absolutismus gelebt haben, nun nach schnellem Uebergang zur Freiheit das Gefühl haben, als wenn sie Fürsten und Völker in sich trügen. Ich wundere mich nicht, daß man die Selbstherrlichkeit eines gekrönten Individuums auf die eines beklatschten übertragen will, ich wundere mich am Ende nicht, wenn man in weiterer Annäherung an die Lehren des Absolutismus die fürstliche Souveränetät auf einmal auf den Säugling überträgt und die Muttersorge der Gesammtheit um ihn als Hochverrath bezeichnet. Ich würde mich über etwas Auffallendes nicht wundern, denn ein Volk geht aus dem Zustande längerer Bevormundung nicht plötzlich über, ohne seltsame Sprünge. Der Uebergang war zu rasch, die Bewegung zu gewaltig, nicht nur für die Neulinge und politischen Rekruten, nein, auch für gereifte, aber durch das Behagen eines langen Friedens verwöhnte Männer. Das deutsche Volk in seiner Gesammtheit und Allgemeinheit hat sich bisher preiswürdig benommen und auch die Versammlung hat in ihrer großen Mehrheit gezeigt, daß sie die erste Bedingung dauernder Freiheit, eine weise Mäßigung und Selbstbeschränkung, nicht vergißt, daß sie die rechten Mittel zu finden weiß, der das Vaterland bedarf in großer Noth und Gefahr. Sie werden es auch hier bewähren, und sollten die Regierungen einzelner Staaten unterlassen, dem Beispiele zu folgen, dem

Beispiele treuer Pflichterfüllung gegen das gesammte Vaterland, welches die Versammlung, wie ich nicht zweifle, geben wird, dann, meine Herren, ja dann wäre uns ein kühner Griff nach der Allgewalt nicht nur erlaubt, sondern durch die Noth geboten. — Aber ich würde alsdann das Volk, ich würde Sie, ich würde mich täuschen, wenn ich erklärte, daß wir als nächsten Preis dieser Allgewalt die deutsche Republik, die Freiheit haben würden. Nein, meine Herren, in so betrübten Zuständen, wie ich sie mir hier vorstelle, ist es die Freiheit nicht, deren wir uns freuen, da ist es die Gewaltherrschaft, die das Vaterland allein retten kann, und ich würde Ihnen, dem Volke und mir selbst rathen, die starke Hand des Retters walten zu lassen, denn kein Opfer ist zu groß, wo es gilt, das Vaterland zu retten. Aber wir wollen nicht beginnen mit dem, was für den schlimmsten Fall unser Entschluß sein müßte; noch berechtigt uns nichts, zu dem Aeußersten zu schreiten, noch haben wir die Hoffnung, daß eine große Mehrheit für die Einsetzung einer einstweiligen Gewalt sich bilde, eine Mehrheit, aus welcher Beschlüsse hervorgehen werden, die, wenn sie auch nicht den Wünschen aller Einzelnen, doch dem Gesammtinteresse der Nation entsprechen.

Rede über das Wahlrecht.

(19. Februar 1849.)

Nur mit einem sehr bescheidenen Maße von Hoffnung auf Erfolg nehme ich an dieser Verhandlung Theil. Der Entwurf, der uns zur Aufnahme vorgeschlagen wird, hat eine Zahl von mehr als sechszig Verbesserungsanträgen hervorgerufen, eine Zahl, die, wie wir eben vernommen haben, noch im Steigen begriffen ist. Wo sich über einen Gegenstand eine so große Zersplitterung der Meinung kund gibt, da ist zu besorgen, daß gar keine Meinung die Mehrheit für sich vereinigt. Es ist aber auch ein anderer Umstand diesem Gesetze ungünstig, die Besorgniß nämlich, daß es gar nicht dazu bestimmt sei, in's Leben zu treten; denn wenn die Bestrebungen siegen, welche dahin gehen, den Bundesstaat, wie er im Entwurfe des Verfassungsausschusses liegt, an Haupt und Gliedern zu schwächen, dann wird ein Wahlgesetz kaum zur Anwendung kommen. Ein dritter, diesem Gesetze ebenfalls nicht vortheilhafter Umstand ist der, daß er nur mit Anstrengung hier zur Berathung eingeschoben wurde und daß es nicht um seiner dringlichen Nothwendigkeit willen, sondern gleichsam als Einschiebsel, um eine andere, dringlichere Discussion zu verzögern, jetzt Gegenstand der Berathung geworden ist. Indessen immerhin ist von Bedeutung, was hier berathen und beschlossen wird, immerhin ist es von Gewicht, und sollte dieses Gewicht auch nur ein *moralisches* sein. So schlage ich es auch nicht gering an, wenn hier der

Satz begründet und festgestellt wird, daß das Recht, bei den Wahlen zur Volksvertretung eine Stimme abzugeben, kein natürliches Recht, kein Grundrecht, kein allgemeines Staatsbürgerrecht ist; man würde es wohl sonst jedem Deutschen in den Grundrechten zugetheilt haben. Das Recht, bei den Wahlen zu stimmen, ist nicht, wie das Recht, sich zu versammeln, zu vereinigen und die Presse frei zu gebrauchen, ein Recht, das Jedem zustehen soll. Es handelt sich bei der Abgabe der Stimme nicht um eine persönliche Befriedigung, sondern es handelt sich um einen allgemeinen Staatszweck, und für diesen hat sich die Gesetzgebung noch überall das Recht vorbehalten, die Bedingungen festzusetzen. Diese Bedingungen können nicht die nämlichen für alle Zeiten und alle Völker sein; es gibt kein absolut bestes Wahlgesetz. Man würde es bei den durch Jahrtausende hindurch angenommenen Versuchen wohl entdeckt und uns vorgeschlagen haben. Jedes Wahlgesetz wird Unzufriedenheit erregen und zwar bei denen, welche bei der Anwendung desselben unterlegen sind. Die unterliegende Partei kehrt in der Regel ihren Unmuth gegen das Wahlgesetz, anstatt die wahren Ursachen damit zu treffen. Das der Geldaristokratie angepaßte frühere französische Wahlgesetz hatte nicht nur die Männer des demokratischen Fortschritts, sondern auch die Männer der Vergangenheit, die Legitimisten, zu Gegnern. Die Legitimisten haben in Frankreich das suffrage universel stets verlangt und nachdem es unlängst die Probe gemacht hat, sind es die Legitimisten, die dabei verharren, während den Republikanern vor der bevorstehenden zweiten Probe zu bangen beginnt. Ebenso ist es in Belgien der Clerus und in verschiedenen Theilen Deutschlands sind es die Wortführer der streitenden Kirche, welche die unmittelbare Massenwahl verlangen. Aber auch ein und das nämliche Wahlgesetz hat schon die verschiedensten Resultate geliefert, ja ganz dieselben Wähler haben je nach der Zeit und Umständen ihre Stimmen auf Männer von ganz entgegengesetzter politischer Richtung geworfen. Ich glaube daher, daß die Güte eines Wahlgesetzes nicht beurtheilt werden darf von dem Parteistandpunkte aus, und ich habe auch niemals meinen Unmuth über den Erfolg von Wahlen gegen das Wahlgesetz gekehrt, sondern vielmehr gegen Diejenigen, die von diesem Gesetz Gebrauch gemacht haben. Der Zweck eines Wahlgesetzes ist nach meiner Meinung der, eine Versammlung zu liefern, welche fähig ist, die ihr obliegenden Geschäfte zum allgemeinen Nutzen zu besorgen, eine Versammlung, in welcher alle politischen Meinungen und alle gesellschaftlichen Bedürfnisse in demselben Verhältnisse vertreten sind, in welchem sie im Volke bestehen. Auch jetzt, meine Herren, wird es über unsere Kraft gehen, ein absolut bestes Wahlgesetz zu machen, wir werden uns darauf beschränken müssen, ein solches zu finden, welches für Deutschland und für unsere neuen Verhältnisse paßt, und da erkenne ich an, diese Verhältnisse verlangen solche Bedingungen, welche es keinem schwer, keinem unmöglich machen, sie zu erfüllen; und wenn in der letzten Sitzung das Wort eines Mitgliedes des vereinigten Landtages in Berlin angeführt wurde, das Wort: „meine Wiege stand am Webstuhl meines Vaters,“ so hat doch dasselbe Mitglied nicht be-

hauptet, daß die Stimme, die es in der Wiege mitgebracht, die Wahlstimme sei und dasselbe Mitglied hat auch hier ausgesprochen, daß die Bedingungen für das Wahlrecht so gestellt werden müssen, daß sie Jedem zugänglich sind. Das Wahlrecht darf kein Vorrecht sein, weder für den Besitz von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen, noch für den Besitz der Ueberzahl und wenn ich die Schmeicheleien höre, die jetzt so häufig der Masse gemacht werden, die Tugenden, die man ihnen zu ihrem eigenen Erröthen beilegt, so möchte ich eine solche Schmeichelei nicht minder unwürdig finden, als das Knien vor dem Throne eines gekrönten Hauptes. Aber gerade, weil wir in einer neuen Gestaltung begriffen sind, glaube ich auch nicht, daß wir das Wahlgesetz, wie es aus der Berathung hervorgehen wird, in die Verfassung aufnehmen sollen. Ich bin zwar nicht einverstanden mit dem Antrage, das Wahlgesetz nur für eine Versammlung zu machen, aber ich würde auch nicht dazu rathen, es mit erschwerenden Formen zu umgeben, welche für die Abänderung der Verfassung festgestellt worden sind. — Die Bedingungen für die Ausübung des Stimmrechts, welche hier vorgeschlagen werden, bestimmen das Lebensalter, ein Alter von 25 Jahren, nach einem Minoritätsgutachten von 21 Jahren, die Unbescholtenheit oder Ehrenhaftigkeit und endlich die Selbstständigkeit. Gegen die Festsetzung eines bestimmten Lebensalters ist wenig eingewendet worden, mehr Verschiedenheit zeigt sich schon bei der Bestimmung des Begriffs von Unbescholtenheit, die größte Verschiedenheit bei jener der Selbstständigkeit, so daß Manche, und wie ich höre, auch der letzte Antrag vorgezogen hat, die Worte fallen zu lassen, während sie doch die Sache beibehalten. Daß außer einem gewissen Lebensalter und neben der Ehrenhaftigkeit noch irgend etwas erforderlich ist, um die Befugniß zur Abgabe der Wahlstimme zu erlangen, darüber sind die Meisten einig, und dieses Dritte, definire man es, wie man wolle, das ist eben die Selbstständigkeit, mögen nun ihre Kennzeichen gesucht werden in der Entrichtung einer gewissen Steuer, oder in einem eigenen Hausstande, oder in Besitz oder Einkommen. Auch Herr Jahn, welcher gegen das Wort Selbstständigkeit geeifert, hat doch die Sache verlangt, er hat einen eigenen Hausstand und die Erfüllung der Wehrpflicht verlangt, und er hätte auch für den Eintritt in diesen Senat, wie für den in Rom, noch einige Feldzüge verlangen können, wenn in Deutschland so selten wie in Rom der Janustempel geschlossen wäre. Man hält jetzt noch fest an der Bedingung des Lebensalters, der Ehrenhaftigkeit und einer gewissen Selbstständigkeit. Wer weiß, wie bald man darüber hinausgehen wird, wie bald diejenigen Meinungen, die sich in einem auf erwachsene Männer beschränkten Stimmrechte nicht genug vertreten glauben, in der Zahl der Ausgeschlossenen Verstärkung suchen werden. Das allgemeine Stimmrecht im weiten Sinne trifft nur ein Fünftel der Bevölkerung und aus den übrigen vier Fünftheilen werden diejenigen sich Hülfe suchen, die mit dem einen Fünftheil nicht zufrieden sind. Es ist ja schon gesprochen worden von der Abgabe der Stimmen der Frauen und ich sehe nicht ein, warum man nicht auch die Jugend stimmen lassen sollte. Ist doch schon behauptet worden,

daß die Fähigkeit, auf Barrikaden zu stehen, als ein Zeichen der Selbstständigkeit und als Anspruch auf das allgemeine Stimmrecht gelten sollte, und bekanntlich waren die gamins nicht die letzten, die auf den Barrikaden standen, und es fehlt nicht an Wahlkandidaten, die auf das Vertrauen der Knaben vorzugsweise werden zählen können. Ich glaube auch, man wird einen Unterschied machen müssen, je nach dem Kreis, für welchen die Wahl vorgenommen wird. Ein Anderes ist es, wenn die Wahl vorgenommen wird für einen Ort oder einzelnen Bezirk, für einen einzelnen Staat oder für ganz Deutschland, für das Volkshaus. Nach meiner Meinung sollte Niemand von der Theilnahme an einer Wahl ausgeschlossen werden, deren Zweck er erkennen kann, und wenn er Kenntniß hat von der Person, der er seine Stimme gibt. Ich bin daher ganz zufrieden mit den Bedingungen eines Lebensalters von 25 Jahren, der Ehrenhaftigkeit und des im § 11 beigefügten festen Wohnsitzes; ich verlange weiter keine Beschränkung, wenn die Theilnahme an den Wahlen eine mittelbare sein soll, wenn man indirekt wählen will. Ich vertraue, daß der Wille für das allgemeine Wohl auch bei den Wahlen zu wirken in der großen Mehrheit des Volkes liegt und sich bethätigt, so weit die Einsicht des Einzelnen reicht. Ich vertraue vollkommen auf die Einsicht bei den indirekten Wahlen. Dabei kennt Jeder die Männer, auf deren Gesinnung und Befähigung er Vertrauen hat. Wo dagegen der Zweck, für welchen gewählt wird, und wo die Person, die im Vorschlage ist, dem Kreise der Einzelnen ferner liegt, da fängt der Spielraum für die Verleitung, die Irreleitung der Wähler an. Will man direkt wählen lassen, dann bin ich für irgend eine Bestimmung der Selbstständigkeit, und ich könnte mich am ehesten Denjenigen anschließen, die einen mäßigen Census verlangen. Ich gestehe zwar, daß es schwer ist, hierin das richtige Maß zu treffen, daß es schwer ist, das Einkommen zu ermitteln oder bei der bis jetzt noch vorhandenen Verschiedenheit der Systeme der direkten Besteuerung in Deutschland einen Steuersatz zu finden, der in den einzelnen Theilen Deutschlands die gleiche Wirkung hätte. Ich möchte Ihnen daher vorschlagen, Beides zu vereinigen, um jede Ausschließung zu umgehen. Ich möchte Ihnen den Antrag unter Ziffer 15, der von Herren Veit, Plathner, v. Keller, Teichert und Anderen gestellt ist, empfehlen, der so lautet: „Die Zahl derjenigen, welche die Wahl des Abgeordneten vornehmen, beträgt in jedem Wahlbezirke (s. § 10) ein Zehntel der Wahlberechtigten. Die eine Hälfte dieser Zahl besteht aus denjenigen, welche im verflossenen Steuerjahre in ihrem Wahlbezirke die höchste direkte Staatssteuer entrichtet haben. Die andere Hälfte wird von den übrigen Wahlberechtigten des Wahlbezirks aus ihrer Mitte gewählt. Welche Steuern zu den direkten zu rechnen oder denselben gleich zu achten sind, bleibt der Bestimmung der einzelnen Staaten überlassen." Ich gebe anheim, ob man die Gleichheit hier beibehalten, oder ob man nicht die Zahl derjenigen, die kraft ihrer Steuerzahlung wählen, vermindern und die Zahl der übrigen, die durch Wahlmänner Theil nehmen, vermehren will. Ich werde für einen solchen Antrag um so lieber stimmen,

je mehr er sich dem indirekten Wahlverfahren nähert. Nach diesem Antrag würde in einem Bezirke von 100,000 Seelen Folgendes geschehen. Es werden sich etwa 20,000 erwachsene Personen männlichen Geschlechts in einem solchen Bezirke befinden. Von diesen 20,000 nehmen 2000 an der Wahl unmittelbar Theil, 1000, oder wenn Sie wollen, weniger, welche die höchsten Steuern entrichten, die übrigen 1000, oder wenn Sie wollen, mehr, gewählt von den 19,000, die nicht unmittelbare Wähler sind. Damit vermeiden Sie die Ausschließung ganzer Klassen oder der geringer Besteuerten. Damit gleichen Sie die Interessen aus des Vermögens, des Erwerbs und der Kopfzahl. Ich gehe nicht so weit in der Beschränkung, wie die französischen Verfassungen vom Jahre 1791 und 1795, die schon für die Urwahlen einen Census verlangten, nachdem das allgemeine Stimmrecht von 1793 seine Probe abgelegt hatte. Man hat gegen den Census gar Vieles angeführt, darunter auch die Wahlen in der preußischen Kammer. Meine Herren! Ich weiß nicht, welche Partei mit der Zusammensetzung der zweiten preußischen Kammer zufrieden ist, aber das weiß ich, daß wenn man nach dem Ausfall einer Wahl das Gesetz beurtheilt, man sich auf einen Parteistandpunkt stellt, der nicht der richtige ist, und daß leicht der Fall eintreten könnte, daß aus den Massenwahlen eine servile Kammer hervorgeht. Man hat solche Beispiele schon gehabt. Die französische Pairskammer hat die Preßfreiheit gerettet gegen die servile Deputirtenkammer, die übrigens nicht aus der allgemeinen Wahl hervorgegangen war. Man hat auch die Autorität des Hrn. v. Rotteck zurückgewiesen. Man hat seinen Ausspruch für den Census damit zurückgewiesen, daß man sagte, Rotteck war auch gegen die Emancipation der Juden. Das ist richtig, und neben Rotteck standen in Beziehung auf die Emancipation der Juden die hervorragendsten Volksmänner seiner Zeit. Rotteck sagte, mein Volk will die Juden nicht, Rotteck fürchtete, der Regiegierung durch die Emancipation der Juden eine servile Masse für den Staatsdienst hinzuwerfen. Er stand auf dem Parteistandpunkt. Er sagt aber ferner und ich habe es von ihm gehört: „Emancipiren wir die Deutschen und dann die Juden gleich mit.“ Wohlan, die Deutschen haben sich emancipirt und die Emancipation der Juden findet keinen Widerstand mehr. Eben so würde es sich verhalten, wenn Rotteck heute noch lebte und über den Census zu sprechen veranlaßt wäre. Er hat den Census empfohlen, weil die allgemeinen Wahlen servile Kammern geliefert haben. Ich glaube, er würde heute die indirekten Wahlen nicht mehr verwerfen, er würde sie einem Census vorziehen. Man hat endlich die Beispiele abgelehnt, die hergenommen worden sind aus der Geschichte und von freien Staaten der Neuzeit. England gilt nichts, seine Zustände sind faul; Frankreich leidet an dem Erbe der Monarchie; Nordamerika lassen wir nicht gelten, es hat noch Sklaven; Belgien auch nicht, da wird das allgemeine Stimmrecht aufbewahrt als Köder für den Klerus bei der nächsten Krise; Norwegen — ich weiß nicht, was man dagegen angeführt hat — ich glaube, dort wählen nur aristokratische Bauern. Endlich ist man stehen geblieben bei der Schweiz; die hat keinen Census.

Ja, meine Herren, es ist schwer, die direkten Steuern als Kennzeichen eines Besitzes anzunehmen, wo direkte Steuern nicht bestehen. Aber daß man in der Schweiz den Besitz oder Erwerb als Bedingung an das Wahlrecht knüpft, ist richtig, wenigstens für einen großen Theil, denn wenn man von der Schweiz spricht, muß man auch sagen, von welchen Theilen, da die verschiedensten Einrichtungen dort anzutreffen sind. In dem größeren Theile der Schweiz also ist die Bedingung zur Ausübung des Wahlrechtes das Gemeindebürgerthum. Wer außer seiner Bürgergemeinde wohnt, hat einen Besitz nachzuweisen oder einen Pachtzins oder einen Erwerb. Hiervon ausgenommen sind aber diejenigen, welche einen wissenschaftlichen Beruf üben; ja, ich kenne einen Bezirk, wo von der Vermögensnachweisung ausdrücklich die Professoren ausgenommen sind. Ich kann es beweisen. Ich bin weit entfernt, dem Verfassungsausschuß den Vorwurf zu machen, daß er Menschenrechte, daß er Freiheitsrechte habe verkümmern wollen. Ich bin vielmehr mit ihm darin einverstanden, wenn er die direkten Wahlen statuirt, daß außer einem bestimmten Lebensalter und der Ehrenhaftigkeit noch ein weiteres Zeichen der Selbstständigkeit nöthig ist. Doch möchte ich nicht ganze Klassen ausschließen und ihre Selbstständigkeit in Frage ziehen. Nein, ich werde mich, wenn man direkte Wahlen will, für einen mäßigen Census entscheiden. Ich hoffe jedoch, daß der Antrag durchgehen wird, durch den aber verhütet wird, daß das geringe Maß der Befähigung durch die Ueberzahl überwiege. Dadurch, glaube ich, wird der allgemeine Wille eher zur Geltung kommen, welchen Rousseau so scharfsinnig unterschieden hat von dem Willen aller Einzelnen. Man hat es dem Ausschuß zum Verdienst angerechnet, daß er die Lüge des Constitutionalismus aufgedeckt habe. Aber, meine Herren, welche Mehrheit steht denn dieser Lüge entgegen? Dehnen Sie das Stimmrecht noch so sehr aus, so werden Sie es doch beschränken auf ein Fünftel der Bevölkerung: die Mehrheit besteht dann etwa aus drei Zwanzigsteln, oder einem Achtel; das ist Ihre Mehrheit, selbst dieser Mehrheit sind Sie nicht sicher, wo sie nicht unmittelbar, sondern durch eine Vertretung stimmt. Mit der Mehrheit der Volksvertretung zu regieren, das ist die einzige Wahrheit; Sie können aber nicht wissen, wie die Mehrheit, die außerhalb dieser Vertretung steht, in jeder einzelnen Frage stimmen würde. Wir können zum Glücke für Deutschland weit gehen mit dem Stimmrecht und wir wollen weit gehen. Ich hoffe auch, wir werden keine erschwerende Form für das Wahlgesetz annehmen, sondern die Gesetzgeber, die nach uns kommen, in die Lage setzen, ohne Erschwerung weiter zu gehen in dem Maße, wie sich die Einsicht und Bildung verbreitet. Wir wollen keine Vorrechte für einzelne Stände, wir wollen keine Vorrechte für den Besitz, aber auch keine Massenherrschaft, die durchaus nicht der Ausdruck des Volkswillens ist und die auch durchaus nicht die Freiheit sichert, sondern zum Despotismus führt. Damit der wahre Volkswille zur Geltung komme, meine Herren, müssen Sie die Wahlfreiheit, wie jede andere Freiheit organisiren. Man spricht von Gewerbefreiheit und die Masse von Gewerbtreibenden weist diese Gewerbefreiheit zurück, wenn sie

ihr nicht zu gleicher Zeit eine schützende Organisation zur Seite stellen. Man spricht von Handelsfreiheit und die Masse der Arbeitenden, welche die Waaren hervorbringen, weist sie zurück, wenn Sie nicht zu gleicher Zeit einen angemessenen Schutz für ihr Interesse geben. Eben so, meine Herren, wenn Sie von der Wahlfreiheit sprechen, so sorgen Sie auch dafür, daß sie organisirt werde und geben Sie dieser auch ihren Schutz, sonst werden aus Ihrer ungeschützten Wahlfreiheit keine freien Wahlen hervorgehen.

Rede über die Maßregeln zur Durchführung der Reichsgewalt.

(25. April 1849.)

Meine Herren! Die Vorgänge in den Sitzungen von gestern und heute geben wenig Aufmunterung zur Theilnahme an dem weiteren Verlauf dieser Verhandlung. Ich muß aber doch der Versuchung widerstehen, der nachdrücklichen Einladung zur Verzichtleistung zu folgen und zwar aus dem Grunde, weil ich mir vorgenommen habe, wenige Worte für einen Antrag zu sprechen, der heute erst eingebracht und noch nicht begründet worden ist, nämlich für den Antrag des Abgeordneten Schubert. Daß es nicht leicht ist, die Verfassung in's Leben zu führen, schließe ich theils aus der langen Dauer der darüber gepflogenen Verhandlungen, theils aus der Mannigfaltigkeit der dafür vorgeschlagenen Mittel. Die Anträge, welche diese Mittel angeben sollten, verlangten theils eine Frist für die rückständigen Regierungserklärungen, theils sind sie nicht auf die Durchführung, — sondern auf die Abänderung der Verfassung gerichtet, und zwar auf eine theilweise oder auf eine vollständige; auf Abänderung des Abschnitts vom Reichsoberhaupte, oder, wie ein Antrag lautet, auf eine ganz neue Durchsicht der Verfassung. Andere wollen zwar nicht die Verfassung, aber doch das Gesetz vom 28. Juni 1848 über die Errichtung einer provisorischen Centralgewalt geändert haben; noch andere beschäftigen sich mit Androhung von Maßregeln gegen die Fürsten, die nicht folgen wollen, wieder andere richten endlich Hilfsgesuche an die Stände und an die Bevölkerung der Einzelstaaten. Mag es nun auch schwer sein, den rechten Weg zu zeigen, um die Verfassung aus ihrer Geburtsstätte an das Licht der Welt zu fördern, so ist es doch nicht schwer, die Wege zu erkennen, die wir nicht gehen sollen. Dahin rechne ich die Streitigkeiten um Lehren und Grundsätze, über Vereinbarung und Verständigung, über Volkssouveränetät und Fürstenrecht. Eben so halte ich es für müßig, die Frage zu erörtern, ob durch Aenderung der Verfassung geholfen werden kann. Ich glaube, es ist ganz unmöglich, in dieser Versammlung die Verfassung zu ändern; ich glaube, es muß von ihr gelten, was von einem bekannten geistlichen Orden gesagt worden ist: sit ut est, aut non sit. So viel

wird man wohl allgemein zugeben, daß man zur Einführung der Verfassung der Mitwirkung aller Glieder der Nation, der einzelnen Staaten bedürfe, der Glieder, die noch nicht gewöhnt sind, für gemeinsame Zwecke zusammen zu wirken. Nicht von Außen kommen uns die Hindernisse, sie kommen aus den Staaten, und in den Staaten müssen wir auch die Mittel suchen und finden, diese Hindernisse zu überwinden. Dabei werden wir sorgfältig zu vermeiden haben, statt die vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen, neue zu schaffen, und dieses würden nach meiner Ansicht wir thun, wenn wir ohne Noth unmittelbar angreifen wollten. Wir würden das Grundgesetz, das wir selbst geschaffen, verletzen, und verletzen auch Diejenigen, die unserm Werke wohlwollen, die aber in ihrem Kreise selbstständig wirken und nicht von hier aus gemaßregelt sein wollen. Ich gehe sonach von dem Satze aus, daß die Hindernisse der Durchführung der Verfassung in den Staaten, wo sie vorkommen, durch die eigene Kraft dieser Staaten überwunden werden müssen und daß Alles, was wir thun können, dahin gerichtet sein muß, die befreundeten Kräfte zu stärken, die widerstrebenden zu schwächen. Wir haben einen Bundesstaat gewollt und ich glaube, wir sollten uns hüten, Denen Waffen in die Hand zu geben, welche uns vorgeworfen haben, daß die Verfassung einen Einheitsstaat begründe. Beim ersten Anblick scheinen die Schwierigkeiten der Durchführung sehr groß zu sein. Die Regierungen der sechs größten deutschen Staaten haben sich entweder gegen oder doch nicht für die Verfassung ausgesprochen, und in diesen Staaten wohnen von den 45 Millionen Deutschen wenigstens 37 Millionen. Wollten diese die Verfassung nicht annehmen, ich glaube, wir müßten auf jeden Versuch der Durchführung verzichten. Indessen bei näherem Hinblick zeigen sich die Gefahren auf ein geringes Maß zurückgeführt, wie das häufig zu gehen pflegt bei Gefahren, sobald man ihnen näher in's Auge blickt. Lassen Sie uns daher die Verhältnisse etwas näher betrachten. Wie verhält sich Oesterreich gegen die Verfassung? Ich werde nur in kurzen Zügen an Bekanntes erinnern. Im April vorigen Jahres stand in einer Wiener Zeitung, daß Oesterreich sich das Recht der freien Zustimmung zu den Beschlüssen der Nationalversammlung vorbehalten habe und von dieser Zeit an hörten wir lange keine Stimme über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland; man war dort zu sehr beschäftigt mit den eigenen deutschen und außerdeutschen Angelegenheiten. Im November vorigen Jahres erschien sodann das Programm von Kremsier, aus dem, wie von einer halbverklungenen Sage, der Satz geblieben ist: „Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen." Diese Erklärung wurde dahin aufgefaßt, daß der Beitritt Oesterreichs zu einem deutschen Bundesstaate nicht erwartet werden dürfe und daß daher ein anderes mögliches Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland anzubahnen sei. So wurde dieses Programm verstanden von dem Ministerium Schmerling, welches unter'm 13. December vorigen Jahres auf die Interpellation des Abgeordneten Römer eine Erklärung

in dieses Haus bringen wollte, die da sagte, es sei der Eintritt Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat nicht zu erwarten und die Versammlung möge daher die Ermächtigung zur Verhandlung über die möglichen Grundlagen einer künftigen Verbindung zwischen Deutschland und Oesterreich geben. Eben so wurde dieses Programm von dem Ministerium Gagern in seiner Erklärung vom 18. December verstanden; eben so auch von dieser Versammlung, als sie am 13. Januar die Ermächtigung zur Unterhandlung mit Oesterreich ertheilte. Auf den ersten Schritt jedoch, welcher zur Einleitung der Unterhandlungen bestimmt war, ist bis heute eine Antwort noch nicht erfolgt, oder vielmehr sie ist auf einem anderen Wege gegeben worden. In der Note vom 28. December sprach sich das österreichische Kabinet mit Heftigkeit gegen das Programm Gagern's vom 18. December aus. Oesterreich, heißt es, wird in dem neuen Staatskörper seine Stelle zu behaupten wissen, wenn das Verfassungswerk in einer gedeihlichen Weise seinem Ziele zugeführt wird. Aber eine gedeihliche Lösung der großen Frage könne nur durch Verständigung mit den Regierungen, unter welchen Oesterreich den ersten Rang einnimmt, erfolgen. Auf diesen ersten Rang ist viel Gewicht gelegt worden. Man ist im Februar und in diesem Monat darauf zurückgekommen. Einige Wochen später erschien die österreichische Note vom 4. Februar, und wie die frühere gegen das Ministerium der Centralgewalt, so war diese gegen Preußen gerichtet, welches sich inzwischen für einen Bundesstaat, und wenn es sein müßte, für einen engeren in dem weiteren Bunde ausgesprochen hatte. Man wolle sich keineswegs ausschließen, sagte das Ministerium von Olmütz, man wolle mitwirken, aber nicht zum Einheitsstaat, wie die Nationalversammlung ihn im Werke habe. Man habe sich mit Preußen verständigen wollen, aber es sei nicht gelungen und nun betrete man allein den Weg der Vereinbarung mit Frankfurt. Da kamen die Andeutungen von dem großen Reiche mit seinen sieben Kreisen und mit dem Direktorium; aber es kam nicht die leiseste Andeutung über die Befugnisse, welche die Reichsgewalt, das Direktorium haben solle. Der Abschnitt über die Reichsgewalt wurde nicht angenommen, denn das war ja der Einheitsstaat, und der Entwurf, von welchem Herr Heckscher gesprochen, wurde auch nicht angenommen, obgleich er das Direktorium enthält. Ja, das Streben, Oesterreich für den Bundesstaat zu gewinnen, war eine Sisyphusarbeit; so oft die Vorschläge hinaufgewälzt wurden nach Olmütz, — sie rollten immer wieder herunter. Es kam die Verfassung vom 4, es kam die Note vom 9. März. Die Verfassung, die den Einheitsstaat gründen soll für Oesterreich, sie enthält kein Wort von Deutschland, nicht einmal das Bundesverhältniß Oesterreichs zu Deutschland ist darin gewahrt; doch sie ließ wohl erkennen, daß nur dieses alte Bundesverhältniß, in welchem allein der Wille Oesterreichs gilt, möglich gedacht werde für Oesterreich. Die Note vom 9. März erwähnte wieder die Reichskreise und des Direktoriums ohne Volkshaus; über alles Weitere verlangte sie Vorschläge, und Das nannte sie: sich unumwunden aussprechen über das mögliche Verhältniß zu Deutschland. Die neuesten Mit-

theilungen vom 5. und 8. dieses Monats sind Ihnen noch frisch im Gedächtnisse. Es ist Ihnen noch in frischer Erinnerung die Stelle in der Depesche an Herrn v. Schmerling vom 5., wo es heißt: „Der Kaiser ist fest entschlossen, das ihm in Verbindung mit den repräsentativen Körperschaften Oesterreichs verfassungsmäßig zustehende Gesetzgebungsrecht keiner fremden gesetzgebenden Versammlung unterzuordnen.“ Sie sehen also, meine Herren, hier ist nicht allein vom Oberhaupt die Rede, hier kommt man auf den Kern der Frage, auf die Befugnisse der Reichsgewalt und nun behauptet Jemand, daß auf den Grund solcher Erklärungen der Bundesstaat mit Oesterreich möglich sei! Die Einladung Preußens zur gemeinschaftlichen Berathung über die Verfassung wurde abgewiesen, die Nationalversammlung außer dem Gesetz erklärt, die Abgeordneten wurden abgerufen und wer etwa noch über die Absichten Oesterreichs bisher im Zweifel sein mochte, konnte es jetzt nicht mehr sein darüber, daß für einen deutschen Bundesstaat, die Spitze möge sein, welche sie wolle, Oesterreich nicht anders zu gewinnen ist, als wenn es darin allein zu gebieten hat. Niemand kann mehr zweifeln, daß Das, wofür Oesterreich gewonnen werden kann, kein Bundesstaat ist, überhaupt keine Form, welche irgend Garantie gewährt für Freiheit und Einheit. Und wer jetzt noch Aenderungen in der Verfassung begehrt, mag tausenderlei gute Gründe dafür haben, nur nicht den Grund, einen deutschen Bundesstaat, an welchem Oesterreich Theil nehmen kann, herbei zu führen. Es zeigte sich jetzt, daß das Programm von Kremsier richtig aufgefaßt war von der Nationalversammlung, richtig aufgefaßt von der Centralgewalt und wir können nur wünschen, daß das Ministerium Oesterreichs zurückkehren möge zu dieser seiner Grundlage, und nun die Unterhandlungen über die möglichen Grundlagen einer künftigen Verbindung mit Deutschland annehmen möge, die es bisher standhaft abgelehnt hat. In diesem Augenblicke bietet sonach Oesterreich kein Hinderniß zur Durchführung der Verfassung. Es könnte davon nur in dem Falle die Rede sein, wenn es angreifend gegen uns zu Werke gehen und uns zwingen wollte, von der Herstellung des Reiches abzulassen. Um dieser Gefahr zu begegnen, können wir kein besseres Mittel wählen, als so rasch wie möglich das Reich in das Leben zu führen. Einen Zwang von hier auszuüben, kann uns nicht einfallen, denn wir hätten es in Oesterreich, — und zum Glück dort allein, — nicht nur mit der Regierung, sondern weitaus mit dem größten Theile des Volkes zu thun. Oesterreich, kein anderer Staat, kann eine Ausnahmestellung geltend machen, die zu einem Ausnahms-Verhältniß berechtigt, was auch immer anerkannt worden ist. Wie verhält sich nun Preußen zur Verfassung? Auch Preußen hat, wie Oesterreich, von Anfang an sein Zustimmungsrecht zu den Beschlüssen dieser Versammlung gewahrt und wenn es auch häufiger, als Oesterreich, seine Zustimmung gegeben hat, so sind doch die Beispiele kaum minder häufig, wo es sie nicht gegeben hat. Uebrigens hat sich in Preußen zuerst ein Monarch für die deutsche Einheit ernstlich ausgesprochen; Preußen hat in der Note vom 23. Januar die National-

versammlung als die gesetzliche Vertretung der Nation anerkannt. Die preußische Regierung hat nicht zugegeben, daß die dermaligen Bewohner der Paulskirche zu ihren Vätern versammelt worden sind, wie in der Absicht Oesterreichs lag, und wie auch geschehen wäre, wenn gewisse Anträge, deren Verwerfung man uns zum Vorwurf macht, zu Beschlüssen erhoben worden wären; was geschehen wäre z. B., wenn der Beschluß vom 5. September in Beziehung auf den Malmöer Waffenstillstand aufrecht erhalten worden wäre. Was tadelt man eigentlich an diesem Waffenstillstand? Das Schlimmste daran ist die Art und Weise, wie er zu Stande gekommen ist, und wenn etwas Anderes noch schlimmer sein kann, so ist es die Art, wie er ausgebeutet worden ist. Den Inhalt wird man zu dieser Stunde nicht mehr anfechten, die Herzogthümer waren damit zufrieden: wer war nicht zufrieden? Dänemark und Einige von uns. Preußen, sage ich, hat nicht zugegeben, daß unsere Berathungen geschlossen worden sind, Preußen hat auch die Centralgewalt, wenn nicht gerade mit Hingebung, doch so weit unterstützt, als nöthig war, um zu existiren. Eine Hingebung an Frankfurt hat man von Preußen nicht erlebt und ich begreife Das, aber auch keine Feindseligkeit. In dem Verkehre mit Oesterreich über die deutsche Sache hat Preußen eine große Zartheit eingehalten, es hat sogar noch am 16. Februar bestimmte Vorschläge von Oesterreich erwartet. Die Verfassung vom 5. December, die in Berlin octroyirt worden ist, enthält einen Artikel 111, welcher sagt: „Der König werde die Aenderungen anordnen, welche durch die für Deutschland festzustellende Verfassung nöthig werden können.“ Die Thronrede vom 26. Februar sprach sich aus für die innigste Vereinbarung der deutschen Staaten zu einem Bundesstaate und erwartete dafür die Mitwirkung der Kammern. Die Adresse der ersten Kammer vom 14. März erklärte sich für den Bundesstaat und die Adresse der zweiten Kammer vom 2. April räth zur Annahme der Kaiserwahl. Meine Herren! Ich kann nach allem Dem nicht glauben, daß der König und die Stände in Preußen gegen die Verfassung sind; aber das Ministerium Brandenburg-Manteuffel wünscht Abänderungen. Man hat uns vorgeworfen, daß wir dieses Ministerium nicht aus dem Wege geräumt haben. Ich frage dagegen: wer hat es in die Welt gesetzt? Dieses Ministerium ist ein Kind der Laune der Berliner Nationalversammlung, es ist ein Sprößling ihrer Unbesonnenheit und Einige unter uns haben dabei Pathenstelle vertreten. Wenn nun dieses Kind so stark geworden, daß es Mühe kostet, es los zu werden, so hoffe ich auf Nachsicht von Seiten der Urheber seiner Tage; ich hoffe, daß seine Entfernung gelingen wird, vielleicht in diesem Augenblick schon gelungen ist. Allein eben dieses Ministerium Brandenburg-Manteuffel hat in seiner Erklärung vom 2. dſs. Mts. — man muß von den Gegnern auch das Gute nicht verschweigen — die Beschlüsse, welche am 27. und 28. März hier gefaßt worden sind, für einen bedeutenden Schritt vorwärts erklärt und die Verfassung für Alle giltig erkannt, die sie freiwillig anerkennen. Meine Herren! Das Lob, wenn es auch kein großes ist, ruht doch auf einer Thatsache, die ich nicht über-

gehen wollte. Jenes Ministerium hat ferner gesagt, die Regierung werde Alles aufbieten, um das Ziel zu erreichen, um die freie Entschließung der Regierungen herbeizuführen; das erste Aufgebot war die Circulardepesche vom 3. April, wodurch die Regierungen eingeladen wurden, gemeinschaftlich zu berathen über Das, was man in Beziehung auf die Verfassung thun wolle. Gleichzeitig erfolgte die Antwort des Königs auf den Antrag der Deputation, und hier bin ich mit einem Redner von gestern einverstanden, der derselben kein großes, am Wenigsten ein entscheidendes Gewicht beilegt. Wer wünscht, daß der Erbkaiser aus der Verfassung verschwinden möchte, hat in der Antwort des Königs eine Ablehnung gefunden, und wer wünscht, daß der Erbkaiser in der Verfassung bestehen bleibe, hat darin eine Annahme erkannt. Aus diesen widersprechenden Ansichten, für welche beide man Gründe anführen könnte, geht eben so wie aus dem Wortlaute hervor, daß diese Antwort eine Entscheidung nicht enthält. Für uns kommt dabei in Betracht, daß wir wiederholen und immer aussprechen werden: „Die Verfassung enthält den Erbkaiser, sie bedingt ihn aber auch; ohne die Verfassung — kein Erbkaiser.“ Was die Ministerial-Erklärung vom 21. April betrifft, welche Aenderungen an der Verfassung in Aussicht stellt, so glaube ich, werden wir zu erwarten haben, von welcher Art diese Unmöglichkeiten sein werden, welche man von uns verlangt, und was möglicher sein wird, die Verfassung zu ändern oder das Ministerium Brandenburg-Manteuffel. So viel werden Sie Alle zugeben, daß eher Deutschland ohne Erbkaiser sein kann, als ohne Preußen, und daß Preußen eher ohne Erbkönig sein kann, als ohne Deutschland. Blicken wir nach den anderen Staaten, so finden wir die Collectiv-Erklärung der acht und zwanzig Regierungen für unbedingte Giltigkeit der Verfassung. Meine Herren! Ich glaube, wir sollten anerkennen die deutsche Gesinnung und den guten Willen, der Bewegung vom Jahre 1848 ihr Ziel anzuweisen, welche in diesen acht und zwanzig Staaten das Volk und alle seine Organe, die Regierungen an der Spitze, geleitet haben. Ich glaube, wir sollten nicht Verdächtigungen Gehör geben, durch welche man diese Erklärung zu bemängeln gesucht hat. Man hat gesagt, jene Regierungen hätten sich unter den Schutz Preußens geflüchtet, weil Oesterreich am 4. Februar erklärt hat, es wolle ihnen mit Hülfe der Könige den Garaus machen. Ja, es ist etwas Wahres daran; mit dem Triebe der Einigung ist zugleich der Trieb der Selbsterhaltung verbunden, aber es ist nicht allein bei den Regierungen der acht und zwanzig Staaten, sondern bei der ganzen deutschen Nation und allen ihren Körperschaften. Meine Herren! Baden hat unter'm 19. Februar schon protestirt gegen die alte Congreßpolitik, die in der österreichischen Note wieder zu Tage gekommen war, und Baden, welches seine Erklärung abgegeben hat für die Verfassung und die Anerkennung der Beschlüsse der Nationalversammlung, hat man vorgeworfen, es habe sich eine absolutistische Hinterthür offen gelassen. Dieser Vorwurf ist nicht gerecht, er wäre gar nicht gemacht worden, wenn nicht der Bevollmächtigte Preußens in seiner aufschiebenden Antwort vom 17. dss. Mts. die

Stelle aus der badischen Erklärung hervorgehoben und zu seinem Zweck angewendet hätte. Wenn man nicht mit Gewalt etwas in diese Stelle hineinlegen will, was Niemand mit Unbefangenheit herauslesen kann, so sagt dieser sogenannte Vorbehalt nichts weiter, als: „Wir erkennen die Beschlüsse der Nationalversammlung an, aber wir sind nicht im Stande, sie allein durchzuführen, wenn sie daher — wider Hoffen — nicht durchgeführt werden können, so haben wir uns zu nichts verstanden, als zu einem deutschen Bundesstaate und nicht zu einem Sonderbunde, und wollen in Gemeinschaft mit den Ständen an den Berathungen darüber, was weiter geschehen soll, Theil nehmen." Das ist der Sinn des sogenannten Vorbehalts; er versteht sich eigentlich von selbst, wie auch in der Collectivnote der acht und zwanzig Regierungen die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß alle Staaten, außer Oesterreich, beitreten werden, wo man aber darüber schweigt, was man thun wird, falls diese Voraussetzung nicht eintritt. Für uns hat die Erklärung der acht und zwanzig Regierungen jedenfalls den Werth, daß wir nicht nöthig haben, auf Maßregeln zu denken, um bei ihnen die Verfassung zur Durchführung zu bringen. Es bleiben die vier Königreiche übrig, — ich übergehe die neben ihnen stehenden Staaten Luxemburg, Limburg und Liechtenstein. Württemberg, meine Herren, hat wiederholt erklärt, daß die Beschlüsse der Nationalversammlung von ihm anerkannt werden; der königliche Wille allein sträubte sich gegen die Unterordnung unter das Haus Hohenzollern; er hätte das Haus Habsburg vorgezogen, das aber, wie wir wissen, für den deutschen Bundesstaat dermalen nicht zu haben ist. Minister, Stände und Volk haben mit seltener Einmüthigkeit, mit einer ruhmwürdigen Vaterlandsliebe für die deutsche Sache sich erhoben. Man darf erwarten, daß der König den Gründen, die ihm vorgetragen worden sind, und den Beweisen, wie nur in der Verfassung Heil für Deutschland zu finden ist, Gehör schenken werde; und ich wünsche sehnlich, daß die Nachricht ihre Bestätigung erhalten möge. Es sei dies schon geschehen. Von Seiten dieser Versammlung, meine Herren, hätten wir doch nur sorgen können, daß die deutsche Gesinnung ihren gesetzlichen und verfassungsmäßigen Ausdruck finde, daß sie nicht gehindert werde, daß jeder reactionären Gewaltthat entgegengetreten werde; und weiter, glaube ich, können wir für jetzt auch nichts beschließen in Beziehung auf die übrigen Staaten, wo eine Erklärung für die Verfassung noch nicht erfolgt ist. Es haben in Sachsen die Kammern gleichfalls erklärt, daß die gefundene Form für die deutsche Einheit festgehalten werden muß, wenn die Freiheit irgend eine Dauer und Sicherheit haben soll. Auch dort werden wir im eintretenden Falle nur dafür zu sorgen haben, daß die deutsche Gesinnung, von der die Kammern und das Volk sich durchdringen, sich bethätigen kann, damit das zögernde Ministerium endlich zum Sprechen komme und damit auch die Krone gegenüber der Verfassung die Stellung annehmen kann, die sie für angemessen hält. In Hannover und Bayern sind in diesem Augenblick dem Volke die Vertretungen entzogen, in einem Augenblick, wo ihre Thätigkeit nöthiger wäre, als jemals.

In diesem Punkte soll von hier aus geholfen werden. Das Verlangen nach der Thätigkeit der Stände soll keinen Aufschub mehr haben, das bezweckt der Antrag, den ich vertheidige; er schlägt vor, zu sagen: „Die Regierungen, welche die Anerkennung der verkündeten Reichsverfassung noch nicht erklärt haben, sind aufzufordern, die Anerkennung der Reichsverfassung, der Wahl des Oberhauptes und des Wahlgesetzes nunmehr auszusprechen; dieselben Regierungen sind zu veranlassen, sich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, seinen Willen kund zu geben, in diesem entscheidenden Augenblicke geschmälert oder entzogen würden; insbesondere von ihrem Rechte, die Ständeversammlungen zu vertagen und aufzulösen, keinen Gebrauch zu machen, welcher die Kundgebung des Volkswillens verhindert, — vielmehr dieselben in Thätigkeit zu setzen oder zu belassen, bis die Reichsverfassung zur Anerkennung gebracht sein würde.“ Fassen wir noch einmal die Lage, das Verhältniß der Regierung zu unserem Verfassungswerke in's Auge, so sehen wir, daß für jetzt auf die Hoffnung zu verzichten ist, Oesterreich für den Bundesstaat zu gewinnen und daß unsere Wirksamkeit nach jener Seite nur darauf gerichtet sein kann, eine möglichst enge Verbindung mit Oesterreich anzubahnen. Eben so ist — glücklicher Weise aus dem entgegengesetzten Grunde — in Beziehung auf jene Staaten, die sich bereits für die Verfassung ausgesprochen haben, keinerlei Vorkehrung zu treffen, kein Beschluß zu fassen, es wäre etwa der Ausdruck der Anerkennung für ihre deutsche Gesinnung, wenn nicht etwa der Umstand im Wege steht, daß dort nicht nur die Stände, sondern auch die Regierungen sie theilen. In den vier Königreichen sehen wir die Könige theils allein, theils mit ihren Ministern und die Minoritäten sich sträuben gegen eine Erklärung für die Verfassung. Das Volk, die Stände dagegen bemühen sich, mit den Königen und Kabineten sich zu vereinbaren für die Anerkennung der Verfassung. Sorgen wir, daß das Werk dieser Vereinbarung nicht gewaltsam gestört werde. In dieser Beziehung scheint mir, wie die Sachen liegen, nur der moralische Beistand dieser Versammlung erforderlich, um den Sieg der deutschen Sache zur Entscheidung zu bringen; er bedarf nur des Ausspruches, daß dem Volke sein Wirken und die Anwendung seiner Rechte nicht geschmälert, nicht entzogen werden dürfe. Dieser Schritt wird ebenso auf Preußen wirken, wo die Ueberzeugung, daß es keinen anderen Weg gibt, — als die Verfassung anzunehmen, von Tag zu Tag mehr Boden zu gewinnen scheint. Indem ich für den Antrag des Herrn Schubert stimmen werde, habe ich nur noch in Kürze die Gründe anzuführen, welche mich abhalten, für die Minoritäts-Anträge zu stimmen. Ich bin bereit zur rechten Zeit für alles Das zu stimmen, was nothwendig ist, — es mag gehen, so weit es will — um die Verfassung durchzuführen; aber nicht für mehr und nicht zur ungehörigen Zeit. Daher kann ich mich jetzt nicht für eine Proklamation erklären. Der Beschluß der Versammlung wird eine Wirkung haben, die den bestgeschriebenen Aufruf noch übertrifft. Auf die Schwierigkeit, einen sachgemäßen Aufruf zu Stande zu bringen,

hat gestern Herr Plathner aufmerksam gemacht. Erst dann, wenn in Folge einer feindseligen Handlung von Seiten der Regierungen gegen ihr Volk oder gegen diese Versammlung nöthig würde, ebenfalls handelnd entgegen zu treten, dann würde sich auch eine Mehrheit für den entsprechenden Aufruf finden. Man muß die Aufrufe nicht zu häufig erlassen und nicht voreilig. Die deutschen Truppen werden in Jütland einrücken mit einem Aufruf; es wurde aber der Aufruf nicht schon vier Wochen vor dem Einrücken erlassen. Eben so kann ich nicht stimmen für ein Ausschreiben der Wahlen, bevor wir gezwungen werden, die Verfassung zu verletzen und sie durchzuführen. Eben so wenig kann ich mich für eine Regentschaft erklären, die uns eine Masse von Kräften entziehen und entgegenstellen würde, die jetzt auf unserer Seite stehen, ohne uns neue Kräfte zuzuführen; die gerade das Gegentheil von Dem bezwecken würde, was wir erreichen wollen. Jedenfalls müssen solche Anträge auf Abänderung der Verfassung und des Gesetzes vom 28. Juni auch in Form von Gesetzen eingebracht und nicht blos als Dekrete erlassen werden. Warum wollen Sie denn nicht von der Centralgewalt die Ausführung Ihrer Beschlüsse erwarten? Meines Wissens liegt keine Thatsache vor, die zur Vermuthung Anlaß gibt, daß die Centralgewalt sich einer solchen Pflicht entziehen würde. Sehen Sie auf das Programm vom 18. December mit den Zusätzen vom 5. Januar, sehen Sie auf das Verhalten des Ministeriums nach Ihrem Beschlusse vom 20. März über den Welcker'schen Antrag, erinnern Sie sich an die Konferenz mit den Bevollmächtigten vom 14. April und Sie werden finden, daß das Ministerium entschlossen ist, mit der Verfassung und der Versammlung zu stehen und zu fallen. Meine Herren! Es ist der Stellung des Reichsverwesers gedacht worden; aber erinnern Sie sich, daß der Reichsverweser die Grundrechte und das Wahlgesetz unterzeichnet hat. Der Reichsverweser hat seine Stellung bisher immer über den Parteien genommen und die Pflicht seines hohen Amtes treu und redlich erfüllt. Er wird dieser Pflicht seine persönliche Ueberzeugung, so weit es ihm möglich ist, unterordnen. Meine Herren! Wenn der Reichsverweser glauben wird, daß es sich mit seiner Ueberzeugung nicht mehr verträgt, die Pflichten seines hohen Berufes länger zu erfüllen, so wird es nicht eines Minoritäts-Berichtes, keiner Mahnung dieser Versammlung und auch keiner Mahnung des Abgeordneten von Gießen bedürfen, um ihm zu sagen, was er alsdann zu thun hat. Ich glaube daher, Sie können die Beschlüsse, die Sie fassen, füglich der Centralgewalt überweisen. — Bleiben wir fest bei der Verfassung, wenden wir zur Durchführung die richtigen, dem Widerstand entsprechenden Mittel zur rechten Zeit an, nicht solche, die außer allem Verhältniß zu dem Zwecke stehen, und der Erreichung desselben nur schaden, oder das Gegentheil herbeiführen können; dann, meine Herren, zweifle ich nicht, dann wird die deutsche Nation ihre Einigung in der Verfassung finden und auf den Grund derselben ihre Freiheit erhalten!

Huhn, Eugen Hugo Theodor

Carl Mathy Großherzoglicher Badischer Staatsminister der Finanzen und Prä
sident des Staats- und Handelsministeriums : ein Lebensbild

Tauberbischofsheim 1868